

*Betreff:***Beschluss über den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

25.08.2017

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

14.09.2017

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

19.09.2017

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

26.09.2017

Ö

Beschluss:

„Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des konsolidierten Gesamtabchlusses 2014 durch den Oberbürgermeister und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2014 wird der konsolidierte Gesamtabchluss 2014 beschlossen.“

Sachverhalt:**1. Allgemeines**

- 1.1 Die Stadt hat gemäß § 128 Abs. 6 i.V.m. Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) für jedes Haushaltsjahr einen konsolidierten Gesamtabchluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der konsolidierte Gesamtabchluss besteht gemäß § 128 Abs. 6 i.V.m. Abs. 3 Nrn. 2 bis 4 NKomVG aus einer konsolidierten Ergebnisrechnung, einer Gesamtbilanz und einer konsolidierten Anlagenübersicht, Schuldenübersicht und Forderungsübersicht. Der konsolidierte Gesamtabchluss ist durch einen Konsolidierungsbericht zu erläutern. Nach § 128 Abs. 6 NKomVG sind dem Konsolidierungsbericht eine Kapitalflussrechnung sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen beizufügen.

Den konsolidierten Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2014 hat das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 2 NKomVG geprüft und seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammengefasst. Der Schlussbericht enthält keine Prüfungsfeststellungen, die eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters erfordern.

Der konsolidierte Gesamtabchluss sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes sind dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

- 1.2 Das Rechnungsprüfungsamt hat im Schlussbericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses der Stadt Braunschweig am 28. Juli 2017 folgenden Prüfungsvermerk (vgl. Seite 17 des Schlussberichtes 2014) erstellt:

„Der seitens der Verwaltung im Sinne des § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 i. V. m. Abs. 1 NKomVG unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellte konsolidierte Gesamtabchluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 sowie Satz 2 und 3 NKomVG, bestehend aus konsolidierter Ergebnisrechnung, Gesamtbilanz, konsolidierter Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht, sowie dem entsprechend § 58 GemHKVO aufzustellenden Konsolidierungsbericht einschließlich der dem Konsolidierungsbericht beigefügten Kapitalflussrechnung sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen, entspricht nach pflichtgemäßer Prüfung den geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und GemHKVO) und den sie ergänzenden Bestimmungen.“

- 1.3 Das Rechnungsprüfungsamt hat daher erklärt, dass keine Bedenken bestehen, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 beschließt.

2. **Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses 2014**

2.1 Einleitung

Mit diesem konsolidierten Gesamtabchluss 2014 wird bereits zum dritten Mal ein Gesamtüberblick über die finanzielle Lage des städtischen Konzerns Stadt Braunschweig vorgelegt. Damit wird der Entwicklung Rechnung getragen, dass die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Stadt Braunschweig nicht nur von der Stadtverwaltung mit ihren Fachbereichen und Referaten, sondern auch von ihren städtischen Gesellschaften und anderen verselbständigten Aufgabenträgern wahrgenommen werden. Die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses verfolgt das Ziel, mehr Transparenz zu schaffen und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Braunschweig und ihrer Aufgabenträger vollständig darzustellen.

Der konsolidierte Gesamtabchluss ist nicht einfach nur die Summe der Einzelabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenträger und der Kernverwaltung, sondern die Abbildung des Konzerns Stadt Braunschweig als wirtschaftliche Einheit. Folglich sind alle Kapital-, Vermögens-, Schulden- und Ergebnisverflechtungen zwischen der Stadt Braunschweig und den in den Gesamtabchluss einbezogenen Einheiten sowie zwischen diesen zu eliminieren („Einheitsfiktion“).

Für den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 wurde wie in den Vorjahren der Konsolidierungskreis ermittelt. Die verselbständigten Aufgabenträger untergliedern sich nach dem Grad der Einflussnahme seitens der Stadt Braunschweig dabei in solche, die der Vollkonsolidierung unterliegen und in Aufgabenträger, die nach der Eigenkapitalmethode zu konsolidieren sind. Bei der Vollkonsolidierung werden alle Vermögens- und Schuldenposten der verselbständigten Aufgabenträger in die Gesamtbilanz und die Aufwands- und Ertragsposten in die Gesamtergebnisrechnung übernommen. Im Rahmen der Eigenkapitalmethode wird lediglich der Beteiligungsbuchwert des Aufgabenträgers unter einer gesonderten Position in der Gesamtbilanz und das anteilige Beteiligungsergebnis gesondert in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Für das Jahr 2014 hat sich der Kreis der einzubeziehenden Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Die Mehrzahl der verselbständigten Aufgabenträger sind Unternehmen in privater Rechtsform. Daneben gehören zum Konsolidierungskreis drei Sonderrechnungen und mit dem städtischen Pensionsfonds ein Sondervermögen. Den gesetzlichen Vorgaben folgend sind darüber hinaus unter bestimmten Voraussetzungen Verbände, derer sich die Stadt zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient, einbezogen.

Für den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 wurde zum zweiten Mal eine Kapitalflussrechnung gemäß § 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG erstellt. Somit ist erstmalig ein Vorjahresvergleich möglich. Mit der Kapitalflussrechnung wird ähnlich der Finanzrechnung in der Kernverwaltung die Entwicklung der Finanzsituation dargestellt.

2.2 Gesamtbewertung

Die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtlage des Konzerns ist weiter als sehr solide einzustufen. Das bestätigen auch die unverändert hohe Nettositionsquote und der Schuldenstand in Beziehung zur Liquidität. Sie sind Beleg dafür, dass der Konzern Stadt Braunschweig für die Zukunft gut aufgestellt ist und eingegangene Verpflichtungen, die bilanziell umfänglich abgebildet sind, auch aus Liquiditätssicht abdecken kann.

Die Bilanzsumme hat sich um rd. 63,8 Mio. EUR erhöht. Dies ergibt sich im Wesentlichen durch eine Erhöhung beim immateriellen Vermögen und Sachvermögen (insgesamt rd. 114 Mio. EUR). Die liquiden Mittel haben sich um rd. 53 Mio. EUR vermindert. Bei einer etwas unter dem Niveau des Vorjahres liegenden Nettosition führt dies zu einem leichten Absinken der Nettositionsquote von 53 % auf 51 % (Einzelabschluss Kernverwaltung: 56 %).

2.3 Gesamtbilanz und konsolidierte Ergebnisrechnung

Der konsolidierte Gesamtabchluss 2014 hat eine **Gesamtbilanzsumme** von rd. **2.927 Mio. EUR**.

Die Gesamtvermögenslage wird bestimmt durch das Sachvermögen, das mit 2.435 Mio. EUR etwa 83 % der Gesamtbilanzsumme ausmacht. Unter Berücksichtigung des Finanzvermögens mit 187 Mio. EUR stehen dem Konzern aus diesen beiden Vermögenspositionen 2.622 Mio. EUR zur Verfügung. Die in der Gesamtbilanz ausgewiesenen liquiden Mittel in Höhe von 253 Mio. EUR machen rd. 9 % der Gesamtbilanzsumme aus.

Die Struktur der Passivseite der Gesamtbilanz wird geprägt durch die Nettosition (vergleichbar mit Eigenkapital) in Höhe von 1.501 Mio. EUR. Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses haben sich um rd. 9,5 Mio. EUR erhöht. Das Fremdkapital setzt sich aus Schulden in Höhe von 629 Mio. EUR und 628 Mio. EUR Rückstellungen zusammen. Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 169,1 Mio. EUR wird wie im Vorjahr ein Rechnungsabgrenzungsposten aus Forderungsverkäufen des Abwasserverbandes Braunschweig (AVB) ausgewiesen, der sich ratierlich ertragswirksam bis 2035 auflösen wird.

Die Position Gewinn-/ Verlustvortrag 2014 mit rd. -37,3 Mio. EUR enthält zum einen den Gesamtbilanzverlust des Vorjahres (-16,1 Mio. EUR). Des Weiteren werden die Ergebnisverwendungen der Aufgabenträger (Überschüsse und Fehlbeträge aus 2013) vorgetragen (-21,2 Mio. EUR).

Die Schulden haben im Vergleich zu 2013 insgesamt um rd. 60 Mio. EUR zugenommen. Die Veränderung ergibt sich insbesondere bei den Geldschulden und den Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Die Veränderungen bei den Geldschulden ergeben sich aus Erhöhungen von insgesamt rd. 34,1 Mio. EUR bei der Nibelungen-Wohnbau-GmbH, Stadthallen GmbH, Verkehrs-GmbH, Abwasserverband BS und bei der Stadtbad GmbH sowie Verminderungen bei der Kernverwaltung und der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH von insgesamt 22,1 Mio. EUR.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Höhe von 53,2 Mio. EUR ist auf die Forfaitierung von in 2014 abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projekts „Schulen und Kitas“ bei der Kernverwaltung zurückzuführen.

Der Vergleich von Einzeldaten aus dem Einzel- und dem konsolidierten Gesamtabchluss macht deutlich, dass die wirtschaftliche Situation des Konzerns Stadt Braunschweig maßgeblich durch die Kernverwaltung mit ihren Fachbereichen und Referaten geprägt wird:

31.12.2014	Konsolidierter Gesamt- abschluss - in Mio. EUR -	Einzelabschluss Kernverwaltung BS - in Mio. EUR -	Anteil Kern- verwaltung im Gesamt- abschluss - in Prozent -
Bilanz – Aktiva	2.926,9	1.871,3	64 %
- Immaterielles Vermögen	32,7	46,5	(142 %)
- Sachvermögen	2.435,3	1.346,9	55 %
- Finanzvermögen	186,7	262,4	(141 %)
- Liquide Mittel	253,2	* 197,5	78 %
- Aktive Rechnungsabgrenzung	19,0	18,0	95 %
Bilanz - Passiva	2.926,9	1.871,3	64 %
- Nettoposition	1.500,8	1.048,3	70 %
- Schulden	629,4	319,2	51 %
<i>davon Geldschulden</i>	446,7	78,3	18 %
- Rückstellungen	627,5	502,1	80 %
- Passive Rechnungsabgrenzung	169,1	1,7	1 %
Jahresergebnis	-17,6 Mio. EUR	-19,5 Mio. EUR	
<i>* inkl. der im Liquiditätsverbund (Cashpool) angelegten Gelder der städtischen Gesellschaften</i>			

Der konsolidierte Gesamtabchluss 2014 weist einen Jahresfehlbetrag von rd. 17,6 Mio. EUR aus. Dieser Fehlbetrag wird im Wesentlichen durch das Jahresergebnis der Kernverwaltung von rd. -19,5 Mio. EUR geprägt. Die Jahresüberschüsse und –fehlbeträge der anderen Aufgabenträger im Gesamtabchluss halten sich – mit leicht positivem Effekt – weitestgehend die Waage.

2.4 Kapitalflussrechnung

Gemäß § 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG ist die Kapitalflussrechnung verpflichtender Bestandteil des Konsolidierungsberichts. Die Kapitalflussrechnung dient der Vermittlung verbesserter Informationen über die Finanzgesamtlage des Konzerns. Sie ermöglicht Einschätzungen, inwiefern Zahlungsüberschüsse erwirtschaftet und Zahlungsverpflichtungen erfüllt werden können.

Der Konzern Stadt Braunschweig erzielte aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 41.006 TEUR. Die Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit (Geschäftstätigkeit) im Konzern konnten durch Einzahlungen gedeckt werden. Darüber hinaus konnten mit diesem Überschuss die Investitionen in 2014 zu einem Teil von 38,7 % finanziert werden. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt -105.922 TEUR. Der verbleibende Finanzierungsbedarf für Investitionen wurde durch die Aufnahme von langfristigen Krediten (rd. 12.001 TEUR) und aus liquiden Mitteln finanziert.

3. **Schlussbemerkungen**

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des konsolidierten Gesamtabchlusses 2014 der Stadt Braunschweig wurde vom Oberbürgermeister am 30. Juni 2017 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt.

Geiger

Anlagen:

Konsolidierter Gesamtabchluss 2014
Schlussbericht Prüfung KGA 2014

Konsolidierter Gesamtabschluss 2014

**Feststellung des konsolidierten Gesamtabchlusses der
Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2014 durch den
Oberbürgermeister gem. § 129 NKomVG**

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des konsolidierten Gesamt-
abschlusses 2014 wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den *30. 06. 2017*

Ulrich Markurth

Markurth
Oberbürgermeister

Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014

Größe des Stadtgebietes der Stadt Braunschweig 19 215 ha

Die amtliche Einwohnerzahl der Stadt betrug:

nach der Volkszählung am	17.05.1939	196 068
nach der Volkszählung am	06.06.1961	246 085
nach der Volkszählung am	27.05.1970	223 700
nach der Gebietsreform am	01.03.1974	267 303
nach der Volkszählung am	25.05.1987	252 351
nach dem Zensus	31.12.2012	245 798
nach dem Zensus	31.12.2013	247 227

Inhaltsverzeichnis konsolidierter Gesamtabchluss 2014

	Seite
I Allgemeines	11
1. Einführung	13
2. Glossar zu Begriffen des konsolidierten Gesamtabchlusses	15
3. Positionenrahmen	25
4. Konzernstruktur Stadt Braunschweig	37
II Konsolidierte Gesamtbilanz (§ 128 Abs. 6 S. 1 NKomVG i.V.m. § 54 GemHKVO)	41
1. Komprimierte Darstellung	43
2. Gesamtbilanz	47
3. Vermerke unter der Gesamtbilanz	51
III Konsolidierte Ergebnisrechnung (§ 128 Abs. 6 S. 1 NKomVG i.V.m. § 50 GemHKVO)	57
IV Konsolidierte Anlagen (§ 128 Abs. 6 S. 1 i.V.m. Abs. 3 NKomVG)	59
1. Anlagenübersicht	61
2. Forderungsübersicht	65
3. Schuldenübersicht	69
V Konsolidierungsbericht (§ 128 Abs. 6 S. 2 NKomVG i.V.m. § 58 GemHKVO)	73
1. Inhalte des Konsolidierungsberichtes gemäß § 58 GemHKVO	75
1.1 Gesamtüberblick	78
1.1.1 Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage	78
1.1.1.1 Überblick	78
1.1.1.2 Ergänzende Angaben zu ausgewählten verselbständigten Aufgabenträgern	80
1.1.2 Mindestangaben, die für den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG vorgeschrieben sind	82
1.1.3 Vergleich: Konsolidierter Gesamtabschluss und Einzelabschluss der Kernverwaltung zum 31.12.2014	83
1.1.4 Daten und Kennzahlen zum konsolidierten Gesamtabschluss	84
1.1.4.1 Kennzahlen Gesamtbilanz	85
1.1.4.2 Kennzahlen konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	90
1.2 Erläuterungen des konsolidierten Gesamtabchlusses	93
1.2.1 Abgrenzung Konsolidierungskreis	94
1.2.2 Angewandte Konsolidierungsmethoden	101
1.2.2.1 Allgemeines	101
1.2.2.2 Vereinheitlichung von Ansatz, Bewertung und Ausweis	101
1.2.2.3 Konsolidierungsschritte	104
1.2.2.3.1 Kapitalkonsolidierung	105
1.2.2.3.2 Besonderheit passiver Unterschiedsbeträge	106
1.2.2.3.3 Schuldenkonsolidierung	111
1.2.2.3.4 Aufwands- und Ertragskonsolidierung	112
1.2.2.3.5 Zwischenergebniseliminierung	113
1.2.2.4 Eigenkapitalmethode für assoziierte Aufgabenträger	114

1.2.3	Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des konsolidierten Gesamtabchlusses und der Nebenrechnungen	115
1.2.3.1	Konsolidierte Gesamtbilanz	115
1.2.3.2	Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	133
1.2.3.3	Nebenrechnungen (konsolidierte Anlagen)	139
1.2.4	Einzelangaben zur Zusammensetzung wesentlicher globaler Jahresabschlusspositionen	142
1.2.4.1	Konsolidierte Gesamtbilanz	143
1.2.4.2	Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	146
1.3	Ausblick auf die künftige Entwicklung	154
1.3.1	Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss der Konsolidierungsperiode	154
1.3.2	Erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven und Risiken	155
2.	Anlagen zum Konsolidierungsbericht	161
2.1	Kapitalflussrechnung (§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG)	162
2.1.1	Einführung	162
2.1.2	Kapitalflussrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig	163
2.2	Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen (§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG)	168
2.3	Beteiligungsbericht	171

I. Allgemeines

- 1. Einführung**
- 2. Glossar zu den Begriffen des konsolidierten Gesamtabchlusses**
- 3. Positionenrahmen**
- 4. Konzernstruktur Stadt Braunschweig**

1. Einführung

1. Einführung

Mit diesem konsolidierten Gesamtabschluss 2014 wird bereits zum dritten Mal ein Gesamtüberblick über die finanzielle Lage des städtischen Konzerns Stadt Braunschweig vorgelegt. Damit leisten die Informationen aus dem Gesamtabschluss einen weiteren wichtigen Beitrag auf dem Weg die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Braunschweig und der in den Gesamtabschluss einbezogenen Einheiten vollständig darzustellen.

Die Konsolidierung zwischen der städtischen Konzernmutter und ihren verselbständigten Aufgabenträgern verfolgt das Ziel, über die rein zahlengestützte Betrachtung hinaus die Konzernstrukturen transparent zu machen. Deshalb erfolgen neben dem anliegenden Zahlenwerk und seiner Erläuterung u. a. auch Informationen zur wirtschaftlichen Lage, Kennzahlen, Darstellung der angewandten Konsolidierungsschritte, ergänzende Angaben zu ausgewählten Aufgabenträgern sowie ein Ausblick auf die künftige Entwicklung, um sich einen umfassenden Eindruck zu verschaffen.

Für den konsolidierten Gesamtabschluss 2014 wurde die zweite Kapitalflussrechnung erstellt. Sie dient ebenso der Vermittlung verbesserter Informationen über die Finanzgesamtlage des kommunalen Konzerns. Insbesondere ermöglicht sie Einschätzungen, inwiefern Zahlungsüberschüsse erwirtschaftet und Zahlungsverpflichtungen erfüllt werden können.

2. Glossar zu den Begriffen des konsolidierten Gesamtabschlusses

2. Glossar

Begriffe des konsolidierten Gesamtabschlusses

Aktiver Unterschiedsbetrag

Ein aktiver Unterschiedsbetrag ergibt sich im Rahmen der Kapitalkonsolidierung, wenn der aufzurechnende Beteiligungsbuchwert des vollkonsolidierten Aufgabenträgers höher ist als das aufzurechnende anteilige Eigenkapital. Bei Anwendung der Neubewertungsmethode enthält ein aktiver Unterschiedsbetrag ausschließlich den verbleibenden Geschäfts- oder Firmenwert und ist unter einer gesonderten Position der Gesamtbilanz auszuweisen. In den Folgejahren ist der Geschäfts- oder Firmenwert entsprechend § 309 Abs. 1 HGB zu behandeln. Demnach erfolgt seine Abschreibung über die geschätzte Nutzungsdauer. Nach aktueller Auffassung herrschender Kommentare soll dabei ein Zeitraum von fünf Jahren nicht überschritten werden.

Assoziierte Aufgabenträger

Assoziierte Aufgabenträger sind Aufgabenträger, bei denen die Kommune oder ein in den Vollkonsolidierungskreis einbezogener Aufgabenträger maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- oder Finanzpolitik tatsächlich ausübt. Ein maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn die Kommune oder der in den Vollkonsolidierungskreis einbezogene Aufgabenträger bei einem anderen Aufgabenträger mindestens 20% oder höchstens 50% der Stimmrechte der Gesellschafter innehat. Assoziierte Aufgabenträger werden im Rahmen der Eigenkapitalmethode in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Auch die Aufwands- und Ertragskonsolidierung stellt einen weiteren Arbeitsschritt zur Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der verselbständigten Aufgabenträger mit dem Jahresabschluss der Kommune zum konsolidierten Gesamtabschluss im Rahmen der Vollkonsolidierung dar. Hierbei werden Aufwendungen und Erträge, die auf Lieferungen und Leistungen innerhalb des Vollkonsolidierungskreises beruhen, gegeneinander verrechnet. Diese Verrechnung ist erforderlich, weil es unter dem Gesichtspunkt der Einheitstheorie keine Aufwendungen und Erträge aus Lieferungen und Leistungen an sich selbst geben kann.

Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung ist für die nicht dem Vollkonsolidierungskreis zuzurechnenden Aufgabenträgern oder der Kommune gehörenden Anteile an in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen (vollkonsolidierten) Aufgabenträgern ein Ausgleichsposten für die Anteile der anderen Gesellschafter in Höhe ihres Anteils am Eigenkapital unter entsprechender Bezeichnung innerhalb des Eigenkapitals gesondert auszuweisen. Dieser „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ enthält den im Rahmen der Kapitalkonsolidierung ermittelten auf Minderheitsgesellschafter entfallenden Teil des Eigenkapitals. Er beinhaltet den Korrekturbetrag für das vollständig in die Gesamtbilanz übernommene Reinvermögen eines vollkonsolidierten Aufgabenträgers, da an diesem die Kommune nur mit ihrem Anteil beteiligt ist, während ein weiterer Teil auf Minderheitsgesellschafter entfällt.

Eigenkapitalmethode

Als Eigenkapitalmethode – auch Equity-Methode genannt – wird das Verfahren zur Einbeziehung assoziierter Aufgabenträger in den konsolidierten Gesamtabschluss bezeichnet. Dieses Verfahren berücksichtigt eine besondere Bilanzierung und Bewertung assoziierter Aufgabenträger. Diese werden nicht wie bei der Vollkonsolidierung mit den Vermögens- und Schuldenposten sowie Rechnungsabgrenzungs- und Sonderposten in die Gesamtbilanz und ihren Aufwands- und Ertragsposten in die Gesamtergebnisrechnung übernommen. Stattdessen wird der Buchwert der Beteiligung unter einer gesonderten Position in der Gesamtbilanz ausgewiesen. Der Buchwert dieser assoziierten Aufgabenträger verändert sich im Zeitablauf entsprechend seiner Eigenkapitalveränderungen. In der Gesamtergebnisrechnung werden Aufwendungen und Erträge aus assoziierten Aufgabenträgern ebenfalls unter gesonderten Positionen ausgewiesen.

Einheitsfiktion

Der Konzernrechnungslegung liegt die Annahme zugrunde, dass die in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenträger und die Kommune eine wirtschaftliche Einheit bilden. Diese Annahme wird als Einheitsfiktion bezeichnet. Aus der Annahme der wirtschaftlichen Einheit folgt, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im konsolidierten Gesamtabschluss der Kommune so darzustellen ist, als ob die mit der Kommune zusammengefassten Aufgabenträger insgesamt ein einheitliches Unternehmen wären.

Folgekonsolidierung

Wie bei der Erstkonsolidierung ist auch in der Folgekonsolidierung die Konsolidierung der kapitalmäßigen Verflechtungen im Konzernverbund vorzunehmen. Während die Kapitalkonsolidierung im Rahmen der Erstkonsolidierung i.d.R. erfolgsneutral erfolgt, hat die Kapitalkonsolidierung im Zuge der Folgekonsolidierung Auswirkungen auf den Konzernergebnis:

Zunächst sind die Erstkonsolidierungsbuchungen erfolgsneutral zu wiederholen, da die Konzernbilanz auch in den Folgejahren aus der Summe der vereinheitlichten Einzelbilanzen erstellt wird.

Für die Folgebewertung sind dann die Standards der jeweiligen Bilanzpositionen einschlägig (erfolgswirksame Erfassung der Veränderung der stillen Reserven, Abschreibung eines ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwertes sowie unter bestimmten Voraussetzungen Auflösung passiver Unterschiedsbeträge).

Kapitalflussrechnung

Eine Kapitalflussrechnung ist gemäß § 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG verpflichtender Bestandteil des Konsolidierungsberichtes. Sie dient der Vermittlung verbesserter Informationen über die Finanzgesamtlage des kommunalen Konzerns, indem Einschätzungen darüber ermöglicht werden, inwiefern Zahlungsüberschüsse erwirtschaftet und Zahlungsverpflichtungen erfüllt werden können.

Hierzu wird der sog. „Finanzmittelfonds“ aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und der Anlagenübersicht des Konsolidierten Gesamtabchlusses abgeleitet. Die Zahlungsströme der Berichtsperiode werden dargestellt und Informationen über die erwirtschafteten bzw. verbrauchten Finanzmittel aus laufender Verwaltungs- sowie Finanzierungs- und Investitionstätigkeit geliefert. Die Gesamtkapitalflussrechnung schließlich bildet die Gesamtsicht auf diese Teil-Cashflow-Rechnungen.

Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung ist ein Arbeitsschritt zur Zusammenfassung der Bilanzen aus den Jahresabschlüssen vollkonsolidierter verselbständigter Aufgabenträger mit der Bilanz der Kommune im Rahmen der Vollkonsolidierung. Bei der Kapitalkonsolidierung wird der Buchwert der Anteile an dem verselbständigten Aufgabenträger mit dem anteiligen Eigenkapital des verselbständigten Aufgabenträgers aufgerechnet. Die Aufrechnung erfolgt nach den Wertverhältnissen zu Beginn des ersten Konzerngeschäftsjahres in Niedersachsen spätes-

tens zum 1. Januar 2012. Die Kapitalkonsolidierung ist zur Vermeidung von Doppelerfassungen des bilanziellen Reinvermögens des verselbständigten Aufgabenträgers erforderlich, da dieses in der Summenbilanz einmal durch die übernommenen Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungs- und Sonderposten aus dem Jahresabschluss des verselbständigten Aufgabenträgers und zusätzlich durch den Beteiligungsbuchwert der Anteile an diesem Aufgabenträger erfasst ist. Bei der Aufrechnung können sich aktive oder passive Unterschiedsbeträge ergeben. Darüber hinaus sind bei Beteiligung außenstehender Anteilseigner an diesem Aufgabenträger die diesen zustehenden Eigenkapitalanteile in einem gesonderten Posten der Gesamtbilanz als Anteile anderer Anteilseigner auszuweisen.

Kernverwaltung

Die Aufgaben innerhalb eines kommunalen Konzerns werden in unterschiedlichen Organisations- und Rechtsformen erfüllt. Für die eigentliche Stadtverwaltung mit ihren Fachbereichen und Referaten hat sich die Bezeichnung „Kernverwaltung“ als der zentrale Aufgabenträger im städtischen Verbund für alles etabliert, was nicht über eigenständige Rechtspersonen wie die städtischen Gesellschaften erledigt wird. Auch die Sonderrechnungen Stadtentwässerung, Abfall sowie Hochbau und Gebäudemanagement und der Pensionsfonds als Sondervermögen der Stadt Braunschweig, die aus Gesamtabschlussicht jeweils eigene Aufgabenträger sind, stehen außerhalb der Kernverwaltung.

Konzern

Ein Konzern ist die Zusammenfassung selbständiger Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Einheit. An der Spitze eines Konzerns steht ein Unternehmen, das auf die übrigen zusammengefassten Unternehmen einen beherrschenden Einfluss ausübt und die Geschäfts- und Finanzpolitik für den Konzern vorgibt. In einem kommunalen Konzern gibt die Kommune die Geschäfts- und Finanzpolitik des Konzerns vor. Die mit der Kommune zum Konzern zusammengefassten Organisationseinheiten nennt das niedersächsische Haushaltsrecht verselbständigte Aufgabenträger.

Konsolidierter Gesamtabschluss

Nach § 128 Abs. 4 NKomVG ist für jedes Haushaltsjahr der Jahresabschluss der Kommune mit den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und der Zweckverbände zusammenzufassen (Konsolidierung).

Konsolidierungskreis

Die Kommune und die mit der Kommune im konsolidierten Gesamtabschluss zusammengefassten vollkonsolidierten Aufgabenträger bilden den Konsolidierungskreis. Der Umfang der dabei berücksichtigten Aufgabenträger ist abhängig von der Beherrschungsmöglichkeit durch die Kommune und wird durch Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen eingeschränkt.

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte sind Zahlungsverpflichtungen, die wirtschaftlich einem Kredit gleichkommen. Vorfinanzierungen von Schulsanierungen durch ein privates Unternehmen (Public Private Partnership/PPP) sind kreditähnliche Rechtsgeschäfte. Sie sind entsprechend zu bilanzieren und vorher von der Kommunalaufsicht zu genehmigen.

Neubewertungsmethode

Als Neubewertungsmethode wird ein Verfahren zur Durchführung der Kapitalkonsolidierung bezeichnet. Bei diesem Verfahren wird das zu beizulegenden Zeitwerten bewertete Eigenkapital des verselbständigten Aufgabenträgers mit dem Buchwert der Beteiligung an diesem verselbständigten Aufgabenträger aufgerechnet. Die Bewertung erfolgt nach den Wertverhältnissen im Zeitpunkt der Erstkonsolidierung.

(Nicht-)monetäre Vermögensgegenstände

Die sog. „Nicht-monetären Vermögensgegenstände“ kennzeichnet, dass sie mit keinem Recht auf Erhalt einer festen oder bestimmaren Anzahl von Währungseinheiten verbunden sind. Dazu zählen Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Geschäfts- und Firmenwerte oder Vorauszahlungen für Waren. Demgegenüber sind monetäre Vermögensgegenstände im Bestand befindliche Geldmittel und Vermögenswerte, für die der Aufgabenträger einen festen oder bestimmaren Geldbetrag erhält (z.B. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen).

Passiver Unterschiedsbetrag

Ein passiver Unterschiedsbetrag ergibt sich im Rahmen der Kapitalkonsolidierung, wenn der aufzurechnende Beteiligungsbuchwert des vollkonsolidierten Aufgabenträgers niedriger ist als das aufzurechnende anteilige Eigenkapital. Ein passiver Unterschiedsbetrag kann Eigenkapital- oder Fremdkapitalcharakter haben. Fremdkapitalcharakter hat er dann, wenn bei Kauf eines Aufgabenträgers Kaufpreisabschläge vorgenommen wurden, weil bei dem Aufgabenträger Sanierungsbedarf besteht. In diesen Fällen hat der Unterschiedsbetrag Rückstellungscharakter. Der in den Kommunen häufigere Fall ist der, dass ein passiver Unterschiedsbetrag aufgrund von Ergebnisthesaurierungen in Jahren vor dem Erstkonsolidierungszeitpunkt entstanden ist. Die Behandlung des passiven Unterschiedsbetrages in den Folgejahren hängt von seinem Charakter und seiner zwischenzeitlichen Entwicklung (z.B. durchgeführte Sanierungsmaßnahmen) ab.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zutreffenden Ermittlung des Periodengewinns, indem Aufwendungen und Erträge dem Wirtschaftsjahr zugeordnet werden, durch das sie – wirtschaftlich betrachtet – verursacht sind. RAP auf der Aktivseite der Bilanz weisen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag aus, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. RAP auf der Passivseite sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Typische Geschäftsvorfälle, die zur Bildung von RAP führen, sind Vorauszahlungen für Miete, Pacht und Versicherungen.

Schuldenkonsolidierung

Die Schuldenkonsolidierung ist ein weiterer Arbeitsschritt zur Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der vollkonsolidierten Aufgabenträger mit dem Jahresabschluss der Kommune zum konsolidierten Gesamtabschluss. Hierbei sind die innerhalb des Konsolidierungskreises bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Die Schuldenkonsolidierung ist erforderlich, da es unter dem Gesichtspunkt der Einheitstheorie in einem einheitlichen Unternehmen keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegen sich selbst geben kann.

Sonstige Aufgabenträger

Sonstige Aufgabenträger werden je nach Umfang der Beteiligung und der Einflussnahmemöglichkeit der Kommune auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Aufgabenträgers in der Gesamtbilanz unter der Position „Anteile an sonstigen Aufgabenträgern“ ausgewiesen und zu ihren Anschaffungskosten bewertet.

Verselbständigte Aufgabenträger

Das Haushaltsrecht bezeichnet alle wirtschaftlich und organisatorisch selbständigen Organisationseinheiten an denen die Kernverwaltung beteiligt ist als verselbständigte Aufgabenträger. Bei privatrechtlichen und bestimmten öffentlich-rechtlichen Rechtsformen (z.B. Anstalten des öffentlichen Rechts) liegt zusätzlich auch rechtliche Selbständigkeit vor. Zu unterscheiden sind vollkonsolidierte Aufgabenträger, assoziierte Aufgabenträger und sonstige Aufgabenträger.

Vollkonsolidierung

Vollkonsolidierung ist die Zusammenfassung des Jahresabschlusses der Kommune mit den Jahresabschlüssen der verselbständigten Aufgabenträger zu einem Gesamtabschluss. Dabei werden Doppelerfassungen des Vermögens der verselbständigten Aufgabenträger eliminiert. Auch Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge aus gegenseitigen Leistungsbeziehungen werden eliminiert.

Vollkonsolidierte Aufgabenträger

Vollkonsolidierte Aufgabenträger sind Aufgabenträger, auf die die Kommune beherrschenden Einfluss ausüben kann. Hierzu muss eine der in § 290 Abs. 2 HGB genannten Voraussetzungen vorliegen.

Zwischenergebniseliminierung

Die Zwischenergebniseliminierung ist ein weiterer Arbeitsschritt im Rahmen der Vollkonsolidierung verselbständigter Aufgabenträger. Er wird angewendet, wenn aufgrund von Lieferungen oder Leistungen innerhalb des Vollkonsolidierungskreises Vermögensgegenstände angeschafft oder hergestellt wurden, die Gewinne oder Verluste enthalten. Der Konsolidierungsschritt ist erforderlich, weil Gewinne oder Verluste aus Lieferungen und Leistungen der Konzerneinheiten erst entstanden sind, wenn die Vermögensgegenstände den Vollkonsolidierungskreis verlassen haben. Aufgrund der kommunalen Gegebenheiten ist dieser Konsolidierungsschritt in vielen Fällen nicht erforderlich, da entweder keine Zwischenergebnisse entstanden oder diese von untergeordneter Bedeutung für die zutreffende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des kommunalen Konzerns sind.

3. Positionenrahmen

Stand: 31.12.2014

Positionenrahmen zum Gesamtabchluss in Niedersachsen mit Konten - Stadt Braunschweig

Die Gliederungen der Gesamtbilanz und der konsolidierten Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport und dem damaligen Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) herausgegebenen Positionenrahmen. Die Kommunen erstellen hieraus einen örtlichen Positionenplan. Die Stadt Braunschweig hat den Positionenrahmen angewendet u. unter Berücksichtigung individueller Gegebenheiten ergänzt.

I.	Positionenrahmen zur Gesamtbilanz
A	Aktiva
A 1	Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachvermögen
A 1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände
A 1.1.1	Geschäfts- oder Firmenwerte der verbundenen Aufgabenträger
000000	Geschäfts- oder Firmenwerte der verb. Aufgabenträger
A 1.1.2	Konzessionen
001000	Konzessionen
A 1.1.3	Lizenzen
002000	Lizenzen
A 1.1.4	Ähnliche Rechte
003000	Ähnliche Rechte
A 1.1.5	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse
004000	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
004100	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
004200	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse - Sonstige
A 1.1.6	Aktivierter Umstellungsaufwand
005000	Aktivierter Umstellungsaufwand
A 1.1.7	Sonstiges immaterielles Vermögen
A 1.1.7.1	Sonstiges immaterielles Vermögen
008000	Sonstiges immaterielles Vermögen
A 1.1.7.2	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände
009000	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögensgegenstände - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
009100	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögensgegenstände - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
009200	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögensgegenstände - Sonstige
A 1.2	Sachvermögen
A 1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken
010000	Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken
010100	Festwertbewertung

A 1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken
020000	Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken
021000	Gebäude
022000	Außenanlagen
023000	Festwertbewertung
A 1.2.3	Infrastrukturvermögen
031000	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens
032000	Infrastrukturvermögen
033000	Festwertbewertung
A 1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden
040000	Bauten auf fremden Grund und Boden
A 1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler
050000	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler
A 1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge
061000	Fahrzeuge
062000	Maschinen und technische Anlagen
A 1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere
071000	Betriebsvorrichtungen
072000	Betriebs- und Geschäftsausstattung, Nutzpflanzen u. Nutztiere
075000	Sammelposten für bewegl. Vermögensgegenstände über 150,- bis 1.000,- Euro ohne Ust
076000	Festwertbewertung Betriebs- u. Geschäftsausstattung
A 1.2.9	Vorräte
A 1.2.9.1	Vorräte
081000	Vorräte
A 1.2.9.2	Geleistete Anzahlungen für Vorräte
087000	Geleistete Anzahlungen für Vorräte - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
087100	Geleistete Anzahlungen für Vorräte - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
087200	Geleistete Anzahlungen für Vorräte - Sonstige
A 1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau
091000	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
091100	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
091200	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen - Sonstige
096000	Anlagen im Bau (AiB)

A 2	Finanzvermögen, liquide Mittel und aktive Rechnungsabgrenzung
A 2.1	Finanzvermögen
A 2.1.1	Anteile an verbundenen Ausgliederungen
A 2.1.1.1	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern ohne untergeordneter Bedeutung
101000	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern ohne untergeordneter Bedeutung
A 2.1.1.2	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern mit untergeordneter Bedeutung
102000	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern mit untergeordneter Bedeutung
A 2.1.2	Anteile an assoziierten Ausgliederungen
A 2.1.2.1	Anteile an assoziierten Aufgabenträgern ohne untergeordneter Bedeutung
111000	Anteile an assoziierten Aufgabenträgern ohne untergeordneter Bedeutung
A 2.1.2.2	Anteile an assoziierten Aufgabenträgern mit untergeordneter Bedeutung
112000	Anteile an assoziierten Aufgabenträgern mit untergeordneter Bedeutung
A 2.1.3	Anteile an sonstige Aufgabenträgern
113000	Anteile an sonstigen Aufgabenträgern (Beteiligungen)
A 2.1.4	Sondervermögen
121000	Sondervermögen ohne untergeordneter Bedeutung
121100	Sondervermögen mit untergeordneter Bedeutung
121200	Sonder-/Treuhandvermögen
A 2.1.5	Ausleihungen
A 2.1.5.1	Ausleihungen an verbundene Unternehmen
131100	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ohne untergeordneter Bedeutung
131110	Ausleihungen an verbundene Unternehmen mit untergeordneter Bedeutung
A 2.1.5.2	Ausleihungen an Beteiligungen
131200	Ausleihungen an Beteiligungen
A 2.1.5.3	Ausleihungen an Sondervermögen
131300	Ausleihungen an Sondervermögen ohne untergeordneter Bedeutung
131310	Ausleihungen an Sondervermögen mit untergeordneter Bedeutung
A 2.1.5.4	Sonstige Ausleihungen
131400	Sonstige Ausleihungen
A 2.1.6	Wertpapiere
140000	Wertpapiere
A 2.1.7	Öffentlich-rechtliche Forderungen
150000	Öffentlich-rechtliche Forderungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
150100	Öffentlich-rechtliche Forderungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
150200	Öffentlich-rechtliche Forderungen - Sonstige
A 2.1.8	Forderungen aus Transferleistungen
153000	Forderungen aus Transferleistungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
153100	Forderungen aus Transferleistungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
153200	Forderungen aus Transferleistungen - Sonstige

A 2.1.9	Privatrechtliche Forderungen
160000	Privatrechtliche Forderungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
160100	Privatrechtliche Forderungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
160200	Privatrechtliche Forderungen - Sonstige
163000	Forderung Cashpool – verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
163100	Forderung Cashpool – verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
163200	Forderung Cashpool – Sonstige
169200	Forderungen Gesellschaftervertrag - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
169300	Forderungen Gesellschaftervertrag - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
169400	Forderungen Gesellschaftervertrag - Sonstige
A 2.1.10	Sonstige Vermögensgegenstände
166000	Sonstige Vermögensgegenstände - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
166100	Sonstige Vermögensgegenstände - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
166200	Sonstige Vermögensgegenstände - Sonstige
166200K	Differenzen aus der Schuldenkonsolidierung
166300	Forderungen gegen Mitarbeiter
168100	Vorsteuererstattung
A 2.2	Liquide Mittel
170000	Girokonten
170100	Festgeldkonten
170200	Bargeld und Wertgutscheine
A 2.3	Aktive Rechnungsabgrenzung (ARAP)
A 2.3.1	Sonstige aktive Rechnungsabgrenzung
180000	Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
180100	Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten – verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
180200	Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten - Sonstige
A 2.3.2	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag
181000	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

B	Passiva
B 1	Nettoposition
B 1.1	Nettoposition
B 1.1.1	Basis-Reinvermögen
B 1.1.1.1	Reinvermögen
200100	Reinvermögen (nur Kernverw.)
200110	Grund- u. Stammkapital
200120	Kapitalrücklagen
B 1.1.1.2	Soll-Fehlbetrag aus kameralem Abschluss Verwaltungshaushalt
200200	Soll-Fehlbetrag aus kameralem Abschluss
B 1.2	Rücklagen
B 1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses
201000	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses
B 1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses
202000	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses
B 1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen
204000	Zweckgebundene Rücklagen
B 1.2.4	Sonstige Rücklagen
205000	Sonstige Rücklagen
205100	Gesetzliche Rücklagen
205200	Satzungsmäßige Rücklagen
205300	Andere Gewinnrücklagen
205310	Neubewertungsrücklage
205400	Gewinnvortrag/Verlustvortrag
205500	Jahresergebnis
205500K	Ergebnisverwendung
B 1.3	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz
207000	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz
B 1.4	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter
208000	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter
B 1.5	Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung
209000	Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung
B 2	Sonderposten
B 2.1	Sonderposten
B 2.1.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse
211000	Sonderposten - Investitionszuweisungen und -zuschüsse
B 2.1.2	Beiträge und ähnliche Entgelte
212000	Sonderposten - Beiträge und ähnliche Entgelte
B 2.1.3	Gebührenaussgleich
213000	Sonderposten - Gebührenaussgleich

B 2.1.4	Bewertungsausgleich
214000	Sonderposten - Bewertungsausgleich
B 2.1.5	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten
215000	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten
B 2.1.6	Sonstige Sonderposten
219000	Sonstige Sonderposten
B 3	Schulden
B 3.1	Geldschulden
221000	Geldschulden - verbundene Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
221100	Geldschulden - verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
221200	Geldschulden - Sonstige
B 3.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften
240000	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften - verbundene Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
240100	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften - verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
240200	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften - Sonstige
B 3.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
251000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - verbundene Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
251100	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
251200	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - Sonstige
B 3.4	Transferverbindlichkeiten (beinhaltet Kfz-Steuer, Grundsteuer)
261000	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen - verbundene Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
261100	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen - verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
261200	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen - Sonstige
266000	Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen
267000	Steuerverbindlichkeiten (ohne Ust) - verbundene Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
267100	Steuerverbindlichkeiten (ohne Ust) - verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
267200	Steuerverbindlichkeiten (ohne Ust) - Sonstige
269000	Andere Transferverbindlichkeiten

B 3.5	Sonstige Verbindlichkeiten (beinhaltet Gewerbesteuer, Lohn- u. Kirchenst., Ust.)
166201K	Differenzen aus der Schuldenkonsolidierung
270000	Sonstige Verbindlichkeiten - verbundene Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
270100	Sonstige Verbindlichkeiten - verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
270200	Sonstige Verbindlichkeiten - Sonstige (auch Sozialversicherungen)
270300	Verbindlichkeiten Cashpool – verb. Untern. ohne untergeordneter Bedeutung
270400	Verbindlichkeiten Cashpool – verb. Untern. mit untergeordneter Bedeutung
270410	Verbindlichkeiten Cashpool – Sonstige
270500	Verbindlichkeiten aus Gesellschaftervertrag - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
270600	Verbindlichkeiten aus Gesellschaftervertrag - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
270700	Verbindlichkeiten aus Gesellschaftervertrag - Sonstige
272000	Umsatzsteuerzahllast
B 4	Rückstellungen
B 4.1	Rückstellungen
B 4.1.1	Pensionsrückstellungen
281100	Pensionsrückstellungen
281200	Beihilferückstellungen
B 4.1.2	Andere Rückstellungen
289000	Andere Rückstellungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
289100	Andere Rückstellungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
289200	Andere Rückstellungen - Sonstige
B 5	Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)
290000	Passive Rechnungsabgrenzung - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
290100	Passive Rechnungsabgrenzung – verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
290200	Passive Rechnungsabgrenzung - Sonstige
II.	Positionenrahmen zur Gesamtergebnisrechnung
C	Ordentliche Gesamterträge und Gesamtaufwendungen
C 1	Ordentliche Gesamterträge
C 1.1	Steuern und ähnliche Abgaben
300000	Steuern und ähnliche Abgaben - verb. Aufgabenträger ohne untergeordn. Bedeutung
300100	Steuern und ähnliche Abgaben - verb. Aufgabenträger mit untergeordn. Bedeutung
300200	Steuern und ähnliche Abgaben - Sonstige

C 1.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen
310000	Zuwendungen und allgemeine Umlagen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordn. Bedeutung
310100	Zuwendungen und allgemeine Umlagen - verb. Aufgabenträger mit untergeordn. Bedeutung
310200	Zuwendungen und allgemeine Umlagen - Sonstige
C 1.3	Auflösungserträge aus Sonderposten
316000	Auflösungserträge aus Sonderposten
C 1.4	Sonstige Transfererträge
320000	Sonstige Transfererträge - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
320100	Sonstige Transfererträge - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
320200	Sonstige Transfererträge - Sonstige
C 1.5	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
330000	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
330100	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
330200	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - Sonstige
C 1.6	Privatrechtliche Entgelte
340000	Privatrechtliche Entgelte - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
340100	Privatrechtliche Entgelte - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
340200	Privatrechtliche Entgelte - Sonstige
C 1.7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
348000	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
348100	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
348200	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen - Sonstige
C 1.8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge
C 1.8.1	Gewinnanteile
365000	Beteiligungserträge - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
365100	Beteiligungserträge - verb. Aufgabenträger mit unterg. Bedeutung
365200	Beteiligungserträge - Sonstige
366000	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
366100	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen - verb. Aufgabenträger mit unterg. Bedeutung
C 1.8.2	Sonstige Finanzerträge
361000	Zinserträge - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
361100	Zinserträge - verb. Aufgabenträger mit unterg. Bedeutung
361200	Zinserträge - Sonstige
362000	Erträge aus Verlustübernahme - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
369000	Sonstige Finanzerträge - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
369100	Sonstige Finanzerträge - verb. Aufgabenträger mit unterg. Bedeutung
369200	Sonstige Finanzerträge - Sonstige

C 1.9	Aktiviert Eigenleistungen
371000	Aktiviert Eigenleistungen
C 1.10	Bestandsveränderungen
372000	Bestandsveränderungen
C 1.11	Sonstige ordentliche Erträge
359000	Sonstige ordentliche Erträge - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
359100	Sonstige ordentliche Erträge - verb. Aufgabenträger mit unterg. Bedeutung
359200	Sonstige ordentliche Erträge - Sonstige
359200K	Ertrag aus Differenzen aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung
359201K	Ertrag aus Differenzen aus nicht verrechenbarer Vorsteuer
359900	Erträge aus Auflösung passiver Unterschiedsbetrag
C 1.12	Erträge aus assoziierten Aufgabenträgern
390000	Gewinne aus assoziierten Aufgabenträgern
C 2	Ordentliche Gesamtaufwendungen
C 2.1	Aufwendungen für aktives Personal
400000	Aufwendungen aktives Personal
C 2.2	Aufwendungen für Versorgung
410000	Aufwendungen für Versorgung
C 2.3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
420000	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
420100	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
420200	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - Sonstige
C 2.4	Abschreibungen
C 2.4.1	Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachvermögen
471000	Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachvermögen
C 2.4.2	Abschreibungen auf Finanzvermögen
472100	Abschreibungen auf Finanzvermögen
C 2.4.3	Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert
473000	Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert
C 2.4.4	Abschreibungen auf Unternehmen
474000	Abschreibungen auf Unternehmen
C 2.4.5	Sonstige Abschreibungen auf Finanzvermögen
475000	Sonstige Abschreibungen auf Finanzvermögen
C 2.4.6	Sonstige Abschreibungen
479000	Sonstige Abschreibungen
C 2.5	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen
C 2.5.1	Zinsaufwendungen
451000	Zinsaufwendungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
451100	Zinsaufwendungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
451200	Zinsaufwendungen - Sonstige

C 2.5.2	Sonstige Finanzaufwendungen
459000	Sonstige Finanzaufwendungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
459100	Sonstige Finanzaufwendungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
459200	Sonstige Finanzaufwendungen - Sonstige
462000	Aufwendungen aus Verlustübernahme - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
462100	Aufwendungen aus Verlustübernahme - verb. Aufgabenträger mit unterg. Bedeutung
462200	Aufwendungen aus Verlustübernahme - Sonstige
466000	Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne - verb. Aufgabenträger ohne untergeordn. Bedeutung
C 2.6	Transferaufwendungen
439000	Transferaufwendungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
439100	Transferaufwendungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
439200	Transferaufwendungen - Sonstige
C 2.7	Sonstige ordentliche Aufwendungen
440000	Sonstige ordentliche Aufwendungen - verb. Aufgabenträger ohne unterg. Bedeutung
440100	Sonstige ordentliche Aufwendungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
440200	Sonstige ordentliche Aufwendungen - Sonstige
459200K	Aufwendungen aus Differenzen aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung
459201K	Aufwendungen aus Differenzen aus nicht verrechenbarer Umsatzsteuer
C 2.8	Aufwendungen aus assoziierten Aufgabenträgern
499000	Verluste aus assoziierten Aufgabenträgern
C 3	Ordentliches Gesamtergebnis
	Ordentliche Gesamterträge (C 2)
	Ordentliche Gesamtaufwendungen (C 1)
C 3	Ordentliches Gesamtergebnis (Saldo C 2- C1)

D	Außerordentliche Erträge und Aufwendungen
D 1	Außerordentliche Erträge
501000	Außerordentliche Erträge - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
501100	Außerordentliche Erträge - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
501200	Außerordentliche Erträge - Sonstige
531000	Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen
D 2	Außerordentliche Aufwendungen
511000	Außerordentliche Aufwendungen - verb. Aufgabenträger ohne untergeordneter Bedeutung
511100	Außerordentliche Aufwendungen - verb. Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung
511200	Außerordentliche Aufwendungen - Sonstige
513000	Außerplanmäßige Abschreibungen
532000	Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen
D 3	Außerordentliches Gesamtergebnis
	Außerordentliche Erträge (D 1)
	Außerordentliche Aufwendungen (D 2)
D 3	Außerordentliches Gesamtergebnis (Saldo D 1- D 2)
E	Gesamtjahresüberschuss /-fehlbetrag
	Ordentliches Gesamtergebnis (C 3)
	Außerordentliches Gesamtergebnis (D 3)
E 1	Gesamtjahresüberschuss/ -fehlbetrag (Saldo C3 + D 3)
F	Gewinnverwendung
F 1	Anderen Gesellschaftern zuzurechnender Gewinn
F 2	Anderen Gesellschaftern zuzurechnender Verlust
F 3	Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis (Saldo F1 - F2)
F 4	Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr
F 5	Entnahmen aus der Kapitalrücklage
F 6	Entnahmen aus Gewinnrücklagen
F 7	Einstellungen in Gewinnrücklagen
F 8	Entnahmen / Zuführungen Allgemeine Rücklage
G	Gesamtbilanzgewinn/-verlust (Saldo E1, F3 - F8)

4. Konzernstruktur Stadt Braunschweig

4. Konzernstruktur Stadt Braunschweig

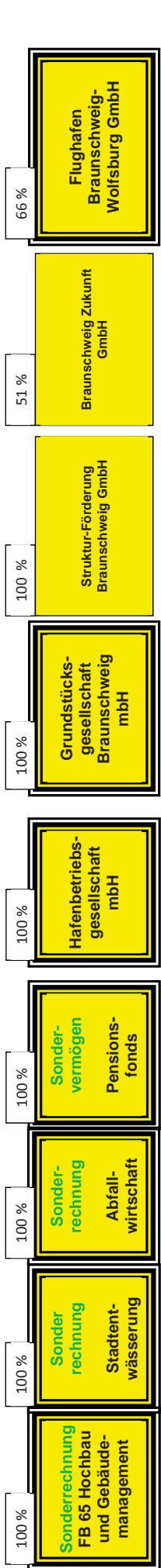
Im Folgenden ist die Konzernstruktur als Grafik abgebildet.

Welche Aufgabenträger für den Konsolidierungskreis berücksichtigt werden, ist in Kapitel V unter dem Punkt 1.2.1 „Abgrenzung Konsolidierungskreis“ beschrieben.

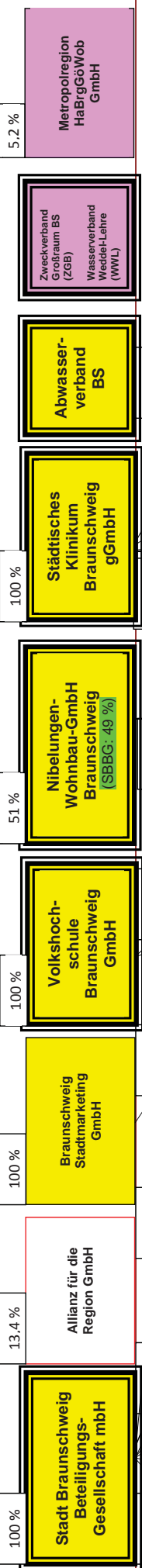
Die nicht im Konsolidierungskreis berücksichtigten Aufgabenträger sind in Kapitel V unter dem Punkt 2.2 „Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen (§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG)“ aufgelistet.

Stadt Braunschweig (Kernverwaltung)

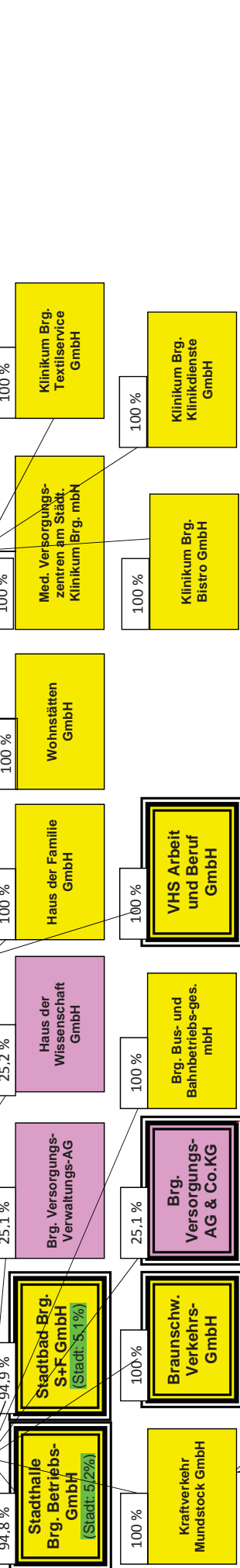
1. Ebene



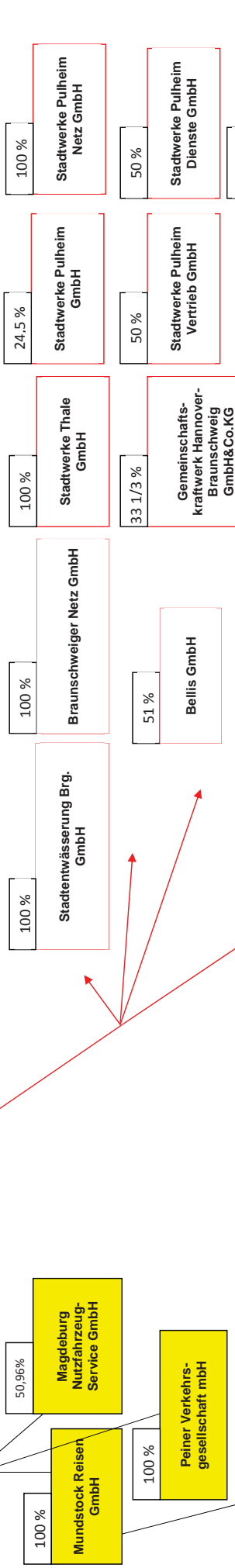
2. Ebene



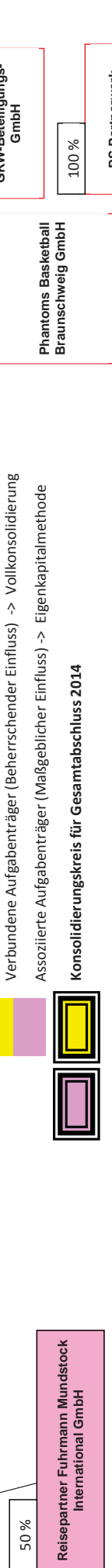
3. Ebene



4. Ebene



5. Ebene



Verbundene Aufgabenträger (Beherrschender Einfluss) -> Vollkonsolidierung
 Assoziierte Aufgabenträger (Maßgeblicher Einfluss) -> Eigenkapitalmethode
Konsolidierungskreis für Gesamtabschluss 2014
 Sonstige Aufgabenträger -> Keine Berücksichtigung

II. Konsolidierte Gesamtbilanz

(§ 128 Abs. 6 S. 1 NKomVG i.V.m. § 54 GemHKVO)

- 1. Komprimierte Darstellung Gesamtbilanz**
- 2. Gesamtbilanz**
- 3. Vermerke unter der Gesamtbilanz**

1. Komprimierte Darstellung Gesamtbilanz

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	30.063.899,40	32.719.661,13	1. Netto-position	490.892.354,02	494.471.446,02
2. Sachvermögen	2.323.963.591,17	2.435.310.698,80	1.1 Basis-Reinvermögen	572.041.278,71	584.198.812,75
3. Finanzvermögen	181.435.078,25	186.703.685,57	1.2 Rücklagen	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	306.099.009,32	253.183.015,66	1.3 Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz	3.466.961,70	3.622.247,92
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	21.518.976,06	18.962.728,91	1.4 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00
			1.5 Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	-16.130.798,28	-55.119.054,87
			1.6 Jahresergebnis (Bilanzgewinn/-verlust)	469.921.859,40	473.639.183,53
			1.7 Sonderposten	1.520.191.655,55	1.500.812.635,35
			2. Schulden		
			2.1 Geldschulden	434.699.808,92	446.700.407,88
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.333.552,49	85.568.471,76
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.184.475,80	24.141.521,72
			2.4 Transferverbindlichkeiten	2.615.736,01	2.573.095,79
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	76.905.179,00	70.418.950,28
			3. Rückstellungen	597.923.568,02	627.537.644,49
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	175.226.578,41	169.127.062,80
Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07	Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07

M. Markuth

Oberbürgermeister

16.05.2017

Braunschweig,

2. Gesamtbilanz

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände			1.	Nettoposition	
1.1	Geschäfts- oder Firmenwerte der verb. Aufgabenträger	0,00	0,00	1.1	Basis-Feinvermögen	
1.2	Konzessionen	0,00	0,00	1.1.1	Reinvermögen	490.892.354,02
1.3	Lizenzen	2.412.712,29	1.923.951,90	1.1.2	Sollfeibetrag aus kameralem Abschluss	0,00
1.4	Ähnliche Rechte	715.442,11	693.662,01			490.892.354,02
1.5	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	26.845.313,00	29.794.743,00	1.2	Rücklagen	
1.6	Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00	1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	497.356.855,75
1.7	Sonstiges immaterielles Vermögen	90.432,00	307.304,22	1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	73.590.850,27
		30.063.899,40	32.719.661,13	1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00
				1.2.4	Sonstige Rücklagen	1.093.572,69
2.	Sachvermögen					572.041.278,71
2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	241.816.368,69	239.642.219,46	1.3	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz	0,00
2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	959.307.140,15	1.065.779.592,45	1.4	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	3.466.961,70
2.3	Infrastrukturvermögen	789.584.794,55	760.161.797,78	1.5	Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	0,00
2.4	Bauten auf fremden Grund und Boden	5.181.336,90	5.824.052,00	1.6	Jahresergebnis	
2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	691.722,26	768.598,23	1.6.1	Gewinn-/Verlustvortrag	-11.524.633,81
2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	59.787.788,05	65.891.014,95	1.6.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.672.637,37
2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	61.375.977,28	41.010.798,72			66.472,90
2.8	Vorräte	38.115.619,76	194.110.450,96	1.6.3	Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-155.286,22
2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	188.102.843,53	194.110.450,96			-16.130.798,28
		2.323.963.591,17	2.435.310.898,80			-55.119.054,87
3.	Finanzvermögen			1.7	Sonderposten	
3.1	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern	7.924.585,16	7.951.985,16	1.7.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	344.084.489,21
3.2	Anteile an assoziierten Aufgabenträgern	44.169.785,66	43.888.414,13	1.7.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	83.057.262,53
3.3	Anteile an sonstigen Aufgabenträgern	6.091.220,48	6.684.079,72	1.7.3	Gebührenaussgleich	9.054.739,82
3.4	Sondervermögen	0,00	49.092,18	1.7.4	Bewertungsausgleich	0,00
3.5	Ausleihungen	15.698.954,21	12.462.161,11	1.7.5	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	33.725.367,84
3.6	Wertpapiere	92.983,08	56.430,70	1.7.6	Sonstige Sonderposten	469.921.859,40
3.7	Öffentlich-rechtliche Forderungen	11.133.476,04	22.415.142,25			1.520.191.655,55
3.8	Forderungen aus Transferleistungen	24.282.714,79	23.493.792,05			1.500.812.635,35
3.9	Privatrechtliche Forderungen	64.254.050,59	61.992.650,08			
3.10	Sonstige Vermögensgegenstände	7.787.308,24	7.709.938,19			
		181.436.078,25	186.703.685,57			

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013		31. Dezember 2014		Passiva	31. Dezember 2013		31. Dezember 2014	
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
4. Liquide Mittel	306.099.009,32	253.183.015,66			2.1. Geldschulden	434.699.808,92	446.700.407,88		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	21.518.976,06	18.962.728,91			2.2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.333.552,49	85.568.471,76		
					2.3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.184.475,80	24.141.521,72		
					2.4. Transferverbindlichkeiten	2.615.736,01	2.573.095,79		
					2.5. Sonstige Verbindlichkeiten	76.905.179,00	70.418.950,28		
						569.738.752,22	629.402.447,43		
					3. Rückstellungen				
					3.1. Pensionsrückstellungen	449.708.694,18	491.146.669,58		
					3.2. Andere Rückstellungen	148.214.873,84	136.390.974,91		
						597.923.568,02	627.537.644,49		
					4. Passive Rechnungsabgrenzung	175.226.578,41	169.127.062,80		
Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07			Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07		

M. ...
Oberbürgermeister

Braunschweig, 16.05.2017

3. Vermerke unter der Gesamtbilanz

3. Vermerke unter der Gesamtbilanz

Gemäß § 58 GemHKVO umfasst der Konsolidierungsbericht (siehe Kapitel V) unter anderem einen Ausblick auf die künftige Entwicklung, insbesondere Angaben über die erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen sowie über die finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven und Risiken.

Im Konzern Stadt Braunschweig bestehen die folgenden Vorbelastungen (konsolidiert, mit Verteilung auf die zu konsolidieren Aufgabenträger):

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre in EUR	Summe	Stadt BS Kernverwaltung	Sonderrechnung Stadtentwässerung
Haushaltsreste aus dem Vorjahr einschließlich des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen	60.222.166,15	60.222.166,15	0,00
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaftsübernahmen	13.242.338,19	13.242.338,19	0,00
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	12.232.177,73	12.232.177,73	0,00
Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00
Stundungen über das Ende des Haushaltsjahres hinaus	10.436.174,54	10.414.568,03	21.606,51
Summe der Vorbelastungen	96.132.856,61	96.111.250,10	21.606,51

Die einzelnen Vorbelastungen werden im Folgenden erläutert.

Die Vorbelastungen aus **Haushaltsresten** in Höhe von rd. 60.222 TEUR (Vorjahr: 58.609 TEUR) bestehen bei der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig und wurden im Jahresabschluss 2014 auf den Seiten 764 bis 775 detailliert dargestellt.

Die Vorbelastungen aus **Bürgschaften** in Höhe von rd. 13.242 TEUR (Vorjahr: 15.352 TEUR) bestehen bei der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig und wurden im Jahresabschluss 2014 auf Seite 80 in Höhe von rd. 223.261 TEUR (Vorjahr: 196.399 TEUR) ausgewiesen. Für den konsolidierten Gesamtabchluss werden an dieser Stelle nur die Bürgschaften gezeigt, bei denen der Forderungsschuldner ein nicht zu konsolidierendes Aufgabenträger (rd. 75 TEUR, Vorjahr: 103 TEUR) oder ein Dritter (rd. 13.168 TEUR, Vorjahr: 15.249 TEUR) außerhalb des Konsolidierungskreises ist. Die Bürgschaften für zu konsolidierende Aufgabenträger

ger werden hier nicht ausgewiesen, da bei den zu konsolidierenden Aufgabenträgern die entsprechenden Schulden auf der Passivseite der Gesamtbilanz ausgewiesen werden.

Die Bürgschaften wurden für folgende Bereiche vergeben:

- Wohnungs- und Siedlungswesen rd.91 TEUR
- Sozialwesen und Sport rd. 3.968 TEUR
- Handel, Industrie und Gewerbe rd. 9.184 TEUR

Die Vorbelastungen aus **in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen** in Höhe von rd. 12.232 TEUR (Vorjahr: 16.881 TEUR) bestehen bei der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig und wurden im Jahresabschluss 2014 auf den Seiten 787 bis 788 detailliert dargestellt.

Die Vorbelastungen aus **Stundungen** über das Ende des Haushaltsjahres hinaus in Höhe von rd. 10.436 TEUR (Vorjahr: 10.334 TEUR) bestehen bei der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig und der Sonderrechnung Stadtentwässerung. Die Stundungen der Kernverwaltung in Höhe von rd. 10.416 TEUR wurden im Jahresabschluss 2014 auf Seite 80 ausgewiesen. Die Stundungen der Sonderrechnung Stadtentwässerung in Höhe von rd. 22 TEUR wurden im Jahresabschluss 2014 als Teil des Haushaltsplanes 2016 auf Seite 851 ausgewiesen.

Sonstige wesentliche langjährige Verpflichtungen

In Anlehnung an § 16 Abs. 4 GemHKVO werden im Folgenden Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen, die über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlungen verpflichten, dargestellt. Die Ansätze beziehen sich auf das Folgejahr. Darüber hinaus erfolgt die Darstellung bei den Sonderrechnungen Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung bis zum Vertragsende.

Kernverwaltung Stadt Braunschweig

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Verkehrsanlagen und Verkehrsmanagement an die Firma Bellis aufgrund der Dienstleistungsverträge LSA/Verkehr und öffentliche Beleuchtung (2014: 8.650 TEUR / Ansatz 2015: 8.732 TEUR). Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung. Die Gesamtzahlungsverpflichtung (01.01.2016 - 31.12.2025) beläuft sich auf 87.317 TEUR.

- Vertrag mit der Firma Microsoft für jeweils 3 Jahre, damit der aktuelle Stand der Software erhalten bleibt. Der aktuelle Vertrag läuft bis 30. November 2017. Es werden ca. 484,6 TEUR pro Jahr gezahlt. Je 3-jährige Vertragslaufzeit ergibt sich eine Verpflichtung in Höhe von rd. 1.453,8 TEUR.
- Die Stadt Braunschweig leistet eine Festbetragseinlage je Geschäftsjahr (2014: 1.007 TEUR / Ansatz 2015: 1.164 TEUR) sowie eine variable Einlage von maximal 174,4 TEUR an die Braunschweig Stadtmarketing GmbH. In der Festbetragseinlage sind bis einschl. 2016 jährlich 150 TEUR für die „Haus der Wissenschaften Braunschweig GmbH“, an der die Stadtmarketing GmbH beteiligt ist, enthalten.
- Das Staatstheater Braunschweig erhält aufgrund des Staatstheatervertrages vom 19. März 1956 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1/3 der durch laufende Betriebseinnahmen nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben (Ist 2014: 10.180 TEUR / Ansatz 2015: 10.010 TEUR). Im Februar 2011 wurde zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig eine Klarstellungsvereinbarung geschlossen. Diese dient dem Zweck, die Begriffe der laufenden Betriebsausgaben und der Ausgaben für Baumaßnahmen aus der Ursprungsvereinbarung näher zu erläutern und damit die Voraussetzungen für die Leistungserbringung, insbesondere die finanzielle Beteiligung der Stadt an den nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben des Staatstheaters, zu konkretisieren.
- Erstattungen an die HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH für die Planung, Durchführung und Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die funktionserhaltende Instandhaltung sowie ausgewählte Betriebsleistungen für neun Schulen, drei Kindertagesstätten und zwei Schulsporthallen ab Februar 2012 gemäß PPP-Projektvertrag:
 1. Vergütung für Betriebsleistungen (2014: 3.109 TEUR / 2015: 3.053 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 64.462 TEUR). Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung.
 2. Instandhaltungspauschale (2014: 2.481 TEUR / 2015: 2.253 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 47.709 TEUR). Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung.
 3. Vergütung für Gesamtinvestitionsleistungen durch Investitionsabtrag (2014: 1.282 TEUR / 2015: 2.459 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 85.993 TEUR) und Verzinsung (2014: 2.120 TEUR / 2015: 3.158 TEUR / 2016 bis Vertragsende: 39.061 TEUR). Es erfolgt keine Indizierung.

Sonderrechnung Stadtentwässerung

- Zahlung eines jährlichen Betriebsentgeltes und eines jährlichen Kapitalkostenentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Stadtentwässerung an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages (Vertrag bis zum 31. Dezember 2035):

2014	21.193 TEUR
Plan 2015	23.409 TEUR
Prognose 2015- 2019	102,2 Mio. EUR

Für die Zeit bis zum Vertragsende 2035 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 412 Mio. EUR. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen, Zinsanpassungen und Investitionen nicht berücksichtigt.

Die Unterhaltung der bestehenden Kanäle sowie die Erhaltung und Erweiterung des Kanalnetzes wird durch den zwischen der (SE|BS) und der Stadt Braunschweig abgeschlossenen Abwasserentsorgungsvertrag sichergestellt. Die regelmäßige Fortschreibung der Betriebsentgelte ist mit der allgemeinen Preisentwicklung gekoppelt. Die für die von der SE|BS vorgenommenen Investitionen zu zahlenden Kapitalkostenentgelte bemessen sich allein nach den Abschreibungen und Zinsen für das geschaffene Vermögen. Diese Vereinbarungen tragen zu einer Stabilität der Entwässerungsgebühren bei.

Braunschweiger Verkehrs-GmbH

- Für Investitionen bei Stadtbahnen und Primove (Forschungsvorhaben emobility) besteht eine vertragliche Verpflichtung aufgrund von Bestellungen Höhe von rd. 15.067 TEUR.

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

- Für das Wohnbaugebiet „Steinberg“ besteht eine notarielle Ankaufspflichtung für Ersatzflächen die z.Zt. gepachtet sind in Höhe von rd. 1.530 TEUR.

- Für das Baugebiet „Lammer Busch – Ost“ bestehen Erschließungsverpflichtungen in Höhe von rd. 2.530 TEUR.
- Für das Baugebiet „Roselies-Süd“ bestehen Erschließungsverpflichtungen in Höhe von rd. 1.450 TEUR.
- Für das Baugebiet „Am Pfarrgarten“ bestehen Erschließungsverpflichtungen in Höhe von rd. 1.370 TEUR.

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Abfallbeseitigung und Straßenreinigung an die ALBA Braunschweig GmbH auf Basis der abgeschlossenen Leistungsverträge (Vertrag bis zum 31. Dezember 2020).

2014	29.278 TEUR
Plan 2015	29.900 TEUR
Prognose 2015- 2019	144 Mio. EUR

Für die Zeit bis zum Vertragsende 2020 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 172 Mio. EUR. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen sowie der zum 1. Januar 2016 vorgesehenen Angemessenheitsprüfung nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die thermische Behandlung des Restabfalls an die Firma REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Nord (Vertrag bis zum 31. Januar 2019).

2014	6.496 TEUR
Plan 2015	6.571 TEUR
Prognose 2015- 2019	26,8 Mio. EUR

Für die Zeit bis zum Vertragsende 2019 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 26,8 Mio. EUR. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen nicht berücksichtigt.

III. Konsolidierte Ergebnisrechnung

(§ 128 Abs. 6 S. 1 NKomVG i.V.m. § 50 GemHKVO)

Konsolidierte Ergebnisrechnung

Erträge und Aufwendungen	Gesamtergebnis 2013 - Euro -	Gesamtergebnis 2014 - Euro -
1	2	3
Ordentliche Gesamterträge		
1 Steuern und ähnliche Abgaben	339.397.871,82	335.980.800,41
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	143.748.456,72	122.917.963,70
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	23.602.702,25	23.232.571,30
4 Sonstige Transfererträge	9.420.976,47	10.970.006,64
5 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	104.391.797,71	107.984.449,02
6 Privatrechtliche Entgelte	385.120.025,99	397.507.054,75
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.970.444,42	100.069.437,44
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	5.300.362,02	5.030.774,57
9 Aktivierte Eigenleistungen	3.803.632,36	5.179.621,91
10 Bestandsveränderungen	2.604.271,10	290.844,58
11 Sonstige ordentliche Erträge	42.794.654,16	49.951.416,06
12 Erträge aus assoziierten Aufgabenträgern	7.098.431,14	5.323.696,10
13 Summe ordentliche Erträge	1.168.253.626,16	1.164.438.636,48
Ordentliche Gesamtaufwendungen		
14 Aufwendungen für aktives Personal	399.813.924,92	416.886.458,03
15 Aufwendungen für Versorgung	21.791.104,99	22.980.045,28
16 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	232.874.742,30	230.859.706,56
17 Abschreibungen	82.089.688,91	88.443.499,36
18 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	25.139.925,06	27.371.026,16
19 Transferaufwendungen	217.591.625,20	221.404.443,61
20 Sonstige ordentliche Aufwendungen	191.244.230,13	179.700.249,79
21 Aufwendungen aus assoziierten Aufgabenträgern	684.414,83	284.694,60
22 Summe ordentliche Aufwendungen	1.171.229.656,34	1.187.930.123,39
23 Ordentliches Gesamtergebnis (Zeilen 13 - 22)	-2.976.030,18	-23.491.486,91
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen		
24 Außerordentliche Erträge	12.206.055,60	20.847.037,50
25 Außerordentliche Aufwendungen	13.902.662,79	14.967.719,43
26 Außerordentliches Gesamtergebnis	-1.696.607,19	5.879.318,07
Gesamtjahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-) (Zeilen 23 + 26)	-4.672.637,37	-17.612.168,84

IV. Konsolidierte Anlagen

(§ 128 Abs. 6 S. 1 i.V.m. Abs. 3 NKomVG)

- 1. Anlagenübersicht**
- 2. Forderungsübersicht**
- 3. Schuldenübersicht**

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht (§ 128 Abs. 6 S.1 i.V.m. § 128 Abs. 3 Ziff. 2 NKomVG)

In der Anlagenübersicht wird vertikal entsprechend der Bilanzgliederung der Stand des

- immateriellen Vermögens,
- Sachvermögens ohne Vorräte
- geringwertige Vermögensgegenstände
- Finanzvermögens ohne Forderungen

der Stadt Braunschweig einschließlich aller Aufgabenträger des Konsolidierungskreises ausgewiesen.

Horizontal wird der Stand zu Beginn und Ende des Jahres, die Zu- und Abgänge sowie die Zuschreibungen und Abschreibungen dargestellt.

Anlagenübersicht

zum 31. Dezember 2014

	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte						Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez. 2013	Zu-gänge im Haushaltsjahr	Ab-gänge im Haushaltsjahr	Um- Buchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez. 2014	Stand am 31. Dez. 2013	Ab- schreibungen im Haus- halts- jahr	Auf- lösun- gen	Zu- schrei- bungen im Haus- halts- jahr	Stand am 31. Dez. 2014	Stand am 31. Dez. 2013	- Euro-	- Euro-
Anlagevermögen													
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	58.627.284,15	6.311.207,61	1.462.375,80	789.863,94	64.265.979,90	28.563.384,75	4.442.925,24	1.459.991,22	0,00	31.546.318,77	32.719.661,13	- Euro-	30.063.899,40
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögens-gegenstände)	3.559.797.347,91	194.850.915,78	76.149.615,08	-789.863,94	3.677.708.784,67	1.273.949.376,50	80.358.743,42	68.811.640,56	-2.087.594,77	1.283.408.864,59	2.394.299.900,08	- Euro-	2.285.847.971,41
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	94.536.859,65	388.646,89	3.274.012,48	0,00	91.651.494,06	20.559.331,06	0,00	0,00	0,00	20.559.331,06	71.082.163,00	- Euro-	73.977.528,59
Insgesamt	3.712.961.491,71	201.550.770,28	80.886.003,36	0,00	3.833.626.258,63	1.323.072.092,31	84.801.668,66	70.271.631,78	-2.087.594,77	1.335.514.534,42	2.498.111.724,21	- Euro-	2.389.889.399,40

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht (§ 128 Abs. 6 S.1 i.V.m. § 128 Abs. 3 Ziff. 4 NKomVG)

In der Forderungsübersicht werden die Forderungen der Stadt Braunschweig einschließlich aller Aufgabenträger des Konsolidierungskreises dargestellt.

Es werden nur die Forderungen dargestellt, die nach der Schuldenkonsolidierung noch als Forderungen im Konzern bestehen bleiben.

Vertikal werden die Gesamtforderungen entsprechend der Bilanzgliederung ausgewiesen.

Horizontal wird jeweils der Gesamtbetrag am Abschlussstag unter Angabe der Restlaufzeit, gegliedert in Betragsangaben für Forderungen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr, von über einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren sowie der Gesamtbetrag am vorherigen Abschlussstag angegeben.

Forderungsübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Januar 2014		mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Januar 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
	1	2	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
		- Euro -	3	4	5	- Euro -	- Euro -
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen		22.415.142,25	22.409.991,75	4.624,50	526,00	11.133.476,04	11.281.666,21
2. Forderungen aus Transferleistungen		23.493.792,05	23.493.248,02	544,03	0,00	24.282.714,79	-788.922,74
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen		61.992.650,08	61.992.650,08	0,00	0,00	64.254.050,59	-2.261.400,51
Summe aller Forderungen		107.901.584,38	107.895.889,85	5.168,53	526,00	99.670.241,42	8.231.342,96

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht (§ 128 Abs. 6 S.1 i.V.m. § 128 Abs. 3 Ziff. 3 NKomVG)

In der Schuldenübersicht werden die Verbindlichkeiten der Stadt Braunschweig einschließlich aller Aufgabenträger des Konsolidierungskreises dargestellt.

Es werden nur die Schulden dargestellt, die nach der Schuldenkonsolidierung noch als Schulden im Konzern bestehen bleiben.

Vertikal werden die Gesamtschulden entsprechend der Bilanzgliederung ausgewiesen.

Horizontal wird jeweils der Gesamtbetrag zu Beginn und am Ende des Jahres angegeben. Dabei ist in Betragsangaben mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von über einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren, zu gliedern.

Schuldenübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	446.700.407,88	32.640.698,94	104.015.064,74	310.044.644,20	434.699.808,92	12.000.598,96
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	85.568.471,76	2.731.864,02	12.076.030,25	70.760.577,49	32.333.552,49	53.234.919,27
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.141.521,72	23.754.118,88	387.402,84	0,00	23.184.475,80	957.045,92
4. Transferverbindlichkeiten	2.573.095,79	2.573.095,79	0,00	0,00	2.615.736,01	-42.640,22
5. Sonstige Verbindlichkeiten	70.418.950,28	70.255.145,49	95.397,17	68.407,62	76.905.179,00	-6.486.228,72
Schulden insgesamt	629.402.447,43	131.954.923,12	116.573.895,00	380.873.629,31	569.738.752,22	59.663.695,21

V. Konsolidierungsbericht

(§ 128 Abs. 6 S. 2 NKomVG i.V.m. § 58 GemHKVO)

- 1. Inhalte des Konsolidierungsberichtes gemäß § 58 GemHKVO**
- 2. Anlagen zum Konsolidierungsbericht**

1. Inhalte des Konsolidierungsberichtes gemäß § 58 GemHKVO

1.1 Gesamtüberblick

1.2 Erläuterungen des konsolidierten Gesamtabchlusses

1.3 Ausblick auf die künftige Entwicklung

1. Inhalte des Konsolidierungsberichtes gemäß § 58 GemHKVO

1.1 Gesamtüberblick

- 1.1.1 Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage
 - 1.1.1.1 Überblick
 - 1.1.1.2 Ergänzende Angaben zu ausgewählten verselbstständigten Aufgabenträgern
- 1.1.2 Mindestangaben, die für den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG vorgeschrieben sind (siehe anliegenden Beteiligungsbericht)
- 1.1.3 Vergleich: Konsolidierter Gesamtabschluss und Einzelabschluss der Kernverwaltung zum 31.12.2014
- 1.1.4 Daten und Kennzahlen zum konsolidierten Gesamtabschluss
 - 1.1.4.1 Kennzahlen Gesamtbilanz
 - 1.1.4.2 Kennzahlen konsolidierte Gesamtergebnisrechnung

1.1 Gesamtüberblick

1.1.1 Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Gesamtlage

1.1.1.1 Überblick

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, denen sich naturgemäß auch die Stadt Braunschweig im Zuge der immer komplexer vernetzten Strukturen aus globalen, europäischen, bundesdeutschen, niedersächsischen und schließlich dann auch kommunalen Einflussfaktoren nicht entziehen kann, haben sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Nach der Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,5 % höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Bezüglich der Verteilung des Zuwachses konnten fast alle Wirtschaftsbereiche gewinnen. Die Investitionen, insbesondere Bauinvestitionen, von Unternehmen und Staat sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Das Baugewerbe konnte einen Anstieg der Wirtschaftsleistung verzeichnen. Auch die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich überwiegend positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte das achte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Für die Stadt Braunschweig wirkte sich trotz der stabilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine Nettobelastung aus der Gewerbesteuer belastend aus, was auch in den konsolidierten Gesamtabschluss hineinwirkt.

Der konsolidierte Gesamtabschluss 2014 weist einen Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von rd. -17,6 Mio. EUR (Vorjahr: rd. -4,7 Mio. EUR) aus. Dieser Fehlbetrag wird im Wesentlichen durch das Jahresergebnis der Kernverwaltung von rd. -19,5 Mio. EUR (Vorjahr: Jahresüberschuss von rd. 15,0 Mio. EUR) geprägt. Die Jahresüberschüsse und -fehlbeträge der anderen Aufgabenträger halten sich – mit leicht positivem Effekt – weitestgehend die Waage.

Die Bilanzsumme hat sich um rd. 63,8 Mio. EUR weiter erhöht. Dies ergibt sich im Wesentlichen durch eine Erhöhung beim immateriellen Vermögen und Sachvermögen. Insgesamt wird die Gesamtvermögenslage durch das Sachvermögen bestimmt, das mit 2.435 Mio. EUR (Vorjahr: 2.324 Mio. EUR) etwa 83 % der Gesamtbilanzsumme ausmacht. Unter Berücksichtigung auch des Finanzvermögens mit rd. 187 Mio. EUR stehen dem Konzern aus diesen beiden Vermögenspositionen 2.622 Mio. EUR (Vorjahr: 2.505 Mio. EUR) zur Verfügung. Die in der Gesamtbilanz ausgewiesenen liquiden Mittel in Höhe von 253 Mio. EUR (Vorjahr: 306 Mio. EUR) machen rd. 9% (Vorjahr: 11 %) der Gesamtbilanzsumme aus. Bei einer etwas unter dem Niveau des Vorjahres liegenden Nettoposition führt die Erhöhung der Bilanzsumme zu einem leichten Absinken der Nettopositionsquote von 53 % auf 51 %. Auf den

Vergleich von Nettoposition der Kernverwaltung mit der des konsolidierten Gesamtabchlusses wird im Zuge der Kennzahlenanalyse eingegangen.

Die Struktur der Passivseite der Gesamtbilanz wird geprägt durch die Nettoposition (vergleichbar mit Eigenkapital) in Höhe von 1.501 Mio. EUR (Vorjahr: 1.520 Mio. EUR). Das Fremdkapital setzt sich aus Schulden in Höhe von 629 Mio. EUR (Vorjahr: 569 Mio. EUR) und 628 Mio. EUR (Vorjahr: 598 Mio. EUR) Rückstellungen zusammen. Die Zunahme der Schulden ergibt sich insbesondere bei den Geldschulden und den Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften. Die Forfaitierung von in 2014 abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projekts „Schulen und Kitas“ bei der Kernverwaltung haben zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Höhe von 53,2 Mio. EUR geführt. Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 169,1 Mio. EUR (Vorjahr: 175,2 Mio. EUR) ist der Rechnungsabgrenzungsposten aus Forderungsverkäufen des Abwasserverbandes Braunschweig (AVB) ausgewiesen, der sich ratierlich ertragswirksam bis 2035 auflösen wird.

Die Finanzlage des Konzerns ist weiter als sehr solide einzustufen. Das bestätigen auch die unverändert hohe Nettopositionsquote sowie der Schuldenstand in Beziehung zur Liquidität. Darüber hinaus erwartete finanzielle und wirtschaftliche Risiken werden als Vermerke unter der Bilanz dargestellt.

Die Ertragslage des Konzerns wird auch im Berichtsjahr 2014 durch hohe Steuererträge sowie privatrechtliche Entgelte gekennzeichnet. Wesentliche Erfolgsbeiträge haben sich auch aus Zuwendungen, öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten sowie Kostenerstattungen und Kostenumlagen ergeben. Diese Erträge machen insgesamt ca. 91 % der ordentlichen Gesamterträge aus.

Auf der Aufwandsseite stellen - neben Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferaufwendungen - die Personalaufwendungen mit 417 Mio. EUR die wesentlichen Aufwandsposten dar. Diese drei Positionen betragen rd. 73 % der ordentlichen Gesamtaufwendungen.

1.1.1.2 Ergänzende Angaben zu ausgewählten verselbständigten Aufgabenträgern

Über die Entwicklung der verselbständigten Aufgabenträger im Konzern Stadt Braunschweig neben der Kernverwaltung wird im Rahmen des hier vorgelegten konsolidierten Gesamtabchlusses 2014 umfassend berichtet. Die wesentlichen wirtschaftlichen Daten dieser wie auch der nicht konsolidierten verselbständigten Aufgabenträger können dem beigefügten Beteiligungsbericht der Stadt Braunschweig entnommen werden.

Nachfolgend werden wie in den Vorjahren einige Aufgaben und Entwicklungen ausgewählter Aufgabenträger beschrieben. Ergänzend hierzu wird auf den Ausblick mit dem dortigen Nachtrags-, Risiko- und Prognosebericht verwiesen.

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH betreibt öffentliche Schwimmbäder und medizinische Bäder und andere dem Sport, der Erholung oder der Gesundheit dienende Anlagen und dient dabei überwiegend gemeinnützigen Zwecken. Schwerpunkt der Aktivitäten im Geschäftsjahr 2014 war der Bau und die Eröffnung des neuen Freizeit- und Erlebnisbades „Wasserwelt“. Die Badestandorte Badezentrum Gliesmarode, Hallenbäder Wenden und Nord stellten planmäßig ihren Betrieb ein.

Die Stadtbad GmbH schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von 8,1 Mio. EUR ab. Der Fehlbetrag lag damit um 2,1 Mio. EUR über dem Vorjahresfehlbetrag. Während sich die Aufwendungen weitgehend auf geplanten Niveau bewegten, sind die Umsatzerlöse – trotz einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr auf rd. 3 Mio. EUR – hinter dem Planansatz von 4,7 Mio. EUR zurückgeblieben. Die Situation wurde analysiert und ein Maßnahmenpaket zur weiteren Steigerung der Attraktivität des neuen Bades erarbeitet.

Durch die im Zusammenhang mit der Fertigstellung des neuen Freizeitbades durchgeführten Investitionen im Jahr 2014 in Höhe von insgesamt 11 Mio. EUR ist die Bilanzsumme auf 48,6 Mio. EUR angestiegen. Die Gesellschaft hat ihren Personalstand auf durchschnittlich 138 erhöht. Zusätzlich behält die Ausbildung junger Menschen einen hohen Stellenwert. Im Jahresdurchschnitt wurden 14 Auszubildende beschäftigt.

Gegenstand der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (NiWo) ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Im Berichtszeitraum 2014 erstreckte sich die Geschäftstätigkeit der NiWo auf die Bewirtschaftung eigener Grundstücke und Gebäude, Verwertung von Bestandsimmobilien, verwaltungsmäßige Betreuung und Baubetreuung (im fremden Namen und für fremde Rechnung) von Grundstücken und Gebäuden sowie die Verwaltung von Wohngrundstücken nach dem Gesetz über das Wohneigentum und das Dauerwohnrecht (Wohneigentumsgesetz).

Für das Geschäftsjahr 2014 wies die NiWo einen im Vergleich zum Vorjahr um 19,8 % höheren Jahresüberschuss von 4,1 Mio. EUR aus. Der Anstieg des Jahresergebnisses ist u.a. auf die Zunahme der Erlöse aus der Hausbewirtschaftung, erhöhte Erträge aus aktivierten Eigenleistungen sowie ein gestiegenes neutrales Ergebnis zurückzuführen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung resultiert aus einer Zunahme der Nettomietenerträge. Gleichzeitig konnten Erlösschmälerungen wegen Leerstand gesenkt werden. Neben einem leichten Anstieg der durchschnittlichen Bestandsfläche um 0,31 % sind die Sollmieten je Quadratmeter Wohn- bzw. Nutzfläche insbesondere durch Modernisierungsmaßnahmen um 1,4 % je Monat und qm Wohn- und Nutzfläche angestiegen. Diesen positiven Ergebniseinflüssen stehen gestiegene planmäßige Abschreibungen sowie erhöhte Instandhaltungsaufwendungen gegenüber.

Die Vermögenslage ist gekennzeichnet durch den Bestand an Wohn- und Geschäftsimmobilien, die 71,9 % der Bilanzsumme ausmachen. Die Bilanzsumme ist um 24,1 Mio. EUR angestiegen. Dies ist durch die Zunahme des Anlagevermögens um 19,8 Mio. EUR sowie der liquiden Mittel um 2,6 Mio. EUR entstanden.

Am 31. Dezember 2014 hatte die NiWo 7.177 Wohnungen, 982 Garagen und Einstellplätze sowie 99 Mieteinheiten (überwiegend Gewerberäume) sowie 21 eigengenutzte Objekte im Bestand.

1.1.2 Mindestangaben, die für den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG vorgeschrieben sind

Der Konsolidierungsbericht umfasst nach § 58 Abs. 1 Nr. 1 b GemHKVO einen Gesamtüberblick, bestehend aus u.a. den Mindestangaben, die für den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG vorgeschrieben sind.

Diesen Gesamtüberblick bieten neben dem Beteiligungsbericht unter Ziffer 2.3 die „Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen“ (§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG) unter Ziffer 2.2.

1.1.3 Vergleich: Konsolidierter Gesamtabchluss und Einzelabschluss der Kernverwaltung zum 31.12.2014

Der Vergleich von Einzeldaten aus dem Einzel- und dem konsolidierten Gesamtabchluss macht deutlich, dass die wirtschaftliche Situation des Konzerns Stadt Braunschweig maßgeblich durch die Kernverwaltung mit ihren Fachbereichen und Referaten geprägt wird.

Das Konzernergebnis wird maßgeblich vom Jahresergebnis der Kernverwaltung in Höhe von - 19,5 Mio. EUR beeinflusst:

31.12.2014 Darstellung in Mio. EUR	Konsolidierter Gesamt- abschluss	Einzel- abschluss Kern- verwaltung BS	Anteil Kern- verwaltung im Gesamt- abschluss
Bilanz - Aktiva	2.926,9	1.871,3	64%
- Immaterielles Vermögen	32,7	46,5	(142%)
- Sachvermögen	2.435,3	1.346,9	55%
- Finanzvermögen	186,7	262,4	(141%)
- Liquide Mittel	253,2	* 197,5	78%
- Aktive Rechnungsabgrenzung	19,0	18,0	95%
Bilanz - Passiva	2.926,9	1.871,3	64%
- Nettoposition	1.500,8	1.048,3	70%
- Schulden	629,4	319,2	51%
<i>davon Geldschulden</i>	446,7	78,3	18%
- Rückstellungen	627,5	502,1	80%
- Passive Rechnungsabgrenzung	169,1	1,7	1%
Jahresergebnis	-17,6	-19,5	
<i>* inkl. der im Liquiditätsverbund (Cashpool) angelegten Gelder der städtischen Gesellschaften</i>			

Die Werte von über 100 % ergeben sich dadurch, dass im konsolidierten Gesamtabchluss durch Konsolidierungsmaßnahmen Verbundbeziehungen eliminiert werden.

1.1.4 Daten und Kennzahlen des konsolidierten Gesamtabchlusses zum 31.12.2014

Kennzahlen sind Messwerte, die zur sinnvollen und aussagefähigen Verdichtung und Gegenüberstellung vorhandener Informationen benutzt werden. Kennzahlen benötigen Vergleichswerte oder einen Kontext, um aussagefähig zu sein. Als Kennzahlen werden in der Regel Verhältniszahlen verwendet, da diese leichter überschau- und vergleichbar sind als absolute Zahlen.

Des Weiteren können die Kennzahlen für Vergleiche der Kommunen in Niedersachsen untereinander herangezogen werden. Um bundesweit Kennzahlen zu vergleichen sind jedoch die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der einzelnen Bundesländer entsprechend zu berücksichtigen.

Zunächst schließt sich eine Übersicht über die gebildeten Kennzahlen an, gefolgt von weiteren Erläuterungen.

Kennzahlen Gesamtbilanz	31.12.2013	31.12.2014
Kapitalstruktur		
Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	53 %	51 %
Verschuldungsgrad aus Geldschulden	15 %	15 %
Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	1 %	3 %
Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden	1.769 €	1.807 €
Verschuldung je Einwohner aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	132 €	346 €

Kennzahlen Ergebnisrechnung	31.12.2013	31.12.2014
Jahresüberschuss / - fehlbetrag	-5 Mio. EUR	-18 Mio. EUR
Ordentliche Erträge	1.168 Mio. EUR	1.164 Mio. EUR
Steuerquote	29 %	29 %
Ordentliche Aufwendungen	1.171 Mio. EUR	1.188 Mio. EUR
Personalaufwandsquote	36 %	37 %

Im Folgenden finden sich ergänzend die ausführlichen Darstellungen zu den einzelnen Einflusskomponenten des konsolidierten Gesamtabchlusses 2014.

1.1.4.1 Kennzahlen Gesamtbilanz

Die folgenden Kennzahlen betrachten die Kapitalstruktur der konsolidierten Gesamtbilanz.

Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung:
$$\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Konsolidierte Bilanzsumme bzw. Bilanzsumme}}$$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2014
Nettoposition	1.520 Mio. EUR	1.501 Mio. EUR
Summe Passivseite	2.863 Mio. EUR	2.927 Mio. EUR
Nettopositionsquote	53%	51%

Je höher die Nettopositionsquote (Verhältnis Nettoposition zur Bilanzsumme) ist, desto größer ist die Unabhängigkeit von den Entwicklungen der Zinsen am Kreditmarkt. Ein Zinsanstieg wirkt sich entsprechend geringer auf die Ertrags-/ Aufwandsstruktur aus.

Während privatwirtschaftliche Konzerne und deren Beteiligungen nahezu ausschließlich nach renditeorientierten Gesichtspunkten geführt werden, sind kommunale Konzerne, aber auch deren Aufgabenträger hoheitlichen Zielen, insbesondere der Daseinsvorsorge, verpflichtet. Die kommunalen Aufgabenträger sind dementsprechend zum Teil Zuschussbetriebe oder arbeiten kostendeckend. Hohe Renditeziffern mit den entsprechenden positiven Auswirkungen auf das Eigenkapital bzw. die Nettoposition sind nicht das vorrangige Ziel kommunaler Beteiligungen.

Bei einer leicht gesunkenen Nettoposition in Höhe von rd. 19 Mio. EUR hat sich die Bilanzsumme um rd. 64 Mio. EUR erhöht; dies führt insgesamt zu einem leichten Absinken der Nettopositionsquote von 53 Prozent auf 51 Prozent. Die gestiegene Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen durch eine Erhöhung beim immateriellen Vermögen und Sachvermögen.

Daneben haben hinsichtlich ihrer Verschuldung die Kernverwaltung, die Nibelungen-Wohnbau GmbH Braunschweig, die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, die Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Abwasserverband Braunschweig und die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH langfristige Investitionen langfristig finanziert. Demgegenüber hat die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH im vergangenen Jahr ihre Verschuldung gesenkt (siehe auch Kapitel 1.2.3).

Verschuldungsgrad aus Geldschulden

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Geldschulden} * 100}{\text{konsolidierte Bilanzsumme bzw. Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite sowie die Anleihen und die sonstigen Geldschulden.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2014
Geldschulden	435 Mio. EUR	447 Mio. EUR
konsolidierte Bilanzsumme	2.863 Mio. EUR	2.927 Mio. EUR
Verschuldungsgrad aus Geldschulden	15%	15%

Hinweis: Hoher Verschuldungsgrad bedeutet

- hohes Zinsänderungsrisiko
- Abhängigkeit von Gläubigern. Das Finanzierungsrisiko ist für den Kreditgeber höher und führt möglicherweise zu einem höheren Fremdkapitalzinssatz

In der nachfolgenden Tabelle werden die im Konzern vorhandenen Geldschulden und die dem gegenüber stehenden liquiden Mittel dargestellt:

31.12.2014	Geld- schulden	Liquide Mittel (be- triebswirt- schaftlich)	Netto- schulden	Netto- schulden (31.12.2013)
Darstellung in Mio. EUR				
Stadt BS Kernverwaltung	78,3	118,1	-39,8	-60,6
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braun- schweig	119,8	8,4	111,4	97,4
Städt. Klinikum Braunschweig gGmbH	0,0	59,2	-59,2	-54,9
Sonderrechnung Stadtentwässerung	0,0	30,9	-30,9	-30,8
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	83,3	1,6	81,7	78,7
Abwasserverband Braunschweig	78,8	3,9	74,9	74,8
Stadt Braunschweig Beteiligungs- Gesellschaft mbH	54,2	0,0	54,2	47,8
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	0,0	1,3	-1,3	-3,1
Stadtbad Braunschweig Sport- und Frei- zeit-GmbH	42,4	0,0	42,4	32,6
Pensionsfonds	0,0	30,5	-30,5	-26,3
Sonderrechnung Abfallwirtschaft	0,9	25,4	-24,5	-26,1
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	12,5	11,7	0,8	2,3
Hafenbetriebsgesellschaft BS	0,3	0,5	-0,2	-0,4
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesell- schaft mbH	16,7	0,0	16,7	2,7
Sonderrechnung FB Hochbau u. Gebäu- demanagement	0,0	0,0	0,0	0,0
Volkshochschule Braunschweig GmbH	0,0	0,2	-0,2	-0,5
VHS Arbeit und Beruf GmbH	0,0	0,5	-0,5	-0,4
Zwischensumme	487,2	292,1	195,0	133,3
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	-27,4	-27,4	0,0	0,0
Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH	-9,2	-9,2	0,0	0,0
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-3,9	-3,9	0,0	0,0
Zwischenfinanzierung Cashpool	-40,5	-40,5	0,0	0,0
Gesamt	446,7	251,6	195,0	133,3

- In der Spalte „Liquide Mittel (betriebswirtschaftlich)“ sind die Mittel des Liquiditätsverbundes (Cashpool) bei der Kernverwaltung herausgerechnet und den einzelnen Gesellschaften zugeordnet.
- Die Abweichung zu den bilanziellen liquiden Mitteln in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR (Vorjahr: 4,7 Mio. EUR) resultiert im Wesentlichen aus den Gesellschaften des Liquiditätsverbundes, die nicht zum Konsolidierungskreis gehören (Braunschweig Stadt-

marketing GmbH, Struktur-Förderung Braunschweig GmbH, Unterstützungskasse Stadtbad e.V.).

Die Geldschulden des Konzerns Stadt Braunschweig mit 446,7 Mio. EUR (Vorjahr: 434,7 Mio. EUR) sind im Wesentlichen durch die Nibelungen-Wohnbau GmbH Braunschweig (119,8 Mio. EUR; Vorjahr: 103,2 Mio. EUR), die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (83,3 Mio. EUR, Vorjahr: 79,5 Mio. EUR) und den Abwasserverband Braunschweig (78,8 Mio. EUR; Vorjahr: 77,4 Mio. EUR) sowie die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (54,2 Mio. EUR; Vorjahr: 47,8 Mio. EUR) geprägt. Diese Aufgabenträger haben sehr langfristige Investitionen in Gebäude, Infrastruktur, Kläranlagen usw. getätigt und diese langfristig finanziert. Die Kreditlaufzeiten entsprechen jeweils den Nutzungsdauern oder liegen teilweise sogar darunter. Diese Beträge führen zu Nettoschulden für langfristiges Sachvermögen von rd. 336,2 Mio. EUR (Vorjahr: 307,9 Mio. EUR), die mit Blick auf ihre Fristigkeit üblicherweise nicht über liquide Mittel gedeckt werden.

Mit der vorhandenen Liquidität in Höhe von 251,6 Mio. EUR (Vorjahr: 301,4 Mio. EUR) sind somit die Geldschulden der übrigen, oben nicht genannten Aufgabenträger abzudecken. Diese betragen unter Berücksichtigung der angeführten Nettoschulden für langfristiges Sachvermögen (s.o.) 110,5 Mio. EUR (Vorjahr: 126,8 Mio. EUR). Weiter zu berücksichtigen ist, dass die Kernverwaltung noch einen Abbau von Haushaltsresten in Höhe von rd. 60 Mio. EUR (Vorjahr: 59 Mio. EUR) leisten muss. Schließlich wird die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH für Arbeiten gemäß der nächsten Phase des 2-Standorte-Konzeptes eigene Liquidität von rd. 59,2 Mio. EUR (Vorjahr: 54,9 Mio. EUR) einsetzen. Stellt man diesen Liquiditätsbedarf von insgesamt rd. 230 Mio. EUR (Vorjahr: 241 Mio. EUR) den vorhandenen liquiden Mittel in Höhe von 251,6 Mio. EUR (Vorjahr: 301,4 Mio. EUR) gegenüber, verbleibt ein Liquiditätsüberschuss von rd. 22 Mio. EUR (Vorjahr: 61 Mio. EUR).

Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften} * 100}{\text{konsolidierte Bilanzsumme bzw. Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32 Mio. EUR	86 Mio. EUR
konsolidierte Bilanzsumme	2.863 Mio. EUR	2.927 Mio. EUR
Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	1%	3%

Hinweis: Hoher Verschuldungsgrad bedeutet

- hohes Zinsänderungsrisiko
- Abhängigkeit von Gläubigern. Das Finanzierungsrisiko ist für den Kreditgeber höher und führt möglicherweise zu einem höheren Fremdkapitalzinssatz

Durch die Fertigstellung von weiteren PPP-Projekten in 2014 bei der Kernverwaltung und den damit verbundenen Anstieg der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften ist der Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften gestiegen.

Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Geldschulden}}{\text{Einwohner}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite sowie die Anleihen und die sonstigen Geldschulden.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2014
Geldschulden	435 Mio. EUR	447 Mio. EUR
Einwohner (Stand: jeweils zum 31.12. des Vorjahres)	245.798 Personen	247.227 Personen
Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden	1.769 €	1.807 €

Hinweis: Kennzahl zeigt, wie stark der Konzern Stadt Braunschweig verschuldet ist.

Verschuldung je Einwohner aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften}}{\text{Einwohner}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32 Mio. EUR	86 Mio. EUR
Einwohner (Stand: jeweils zum 31.12. des Vorjahres)	245.798 Personen	247.227 Personen
Verschuldung je Einwohner aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	132 €	346 €

Hinweis: Kennzahl zeigt, wie stark der Konzern Stadt Braunschweig verschuldet ist.

1.1.4.2 Kennzahlen konsolidierte Gesamtergebnisrechnung

Jahresergebnis (Jahresüberschuss / -fehlbetrag)

konsolidierte Ergebnisrechnung	31.12.2013	31.12.2014
Jahresergebnis	-5 Mio. EUR	-18 Mio. EUR

Das Gesamtjahresergebnis im Konzern liegt unter dem Vorjahresergebnis. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass sich insbesondere das Jahresergebnis der Kernverwaltung um 35 Mio. EUR verschlechtert hat. Aufgefangen wird dies zum Teil durch verbesserte Jahresergebnisse bei anderen Aufgabenträgern und durch Konsolidierungseffekte.

Ordentliche Gesamterträge / Erträge

konsolidierte Ergebnisrechnung	31.12.2013	31.12.2014
Ordentliche Gesamterträge	1.168 Mio. EUR	1.164 Mio. EUR

Steuerquote

Berechnung: $\frac{\text{Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben} * 100}{\text{Ordentliche Gesamterträge bzw. ordentliche Erträge}}$

Datenbasis: Steuern und ähnlichen Abgaben
Ordentliche Gesamterträge bzw. ordentliche Erträge

konsolidierte Ergebnisrechnung	31.12.2013	31.12.2014
Steuern und ähnliche Abgaben	339 Mio. EUR	336 Mio. EUR
Ordentliche Gesamterträge	1.168 Mio. EUR	1.164 Mio. EUR
Steuerquote	29%	29%

Ordentliche Gesamtaufwendungen / Aufwendungen

konsolidierte Ergebnisrechnung	31.12.2013	31.12.2014
Ordentliche Gesamtaufwendungen	1.171 Mio. EUR	1.188 Mio. EUR

Personalaufwandsquote

Berechnung: $\frac{\text{Personalaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen bzw. ordentliche Aufwendungen}}$

Datenbasis: Personalaufwendungen (aktives Personal und Versorgung)
Ordentliche Gesamtaufwendungen bzw. ordentliche Aufwendungen

Ziel: Wert möglichst niedrig

konsolidierte Ergebnisrechnung	31.12.2013	31.12.2014
Personalaufwendungen	422 Mio. EUR	440 Mio. EUR
Ordentliche Gesamtaufwendungen	1.171 Mio. EUR	1.188 Mio. EUR
Geldverschuldungsgrad	36%	37%

Im Konzern Stadt Braunschweig sind 7.187 Mitarbeiter (Vollzeit, Vorjahr: 7.011 Mitarbeiter) beschäftigt. Die Mitarbeiter verteilen sich auf die zu konsolidierenden Aufgabenträger wie folgt:

	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
		%		%		%
Stadt BS Kernverwaltung	2.809	40,1	2.903	41,0	94	3,3
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	89	1,3	88	1,2	-1	-1,1
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	2.745	39,2	2.806	39,6	61	2,2
Sonderrechnung Stadtentwässerung	7	0,1	11	0,2	4	57,1
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	575	8,2	587	8,3	12	2,1
Abwasserverband Braunschweig	70	1,0	83	1,2	13	18,6
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	11	0,2	11	0,2	0	0,0
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	49	0,7	57	0,8	8	16,3
Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH	120	1,7	137	1,9	17	14,2
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonderrechnung Abfallwirtschaft	7	0,1	3	0,0	-4	-57,1
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	2	0,0	2	0,0	0	0,0
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	31	0,4	35	0,5	4	12,9
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	41	0,6	44	0,6	3	7,3
Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement	276	3,9	264	3,7	-12	-4,3
Volkshochschule Braunschweig GmbH	62	0,9	64	0,9	2	3,2
VHS Arbeit und Beruf GmbH	117	1,7	92	1,0	-25	-21,4
Mitarbeiterzahl	7.011	100,0	7.187	100,0	176	2,5

1.2 Erläuterungen des konsolidierten Gesamtabschlusses

- 1.2.1 Abgrenzung Konsolidierungskreis
- 1.2.2 Angewandte Konsolidierungsmethoden
 - 1.2.2.1 Allgemeines
 - 1.2.2.2 Vereinheitlichung von Ansatz, Bewertung und Ausweis
 - 1.2.2.3 Konsolidierungsschritte
 - 1.2.2.3.1 Kapitalkonsolidierung
 - 1.2.2.3.2 Besonderheit des passiven Unterschiedsbetrages
 - 1.2.2.3.3 Schuldenkonsolidierung
 - 1.2.2.3.4 Aufwands- und Ertragskonsolidierung
 - 1.2.2.3.5 Zwischenergebniseliminierung
 - 1.2.2.4 Eigenkapitalmethode für assoziierte Aufgabenträger
- 1.2.3 Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des konsolidierten Gesamtabschlusses und der Nebenrechnungen
 - 1.2.3.1 Konsolidierte Gesamtbilanz
 - 1.2.3.2 Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung
 - 1.2.3.3 Nebenrechnungen (konsolidierte Anlagen)
- 1.2.4 Einzelangaben zur Zusammensetzung wesentlicher globaler Jahresabschlusspositionen
 - 1.2.4.1 Konsolidierte Gesamtbilanz
 - 1.2.4.2 Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung

1.2.1 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Allgemeines

Wie im Vorjahr wurde die Zusammensetzung des festgelegten Konsolidierungskreises überprüft. Dabei ist u. a. zu prüfen, ob z. B. wesentliche neue Beteiligungen erfolgt sind oder ob sich Beteiligungsverhältnisse maßgeblich verändert haben.

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) bezeichnet die im Folgenden unter Nr. 1 bis 10 genannten Einheiten als verselbständigte Aufgabenträger:

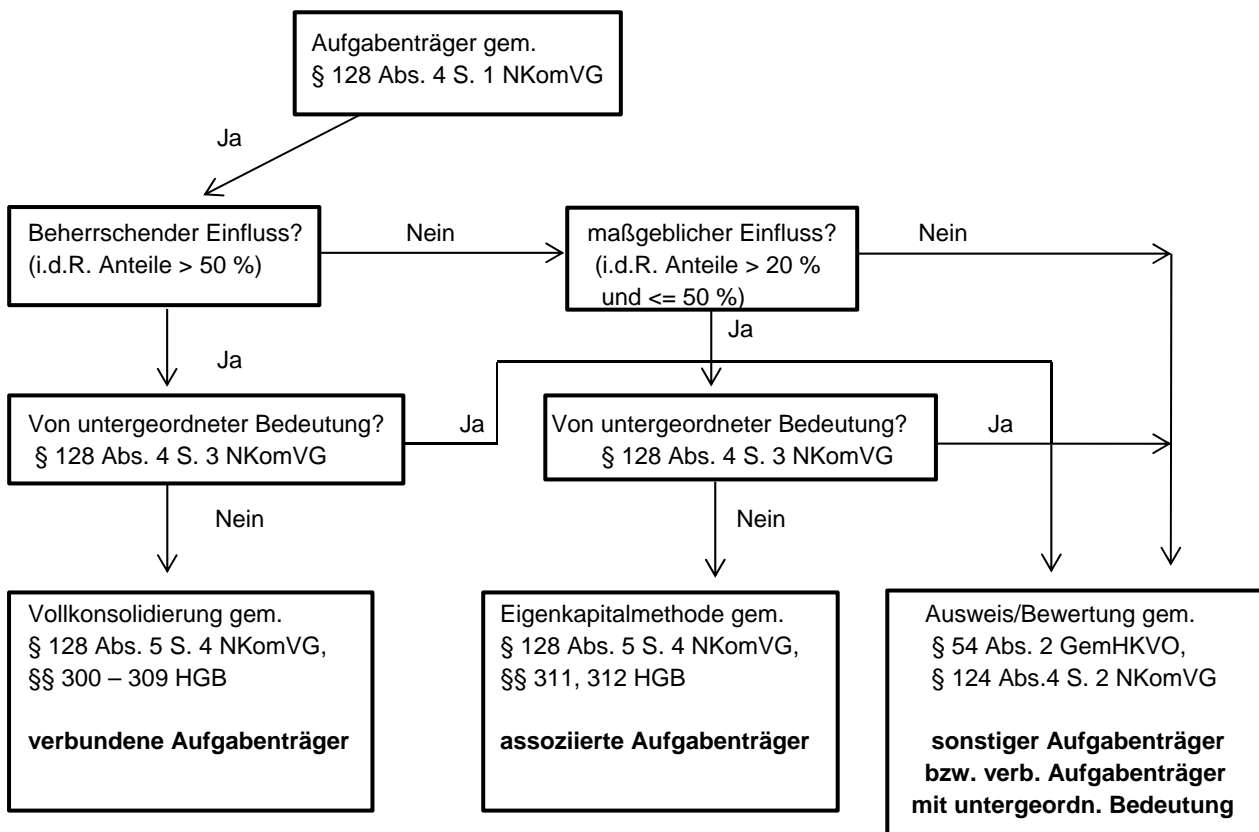
Nach § 128 Abs. 4 Satz 1 NKomVG sind mit dem Jahresabschluss der Kommune folgende Jahresabschlüsse zusammenzufassen (Konsolidierung):

1. Einrichtungen, deren Wirtschaftsführung nach § 139 selbständig erfolgt,
2. Eigenbetriebe,
3. Eigengesellschaften,
4. Einrichtungen u. Untern. in privat. Rechtsform, an denen die Kommune beteiligt ist,
5. Kommunale Anstalten,
6. Gemeinsame kommunale Anstalten, an denen die Kommune beteiligt ist,
7. Rechtsfähige kommunale Stiftungen,
8. Zweckverbände, an denen die Kommune beteiligt ist,
9. Wasser- und Bodenverbände, bei denen die Kommune Mitglied ist, soweit sie kommunale Aufgaben wahrnehmen, und
10. Rechtlich unselbständigen Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

Ist die Stadt Braunschweig nicht nur unmittelbar an einem Aufgabenträger beteiligt, sondern auch mittelbar (sog. „Enkelgesellschaften“: Die Stadt Braunschweig hält eine Beteiligung an einer Gesellschaft, die ihrerseits eine „Tochtergesellschaft“ hat), dann sind grundsätzlich auch diese Aufgabenträger in den Gesamtabschluss einzubeziehen.

Die Ermittlung des Konsolidierungskreises erfolgt wie in der nachstehenden Grafik dargestellt in folgenden Schritten:

- a) Ermittlung nach Grad der Einflussnahme
- b) Überprüfung der untergeordneten Bedeutung (Wesentlichkeit)



a) Konsolidierungskreis in Abhängigkeit vom Grad der Einflussnahme

Für die Beurteilung, welche verselbständigten Aufgabenträger in den Konsolidierungskreis mit einbezogen werden, ist entscheidend, ob ein beherrschender oder ein maßgeblicher Einfluss der Stadt Braunschweig vorliegt (Grad der Einflussnahme).

Nach § 128 Abs. 5 NKomVG soll die Konsolidierung grundsätzlich mit dem Anteil der Kommune erfolgen. Danach wird unterschieden in verbundene und in assoziierte Aufgabenträger.

Verbundene Aufgabenträger

Der Kreis der verbundenen Aufgabenträger ist dadurch gekennzeichnet, dass die Stadt Braunschweig einen beherrschenden Einfluss (§ 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG, entsprechend § 290 HGB) auf ihn ausüben kann. Maßgeblich für die Beurteilung sind die in § 290 Abs. 2 HGB genannten Kriterien. Ein beherrschender Einfluss ist anzunehmen, wenn mindestens eines der drei folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Mehrheit der Stimmrechte, d.h. Anteil der Stadt Braunschweig an einem verselbständigten Aufgabenträger ist größer als 50 % oder
- der Stadt Braunschweig steht als Anteilseigner das Recht zu, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzurufen oder
- dieser Einfluss steht der Stadt Braunschweig zu
 - aufgrund eines mit einem Leistungsbereich geschlossenen Beherrschungsvertrages oder
 - aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages oder
 - aufgrund einer Satzungsbestimmung eines Leistungsbereichs

Auf eine tatsächliche Ausübung des beherrschenden Einflusses kommt es nicht an. Es ist ausreichend, wenn der beherrschende Einfluss grundsätzlich möglich ist.

Als verbundener Aufgabenträger ist in diesem Zusammenhang auch die Stadt Braunschweig (Kernverwaltung) zu beurteilen.

Verbundene Aufgabenträger werden im Rahmen der Vollkonsolidierung (Vermögen und Schulden werden zu 100 % in die Gesamtbilanz übernommen) in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen (§ 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i. V. m. §§ 300 - 309 HGB).

Assoziierte Aufgabenträger

Ein assoziierter Aufgabenträger ist ein Aufgabenträger, auf den die Stadt Braunschweig oder ein Aufgabenträger, auf den die Stadt Braunschweig einen beherrschenden Einfluss hat, einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Der maßgebliche Einfluss muss nicht nur möglich sein, sondern auch tatsächlich ausgeübt werden – in Abgrenzung zu einem verbundenen Aufgabenträger, vgl. vorherige Erläuterungen.

Ein maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn die Stadt Braunschweig, bei einem Aufgabenträger mindestens 20 % (und höchstens 50 %) der Stimmrechte innehat.

Folgende Indikatoren können in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 8.3 als Indizien für das Vorliegen eines maßgeblichen Einflusses beispielsweise genannt werden:

- Zugehörigkeit eines Vertreters der Kommune in einem Verwaltungsorgan oder gleichartigem Leitungsgremium des Aufgabenträgers
- Mitwirkung an der Geschäftspolitik des Aufgabenträgers
- Austausch von Führungspersonal zwischen Kommune und dem verselbstständigten Aufgabenträger
- wesentliche Geschäftsbeziehungen zwischen der Kommune und dem Aufgabenträger
- Bereitstellung von wesentlichem technischen Know-how
- Beeinflussung der Entscheidung der Gewinnverwendung

Es handelt sich hier um eine Vermutungsregel, so dass auch eine andere Bewertung des Einflusses der Stadt Braunschweig - oder eines vollkonsolidierten Aufgabenträgers – auf den assoziierten Aufgabenträger und damit eine Widerlegung des maßgeblichen Einflusses in Betracht kommen kann.

Die assoziierten Aufgabenträger sind gemäß § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i. V. m. §§ 311 und 312 HGB nach der Eigenkapitalmethode („at Equity“) zu konsolidieren. Dabei werden nicht Vermögen und Schulden in die Gesamtbilanz einbezogen, sondern es wird lediglich der Beteiligungsbuchwert des Aufgabenträgers in der Gesamtbilanz ausgewiesen.

Sonstige Aufgabenträger / Verbundene Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung

Aufgabenträger der Stadt Braunschweig, bei denen kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss vorliegt, werden gemäß § 54 Abs. 2 GemHKVO und § 124 Abs. 4 Satz 2 NKomVG zu Anschaffungs-/Herstellungswerten ausgewiesen. Unter den sonstigen Aufgabenträgern werden auch die assoziierten Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung ausgewiesen. Die verbundenen Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung werden entsprechend dem Positionenrahmen des Landes separat ausgewiesen.

b) Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung

Nach § 128 Abs. 4 S. 3 NKomVG brauchen verbundene oder assoziierte Aufgabenträger nicht in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen zu werden, wenn ihre Abschlüsse für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune nur von untergeordneter Bedeutung sind.

Eine feste Quote, wann von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen werden kann, wird nicht vorgegeben. Die von der Arbeitsgruppe (AG) Gesamtabschluss unter der Federführung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport erarbeiteten Hinweise empfehlen eine Prozentzahl im Rahmen von 2 % bis 5 % bezogen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, bis zu der von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen werden kann. Bei der Entscheidung, ob ein Aufgabenträger von untergeordneter Bedeutung ist, muss auch die strategische Bedeutung für die Kommune berücksichtigt werden.

Die Stadt Braunschweig hat unter Berücksichtigung ihrer individuellen Gegebenheiten definiert, wann von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen werden kann.

Hierzu wurden die Jahresabschlüsse der im Schritt a) ermittelten Aufgabenträger nach

- Vermögenslage (z.B. Sachvermögen, Nettosition, Schulden, Rückstellungen),
- Finanzlage (Liquidität) und
- Ertragslage (Aufwand, Erträge, Jahresergebnisse)

ausgewertet. Unter quantitativen Gesichtspunkten sind bei der Stadt Braunschweig Aufgabenträger von untergeordneter Bedeutung, bei denen jede einzelne der vorgenannten Positionen im Vorjahreseinzelschluss des Aufgabenträgers unter 3 % der entsprechenden Positionen des Vorjahreseinzelschlusses aller Aufgabenträger liegen.

Weiterhin wurde - entsprechend der Hinweise der AG Gesamtabschluss des Landes - sichergestellt, dass die Summe der Aufgabenträger von untergeordneter Bedeutung 7 % der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aller Aufgabenträger der Stadt Braunschweig nicht übersteigen.

Unter qualitativen Gesichtspunkten sind bei der Stadt Braunschweig Aufgabenträger dann nicht von untergeordneter Bedeutung, wenn im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Aufgabenträgers für die Stadt Braunschweig eine Nichtberücksichtigung unter strategischen Gesichtspunkten zu einem unzutreffenden Gesamtbild führen würde.

Nachfolgend ist der festgelegte Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Braunschweig - unterteilt nach voll zu konsolidierenden und assoziierten Aufgabenträgern - sowie die nicht in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger aufgeführt:

Konsolidierungskreis im Konzern Stadt Braunschweig

Voll zu konsolidierende Aufgabenträger

- Stadt Braunschweig Kernverwaltung
- Abwasserverband Braunschweig
- Braunschweiger Verkehrs-GmbH
- Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
- Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
- Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
- Städt. Klinikum Braunschweig gGmbH
- Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
- Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH
- Volkshochschule Braunschweig GmbH
- VHS Arbeit und Beruf GmbH
- Sonderrechnung Abfallwirtschaft
- Sonderrechnung FB Hochbau u. Gebäudemanagement
- Sonderrechnung Stadtentwässerung
- Pensionsfonds

Assoziierte Aufgabenträger (Eigenkapitalmethode)

- Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG
- Wasserverband Weddel-Lehre
- Zweckverband Großraum Braunschweig

Folgende Aufgabenträger wurden nicht in die Konsolidierung einbezogen:

- Allianz für die Region GmbH
- Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH
- Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG
- Braunschweig Stadtmarketing GmbH
- Braunschweig Zukunft GmbH
- Haus der Familie GmbH
- Haus der Wissenschaft GmbH
- Klinikum BS Bistro GmbH
- Klinikum BS Klinikdienste GmbH
- Medizinische Versorgungszentren am städt. Klinikum BS mbH
- Klinikum BS Textilservice GmbH
- Kraftverkehr Mundstock GmbH
- Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH
- Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg GmbH
- Mundstock Reisen GmbH
- Peiner Verkehrsgesellschaft mbH
- Reisepartner Fuhrmann Mundstock International GmbH
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
- Wohnstätten GmbH

1.2.2 Angewandte Konsolidierungsmethoden

1.2.2.1 Allgemeines

Nach § 128 Abs. 5 S. 4 NKomVG sind die verbundenen Aufgabenträger des Konsolidierungskreises entsprechend den §§ 300 - 309 HGB zu konsolidieren (Vollkonsolidierung); die assoziierten Aufgabenträger werden entsprechend den §§ 311 und 312 HGB konsolidiert (Eigenkapitalmethode).

Im Rahmen der **Erstkonsolidierung** 2012 erfolgte die erstmalige ergebnisneutrale Verrechnung des anteiligen Eigenkapitals der verselbständigten Aufgabenträger mit dem Beteiligungsbuchwert der Stadt Braunschweig. Dabei war der Stichtag der Erstkonsolidierung zu bestimmen. Um für den 31. Dezember 2012 einen vollständigen Gesamtabschluss erstellen zu können, erfolgte die Erstkonsolidierung auf den 1. Januar 2012.

Unter **Folgekonsolidierung** ist die ergebniswirksame Fortschreibung der Wertansätze aus der Erstkonsolidierung zu verstehen (§§ 309 und 307 Abs. 2 HGB).

Die Buchungen der Erstkonsolidierung sind zunächst zu wiederholen. Zusätzlich sind die im Rahmen der Erstkonsolidierung aufgedeckten stillen Reserven abzuschreiben. Ein ausgewiesener Geschäfts- und Firmenwert ist planmäßig abzuschreiben und ein passiver Unterschiedsbetrag wird entsprechend der Regelungen des § 309 HGB aufgelöst. Hierdurch entstehen von den Jahresabschlüssen der Aufgabenträger abweichende Erfolgsauswirkungen (Konzernerfolg).

Der konsolidierte Gesamtabschluss ist zu jedem Stichtag erneut aus der Zusammenfassung der Einzelabschlüsse der einbezogenen Aufgabenträger zu entwickeln, da es **keine eigenständige Konzernbuchhaltung** gibt. Dazu sind jährlich die gemeldeten Daten der KB II / KB III im örtlichen Positionenplan zugrunde zu legen. Die Fortschreibung der aufgedeckten stillen Reserven wird durch die jeweiligen Aufgabenträger ebenfalls in der KB III gemeldet.

1.2.2.2 Vereinheitlichung von Stichtag, Ansatz, Bewertung und Ausweis

Für den konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt Braunschweig ist das Recht der Stadt als Konzernmutter anzuwenden. Das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) ist das führende Rechnungswesen, an dem sich die Aufgabenträger zu orientieren haben.

Für die Erstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses werden zunächst wieder die Einzelabschlüsse der voll zu konsolidierenden Aufgabenträger in eine von der Kernverwaltung

vorgegebene Kommunalbilanz II (KB II) bzw. Ergebnisrechnung II (ER II) übergeleitet. Hierzu sind die Abschlusswerte der Aufgabenträger hinsichtlich Stichtag, Ansatz und Bewertung sowie Ausweis zu vereinheitlichen. Die nach erfolgter Neubewertung ermittelten Werte (stille Reserven) der Aufgabenträger und deren Fortschreibung (erhöhte Abschreibungen) werden anschließend in die Kommunalbilanz III (KB III) bzw. Ergebnisrechnung III (ER III) übergeleitet.

Einheitlicher Stichtag

Maßgeblicher Stichtag für die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses ist der jeweilige Stichtag für die Aufstellung des Einzelabschlusses der Stadt Braunschweig, d.h. der 31.12. des jeweiligen Jahres. Da keiner der zu konsolidierenden Aufgabenträger ein vom Haushaltsjahr der Stadt Braunschweig abweichendes Wirtschaftsjahr hat, sind für die Einheitlichkeit des Stichtages keine Anpassungen erforderlich.

Einheitlicher Bilanzansatz

Vom Grundsatz her ergibt sich aus § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i. V. m. § 300 Abs. 2 HGB die Notwendigkeit, die Ansatzvorschriften der verbundenen Aufgabenträger auf Grundlage des NKR zu vereinheitlichen. Demnach sind Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten im konsolidierten Gesamtabschluss vollständig zu übernehmen, soweit nach der NKomVG oder der GemHKVO nicht ein Bilanzierungsverbot oder ein Bilanzierungswahlrecht besteht. Eventuelle Anpassungen sind im Rahmen der Überleitung der KB II vorzunehmen.

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit kann auf die Bereinigung von Ansätzen verzichtet werden. Die Stadt Braunschweig hat hierzu in der Gesamtabschlussrichtlinie festgelegt, dass auf eine Bereinigung von Ansätzen unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit verzichtet werden kann, sofern eine Grenze von 5 % bezogen auf die jeweilige Bilanzposition nicht überschritten wird.

Darüber hinaus wurde festgelegt, dass empfangene Investitionszuwendungen, die im Sachanlagevermögen der Bilanz nach HGB von den Anschaffungskosten abgesetzt werden können, in der KB II nicht gesondert als Sonderposten auszuweisen sind.

Folgende Ansatzanpassungen wurden von einzelnen Aufgabenträgern vorgenommen:

- Die Städtische Klinikum Braunschweig gGmbH weist in ihrem Jahresabschluss aufgrund der Krankenhausbuchführungsverordnung auf der Aktivseite den Bilanzposten „Ausgleichposten nach dem KHG“ (Ausgleichposten für Eigenmittelförderung) aus. Dieser Bilanzposten kann nach NKomVG oder GemHKVO nicht angesetzt werden. Das Klinikum hat bei der Erstellung der Abschlusswerte für den konsolidierten Gesamtabschluss 2014 diesen Ausgleichsposten in Höhe von rd. 11,8 Mio. EUR bereinigt und mit dem Eigenkapital verrechnet.
- Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hat im Rahmen der Überleitung in die Kommunalbilanz II eine zusätzliche Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 500.000 EUR gebildet. Im Gegensatz zu den Regelungen des HGB erfolgt nach NKR eine Passivierungspflicht von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen, soweit sie innerhalb von 3 Jahren nach Ende des Haushaltsjahres nachgeholt werden.
- Die Stadtbad GmbH hat für die Unterdeckung der dortigen Unterstützungskasse e.V. eine Rückstellung in der Kommunalbilanz II gebildet. Nach NKR besteht eine Passivierungspflicht für mittelbare Pensionszusagen und mittelbare ähnliche Verpflichtungen in Höhe der Deckungslücke bei der Versorgungseinrichtung, für die der Aufgabenträger einzustehen hat. Diese Rückstellung wurde zum 01.01.2012 gebildet und wird jährlich durch Zuführungen oder Auflösungen entsprechend angepasst.
- Die Stadthallen GmbH hält zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen Fondsanteile, die im HGB-Abschluss der Stadthalle mit den betreffenden Verpflichtungen verrechnet werden. In der Überleitung nach NKR ist der Sachverhalt brutto auszuweisen. Dem entsprechend werden in der Kommunalbilanz II Wertpapiere in Höhe von 27.130,89 € und sonstige Rückstellungen von 442.847,34 € ausgewiesen.

Einheitliche Bewertung

Nach § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i. V. m. § 308 Abs. 1 HGB ergibt sich grundsätzlich die Notwendigkeit, die Bewertung in den Einzelabschlüssen der verbundenen Aufgabenträger auf Grundlage des NKR zu vereinheitlichen. Demnach sind Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten im konsolidierten Gesamtabschluss einheitlich zu bewerten.

Daneben kann nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit auf eine einheitliche Bewertung verzichtet werden. Die Stadt Braunschweig hat hierzu in der Gesamtabchlussrichtlinie festgelegt, dass auf eine Bereinigung von Bewertungen unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit verzichtet werden kann, sofern eine Grenze von 5% bezogen auf die jeweilige Bilanzposition nicht überschritten wird. Eventuelle Anpassungen sind im Rahmen der Überleitung der KB II vorzunehmen.

Für die Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen ist nach NKR grundsätzlich die vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport vorgegebene Abschreibungstabelle maßgeblich. Die Stadt Braunschweig hat entsprechend der Hinweise der AG Gesamtabchluss auf eine Vereinheitlichung im Konzern verzichtet, wenn die bisherige Nutzungsdauer auf einer anderen Vorschrift (Abschreibungstabelle) als der des Landes im NKR basiert.

Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH hat in ihrem Einzelabschluss die langfristigen Rückstellungen entsprechend der Regelungen des HGB abgezinst. Nach NKR dürfen Rückstellungen nur insoweit abgezinst werden, als die ihnen zu Grunde liegenden Verpflichtungen einen Zinsanteil enthalten. Im Rahmen der Überleitung auf die Kommunalbilanz II wurden diese Abzinsungen entsprechend eliminiert.

Einheitlicher Ausweis

Die Gliederungen der Gesamtbilanz und der konsolidierten Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport und dem Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) herausgegebenen Positionenrahmen. Diesen hat die Stadt Braunschweig angewendet und unter Berücksichtigung individueller Gegebenheiten ergänzt. Die zu konsolidierenden Aufgabenträger haben ihre Abschlusswerte bei Erstellung der KB II / KB III bzw. ER II / III in diese Struktur des Positionenrahmens übergeleitet.

1.2.2.3 Konsolidierungsschritte

Die übergeleiteten Jahresabschlüsse der vollkonsolidierten Aufgabenträger werden von den jeweiligen Wirtschaftsprüfern geprüft. Aus den übergeleiteten und testierten Jahresabschlüssen aller vollkonsolidierten Aufgabenträger wird anschließend ein Summenabschluss erstellt. Auf Grundlage dieses Summenabschlusses erfolgen die nachstehenden Konsolidierungsschritte.

Die Vollkonsolidierung umfasst:

- Kapitalkonsolidierung (Ziffer 1.2.2.3.1)
 - Besonderheit des passiven Unterschiedsbetrages (Ziffer 1.2.2.3.2)
- Schuldenkonsolidierung (Ziffer 1.2.2.3.3)
- Aufwands- und Ertragskonsolidierung (Ziffer 1.2.2.3.4)
- Zwischenergebniseliminierung (Ziffer 1.2.2.3.5)

1.2.2.3.1 Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung ist zwischen der Erst- und den Folgekonsolidierungen zu unterscheiden.

Bei der **Erstkonsolidierung** wurden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung (§ 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i.V.m. § 301 HGB) die Kapitalverflechtungen der in den Gesamtabschluss einzubeziehenden Aufgabenträger verrechnet. Dabei wird der Beteiligungsbuchwert an dem jeweiligen Aufgabenträger in der Einzelbilanz der Stadt Braunschweig mit dem auf die Stadt Braunschweig entfallenden anteiligen Eigenkapital des verbundenen Aufgabenträgers aufgerechnet. Ziel ist es, die Doppelerfassung im Summenabschluss zu beseitigen, da in ihm sowohl die Beteiligung der Stadt Braunschweig an den Aufgabenträgern als auch das der Stadt Braunschweig zuzuordnende Eigenkapital der Aufgabenträger (als Differenz aus dessen Vermögen und Schulden) ausgewiesen sind.

Anstelle der Beteiligungsbuchwerte bei der Stadt Braunschweig treten damit die Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten des jeweiligen Aufgabenträgers.

In Niedersachsen kann gemäß § 128 Abs. 5 S. 5 NKomVG bei der Kapitalkonsolidierung entsprechend § 301 Abs. 1 HGB einheitlich für alle Aufgabenträger auf eine Bewertung des Eigenkapitals nach dem in § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB maßgeblichen Zeitpunkt verzichtet werden. Die Stadt Braunschweig hat von der niedersächsischen Vereinfachungsvorschrift keinen Gebrauch gemacht und im Rahmen der Erstkonsolidierung die Neubewertung durchgeführt und damit alle stillen Reserven der Aufgabenträger gehoben.

Unter **Folgekonsolidierungen** sind die ergebniswirksamen Fortschreibungen der Wertansätze aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung zu verstehen (§§ 309 und 307 Abs. 2 HGB). Dabei werden auch die im Rahmen der Erstkonsolidierung aufgedeckten stillen Reserven beschrieben.

Für jedes Haushaltsjahr ist ein konsolidierter Gesamtabschluss aufzustellen. Die ursprüngliche Kapitalkonsolidierung zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2012 wird in allen Folgejahren wiederholt. Veränderungen bei der Kapitalkonsolidierung in Folgejahren ergeben sich daher nur bei Änderungen der Beteiligungshöhe oder bei Änderung des gezeichneten Kapitals des verbundenen Aufgabenträgers.

Im konsolidierten Gesamtabschluss 2014 erfolgten solche Änderungen nicht.

Für einbezogene Aufgabenträger, an denen die Stadt Braunschweig nicht alle Anteile hält, sondern bei denen noch außenstehende Anteilseigner an diesen Aufgabenträgern beteiligt sind, werden die diesen weiteren Anteilseignern zustehenden Eigenkapitalanteile in einem gesonderten Posten „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ innerhalb der Nettoposition der Gesamtbilanz ausgewiesen. Er beinhaltet den Korrekturbetrag für das vollständig in die Gesamtbilanz übernommene Reinvermögen eines vollkonsolidierten Aufgabenträgers, da an diesem die Stadt Braunschweig nur mit ihrem Anteil beteiligt ist, während ein weiterer Teil auf Minderheitsgesellschafter entfällt. Dies betrifft die Aufgabenträger Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (Beteiligung von 66,173 %) und den Abwasserverband Braunschweig (Beteiligung von 91,367 %).

1.2.2.3.2 Besonderheit des passiven Unterschiedsbetrages

Besonderen Einfluss auf Folgekonsolidierungen hat die Behandlung eines bei der Erstkonsolidierung entstandenen sogenannten „passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung“. Deshalb wurde dieses Thema zum konsolidierten Gesamtabschluss 2013 ausführlich beschrieben. Im folgenden Abschnitt werden die Gesamtzusammenhänge nochmal kurz dargestellt sowie die Entwicklung der anteiligen passiven Unterschiedsbeträge zum 31.12.2014.

- Erstkonsolidierung
- Entstehungsursachen anteiliger passiver Unterschiedsbeträge u. deren Fortschreibung
- Analyse und Behandlung im Konzern Stadt Braunschweig

- Erstkonsolidierung

Durch die erstmalige Aufrechnung des Kapitals kann sich ein aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag ergeben:

Ist der Beteiligungsbuchwert der Stadt höher als das Eigenkapital des jeweiligen Aufgabenträgers, so ergibt sich ein aktiver Unterschiedsbetrag. Dieser ist unter einer gesonderten Position „Geschäfts- und Firmenwert“ der Gesamtbilanz auszuweisen und in den Folgejahren über die geschätzte Nutzungsdauer abzuschreiben. Im Konzern Stadt Braunschweig gab es keine aktiven Unterschiedsbeträge.

Ist das Eigenkapital eines Aufgabenträgers höher als der Beteiligungsbuchwert in der Stadt (z.B. durch frühere Gewinne des Unternehmens), so ergibt sich ein sogenannter passiver Unterschiedsbetrag, d.h. ein Unterschiedsbetrag, der auf der Passivseite der Gesamtbilanz unter der Nettoposition (d.h. dem Eigenkapital der Kommune) ausgewiesen wird. Dies war im Konzern Stadt Braunschweig für alle verselbständigten Aufgabenträger der Fall. Insgesamt ergab sich ein passiver Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung in Höhe von rd. 359 Mio. EUR. Dieser Betrag wird entsprechend der vom Gesetzgeber eröffneten Möglichkeit in der Gesamtbilanz unter den Rücklagen (aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses) ausgewiesen.

- Entstehungsursachen anteiliger passiver Unterschiedsbeträge und deren Fortschreibung

Ein anteiliger passiver Unterschiedsbetrag kann verschiedene Ursachen haben, die sich auf seine weitere Behandlung in den Folgekonsolidierungen unterschiedlich auswirken.

In Literatur / Kommentierungen werden folgende Entstehungsursachen und deren weitere Behandlungen unterschieden:

1. Im Erwerbszeitpunkt des Aufgabenträgers bestehen pessimistische Zukunftserwartungen, die z.B. auf erwarteter Sanierungsbedürftigkeit, mangelhafter Ertragskraft oder nachhaltiger Verlustsituation beruhen. Einem solchen passiven Unterschiedsbetrag ist Fremdkapital- (Rückstellungs-) -charakter beizumessen.

Werden die Sanierungsmaßnahmen durchgeführt oder treten Verluste ein, ist der Unterschiedsbetrag in entsprechender Höhe ergebniswirksam aufzulösen.

2. Der passive Unterschiedsbetrag übersteigt die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögensgegenstände. Dieser passive Unterschiedsbetrag hat Eigenkapitalcharakter.

Diese Residualgröße ist in den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zu vereinnahmen.

3. Eine weitere Ursache für einen passiven Unterschiedsbetrag besteht darin, dass Gewinne vor dem Erstkonsolidierungszeitpunkt beim Aufgabenträger thesauriert wurden. Dadurch kann das anteilige Eigenkapital des Aufgabenträgers über die ursprünglichen Anschaffungskosten der Beteiligung gestiegen sein. Es ergibt sich ein sog. technischer Unterschiedsbetrag, der Eigenkapitalcharakter hat.

Dieser wird nicht aufgelöst, sondern ergebnisneutral in die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses umgebucht.

4. Des Weiteren kann ein passiver Unterschiedsbetrag durch den Anstieg des Eigenkapitals aufgrund der Zuordnung stiller Reserven im Erstkonsolidierungszeitpunkt entstehen. Dieser Unterschiedsbetrag hat Eigenkapitalcharakter.

Für diesen Teil des passiven Unterschiedsbetrages greift das sogenannte planmäßige Auflösungsverfahren. Der Anteil dieses Teils des passiven Unterschiedsbetrages, der die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen nicht-monetären Vermögensgegenstände nicht übersteigt, ist planmäßig über die „gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer“ der erworbenen abnutzbaren Vermögensgegenstände zu vereinnahmen.

- Analyse der Unterschiedsbeträge im Konzern Stadt Braunschweig:

Im Rahmen der Arbeiten zur Folgekonsolidierung wurde für jeden einzelnen Aufgabenträger die Entstehungsursache des jeweiligen anteiligen passiven Unterschiedsbetrages ermittelt. Hierzu wurde die Bildung und Entwicklung des Eigenkapitals jedes Aufgabenträgers untersucht.

Bei der Stadt Braunschweig haben nach der Analyse alle anteiligen passiven Unterschiedsbeträge Eigenkapitalcharakter und werden somit in der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgewiesen. Ein Teil des anteiligen passiven Unterschiedsbetrages ist bei der Stadt Braunschweig durch die Aufdeckung stiller Reserven bedingt und wird ratierlich aufgelöst.

Nach der Analyse des passiven Unterschiedsbetrages aus der Erstkonsolidierung in Höhe von **359.729.946,45 EUR** ergibt sich die folgende Zuordnung:

Anteiliger passiver Unterschiedsbetrag in Euro und deren Behandlung	
202.426.645,43	<p>Anteilige Unterschiedsbeträge, die aus thesaurierten Gewinnen (= technischer Unterschiedsbetrag) und der Residualgröße als Folge der Kapitalkonsolidierung zum 01.01.2012 entstanden sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dieser Betrag wird auf einem separaten Konto innerhalb der Bilanzposition „Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ unverändert ausgewiesen und ist aus Konzernsicht Rücklage.
157.303.301,02	<p>Anteil des Unterschiedsbetrages, der durch den Anstieg des Eigenkapitals in Folge der Neubewertung – aufgrund Zuordnung stiller Reserven – entstanden ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweis unter Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses unter dem Konto „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“. • Planmäßige ratierliche Auflösung über die <u>gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer</u> der erworbenen abnutzbaren Vermögensgegenstände. • Gegenposten zu den Abschreibungen auf stille Reserven.

Für die ratierliche ertragswirksame Auflösung des anteiligen Unterschiedsbetrages, der durch den Anstieg des Eigenkapitals in Folge der Neubewertung – durch Zuordnung stiller Reserven – in Höhe von 157.303.301,02 EUR entstanden ist, war zunächst eine gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer der erworbenen nicht abnutzbaren Vermögensgegenstände zu ermitteln.

Bei insgesamt vier vollkonsolidierten Aufgabenträgern wurden im Rahmen der Neubewertung stille Reserven gehoben.

Bei zwei Aufgabenträgern (Flughafen und Klinikum) ist keine planmäßige ratierliche Auflösung des anteiligen Unterschiedsbetrages vorzunehmen, da sich die stillen Reserven ausschließlich auf Grund und Boden (GuB) beziehen. Diese beiden Unterschiedsbeträge ergeben eine Summe von 19.496.852,51 EUR. Da sich die Auflösungsregeln am Verbrauch oder Abgang der Vermögensgegenstände orientieren, hat für diesen Teil des Unterschiedsbetrages eine erfolgswirksame Auflösung erst zu erfolgen, wenn ein Grundstück in späteren Jahren außerhalb des Konsolidierungskreises veräußert wird / abgängig ist.

Für die Festlegung des Auflösungszeitraums der entsprechenden passiven Unterschiedsbeträge wurden demnach nur die Nibelungen Wohnbau GmbH und die Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH beurteilt, da sich hier die stillen Reserven auf Gebäude und Grund und Boden (GuB) beziehen.

Die Beurteilung der entsprechenden Objekte mit ihren Wertansätzen und Abschreibungen ergibt eine gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer **von gerundet 29 Jahren**, über die der entsprechende Teil des passiven Unterschiedsbetrages aufzulösen ist. Der passive Unterschiedsbetrag der beiden Aufgabenträger beträgt 137.806.448,51 EUR. Somit ergibt sich ein jährlicher Auflösungsbetrag in Höhe von 4.751.946,50 EUR.

157.303.301,02 € anteiliger Unterschiedsbetrag (UB) aufgrund der Neubewertung
 - 18.984.276,45 € anteiliger UB Klinikum, keine Auflösung, da stille Reserven nur in GuB
 - 512.576,06 € anteiliger UB Flughafen, keine Auflösung, da stille Reserven nur in GuB
 137.806.448,51 € planmäßig ratierlich aufzulösender UB
 : 29 Jahren dividiert durch die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer
4.751.946,50 € jährlicher planmäßiger Auflösungsbetrag

Die jährliche Auflösung des passiven Unterschiedsbetrages in Höhe von 4.751.946,50 EUR erfolgt ergebniswirksam.

Zum 31.12.2014 hat sich der Stand des passiven Unterschiedsbetrages wie folgt entwickelt:

Bilanzposition	31.12.2013 - Euro -	31.12.2014 - Euro -	Veränderung - Euro -
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung)	147.799.408,02	143.047.461,52	- 4.751.946,50

1.2.2.3.3 Schuldenkonsolidierung

Zwischen den zum Vollkonsolidierungskreis gehörenden Aufgabenträgern und der Stadt Braunschweig gibt es regelmäßig Liefer- und Leistungsbeziehungen aus verschiedenen Tätigkeiten. Aus diesen ergeben sich Ansprüche und Verpflichtungen, die sich zum Stichtag des konsolidierten Gesamtabschlusses in den Buchwerken dieser Konzerneinheiten als Forderungen und Verbindlichkeiten ergeben können. Aus Sicht einer wirtschaftlichen Einheit kann es keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegen sich selbst geben. Da die zum Konsolidierungskreis gehörenden verselbständigten Aufgabenträger als wirtschaftliche Einheit angesehen werden (Einheitstheorie), sind die zwischen ihnen zum Stichtag des konsolidierten Gesamtabschlusses bestehenden Schuldverhältnisse gegeneinander aufzurechnen.

In die Schuldenkonsolidierung (§ 128 Abs. 5 S. 4 NKomVG, § 301 HGB) werden dabei alle Forderungen und Schuldenposten einbezogen, durch welche die Schuldverhältnisse zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern untereinander und der Kernverwaltung abgebildet werden, soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Begriffe „Forderungen“ und „Schulden“ sind dabei weit auszulegen. Sie umfassen auf der Aktivseite z.B. auch geleistete Investitionszuweisungen und Anzahlungen, auf der Passivseite z.B. auch Angaben zu Geldschulden, Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften oder auch Eventualverbindlichkeiten (z.B. Bürgschaften, Gewährleistungsverträge).

Soweit Forderungen eines (Gläubiger-)Aufgabenträgers den entsprechenden Schulden eines (Schuldner-)Aufgabenträgers in gleicher Höhe gegenüberstehen, erfolgt die Schuldenkonsolidierung durch Aufrechnung dieser Posten erfolgsneutral. Stehen sich Forderungen und Schulden nicht in gleicher Höhe gegenüber, so kommt es zu sogenannten Aufrechnungsunterschieden. Für die weitere Behandlung kommt es darauf an, ob die Aufrechnungsunterschiede im Berichtsjahr oder in Vorjahren entstanden sind. Die im Berichtsjahr entstandenen Aufrechnungsunterschiede sind ergebniswirksam zu eliminieren. Die in Vorjahren entstandenen Aufrechnungsunterschiede sind ergebnisneutral gegen die Rücklagen des Konzerns zu buchen.

Um Aufrechnungsunterschiede zu reduzieren, werden Abstimmungen zwischen den Aufgabenträgern untereinander und zur Kernverwaltung vorgenommen. Es geht insbesondere darum, sogenannte unechte Aufrechnungsunterschiede zu vermeiden, die durch fehlende Buchungen oder zeitliche Differenzen in der Verarbeitung des Buchungstoffes resultieren; d. h. es bestehen Forderungs- und Verbindlichkeitsbuchungen in unterschiedlichen Perioden. Zur Minimierung dieser unechten Aufrechnungsunterschiede sind bereits organisatorische Vorkehrungen getroffen und werden laufend verbessert, z. B. Festlegung von Terminen

zum Buchungsschluss (Konzernbuchungsschluss), Schlusstermin für Rechnungsstellung im Konzern, konkrete Regelungen zur Abstimmung und Bestätigung von Salden.

Als weitere Vorkehrung, unechte Differenzen im Vorfeld der eigentlichen Schuldenkonsolidierung zu vermeiden, erfolgte ein Hinweis an die Aufgabenträger mit Schreiben zur Saldenabstimmung. Kommt es zu Differenzen, weil die vorgegebenen Schlusstermine nicht eingehalten werden, sind diese Buchungen im Rahmen der Erstellung der KB II / Ergebnisrechnung II durch entsprechende Korrekturbuchungen auf Ebene der Aufgabenträger zu bereinigen. Somit müssen in der Schuldenkonsolidierung zum größten Teil nur echte Aufrechnungsdifferenzen eliminiert werden.

Die sogenannten echten Aufrechnungsunterschiede sind durch zwingende Bilanzierungsvorschriften (Vorsichts-, Realisations-, Imparitätsprinzip, etc.) bedingt und deshalb unvermeidbar.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung wurden alle Aufrechnungsunterschiede aufgezeigt und analysiert. Aus Wesentlichkeitsaspekten wurde für deren Bereinigung ein Schwellenwert von 500 TEUR festgelegt. Die unter diesem Wert liegenden Aufrechnungsunterschiede in Summe von 1.100 TEUR wurden in einem automatisierten Prozess bearbeitet und sind unter dem gesonderten Konto „Differenzen aus der Schuldenkonsolidierung“ unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

1.2.2.3.4 Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i.V.m. § 305 Abs. 1 HGB stellt einen weiteren Arbeitsschritt zur Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der verselbständigten Aufgabenträger mit dem Jahresabschluss der Stadt Braunschweig zum konsolidierten Gesamtabschluss im Rahmen der Vollkonsolidierung dar. Hierbei werden Aufwendungen und Erträge, die auf Lieferungen und Leistungen innerhalb des Vollkonsolidierungskreises beruhen, gegeneinander verrechnet. Diese Verrechnung ist erforderlich, weil es unter dem Gesichtspunkt der Einheitstheorie keine Aufwendungen und Erträge aus Lieferungen und Leistungen an sich selbst geben kann.

Soweit sich Aufwand und Ertrag aus internen Vorgängen der verbundenen Aufgabenträger in gleicher Höhe gegenüberstehen, werden diese miteinander verrechnet. Stehen sich Aufwand und Ertrag nicht in gleicher Höhe gegenüber, so kommt es zu sogenannten Aufrechnungsunterschieden. Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung erfolgt ergebnisneutral.

Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden alle Aufrechnungsunterschiede aufgezeigt und analysiert. Aus Wesentlichkeitsaspekten wurde für deren Bereinigung ein Schwellenwert von 500 TEUR festgelegt. Die unter diesem Wert liegenden Aufrechnungsunterschiede in Höhe von saldierten 1.257 TEUR Aufwendungen wurden in einem automatisierten Prozess bearbeitet und sind unter gesonderten Konten „Differenzen aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung“ unter den sonstigen ordentlichen Erträgen bzw. sonstigen ordentlichen Aufwendungen ausgewiesen.

1.2.2.3.5 Zwischenergebniseliminierung

Die Zwischenergebniseliminierung (§ 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG, § 304 Abs. 1 HGB) wird angewendet, wenn aufgrund von Lieferungen oder Leistungen innerhalb des Vollkonsolidierungskreises Vermögensgegenstände angeschafft oder hergestellt wurden, die Gewinne oder Verluste enthalten. Der Konsolidierungsschritt ist erforderlich, weil Gewinne oder Verluste aus Lieferungen und Leistungen der Konzerneinheiten erst entstanden sind, wenn die Vermögensgegenstände den Vollkonsolidierungskreis verlassen haben.

Auf eine Zwischenergebniseliminierung gemäß § 304 Abs. 1 HGB kann nach § 304 Abs. 2 HGB verzichtet werden, wenn die Zwischenergebnisse für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Stadt Braunschweig hat in der Gesamtabschlussrichtlinie als Wertgrenze für die Wesentlichkeit im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung bezogen auf die jeweilige Bilanzposition 5 % der Bestände bei Vermögensgegenständen, die aus verbundinternen Transaktionen stammen (vgl. gemeldete Zu- und Abgänge), festgelegt.

Im Konzern Stadt Braunschweig war - wie in den Vorjahren - aufgrund der kommunalen Gegebenheiten dieser Konsolidierungsschritt nicht erforderlich, da entweder keine Zwischenergebnisse entstanden oder diese von untergeordneter Bedeutung für die zutreffende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzern Stadt Braunschweig sind.

1.2.2.4 Eigenkapitalmethode für assoziierte Aufgabenträger

Die assoziierten Aufgabenträger sind gemäß § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i.V.m. §§ 311 und 312 HGB nach der Eigenkapitalmethode zu bilanzieren. Bei dieser Methode werden nicht die einzelnen Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen, Rechnungsabgren-

zungsposten, Erträge und Aufwendungen der assoziierten Aufgabenträger in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen, sondern es wird lediglich der Beteiligungsbuchwert und das anteilige Beteiligungsergebnis des Aufgabenträgers in der Gesamtbilanz bzw. konsolidierten Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Der Ausweis erfolgt in der Gesamtbilanz innerhalb des Finanzvermögens unter dem Posten „Anteile an assoziierten Aufgabenträgern“.

Abweichend von der Vereinfachungsregel der AG Gesamtabschluss des Landes ist bei der Anwendung der Eigenkapitalmethode eine Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts und damit entsprechend § 312 Abs. 2 Satz 1 HGB die Aufdeckung von stillen Reserven erfolgt.

Die auf assoziierte Aufgabenträger entfallenden Ergebnisse (Gewinn oder Verlust) werden in der konsolidierten Ergebnisrechnung in gesonderten Posten (Erträge und Aufwendungen aus assoziierten Aufgabenträgern) ausgewiesen.

In Folgekonsolidierungen wird der Beteiligungsbuchwert fortgeschrieben.

1.2.3 Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des konsolidierten Gesamtabschlusses und der Nebenrechnungen

Nachfolgend werden gemäß § 128 Abs. 6 Satz 2 NKomVG i.V.m. § 58 GemHKVO einzelne wesentliche Positionen der konsolidierten Gesamtbilanz und der konsolidierten Ergebnisrechnung sowie der Nebenrechnungen (Anlagen-, Forderungs- und Schuldenübersicht) erläutert.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden folgende Abkürzungen verwendet:

Stadt BS	-	Stadt BS Kernverwaltung
NiWo GmbH	-	Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Klinikum BS gGmbH	-	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
SR Stadtentwässerung	-	Sonderrechnung Stadtentwässerung
Verkehrs-GmbH	-	Braunschweiger Verkehrs-GmbH
Abwasserverband	-	Abwasserverband Braunschweig
SBBG	-	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
Flughafen	-	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
Stadtbad	-	Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH
SR Abfallwirtschaft	-	Sonderrechnung Abfallwirtschaft
GGB	-	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Hafen	-	Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Stadthalle	-	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH
SR Hochbau u. Gebäudem.	-	Sonderrechnung FB Hochbau u. Gebäudemanagement
VHS BS GmbH	-	Volkshochschule Braunschweig GmbH
VHS Arbeit und Beruf	-	VHS Arbeit und Beruf GmbH

1.2.3.1 Konsolidierte Gesamtbilanz

Aktiva

Nach dem Positionenrahmen zum Gesamtabschluss setzt sich die Aktivseite der konsolidierten Gesamtbilanz aus folgenden Positionen zusammen: Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachvermögen, liquide Mittel, Finanzvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	30.064	1,1	32.720	1,1	2.656	8,8
Sachvermögen	2.323.964	81,2	2.435.311	83,2	111.347	4,8
Liquide Mittel	306.099	10,7	253.183	8,7	-52.916	-17,3
Finanzvermögen	181.435	6,3	186.704	6,4	5.269	2,9
Aktive Rechnungsabgrenzung	21.519	0,7	18.963	0,6	-2.556	-11,9
konsolidierte Bilanzsumme Aktiva	2.863.081	100,0	2.926.881	100,0	63.800	2,2

Die Gesamtbilanz der Aktivseite verteilt sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS (inkl. ZGB + WWL)	1.631.691	57,0	1.654.605	56,6	22.914	1,4
NiWo GmbH	323.805	11,3	343.318	11,7	19.513	6,0
Klinikum BS gGmbH	241.645	8,4	243.251	8,3	1.606	0,7
SR Stadtentwässerung	228.644	8,0	219.470	7,5	-9.174	-4,0
Verkehrs-GmbH	108.361	3,8	115.740	4,0	7.379	6,8
Abwasserverband *)	93.051	3,3	94.622	3,2	1.571	1,7
SBBG (inkl. BVAG & Co.KG)	66.511	2,3	63.888	2,2	-2.623	-3,9
Flughafen	47.481	1,7	45.076	1,5	-2.405	-5,1
Stadtbad	37.780	1,3	46.843	1,6	9.063	24,0
Pensionsfonds	26.357	0,9	30.570	1,0	4.213	16,0
SR Abfallwirtschaft	17.643	0,6	17.003	0,6	-640	-3,6
GGB	15.015	0,5	16.532	0,6	1.517	10,1
Hafen	10.177	0,4	10.659	0,4	482	4,7
Stadhalle	10.162	0,4	21.101	0,7	10.939	>100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	2.205	0,1	2.105	0,1	-100	-4,5
VHS BS GmbH	1.875	0,1	1.332	0,0	-543	-29,0
VHS Arbeit und Beruf	678	0,0	766	0,0	88	13,0
konsolidierte Bilanzsumme Aktiva	2.863.081	100,0	2.926.881	100,0	63.800	2,2

*) Vor Konsolidierung des Kanalnutzungsrechts beträgt die Bilanzsumme des Abwasserverbandes BS rd. 258 Mio. € (Vorjahr: 264 Mio. €).

assoziierte Aufgabenträger:

ZGB = Zweckverband Großraum Braunschweig,

WWL = Wasserverband Weddel-Lehre,

BVAG & Co. KG = Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG

Die in der Gesamtbilanz enthaltenen Aktiva der Kernverwaltung Stadt Braunschweig ist geringer als im Einzelabschluss. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus dem Finanzvermögen. Die Beteiligungsbuchwerte der zu konsolidierenden Aufgabenträger in der Einzelbilanz der Stadt Braunschweig wurden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung (siehe auch Kapitel 1.2.2) mit der anteiligen Nettoposition der verbundenen Aufgabenträger verrechnet.

Anstelle der Beteiligungsbuchwerte (im Finanzvermögen) bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig treten die Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten der jeweiligen Aufgabenträger im Konzern.

Die Anteile an den assoziierten Aufgabenträgern Zweckverband Großraum Braunschweig und Wasserverband Weddel-Lehre haben das Finanzvermögen um 4.361 TEUR (Vorjahr: 4.646 TEUR) erhöht, da diese im Einzelabschluss der Kernverwaltung Stadt Braunschweig nicht bilanziert sind. Weitere Erläuterungen unter Position Finanzvermögen.

Sachvermögen

Der Konzern Stadt Braunschweig zeichnet sich auch weiterhin durch ein hohes Vermögen aus. Das Sachvermögen umfasst rd. 83,2 Prozent (Vorjahr: 81,2 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme und setzt sich wie folgt zusammen:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	241.816	10,5	239.642	9,8	-2.174	-0,9
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	959.307	41,3	1.065.780	43,8	106.473	11,1
Infrastrukturvermögen	769.585	33,1	760.162	31,2	-9.423	-1,2
Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.181	0,2	5.824	0,2	643	12,4
Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	692	0,0	769	0,0	77	11,1
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	59.788	2,6	65.891	2,7	6.103	10,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	61.376	2,6	62.122	2,6	746	1,2
Vorräte	38.116	1,6	41.011	1,7	2.895	7,6
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	188.103	8,1	194.110	8,0	6.007	3,2
Sachvermögen	2.323.964	100,0	2.435.311	100,0	111.347	4,8

Die wesentlichen Positionen im Sachvermögen sind die unbebauten und bebauten Grundstücke sowie das Infrastrukturvermögen.

Die Position Sachvermögen verteilt sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	1.274.379	54,8	1.351.369	55,4	76.990	6,0
NiWo GmbH	316.068	13,6	332.798	13,7	16.730	5,3
Klinikum BS gGmbH	174.261	7,5	173.246	7,1	-1.015	-0,6
SR Stadtentwässerung	224.785	9,7	215.368	8,8	-9.417	-4,2
Verkehrs-GmbH	104.520	4,5	110.087	4,5	5.567	5,3
Abwasserverband	89.269	3,8	89.126	3,7	-143	-0,2
SBBG	12.088	0,5	11.426	0,5	-662	-5,5
Flughafen	43.404	1,9	42.939	1,8	-465	-1,1
Stadtbad	36.471	1,6	45.920	1,9	9.449	25,9
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	17.128	0,7	16.387	0,7	-741	-4,3
GGB	14.706	0,6	15.971	0,7	1.265	8,6
Hafen	8.311	0,4	8.466	0,3	155	1,9
Stadthalle	6.266	0,3	20.165	0,8	13.899	>100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	2.104	0,1	1.770	0,1	-334	-15,9
VHS BS GmbH	146	0,0	166	0,0	20	13,7
VHS Arbeit und Beruf	58	0,0	107	0,0	49	84,5
Sachvermögen	2.323.964	100,0	2.435.311	100,0	111.347	4,8

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	126.349 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs-/Herstellungswerten)	-76.057 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	64.589 TEUR
Abschreibungen	-80.262 TEUR
Auflösungen	68.715 TEUR
sonstige Veränderungen	-890 TEUR
Zwischensumme	<u>102.444 TEUR</u>
Zugänge Anlagen im Bau	6.008 TEUR
Veränderung Vorräte	<u>2.895 TEUR</u>
Veränderung	111.347 TEUR

Die Zugänge des Sachvermögens beinhalten bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig insbesondere Investitionen im Bereich der Schulen in Höhe von rd. 48.546 TEUR, der Straßen, Wege und Plätze in Höhe von rd. 6.038 TEUR sowie der Kultur- Sport- und Gartenanlagen in Höhe von rd. 7.118 TEUR. Zugänge durch Anlagen im Bau sind insbesondere auf Investitionen in im Bereich der Schulen (Kernverwaltung Stadt Braunschweig) in Höhe von 14.779 TEUR, den Neubau der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule (Nibelungen-Wohnbau-GmbH BS) in Höhe von 17.068 TEUR sowie den Neubau des Freizeitbades (Stadtbad BS Sport- und Freizeit-GmbH) in Höhe von 9.416 TEUR zurückzuführen.

Nach Berücksichtigung der Auflösungen ergibt sich für die Abgänge ein Restbuchwert in Höhe von 7.342 TEUR, davon sind im Bereich der bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte an unbebauten Grundstücken Abgänge in Höhe von 2.215 TEUR und im Bereich des Infrastrukturvermögens Abgänge in Höhe von 4.989 TEUR zu verzeichnen.

Die Abschreibungen ermitteln sich aus den planmäßigen Nutzungsdauern der Anlagegüter.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst rd. 6,4 Prozent (Vorjahr: 6,3 Prozent) der Gesamtbilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und setzt sich aus den folgenden Positionen zusammen:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anteile an verbunden Aufgabenträgern	7.925	4,4	7.952	4,3	27	0,3
Anteile an assoziierten Aufgabenträgern	44.170	24,3	43.888	23,5	-282	-0,6
Anteile an sonstigen Aufgabenträgern	6.091	3,4	6.684	3,6	593	9,7
Sondervermögen	0	0,0	49	0,0	49	0,0
Ausleihungen	15.699	8,7	12.462	6,7	-3.237	-20,6
Wertpapiere	93	0,1	56	0,0	-37	-39,8
Öffentlich-rechtliche Forderungen	11.133	6,1	22.415	12,0	11.282	>100,0
Forderungen aus Transferleistungen	24.283	13,4	23.494	12,6	-789	-3,2
Privatrechtliche Forderungen	64.254	35,3	61.993	33,2	-2.261	-3,5
Sonstige Vermögensgegenstände	7.787	4,3	7.710	4,1	-77	-1,0
Finanzvermögen	181.435	100,0	186.703	100,0	5.268	2,9

Das Finanzvermögen verteilt sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS (inkl. ZGB + WWL)	50.147	27,7	57.130	30,6	6.983	13,9
NiWo GmbH	1.339	0,7	1.675	0,9	336	25,1
Klinikum BS gGmbH	60.506	33,3	60.875	32,7	369	0,6
SR Stadtentwässerung	3.435	1,9	3.664	2,0	229	6,7
Verkehrs-GmbH	2.863	1,6	3.827	2,0	964	33,7
Abwasserverband	972	0,5	1.248	0,7	276	28,4
SBBG (inkl. BVAG & Co.KG)	54.135	29,8	52.244	28,0	-1.891	-3,5
Flughafen	879	0,5	807	0,4	-72	-8,2
Stadtbad	858	0,5	252	0,1	-606	-70,6
Pensionsfonds	64	0,0	84	0,0	20	31,3
SR Abfallwirtschaft	442	0,2	545	0,3	103	23,3
GGB	102	0,1	155	0,1	53	52,0
Hafen	1.558	0,9	2.105	1,1	547	35,1
Stadthalle	2.697	1,5	791	0,4	-1.906	-70,7
SR Hochbau u. Gebäudem.	-12	0,0	230	0,1	242	>100,0
VHS BS GmbH	1.212	0,7	919	0,5	-293	-24,2
VHS Arbeit und Beruf	238	0,1	152	0,1	-86	-36,1
Finanzvermögen	181.435	100,0	186.703	100,0	5.268	2,9

assoziierte Aufgabenträger:

ZGB = Zweckverband Großraum Braunschweig

WWL = Wasserverband Weddel-Lehre,

BVAG & Co KG = Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG

Die Anteile der in die Konsolidierung einbezogenen verbundenen Aufgabenträger wurden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung mit der anteiligen Nettoposition dieser verbundenen Aufgabenträger aufgerechnet. Die noch verbleibenden Anteile an verbundenen Aufgabenträgern von unverändert rd. 7.952 TEUR sind die Beteiligungsbuchwerte der Aufgabenträger, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in die Konsolidierung einbezogen wurden:

- Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH
- Braunschweig Stadtmarketing GmbH
- Braunschweig Zukunft GmbH
- Haus der Familie GmbH
- Klinikum BS Klinikdienste GmbH
- Medizinische Versorgungszentren am städt. Klinikum BS mbH
- Klinikum BS Textilservice GmbH
- Bistro Klinikum Braunschweig GmbH (Zugang in 2014)
- Kraftverkehr Mundstock GmbH
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
- Wohnstätten GmbH

Die Position Anteile an assoziierten Aufgabenträgern teilt sich in zwei Konten auf:

Anteile an assoziierten Aufgabenträgern ohne untergeordnete Bedeutung (rd. 43.486 TEUR, Vorjahr: 43.767 TEUR):

Dies sind die Anteile der in die Konsolidierung einbezogenen assoziierten Aufgabenträger
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG
Wasserverband Weddel-Lehre
Zweckverband Großraum Braunschweig.

Anteile an assoziierten Aufgabenträgern mit untergeordneter Bedeutung (unverändert rd. 403 TEUR):

Dies sind die Anteile der nicht in die Konsolidierung einbezogenen assoziierten Aufgabenträger
Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg GmbH und die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG.

Anteile an sonstigen Aufgabenträgern (Beteiligungen) von rd. 6.684 TEUR (Vorjahr: 6.091 TEUR) haben die

Kernverwaltung Stadt BS:

- Niedersächsische Versorgungskasse
- Allianz für die Region GmbH

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH:

- beka GmbH

Braunschweiger Verkehrs-GmbH:

- Verbundgesellschaft GmbH
- Connect-Fahrplanauskunft GmbH

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH:

- Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser (EKK)

Die Ausleihungen von rd. 12.462 TEUR (Vorjahr: 15.599 TEUR) sind im Wesentlichen von der Kernverwaltung Stadt Braunschweig gegebene Wohnungsbaudarlehen mit rd. 12.216 TEUR (Vorjahr: 13.312 TEUR).

Wertpapiere haben die Kernverwaltung Stadt Braunschweig (unverändert rd. 29 TEUR) und die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (rd. 27 TEUR, Vorjahr: 64 TEUR). Bei letzteren handelt es sich um Fondsanteile zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen. Im Einzelabschluss der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH können nach HGB diese Fondsanteile mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert dargestellt werden. In der Gesamtbilanz wird der Sachverhalt brutto ausgewiesen: die sonstige Rückstellung für Altersteilzeit in voller Höhe und die Wertpapiere gesondert.

Die Forderungen in der Gesamtbilanz haben ein Volumen von rd. 116.205 TEUR (Vorjahr: 107.458 TEUR). Die größte Position sind die privatrechtlichen Forderungen. Diese setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH: rd. 40.124 TEUR (Vorjahr: 39.161 TEUR)
- Kernverwaltung Stadt Braunschweig: rd. 7.367 TEUR (Vorjahr: 10.619 TEUR)
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH: rd. 6.099 TEUR (Vorjahr: 7.691 TEUR)
- Braunschweiger Verkehrs-GmbH: rd. 1.961 TEUR (Vorjahr: 1.604 TEUR)

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen sind von der Kernverwaltung Stadt Braunschweig (rd. 18.657 TEUR, Vorjahr: 7.626 TEUR) sowie den Sonderrechnungen Stadtentwässerung (rd.

3.464 TEUR, Vorjahr: 3.307 TEUR) und Abfallwirtschaft (rd. 294 TEUR, Vorjahr: 200 TEUR) geprägt.

Die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ wird unter Kapitel 1.2.4 erläutert.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel in Höhe von rd. 253.183 TEUR (Vorjahr: 306.099 TEUR) umfassen 8,6 Prozent (Vorjahr: 10,7 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	259.123	84,6	197.508	78,2	-61.615	-23,8
NiWo GmbH	5.801	1,9	8.380	3,3	2.579	44,5
Klinikum BS gGmbH	5.491	1,8	7.919	3,1	2.428	44,2
SR Stadtentwässerung	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verkehrs-GmbH	789	0,3	1.640	0,6	851	>100,0
Abwasserverband	2.527	0,8	3.908	1,5	1.381	54,6
SBBG	257	0,1	186	0,1	-71	-27,6
Flughafen	3.163	1,0	1.308	0,5	-1.855	-58,6
Stadtbad	385	0,1	555	0,2	170	44,2
Pensionsfonds	26.293	8,6	30.486	12,0	4.193	15,9
SR Abfallwirtschaft	0	0,0	0	0,0	0	0,0
GGB	200	0,1	399	0,2	199	99,5
Hafen	294	0,1	78	0,0	-216	-73,5
Stadthalle	886	0,3	71	0,0	-815	-92,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS BS GmbH	509	0,2	238	0,1	-271	-53,2
VHS Arbeit und Beruf	381	0,1	507	0,2	126	33,1
Liquide Mittel	306.099	100,0	253.183	100,0	-52.916	-17,3

In dem Anteil der liquiden Mittel der Kernverwaltung sind die Mittel des Liquiditätsverbundes (Cashpool) enthalten. Die Position der liquiden Mittel der Kernverwaltung von rd. 197.508 TEUR (Vorjahr: 259.123 TEUR) teilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgabenträger auf:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	155.533	60,0	118.076	59,9	-37.457	-24,1
NiWo GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Klinikum BS gGmbH	49.430	19,1	51.231	25,9	1.801	3,6
SR Stadtentwässerung	30.780	11,9	30.852	15,6	72	0,2
Verkehrs-GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Abwasserverband	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SBBG	-15.723	-6,1	-27.600	-14,0	-11.877	75,5
Flughafen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stadtbad	-592	-0,2	-9.799	-5,0	-9.207	>100,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	27.068	10,4	25.400	12,9	-1.668	-6,2
GGB	10.128	3,9	11.279	5,7	1.151	11,4
Hafen	401	0,2	402	0,2	1	0,2
Stadthalle	-2.586	-1,0	-3.950	-2,0	-1.364	52,7
SR Hochbau u. Gebäudem.	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS BS GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS Arbeit und Beruf	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Aufgabenträger mit untergeordneter Bedeutung (keine Vollkonsolidierung)	4.077	1,6	1.033	0,5	-3.044	-74,7
sonstige *)	607	0,2	584	0,3	-23	-3,8
Aufteilung Liquide Mittel Kernverwaltung	259.123	100,0	197.508	100,0	-61.615	-23,8

*) Cashpool-Anteil der Unterstützungskasse Stadtbad eV i. H. v. rd. 473 TEUR enthalten.
Für den restl. Betrag i. H. v. 111 TEUR hat die Stadt Braunschweig die finanzielle Abwicklung von bestimmten Aufgaben übernommen.

Nimmt man die bilanziellen liquiden Mittel der Aufgabenträger (erste Tabelle) und rechnet die aufgeteilten liquiden Mittel der Kernverwaltung hinzu, ergeben sich die betriebswirtschaftlichen Mittel in der unten stehenden Tabelle.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	155.533	51,8	118.076	46,9	-37.457	-24,1
NiWo GmbH	5.801	1,9	8.380	3,3	2.579	44,5
Klinikum BS gGmbH	54.921	18,2	59.150	23,5	4.229	7,7
SR Stadtentwässerung	30.780	10,2	30.852	12,3	72	0,2
Verkehrs-GmbH	789	0,3	1.640	0,7	851	>100,0
Abwasserverband	2.527	0,8	3.908	1,6	1.381	54,6
SBBG	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Flughafen	3.163	1,0	1.308	0,5	-1.855	-58,6
Stadtbad	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Pensionsfonds	26.293	8,7	30.486	12,1	4.193	15,9
SR Abfallwirtschaft	27.068	9,0	25.400	10,1	-1.668	-6,2
GGB	10.328	3,4	11.678	4,6	1.350	13,1
Hafen	695	0,2	480	0,2	-215	-30,9
Stadthalle	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS BS GmbH	509	0,2	238	0,1	-271	-53,2
VHS Arbeit und Beruf	381	0,1	507	0,2	126	33,1
Zwischensumme	318.788	105,8	292.103	116,1	-26.685	-8,4
SBBG	-15.466	-5,1	-27.414	-10,9	-11.948	77,3
Stadtbad	-207	-0,1	-9.244	-3,7	-9.037	>100,0
Stadthalle	-1.700	-0,6	-3.879	-1,5	-2.179	>100,0
Zwischenfinanzierung Cashpool	-17.373	-5,8	-40.537	-16,1	-23.164	133,3
Liquide Mittel (betriebswirtschaftlich)	301.415	100,0	251.566	100,0	-49.849	-16,5

Der Cashpool ist ein Liquiditätsverbund innerhalb des Konzerns. Dort werden durch die Stadt Braunschweig zentral für alle Aufgabenträger Gelder angelegt. Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG), die Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH und die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH haben dem Cashpool Mittel in Höhe von 40.537 TEUR (Vorjahr: 17.373 TEUR) zur Zwischenfinanzierung entnommen.

Die Abweichung zwischen den liquiden Mitteln betriebswirtschaftlich von rd. 251.566 TEUR (Vorjahr: 301.415 TEUR) und den bilanziellen liquiden Mitteln von rd. 253.183 TEUR (Vorjahr: 306.099 TEUR) in Höhe von rd. 1.617 TEUR (Vorjahr: 4.684 TEUR) resultiert im Wesentlichen aus den Gesellschaften des Liquiditätsverbundes, die nicht zum Konsolidierungskreis gehören (Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Struktur-Förderung Braunschweig, Unterstützungskasse Stadtbad e.V.).

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von rd. 18.963 TEUR (Vorjahr: 21.519 TEUR) umfassen 0,6 Prozent (Vorjahr: 0,8 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	20.202	93,9	17.942	94,6	-2.260	-11,2
NiWo GmbH	455	2,1	358	1,9	-97	-21,3
Klinikum BS gGmbH	366	1,7	350	1,9	-16	-4,4
SR Stadtentwässerung	4	0,0	4	0,0	0	0,0
Verkehrs-GmbH	37	0,2	44	0,2	7	18,9
Abwasserverband	16	0,1	92	0,5	76	>100,0
SBBG	25	0,1	25	0,1	0	0,0
Flughafen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stadtbad	30	0,1	23	0,1	-7	-23,3
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	13	0,1	13	0,1	0	0,0
GGB	7	0,0	7	0,0	0	0,0
Hafen	2	0,0	3	0,0	1	50,0
Stadthalle	281	1,3	23	0,1	-258	-91,8
SR Hochbau u. Gebäudem.	77	0,4	76	0,4	-1	-1,3
VHS BS GmbH	2	0,0	2	0,0	0	0,0
VHS Arbeit und Beruf	2	0,0	1	0,0	-1	-50,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	21.519	100,0	18.963	100,0	-2.556	-11,9

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich neben den Beamtenbesoldungen und Versorgungsbezügen der Kernverwaltung Stadt Braunschweig auch um Zahlungen für Kreditorenrechnungen für Januar 2015, die bereits im Dezember 2014 zu einem Abfluss von liquiden Mitteln geführt haben.

Parallel dazu ist die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ entsprechend gesunken (siehe oben, unter Aufstellung zum Finanzvermögen).

Passiva

Nach dem Positionenrahmen zum konsolidierten Gesamtabschluss setzt sich die Passivseite der konsolidierten Gesamtbilanz wie folgt zusammen:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Nettoposition	1.520.192	53,1	1.500.813	51,3	-19.379	-1,3
Schulden	569.739	19,9	629.402	21,5	59.663	10,5
Rückstellungen	597.923	20,9	627.538	21,4	29.615	5,0
Passive Rechnungsabgrenzung	175.227	6,1	169.127	5,8	-6.100	-3,5
konsolidierte Bilanzsumme Passiva	2.863.081	100,0	2.926.880	100,0	63.799	2,2

Nettoposition

Die Nettoposition (vergleichbar Eigenkapital) von rd. 1.500.813 TEUR (Vorjahr: 1.520.192 TEUR) umfasst 51,3 Prozent (Vorjahr: 53,1 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Basis-Reinvermögen	490.893	32,3	494.472	33,0	3.579	0,7
Rücklagen	572.041	37,7	584.199	38,9	12.158	2,1
Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschaften	3.467	0,2	3.622	0,2	155	4,5
Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Jahresergebnis	-16.131	-1,1	-55.119	-3,7	-38.988	100,0
Sonderposten	469.922	30,9	473.639	31,6	3.717	0,8
Nettoposition	1.520.192	100,0	1.500.813	100,0	-19.379	-1,3

Die Bilanzposition „Nettoposition“ enthält im konsolidierten Gesamtabschluss gegenüber dem Einzelabschluss der Kernverwaltung Stadt Braunschweig zusätzlich noch Positionen, die erforderlich sind, um die speziellen Anforderungen im konsolidierten Gesamtabschluss abbilden zu können.

Die Entwicklung der Nettosition in 2014 zeigt die folgende Kapitalübersicht:

Nettosition	Vortrag	Einstellung Überschuss	Kapital- entnahme	Sonstiges	Endstand
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Basis-Reinvermögen	490.893	0	0	3.579	494.472
Rücklagen	572.041	0	-966	13.124	584.199
Anteile an verbundenen Aufgaben- trägern im Fremdbesitz	0	0	0	0	0
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	3.467	155	0	0	3.622
Unterschiedsbetrag bei der Kapital- konsolidierung	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (Gesamtbilanz- gewinn / -verlust)	-16.131	-17.767	0	-21.221	-55.119
Summe vor Sonderposten	1.050.270	-17.612	-966	-4.518	1.027.174
Sonderposten	469.922	0	-15.518	19.235	473.639
Summe	1.520.192	-17.612	-16.484	14.717	1.500.813

In der Spalte „Sonstiges“ wird insbesondere die Einstellung der Vorjahresergebnisse in die Rücklagen abgebildet.

Das Basis-Reinvermögen von rd. 494.472 TEUR (Vorjahr: rd. 490.893 TEUR) ist das zur ersten Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung Stadt Braunschweig ermittelte und aufgrund von Berichtigungen der Eröffnungsbilanz gemäß § 61 GemHKVO korrigierte Reinvermögen. Die Veränderung in Höhe von 3.579 TEUR ergibt sich aus der Auflösung einer sonstigen Verbindlichkeit, die aufgrund der Übergangsregelungen von der Kameralistik auf die Doppik für kamerale zweckgebundene Rücklagen gebildet wurde. Die kamerale zweckgebundene Rücklage wurde für den Entschädigungsanspruch aus dem Erbbaurechtsvertrag beim Heimfall der VW-Halle gebildet. Durch den Verkauf des Erbbaurechts an die Stadthalle BS Betriebsgesellschaft mbH ist die sonstige Verbindlichkeit aufgelöst.

Die Rücklagen enthalten in der Position „Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ auch die Gesamtsumme des passiven Unterschiedsbetrages. Dieser ist bei der Erstkonsolidierung entstanden, da bei allen Aufgabenträgern das Eigenkapital höher war, als der Beteiligungsansatz bei der Stadt Braunschweig.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	497.357	32,7	506.816	33,8	9.459	1,9
davon Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	349.557	23,0	363.769	24,2	14.211	4,1
davon planmäßig ratierlich aufzulösender Unterschiedsbetrag	147.799	9,7	143.047	9,5	-4.752	-3,2
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	73.591	4,8	74.735	5,0	1.144	1,6
Sonstige Rücklagen	1.094	0,1	2.648	0,2	1.554	>100,0
Rücklagen	572.041	37,6	584.199	38,9	12.158	2,1

Der planmäßig ratierlich aufzulösende Unterschiedsbetrag aufgrund der durchgeführten Neubewertung (Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung) wird bei den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgewiesen, da dieser nach niedersächsischem Landesrecht der Nettoposition zugewiesen wird und ausschließlich Eigenkapitalcharakter besitzt. Er betrug im Erstkonsolidierungszeitpunkt (1. Januar 2012) 157.303 TEUR und wird planmäßig ratierlich über 29 Jahre entsprechend der gewichteten durchschnittlichen Restnutzungsdauer der neubewerteten Vermögensgegenstände aufgelöst. Dies ergibt einen jährlichen Auflösungsbetrag in Höhe von 4.752 TEUR. Zum 31. Dezember 2014 beträgt der passive Unterschiedsbetrag 143.047 TEUR.

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter ist für einbezogene Aufgabenträger, an denen die Stadt Braunschweig nicht alle Anteile hält, sondern noch außenstehende Anteilseigner an diesen Aufgabenträgern beteiligt sind. In diesem Posten werden die diesen Minderheitengesellschaftern zustehenden Eigenkapitalanteile ausgewiesen; als Korrekturbetrag für das vollständig in die Gesamtbilanz übernommene Reinvermögen dieser vollkonsolidierten Aufgabenträger.

Der Ausgleichsposten setzt sich zusammen aus 2.560 TEUR (Vorjahr: 2.405 TEUR) für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (Beteiligung von 66,17 %) und unverändert 1.062 TEUR für den Abwasserverband Braunschweig (Beteiligung von 91,37 %).

Die Sonderposten von rd. 473.639 TEUR (Vorjahr: 469.922 TEUR) setzen sich im Wesentlichen aus der Kernverwaltung Stadt Braunschweig mit 338.961 TEUR (Vorjahr: 335.699 TEUR), der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH mit 87.117 TEUR (Vorjahr: 88.740 TEUR) und der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH mit 22.157 TEUR (Vorjahr: 23.710 TEUR) zusammen. Es handelt sich dabei überwiegend um Investitionszuwei-

sungen und –zuschüsse. Der Rückgang ist neben der jährlichen Auflösung auf die Konsolidierung des erhaltenen Investitionszuschusses der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH mit dem geleisteten Investitionszuschuss durch die Kernverwaltung Stadt Braunschweig zurückzuführen.

Schulden

Die Schulden umfassen rd. 21,5 Prozent (Vorjahr: 19,9 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Geldschulden	434.700	76,2	446.700	71,0	12.000	2,8
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.334	5,7	85.568	13,6	53.234	>100,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.184	4,1	24.142	3,8	958	4,1
Transferverbindlichkeiten	2.616	0,5	2.573	0,4	-43	-1,6
Sonstige Verbindlichkeiten	76.905	13,5	70.419	11,2	-6.486	-8,4
Schulden	569.739	100,0	629.402	100,0	59.663	10,5

Die größte Position sind die Geldschulden (Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen).

Die Veränderung der Geldschulden im Konzern in Höhe von 12.000 TEUR setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Zunahmen

- bei der Nibelungen-Wohnbau-GmbH BS (+16.591 TEUR)
- der Stadthalle BS Betriebsgesellschaft mbH (+11.756 TEUR)
- bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (+3.829 TEUR) und
- beim Abwasserverband BS (+1.484 TEUR)

sowie Abnahmen bei

- der Kernverwaltung Stadt BS (-16.617 TEUR) und
- der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (-5.484 TEUR).

Der Anstieg der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften von rd. 53.234 TEUR beruht auf der Forfaitierung von abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projektes Schulen und Kitas bei der Kernverwaltung Stadt BS.

In der Position Transferverbindlichkeiten sind u. a auch Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen und Steuerverbindlichkeiten enthalten.

Die Schulden verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	158.460	27,8	187.248	29,8	28.788	18,2
NiWo GmbH	116.328	20,4	134.661	21,4	18.333	15,8
Klinikum BS gGmbH	43.458	7,6	45.672	7,3	2.214	5,1
SR Stadtentwässerung	1.469	0,3	1.663	0,3	194	13,2
Verkehrs-GmbH	82.609	14,5	87.079	13,8	4.470	5,4
Abwasserverband	79.140	13,9	80.207	12,7	1.067	1,3
SBBG	32.362	5,7	26.988	4,3	-5.374	-16,6
Flughafen	1.729	0,3	929	0,2	-800	-46,3
Stadtbad	34.420	6,0	34.554	5,5	134	0,4
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	1.004	0,2	1.112	0,2	108	10,8
GGB	13.142	2,3	12.758	2,0	-384	-2,9
Hafen	1.178	0,2	1.052	0,2	-126	-10,7
Stadthalle	2.630	0,5	13.822	2,2	11.192	100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	1.475	0,3	1.463	0,2	-12	-0,8
VHS BS GmbH	188	0,0	109	0,0	-79	-42,0
VHS Arbeit und Beruf	147	0,0	85	0,0	-62	-42,2
Schulden	569.739	100,0	629.402	100,0	59.663	10,5

Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen rd. 21,4 Prozent (Vorjahr: 20,9 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig. Die Bilanzposition Rückstellungen im konsolidierten Gesamtabschluss enthält gegenüber dem Einzelabschluss der Kernverwaltung Stadt Braunschweig nur die Positionen „Pensionsrückstellungen“ und „Andere Rückstellungen“. Der Positionenrahmen fasst unter den „Andere Rückstellungen“ die restlichen Rückstellungssachverhalte zusammen. Diese werden unter Ziffer 1.2.4 in diesem Kapitel erläutert.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Pensionsrückstellungen	449.709	75,2	491.147	78,3	41.438	9,2
Andere Rückstellungen	148.215	24,8	136.391	21,7	-11.824	-8,0
Rückstellungen	597.924	100,0	627.538	100,0	29.614	5,0

Die Rückstellungen verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	468.774	78,3	494.219	78,8	25.445	5,4
NiWo GmbH	16.654	2,8	18.532	3,0	1.878	11,3
Klinikum BS gGmbH	35.529	5,9	36.815	5,9	1.286	3,6
SR Stadtentwässerung	1.736	0,3	658	0,1	-1.078	-62,1
Verkehrs-GmbH	9.904	1,7	8.431	1,3	-1.473	-14,9
Abwasserverband	588	0,1	439	0,1	-149	-25,3
SBBG	4.010	0,7	4.233	0,7	223	5,6
Flughafen	3.589	0,6	3.965	0,6	376	10,5
Stadtbad	8.864	1,5	11.043	1,8	2.179	24,6
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	27.247	4,6	24.362	3,9	-2.885	-10,6
GGB	9.149	1,5	10.611	1,7	1.462	16,0
Hafen	686	0,1	1.135	0,2	449	65,5
Stadthalle	407	0,1	444	0,1	37	9,1
SR Hochbau u. Gebäudem.	9.683	1,6	11.766	1,9	2.083	21,5
VHS BS GmbH	951	0,2	775	0,1	-176	-18,5
VHS Arbeit und Beruf	153	0,0	110	0,0	-43	-28,1
Rückstellungen	597.924	100,0	627.538	100,0	29.614	5,0

Bei den Rückstellungen der Kernverwaltung Stadt Braunschweig handelt es sich im Wesentlichen um Pensionsrückstellungen in Höhe von rd. 446.898 TEUR (Vorjahr: 407.695 TEUR) (rd. 90 Prozent, Vorjahr: 87 Prozent). Die anderen Rückstellungen sind unter Punkt 1.2.4.1 in diesem Kapitel erläutert.

Die Veränderungen der Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr sind der nachfolgenden Rückstellungsübersicht zu entnehmen:

Gesamtbilanzwerte	Bestand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Umbuchung	Bestand
	31.12.2013					31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionsrückstellungen						
Pensionen	400.787	-1.665	-671	38.202	0	436.652
Beihilfen	48.922	-2	-77	5.651	0	54.495
Andere Rückstellungen	148.215	-55.043	-13.071	56.290	0	136.391
Rückstellungen	597.924	-56.710	-13.819	100.143	0	627.538

Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 38.202 TEUR wird geprägt durch die Kernverwaltung Stadt Braunschweig. Dort beinhaltet die Zuführung in Höhe von 34.125 TEUR neben der Besoldungserhöhung 2014 auch die noch in 2014 beschlossenen und verkündeten Besoldungserhöhungen ab 1. Juni 2015 (2,5 Prozent) und ab 1. Juni 2016 (2,0 Prozent).

Der Verbrauch und die Zuführung bei den anderen Rückstellungen werden geprägt von einer Vielzahl von Sachverhalten, dazu gehören insbesondere

- Personalrückstellungen für Altersteilzeit, Urlaub, Überstunden u. a.
- Rückstellungen für Erschließungsmaßnahmen
- Rückstellungen für ausstehende Rechnungen
- Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

Weitere Erläuterungen zu den anderen Rückstellungen sind unter dem Punkt 1.2.4.1 in diesem Kapitel aufgeführt.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von rd. 169.127 TEUR (Vorjahr: 175.266 TEUR) umfassen 5,8 Prozent (Vorjahr: 6,1 Prozent) der Gesamtbilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	729	0,4	1.740	1,0	1.011	138,7
NiWo GmbH	44	0,0	21	0,0	-23	-52,3
Klinikum BS gGmbH	2.703	1,5	2.703	1,6	0	0,0
SR Stadtentwässerung	257	0,2	245	0,1	-12	-4,7
Verkehrs-GmbH	228	0,2	263	0,2	35	15,4
Abwasserverband	170.885	97,5	163.568	96,7	-7.317	-4,3
SBBG	31	0,0	0	0,0	-31	-100,0
Flughafen	1	0,0	0	0,0	-1	-100,0
Stadtbad	156	0,1	229	0,1	73	46,8
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	0	0,0	0	0,0	0	0,0
GGB	0	0,0	240	0,1	240	100,0
Hafen	7	0,0	5	0,0	-2	-28,6
Stadhalle	185	0,1	0	0,0	-185	-100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS BS GmbH	0	0,0	113	0,1	113	100,0
VHS Arbeit und Beruf	0	0,0	0	0,0	0	-100,0
Passive Rechnungsabgrenzung	175.226	100,0	169.127	100,0	-6.099	-3,5

Die größte Position ist der passive Rechnungsabgrenzungsposten des Abwasserverbandes Braunschweig. Hierbei handelt es sich um einen passiven Rechnungsabgrenzungsposten aus den vereinnahmten Zahlungen der Banken (Forfaitierungsmodell städtisches Kanalnetz). Der Rechnungsabgrenzungsposten wird ratierlich ertragswirksam bis 2035 aufgelöst.

1.2.3.2 Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung

Nach dem Positionenrahmen zum Gesamtabchluss setzt sich die konsolidierte Gesamtergebnisrechnung wie folgt zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Ordentliche Gesamterträge	1.168.254		1.164.439		-3.815	
Ordentliche Gesamtaufwendungen	1.171.230		1.187.930		16.700	
Ordentliches Gesamtergebnis	-2.976		-23.491		-20.515	
Außerordentliche Gesamterträge	12.206		20.847		8.641	
Außerordentliche Gesamtaufwendungen	13.903		14.968		1.065	
Außerordentliches Gesamtergebnis	-1.697		5.879		7.576	
Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag	-4.673		-17.612		-12.939	

Im Folgenden werden die einzelnen Positionen erläutert:

Ordentliche Gesamterträge

Die ordentlichen Gesamterträge der konsolidierten Gesamtergebnisrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig setzen sich wie folgt zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	339.398	29,1	335.981	28,9	-3.417	-1,0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	143.749	12,3	122.918	10,6	-20.831	-14,5
Auflösungserträge aus Sonderposten	23.603	2,0	23.233	2,0	-370	-1,6
Sonstige Transfererträge	9.421	0,8	10.970	0,9	1.549	16,4
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	104.392	8,9	107.984	9,3	3.592	3,4
Privatrechtliche Leistungsentgelte	385.120	33,0	397.507	34,1	12.387	3,2
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.970	8,6	100.069	8,6	-901	-0,9
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	5.300	0,5	5.031	0,4	-269	-5,1
Aktiviertete Eigenleistungen	3.804	0,3	5.180	0,4	1.376	36,2
Bestandsveränderungen	2.604	0,2	291	0,0	-2.313	-88,8
Sonstige ordentliche Erträge	42.795	3,7	49.951	4,3	7.156	16,7
Erträge aus assoziierten Aufgabenträgern	7.098	0,6	5.324	0,5	-1.774	-25,0
Ordentliche Gesamterträge	1.168.254	100,0	1.164.439	100,0	-3.815	-0,3

Der Rückgang bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist insbesondere auf die Genehmigung eines Fördermittelantrages nach § 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) für die Städtische Klinikum Braunschweig gGmbH im Vorjahr zurückzuführen.

Die Veränderung bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten beruht im Wesentlichen auf einer Erhöhung der Erlöse aus Krankenhausleistungen um rd. 14.977 TEUR sowie dem Rückgang der Umsatzerlöse der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH aus der Vermarktung von Wohnbauplätzen und gewerblichem Bauland von in Höhe rd. 3.868 TEUR.

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr insbesondere bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig als auch bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH aus verschiedensten Gründen gesunken.

Die ordentlichen Gesamterträge verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	644.980	55,2	642.114	55,1	-2.866	-0,4
NiWo GmbH	47.127	4,0	47.786	4,1	659	1,4
Klinikum BS gGmbH	301.812	25,8	302.016	25,9	204	0,1
SR Stadtentwässerung	39.473	3,4	39.686	3,4	213	0,5
Verkehrs-GmbH	34.016	2,9	35.255	3,0	1.239	3,6
Abwasserverband	7.999	0,7	8.721	0,8	722	9,0
SBBG (inkl. BVAG & Co.KG)	9.125	0,8	7.268	0,6	-1.857	-20,4
Flughafen	9.609	0,8	9.860	0,9	251	2,6
Stadtbad	2.590	0,2	3.316	0,3	726	28,0
Pensionsfonds	169	0,0	125	0,0	-44	-26,0
SR Abfallwirtschaft	33.132	2,8	34.429	3,0	1.297	3,9
GGB	12.849	1,1	9.049	0,8	-3.800	-29,6
Hafen	11.494	1,0	11.619	1,0	125	1,1
Stadthalle	4.689	0,4	6.766	0,6	2.077	44,3
SR Hochbau u. Gebäudem.	2.044	0,2	-144	0,0	-2.188	>-100,0
VHS BS GmbH	4.199	0,4	3.740	0,3	-459	-10,9
VHS Arbeit und Beruf	2.947	0,3	2.833	0,2	-114	-3,9
Ordentliche Gesamterträge	1.168.254	100,0	1.164.439	100,0	-3.815	-0,3

assoziierte Aufgabenträger:

BVAG & Co KG = Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG

Die ordentlichen Gesamterträge der Kernverwaltung Stadt Braunschweig setzen sich im Wesentlichen aus Steuern und Abgaben in Höhe von rd. 335.981 TEUR (rd. 52 Prozent, Vorjahr: 339.398 TEUR, 53 Prozent), Zuwendungen und Umlagen 116.038 TEUR (rd. 18 Prozent, Vorjahr: 119.978 TEUR, 19 Prozent) und Kostenerstattungen und -umlagen in Höhe von rd. 96.243 TEUR (rd. 15 Prozent, Vorjahr: 97.243 TEUR, 15 Prozent) zusammen.

Beim Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH handelt es sich bei den ordentlichen Gesamterträge im Wesentlichen um privatrechtliche Entgelte in Höhe von rd. 270.679 TEUR (rd. 90 Prozent, Vorjahr: 255.702 TEUR, 85 Prozent).

Ordentliche Gesamtaufwendungen

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen der konsolidierten Gesamtergebnisrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig setzen sich wie folgt zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aufwendungen für aktives Personal	399.814	34,1	416.886	35,3	17.072	4,3
Aufwendungen für Versorgung	21.791	1,9	22.980	1,9	1.189	5,5
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	232.875	19,9	230.860	19,4	-2.015	-0,9
Abschreibungen	82.090	7,0	88.444	7,4	6.354	7,7
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	25.140	2,1	27.371	2,3	2.231	8,9
Transferaufwendungen	217.592	18,6	221.404	18,6	3.812	1,8
Sonstige ordentliche Aufwendungen	191.244	16,3	179.700	15,1	-11.544	-6,0
Aufwendungen aus assoziierten Aufgabenträgern	684	0,1	285	0,0	-399	-58,3
Ordentliche Gesamtaufwendungen	1.171.230	100,0	1.187.930	100,0	16.700	1,4

Die Veränderungen bei den Aufwendungen für aktives Personal ergeben sich aus dem Anstieg der Personalrückstellungen bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig sowie den erhöhten Personalkosten im „Weißen Bereich“ der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH.

Mit dem Anstieg der Investitionen insbesondere im Bereich der Schulen, sozialen Einrichtungen sowie der Kultur- Sport- und Gartenanlagen bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig (vgl. Punkt 1.2.3.1 – Sachvermögen) geht auch ein entsprechender Anstieg der Abschreibungen in Höhe von rd. 4.783 TEUR einher.

Die Entwicklung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen ist unterschiedlich, insbesondere zu nennen ist der Rückgang der Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von rd. 16.955 TEUR bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH. Dem steht u. a. der Anstieg der sonstigen ordentlichen Aufwendungen bei der Kernverwaltung in Höhe von 2.607 TEUR gegenüber.

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS (inkl. ZGB + WWL)	562.451	48,0	581.926	49,0	19.475	3,5
NiWo GmbH	37.619	3,2	38.107	3,2	488	1,3
Klinikum BS gGmbH	297.418	25,4	294.776	24,8	-2.642	-0,9
SR Stadtentwässerung	33.182	2,8	33.031	2,8	-151	-0,5
Verkehrs-GmbH	56.045	4,8	58.416	4,9	2.371	4,2
Abwasserverband	27.050	2,3	27.025	2,3	-25	-0,1
SBBG	4.272	0,4	4.305	0,4	33	0,8
Flughafen	10.030	0,9	10.548	0,9	518	5,2
Stadtbad	9.006	0,8	11.311	1,0	2.305	25,6
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	39.147	3,3	39.445	3,3	298	0,8
GGB	11.672	1,0	6.822	0,6	-4.850	-41,6
Hafen	11.156	1,0	11.266	1,0	110	1,0
Stadthalle	8.060	0,7	11.303	1,0	3.243	40,2
SR Hochbau u. Gebäudem.	55.071	4,7	51.022	4,3	-4.049	-7,4
VHS BS GmbH	5.179	0,4	5.022	0,4	-157	-3,0
VHS Arbeit und Beruf	3.872	0,3	3.605	0,3	-267	-6,9
Ordentliche Gesamtaufwendungen	1.171.230	100,0	1.187.930	100,0	16.700	1,4

assoziierte Aufgabenträger:

ZGB = Zweckverband Großraum Braunschweig

WWL = Wasserverband Weddel-Lehre

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen der Kernverwaltung Stadt Braunschweig setzen sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für aktives Personal in Höhe von rd. 171.602 TEUR (rd. 30 Prozent, Vorjahr: 167.262 TEUR, 30 Prozent), Transferaufwendungen rd. 221.404 TEUR (rd. 38 Prozent, Vorjahr: 217.592 TEUR, 39 Prozent) und sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von rd. 95.399 TEUR (rd. 17 Prozent, Vorjahr: 92.792 TEUR, 16 Prozent) zusammen.

Bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH sind in dem Wert überwiegend Aufwendungen für aktives Personal in Höhe von rd. 179.844 TEUR (rd. 61 Prozent, Vorjahr: 169.976 TEUR, 57 Prozent) und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von rd. 87.938 TEUR (rd. 30 Prozent, Vorjahr: 82.843 TEUR, 28 Prozent) enthalten.

Außerordentliche Gesamterträge

Die außerordentlichen Gesamterträge der konsolidierten Gesamtergebnisrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 20.847 TEUR (Vorjahr: 12.206 TEUR) verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	7.074	58,0	15.544	74,6	8.470	>100,0
NiWo GmbH	352	2,9	744	3,6	392	>100,0
Klinikum BS gGmbH	2.002	16,4	1.788	8,6	-214	-10,7
SR Stadtentwässerung	67	0,5	52	0,3	-15	-22,4
Verkehrs-GmbH	439	3,6	31	0,2	-408	-92,9
Abwasserverband	0	0,0	138	0,7	138	100,0
SBBG	125	1,0	48	0,2	-77	-61,6
Flughafen	4	0,0	1.058	5,1	1.054	>100,0
Stadtbad	2	0,0	1	0,0	-1	-50,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	61	0,5	1	0,0	-60	-98,4
GGB	766	6,3	319	1,5	-447	-58,4
Hafen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stadhalle	23	0,2	23	0,1	0	0,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	1.291	10,6	1.100	5,3	-191	-14,8
VHS BS GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS Arbeit und Beruf	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Außerordentliche Gesamterträge	12.206	100,0	20.847	100,0	8.641	70,8

Die außerordentlichen Gesamterträge der Kernverwaltung Stadt Braunschweig setzen sich im Wesentlichen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen in Höhe von rd. 11.806 TEUR (rd. 76 Prozent, Vorjahr: 4.468 TEUR, 63 Prozent) und Erträgen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von rd. 2.151 TEUR (rd. 14 Prozent, Vorjahr: 1.487 TEUR, 21 Prozent) zusammen.

Der Anstieg bei der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass in 2014 Rückstellungen für Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung nach der abgeschlossenen Prüfung in Höhe von rd. 7.547 TEUR aufgelöst wurden.

Weitere Erläuterungen zu den außerordentlichen Gesamterträgen sind unter dem Punkt 1.2.4.2 in diesem Kapitel aufgeführt.

Außerordentliche Gesamtaufwendungen

Die außerordentlichen Gesamtaufwendungen der konsolidierten Gesamtergebnisrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 14.968 TEUR (Vorjahr: 13.903 TEUR) verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	7.179	51,6	5.817	38,9	-1.362	-19,0
NiWo GmbH	319	2,3	266	1,8	-53	-16,6
Klinikum BS gGmbH	4.512	32,5	6.951	46,4	2.439	54,1
SR Stadtentwässerung	1.643	11,8	315	2,1	-1.328	-80,8
Verkehrs-GmbH	19	0,1	20	0,1	1	5,3
Abwasserverband	0	0,0	72	0,5	72	100,0
SBBG	67	0,5	67	0,5	0	0,0
Flughafen	52	0,4	0	0,0	-52	-100,0
Stadtbad	5	0,0	656	4,4	651	13020,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	67	0,5	5	0,0	-62	-92,5
GGB	0	0,0	798	5,3	798	100,0
Hafen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stadthalle	13	0,1	0	0,0	-13	-100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	27	0,2	1	0,0	-26	100,0
VHS BS GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS Arbeit und Beruf	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Außerordentliche Gesamtaufwendungen	13.903	100,0	14.968	100,0	1.065	7,7

Die außerordentlichen Gesamtaufwendungen der Kernverwaltung Stadt Braunschweig setzen sich im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 3.903 TEUR (rd. 67 Prozent, Vorjahr: 5.015 TEUR, rd. 70 Prozent) und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von rd. 1.018 TEUR (rd. 17 Prozent, Vorjahr: 1.171 TEUR, rd. 16 Prozent) zusammen.

Beim Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH handelt es sich im Wesentlichen um Aufwand aus der Rechnungskorrektur der Vorjahre in Höhe von 4.544 TEUR (rd. 65 Prozent, Vorjahr: 3.158 TEUR, rd. 70 Prozent). Dies sind Kostenabrechnungen mit den Krankenkassen, die nicht in voller Höhe anerkannt werden. Die endgültige Klärung der Kostenübernahme dauert oft eine längere Zeit.

Weitere Erläuterungen zu den außerordentlichen Gesamtaufwendungen sind unter dem Punkt 1.2.4.2 in diesem Kapitel aufgeführt.

1.2.3.3 Nebenrechnungen (konsolidierte Anlagen)

Die Nebenrechnungen sind im Kapitel IV „Konsolidierte Anlagen“ zu finden. Es handelt sich dabei um folgende Nebenrechnungen:

1. Anlagenübersicht
2. Forderungsübersicht
3. Schuldenübersicht

Konsolidierte Anlagenübersicht

(§ 128 Abs. 6 S.1 i.V.m. § 128 Abs. 3 Ziff. 2 NKomVG)

In der Anlagenübersicht (siehe Kapitel IV Punkt 1) wird vertikal entsprechend der Bilanzgliederung der Stand des

- immateriellen Vermögens,
- Sachvermögens ohne Vorräte
- geringwertige Vermögensgegenstände
- Finanzvermögens ohne Forderungen

der Stadt Braunschweig einschließlich aller Aufgabenträger des Konsolidierungskreises ausgewiesen.

Horizontal werden der Stand zu Beginn und Ende des Jahres, die Zu- und Abgänge, die Zuschreibungen und Abschreibungen sowie der Vorjahreswerte dargestellt.

Konsolidierte Forderungsübersicht

(§ 128 Abs. 6 S.1 i.V.m. § 128 Abs. 3 Ziff. 4 NKomVG)

In der konsolidierten Forderungsübersicht (siehe Kapitel IV Punkt 2) werden die Forderungen der Stadt Braunschweig einschließlich aller Aufgabenträger des Konsolidierungskreises dargestellt.

Es werden nur die Forderungen dargestellt, die nach der Schuldenkonsolidierung noch als Forderungen im Konzern bestehen bleiben.

Die Forderungen in Höhe von rd. 107.902 TEUR (Vorjahr: 99.670 TEUR) verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	25.162	37,8	32.937	51,6	7.775	30,9
NiWo GmbH	700	1,1	930	1,5	230	32,9
Klinikum BS gGmbH	56.527	85,0	56.705	88,8	178	0,3
SR Stadtentwässerung	3.307	5,0	3.524	5,5	217	6,6
Verkehrs-GmbH	1.604	2,4	1.961	3,1	357	22,3
Abwasserverband	775	1,2	947	1,5	172	22,2
SBBG	7.691	11,6	6.099	9,6	-1.592	-20,7
Flughafen	423	0,6	522	0,8	99	23,4
Stadtbad	83	0,1	129	0,2	46	55,4
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	200	0,3	294	0,5	94	47,0
GGB	102	0,2	155	0,2	53	52,0
Hafen	1.283	1,9	1.897	3,0	614	47,9
Stadthalle	473	0,7	632	1,0	159	33,6
SR Hochbau u. Gebäudem.	41	0,1	144	0,2	103	251,2
VHS BS GmbH	1.132	1,7	884	1,4	-248	-21,9
VHS Arbeit und Beruf	167	0,3	142	0,2	-25	-15,0
Forderungen	99.670	149,8	107.902	168,9	8.232	8,3

Konsolidierte Schuldenübersicht

(§ 128 Abs. 6 S.1 i.V.m. § 128 Abs. 3 Ziff. 3 NKomVG)

In der konsolidierten Schuldenübersicht (siehe Kapitel IV Punkt 3) werden die Verbindlichkeiten der Stadt Braunschweig einschließlich aller Aufgabenträger des Konsolidierungskreises dargestellt.

Es werden nur die Schulden dargestellt, die nach der Schuldenkonsolidierung noch als Schulden im Konzern bestehen bleiben.

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Geldschulden	434.700	76,2	446.700	71,0	12.000	2,8
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.334	5,7	85.568	13,6	53.234	>100,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.184	4,1	24.142	3,8	958	4,1
Transferverbindlichkeiten	2.616	0,5	2.573	0,4	-43	-1,6
Sonstige Verbindlichkeiten	76.905	13,5	70.419	11,2	-6.486	-8,4
Schulden	569.739	100,0	629.402	100,0	59.663	10,5

Die Schulden verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	158.460	27,8	187.248	29,8	28.788	18,2
NiWo GmbH	116.328	20,4	134.661	21,4	18.333	15,8
Klinikum BS gGmbH	43.458	7,6	45.672	7,3	2.214	5,1
SR Stadtentwässerung	1.469	0,3	1.663	0,3	194	13,2
Verkehrs-GmbH	82.609	14,5	87.079	13,8	4.470	5,4
Abwasserverband	79.140	13,9	80.207	12,7	1.067	1,3
SBBG	32.362	5,7	26.988	4,3	-5.374	-16,6
Flughafen	1.729	0,3	929	0,2	-800	-46,3
Stadtbad	34.420	6,0	34.554	5,5	134	0,4
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	1.004	0,2	1.112	0,2	108	10,8
GGB	13.142	2,3	12.758	2,0	-384	-2,9
Hafen	1.178	0,2	1.052	0,2	-126	-10,7
Stadthalle	2.630	0,5	13.822	2,2	11.192	>100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	1.475	0,3	1.463	0,2	-12	-0,8
VHS BS GmbH	188	0,0	109	0,0	-79	-42,0
VHS Arbeit und Beruf	147	0,0	85	0,0	-62	-42,2
Schulden	569.739	100,0	629.402	100,0	59.663	10,5

1.2.4 Einzelangaben zur Zusammensetzung wesentlicher globaler Jahresabschlusspositionen

Aus § 58 Abs. 1 Ziffer 2 c) GemHKVO ergibt sich, dass die Erläuterungen zum konsolidierten Gesamtabschluss um Einzelangaben zur Zusammensetzung wesentlicher globaler Jahresabschlusspositionen zu ergänzen sind. Hierzu gehören die Positionen, die alle anderweitig nicht unmittelbar zuzuordnenden Posten aufnehmen und mit den Worten "Sonstige", „Übrige“, oder "Andere" beginnen sowie die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen.

Die nachfolgenden Erläuterungen sind ergänzende Informationen zu dem Punkt 1.2.3 in diesem Kapitel.

Die Informationen wurden im Rahmen der Datenabfrage von den Aufgabenträgern gemeldet. Dabei wurden jeweils die fünf wertmäßig größten Sachverhalte einzeln aufgeführt und die restlichen Sachverhalte als Summe zusammengefasst. Bei einzelnen Positionen ist daher die Summe der restlichen Sachverhalte größer als einzeln aufgelistete Sachverhalte. Einige Sachverhalte tauchen nur einmalig oder 2014 erstmalig auf. In diesen Fällen ist keine Vergleichszahl angegeben.

1.2.4.1 Konsolidierte Gesamtbilanz

Aktiva

In den Aktiva gibt es keine wesentlichen globalen Jahresabschlusspositionen.

Passiva

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten umfassen 1,1 Prozent (Vorjahr: 1,2 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Investitionszuschüsse von Dritten für den Ausbau des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg	23.710	70,3	22.157	68,0	-1.553	-6,5
Zuwendungen aus der kostenlosen Übertragung von Straßen (Kernverwaltung Stadt Braunschweig)	nicht ermittelt		4.352	13,3		
Investitionszuschüsse für Kanalbau (Sonderrechnung Stadtentwässerung)	2.405	7,1	2.481	7,6	76	3,2
Zuwendungen aus der kostenlosen Übertragung von Grundstücken (Kernverwaltung Stadt Braunschweig)	nicht ermittelt		2.158	6,6		
Zuwendungen aus der Ablösung von Einstellplätzen (Kernverwaltung Stadt Braunschweig)	nicht ermittelt		1.090	3,3		
restliche Sachverhalte (Kernverwaltung Stadt Braunschweig)	7.611	22,6	404	1,2	-7.207	-94,7
Sonstige Sonderposten	33.726	100,0	32.642	100,0	-8.684	-25,7

Die Sonderposten werden grundsätzlich entsprechend der Nutzungsdauern der dazugehörigen Vermögensgegenstände aufgelöst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen 2,3 Prozent (Vorjahr: 2,7 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Verbindlichkeiten nach KHG u. KHEntgG	29.218	37,9	31.690	44,9	2.472	8,5
Vorauszahlungen von Mietern auf Nebenkosten	10.959	14,3	11.291	16,0	332	3,0
Verbindlichkeiten aus Mündelgeldern	9.104	11,8	8.875	12,6	-229	-2,5
Heimfall VW-Halle / Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig	3.579	4,7	2.970	4,2	-609	-17,0
Anzahlungen Anlagenbuchhaltung	2.615	3,4	2.182	3,1	-433	-16,6
restliche Sachverhalte	21.430	27,9	13.411	19,0	-8.019	-37,4
Sonstige Verbindlichkeiten	76.905	100,0	70.419	99,8	-6.486	-8,4

Die sonstigen Verbindlichkeiten verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	29.128	37,9	22.054	31,3	-7.074	-24,3
NiWo GmbH	11.086	14,4	11.423	16,2	337	3,0
Klinikum BS gGmbH	33.318	43,3	34.323	48,7	1.005	3,0
SR Stadtentwässerung	993	1,3	530	0,8	-463	-46,6
Verkehrs-GmbH	604	0,8	273	0,4	-331	-54,8
Abwasserverband	271	0,4	78	0,1	-193	-71,2
SBBG	39	0,1	121	0,2	82	210,3
Flughafen	36	0,1	33	0,1	-3	-8,3
Stadtbad	57	0,1	172	0,2	115	201,8
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	4	0,0	36	0,1	32	800,0
GGB	132	0,2	195	0,3	63	47,7
Hafen	25	0,0	29	0,0	4	16,0
Stadthalle	94	0,1	365	0,5	271	288,3
SR Hochbau u. Gebäudem.	988	1,3	715	1,0	-273	-27,6
VHS BS GmbH	38	0,1	40	0,1	2	5,3
VHS Arbeit und Beruf	92	0,1	32	0,1	-60	-65,2
Sonstige Verbindlichkeiten	76.905	100,0	70.419	100,0	-6.486	-8,4

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen umfassen 4,7 Prozent (Vorjahr: 5,2 Prozent) der konsolidierten Bilanzsumme des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Personalarückstellungen Altersteilzeit, Urlaub, Überstunden u. a.	28.063	18,9	29.807	21,9	1.744	6,2
Rückstellungen zur Deponierekultivierung	26.795	18,1	23.926	17,5	-2.869	-10,7
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	10.408	7,0	14.676	10,8	4.268	41,0
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	9.201	6,2	11.177	8,2	1.976	21,5
Rückstellungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten verkaufter Baugrundstücke	9.072	6,1	10.023	7,3	951	10,5
Rückstellung für Brandschutz	9.869	6,7	9.320	6,8	-549	-5,6
restliche Sachverhalte	54.807	37,0	37.462	27,5	-17.345	-31,6
Andere Rückstellungen	148.215	100,0	136.391	100,0	-11.824	-8,0

Die anderen Rückstellungen verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

Gesamtbilanzwerte	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	61.079	41,2	47.321	34,7	-13.758	-22,5
NiWo GmbH	1.421	1,0	2.954	2,2	1.533	107,9
Klinikum BS gGmbH	20.763	14,0	20.819	15,3	56	0,3
SR Stadtentwässerung	1.736	1,2	658	0,5	-1.078	-62,1
Verkehrs-GmbH	8.830	6,0	7.347	5,4	-1.483	-16,8
Abwasserverband	588	0,4	439	0,3	-149	-25,3
SBBG	666	0,5	880	0,7	214	32,1
Flughafen	3.589	2,4	3.965	2,9	376	10,5
Stadtbad	1.269	0,9	2.806	2,1	1.537	121,1
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	27.247	18,4	24.362	17,9	-2.885	-10,6
GGB	9.149	6,2	10.611	7,8	1.462	16,0
Hafen	686	0,5	1.135	0,8	449	65,5
Stadthalle	406	0,3	444	0,3	38	9,4
SR Hochbau u. Gebäudem.	9.683	6,5	11.765	8,6	2.082	21,5
VHS BS GmbH	950	0,6	775	0,6	-175	-18,4
VHS Arbeit und Beruf	153	0,1	110	0,1	-43	-28,1
Andere Rückstellungen	148.215	100,0	136.391	100,0	-11.824	-8,0

Der Rückgang beim Bestand der anderen Rückstellungen bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass in 2014 Rückstellungen für die Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung nach der abgeschlossenen Prüfung in Höhe von rd. 7.547 TEUR aufgelöst wurden.

1.2.4.2 Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung

Erträge

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge umfassen 4,2 Prozent (Vorjahr: 3,6 Prozent) der konsolidierten Gesamterträge des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Konzessionsabgaben	13.179	30,8	13.003	26,0	-175	-1,3
Kostenerstattungen für Sprechstundenbedarf u. ä.	5.538	12,9	6.198	12,4	660	11,9
Erträge aus der Auflösung des passiven Unterschiedsbetrages	4.752	11,1	4.752	9,5	0	100,0
Erträge aus Apothekenverkauf	4.212	9,8	4.031	8,1	-181	-4,3
Erträge von verbundenen Aufgabenträgern mit untergeordneter Bedeutung	2.141	5,0	2.581	5,2	440	20,6
Verwargelder	2.023	4,7	2.193	4,4	170	8,4
restliche Sachverhalte	10.950	25,6	17.193	34,4	6.242	57,0
Sonstige ordentliche Erträge	42.795	100,0	49.951	100,0	7.156	16,7

Die sonstigen ordentlichen Erträge verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	18.303	42,6	20.776	41,6	2.473	13,5
NiWo GmbH	875	2,0	1.184	2,4	309	35,3
Klinikum BS gGmbH	15.533	36,3	18.250	36,5	2.717	17,5
SR Stadtentwässerung	34	0,1	93	0,2	59	173,5
Verkehrs-GmbH	338	0,8	559	1,1	221	65,4
Abwasserverband	324	0,8	845	1,7	521	160,8
SBBG	228	0,5	32	0,1	-196	-86,0
Flughafen	1.051	2,5	1.229	2,5	178	16,9
Stadtbad	28	0,1	91	0,2	63	225,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	0	0,0	9	0,0	9	0,0
GGB	298	0,7	364	0,7	66	22,1
Hafen	374	0,9	549	1,1	175	46,8
Stadthalle	445	1,0	244	0,5	-201	-45,2
SR Hochbau u. Gebäudem.	24	0,1	31	0,1	7	29,2
VHS BS GmbH	892	2,1	898	1,8	6	0,7
VHS Arbeit und Beruf	20	0,1	45	0,1	25	125,0
Aufrechnungsunterschied aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung	-724	-1,7	beim AT enthalten		724	-100,0
Erträge aus der Auflösung des passiven Unterschiedsbetrages	4.752	11,1	4.752	9,5	0	0,0
Sonstige ordentliche Erträge	42.795	100,0	49.951	100,0	7.156	16,7

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge umfassen 1,8 Prozent (Vorjahr: 1,0 Prozent) der konsolidierten Gesamterträge des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	7.397	60,6	14.038	67,3	6.641	89,8
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	1.492	12,2	3.267	15,7	1.775	119,0
Periodenfremde Erträge	1.705	14,0	1.834	8,8	129	7,6
Erträge aus Schadensersatzleistungen			799	3,8	799	100,0
Spenden			287	1,4	287	100,0
Erträge aus Bestandveränderungen	288	2,4	0	0,0	-288	-100,0
Außerordentliche Erträge	468	3,8	0	0,0	-468	-100,0
restliche Sachverhalte	856	7,0	622	3,0	-234	-27,3
Außerordentliche Erträge	12.206	100,0	20.847	100,0	8.641	70,8

Die außerordentlichen Erträge verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	7.074	58,0	15.544	74,6	8.470	119,7
NiWo GmbH	352	2,9	744	3,6	392	111,4
Klinikum BS gGmbH	2.002	16,4	1.788	8,6	-214	-10,7
SR Stadtentwässerung	67	0,6	52	0,3	-15	-22,4
Verkehrs-GmbH	439	3,6	31	0,2	-408	-92,9
Abwasserverband	0	0,0	138	0,7	138	0,0
SBBG	125	1,0	48	0,2	-77	-61,6
Flughafen	4	0,0	1.058	5,1	1.054	26350,0
Stadtbad	2	0,0	1	0,0	-1	-50,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	61	0,5	1	0,0	-60	-98,4
GGB	766	6,3	319	1,5	-447	-58,4
Hafen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stadthalle	23	0,2	23	0,1	0	0,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	1.291	10,6	1.100	5,3	-191	-14,8
VHS BS GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS Arbeit und Beruf	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Außerordentliche Erträge	12.206	100,0	20.847	100,0	8.641	70,8

Der Rückgang bei den Erträgen aus der Herabsetzung von Rückstellungen bei der Kernverwaltung Stadt Braunschweig ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass in 2014 Rückstellungen für die Umsatz- und Kapitalertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung nach der abgeschlossenen Prüfung in Höhe von rd. 7.547 TEUR aufgelöst wurden (vgl. Punkt 1.2.4.1 – Andere Rückstellungen).

Aufwendungen

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen umfassen 14,9 Prozent (Vorjahr: 16,2 Prozent) der konsolidierten Gesamtaufwendungen des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Entgelte für ALBA, SE BS, Hochtief u. ä.	66.030	34,4	74.580	41,5	8.550	12,9
Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung (Arbeitssuchende)	52.306	27,4	51.951	28,9	-355	-0,7
Erstattungen an übrige Bereiche	10.814	5,7	12.444	6,9	1.630	15,1
Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten von Fördermitteln nach KHG	22.922	12,0	5.716	3,2	-17.206	-75,1
Differenzen aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung			3.084	1,7	3.084	100,0
Schülerbeförderungskosten	7.056	3,7	3.018	1,7	-4.037	-57,2
restliche Sachverhalte	32.117	16,8	28.907	16,1	-3.210	-10,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	191.244	100,0	179.700	100,0	-11.544	-6,0

Der Anstieg der Entgelte für ALBA, SE|BS, Hochtief u. ä. ist auf die erstmalige, gesonderte Ausweisung der Entgelte für alle privaten Unternehmen zurückzuführen, in 2013 waren diese Entgelte den restlichen Sachverhalten zugeordnet.

Die Zuführung von Fördermitteln nach dem KHG zu Sonderposten/Verbindlichkeiten ist geringer als im Vorjahr und steht im Zusammenhang mit den gesunkenen Erträgen aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach dem KHG (siehe auch Ausführungen unter dem Punkt 1.2.3 in diesem Kapitel).

Der Rückgang der Schülerbeförderungskosten ist auf die Eliminierung der von der Kernverwaltung Stadt Braunschweig an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH geleisteten Aufwendungen zurückzuführen, in 2013 wurden diese in dieser Übersicht als Aufwendungen gegenüber Dritten ausgewiesen.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	92.791	48,5	95.399	53,1	2.608	2,8
NiWo GmbH	947	0,5	1.493	0,8	546	57,7
Klinikum BS gGmbH	31.246	16,3	14.291	8,0	-16.955	-54,3
SR Stadtentwässerung	22.754	11,9	23.183	12,9	429	1,9
Verkehrs-GmbH	1.567	0,8	1.703	1,0	136	8,7
Abwasserverband	1.097	0,6	932	0,5	-165	-15,0
SBBG	532	0,3	1.018	0,6	486	91,4
Flughafen	525	0,3	555	0,3	30	5,7
Stadtbad	458	0,2	284	0,2	-174	-38,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	35.760	18,7	36.283	20,2	523	1,5
GGB	57	0,0	217	0,1	160	280,7
Hafen	1.609	0,8	1.877	1,0	268	16,7
Stadthalle	447	0,2	956	0,5	509	113,9
SR Hochbau u. Gebäudem.	106	0,1	102	0,1	-4	-3,8
VHS BS GmbH	601	0,3	666	0,4	65	10,8
VHS Arbeit und Beruf	747	0,4	741	0,4	-6	-0,8
Sonstige ordentliche Aufwendungen	191.244	100,0	179.700	100,0	-11.544	-6,0

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen umfassen im Vorjahr 1,2 Prozent der konsolidierten Gesamtaufwendungen des Konzerns Stadt Braunschweig und setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Rechnungskorrekturen der Vorjahre	3.158	22,7	4.544	30,4	1.386	43,9
Außerplanmäßige Abschreibungen	5.015	36,1	4.063	27,1	-952	-19,0
Aufwendungen aus Veräußerung von Vermögensgegenständen	1.613	11,6	1.410	9,4	-203	-12,6
Rückstellung für Gebührenneukalkulation 2005-2009	1.320	9,5	0	0,0	-1.320	-100,0
Abschreibungen auf Umlaufvermögen (Vorräte)			501	3,4	501	100,0
restliche Sachverhalte	2.797	20,1	4.450	29,7	1.653	59,1
Außerordentliche Aufwendungen	13.903	100,0	14.968	100,0	1.065	7,7

Die außerordentlichen Aufwendungen verteilen sich auf die konsolidierten Aufgabenträger wie folgt:

konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	31.12.2013		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stadt BS	7.179	51,6	5.817	38,9	-1.362	-19,0
NiWo GmbH	319	2,3	266	1,8	-53	-16,6
Klinikum BS gGmbH	4.512	32,5	6.951	46,4	2.439	54,1
SR Stadtentwässerung	1.643	11,8	315	2,1	-1.328	-80,8
Verkehrs-GmbH	19	0,1	20	0,1	1	5,3
Abwasserverband	0	0,0	72	0,5	72	100,0
SBBG	67	0,5	67	0,5	0	0,0
Flughafen	52	0,4	0	0,0	-52	-100,0
Stadtbad	5	0,0	656	4,4	651	13020,0
Pensionsfonds	0	0,0	0	0,0	0	0,0
SR Abfallwirtschaft	67	0,5	5	0,0	-62	-92,5
GGB	0	0,0	798	5,3	798	100,0
Hafen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stadthalle	13	0,1	0	0,0	-13	-100,0
SR Hochbau u. Gebäudem.	27	0,2	1	0,0	-26	-96,3
VHS BS GmbH	0	0,0	0	0,0	0	0,0
VHS Arbeit und Beruf	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Außerordentliche Aufwendungen	13.903	100,0	14.968	100,0	1.065	7,7

Die außerplanmäßigen Abschreibungen erfolgten im Wesentlichen bei der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig und wurden im Jahresabschluss 2014 auf den Seiten 649 bis 650 detailliert dargestellt.

1.3 Ausblick auf die künftige Entwicklung

- 1.3.1 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss der Konsolidierungsperiode
- 1.3.2 Erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven und Risiken

1.3 Ausblick auf die künftige Entwicklung

1.3.1 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss der Konsolidierungsperiode bis einschließlich März 2017 (Nachtragsbericht)

Im Zuge der Flüchtlingsthematik wurden bei der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig im Haushaltsplan 2016 im Sozial- und Hochbaubereich erhebliche Mittel eingestellt. Zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften wurden Mittel in Höhe von rund 25 Mio. EUR vorgesehen, ergänzt um außerplanmäßige Bereitstellungen aus dem Haushaltsjahr 2015. Da der Stadt Braunschweig entgegen den Ankündigungen des Landes im Jahr 2016 wesentlich weniger zu betreuende Personen zugewiesen worden, brauchte ein erheblicher Teil der laufenden Mittel nicht in Anspruch genommen werden. Da zurzeit keine Anzeichen für wesentliche Fallzahlsteigerungen in diesem Bereich erkennbar sind, werden im Haushaltsplan 2017 und im Finanzplanungszeitraum deutlich geringere Ansätze veranschlagt.

Bei den Einnahmen aus Gewerbesteuer wird aufgrund der Krise der regionalen Autoindustrie in diesem Wirtschaftsbereich mit einem niedrigeren Niveau als vor der Krise gerechnet; auch dieses wurde in den Haushaltsplanungen ab 2016 entsprechend berücksichtigt.

1.3.2 Erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und wirtschaftlichen Risiken (Risikobericht) und Perspektiven (Prognosebericht)

Die Haushaltssituation der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren durch eine stabile Entwicklung der Steuererträge als Folge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbessert. Darüber hinaus haben Zugeständnisse vom Bund bei der Beteiligung an anfallenden Kosten im Sozialbereich für Entlastung gesorgt. Ab 2016 wirken sich jedoch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die beschlossene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrages sowie der vorgesehene Abbau der kalten Progression ertragsmindernd aus. Belastend gegenüber der Planung wirkte sich auch eine Nettobelastung aus der Gewerbesteuer aus.

Zudem ist weiterhin nicht absehbar, in welcher Weise die Schuldensituation einiger Staaten im Euroraum und die sich daraus ergebenden Hilfen der wirtschaftlich stärkeren Staaten sowie die weltweit und europäisch politisch unsichere Lage zu einer ernsthaften Belastung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung führen werden. Insofern sind die mittelfristigen Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Entwicklung der Steuern und Zuweisungen, die, wie oben dargestellt, von einem stetigen Wachstum ausgehen, mit Risiken behaftet. Hierbei ist insbesondere die Veranschlagung der Gewerbesteuer hervorzuheben, wo immer noch nicht vollständig absehbar ist, inwieweit die direkten und indirekten Auswirkungen der VW-Abgasproblematik die Entwicklung der Erträge in den kommenden Jahren negativ beeinflussen werden.

Risiko- und Prognosebericht

Bei vielen Aufgabenträgern des Konzern Stadt Braunschweig sind Risikomanagementsysteme installiert, dazu gehören insbesondere die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH einschließlich ihrer Konzerngesellschaften und die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Risikopositionen sowie eine permanente Überarbeitung und Anpassung des Systems an die aktuellen Gegebenheiten.

Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen sowie die finanziellen und wirtschaftlichen Risiken und Perspektiven einzelner Themen dargestellt.

Erhebliche jährliche Schwankungen bei den Erträgen, insbesondere bei der Gewerbesteuer:

Eine solide kommunale Haushaltsplanung muss darauf abzielen, dass in längerfristiger Betrachtung dem zu leistenden Aufwand Erträge in gleicher Höhe gegenüberstehen. Defizite aus Jahren, in denen dieser rechnerische Haushaltsausgleich nicht gelingt, müssen kompensiert werden durch Rücklagen aus anderen Jahren, in denen entsprechende Überschüsse erzielt wurden.

Bei der Stadt Braunschweig wird daher seit der Haushaltsplanung 2017 auf Grund eines Ratsbeschlusses zur Gewerbesteuerglättung (Drucksache 16-02019) folgendes Konzept verfolgt: Der städtische Haushalt sollte strukturell nur so geplant werden, dass nicht mehr als der langjährige Durchschnitt der Gewerbesteuererträge zur laufenden Verwendung verplant wird. Grundgedanke ist die Idee, dass in einem Jahr mit überdurchschnittlichen Gewerbesteuererträgen das geplante Jahresergebnis um den Unterschiedsbetrag rechnerisch zu erhöhen ist. Umgekehrt wird in einem Jahr mit unterdurchschnittlichen Gewerbesteuererträgen das geplante Jahresergebnis rechnerisch entsprechend verringert.

Als Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Abbau des strukturellen Defizits für das Jahr 2017 wurde erstmals eine Einsparung von 1,0 Mio. € eingeplant. Diese Einsparungen sollen bis auf 4,0 Mio. € im Jahr 2020 anwachsen.

Der vorläufige Jahresabschluss 2016 für die Kernverwaltung Stadt Braunschweig geht von einem Jahresüberschuss in Höhe von 13,6 Mio. EUR aus. Dies entspricht einer Verbesserung in Höhe von 28,6 Mio. EUR zum geplanten Fehlbetrag in Höhe von rd. 15,0 Mio. EUR.

Investitionen und Finanzierungskosten:

Die Aufgabenträger des Konzerns Stadt Braunschweig haben insbesondere im Rahmen der Daseinsvorsorge diverse Investitionen getätigt:

- Neubau der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule (NiWo)
- Neubau des Freizeitbades „Wasserwelt“ (Stadtbad)

- Schulsanierungsprogramm (u. a. PPP-Projekt Schulen und Kitas) und Einführung der inklusiven Schule
- Brandschutzmaßnahmen
- 2-Standorte-Konzept (Klinikum)
- Infrastruktur (Straßen und Gleisanlagen, Kanäle, Stadtbahnen und Fahrzeuge)

Diese Maßnahmen sind zum Teil kreditfinanziert und unterliegen damit in der Zukunft einem gewissen Zinsrisiko. Das PPP-Projekt hat eine über die gesamte Laufzeit vertraglich festgelegte Zinslast.

Im Hinblick auf das Freizeitbad mussten nach den Erfahrungen des ersten vollen Betriebsjahres 2015 die Erlöse im Vergleich zum Wirtschaftsplan nach unten korrigiert werden. Ein Maßnahmenpaket zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des neuen Bades und einer damit verbundenen Steigerung der Besucherzahlen ist erarbeitet und zum Teil bereits umgesetzt worden.

Gemäß dem Gesetz über finanzielle Leistungen des Landes wegen Einführung der inklusiven Schule gewährt das Land Niedersachsen der Stadt Braunschweig eine Inklusionspauschale für die zusätzlichen Personalkosten, z. B. für Schulbegleiter. Sie beträgt 2015 5,8 Mio. EUR und 10 Mio. EUR von 2016 bis zunächst 2018. Das Gesetz sieht vor, dass die Landesregierung die Förderung bis Juli 2018 überprüft. Es ist weiterhin nicht ausgeschlossen, dass die Stadt Braunschweig in erheblichem Umfang Lasten der Inklusion tragen muss.

Sozialleistungen

Weiterhin auf hohem Niveau befinden sich die Sozialhilfenaufwendungen. Die größten Leistungsbereiche sind das Arbeitslosengeld II (ALG II), in dessen Rahmen die Kommunen insbesondere die Unterkunfts- und Heizkosten (KdU) von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern zu tragen haben, und die Eingliederungshilfe für Behinderte.

Der Bund und das Land beteiligen sich hieran mit einem bestimmten Anteil, der jedoch nicht die tatsächlichen Kosten deckt.

Die Aufwendungen für Kinder, Jugend und Familie haben sich bei der Stadt Braunschweig in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Die darin enthaltenen größten Zuwächse entfallen auf den Bereich der Kindertagesbetreuung. Der ab 2013 nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren konnte dank erheblicher Anstrengungen bisher erfüllt werden. Es verbleibt aber grundsätzlich das Risiko, dass bei einer steigenden Nachfrage der Rechtsanspruch nicht erfüllt wird und die Stadt klagenden Eltern gegenübersteht.

Weiterhin können im Rahmen der schrittweisen Umsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung auf 60 % weitere Kosten anfallen, die noch nicht in voller Höhe im Haushaltsplan berücksichtigt sind, soweit es sich hierbei um die Umwandlung von Grundschulen in kooperative offene Gesamtschulen handelt.

Aufnahme von Flüchtlingen

Die 2. Jahreshälfte 2015 war geprägt durch einen starken Anstieg der Zahl in Deutschland aufgenommener Flüchtlinge. Dies führte dazu, dass Braunschweig - trotz des hier ansässigen Standortes der Landesaufnahmebehörde für Asylbewerber (LAB) - ab 2016 erstmals Flüchtlinge zum dauerhaften Verbleib zugewiesen wurden. Für den Haushaltsplan 2016 wurden hierfür zusätzliche Aufwendungen eingeplant. Ab 2017 wurden zusätzliche Aufwendungen und Erträge wegen der Erwartung vorgesehen, dass ein Großteil der Personen nach Abschluss ihrer Asylverfahren Leistungen nach dem SGB II erhalten würde. Für die Folgejahre wurden weitere Steigerungen berücksichtigt. Für den Bau von Unterkünften wurden 25 Mio. EUR Investivmittel im Haushalt 2016 eingeplant.

Nachdem der Flüchtlingszustrom im 1. Quartal 2016 stark zurückging, wurden für die Haushaltsplanung 2017 nur noch Mittel für jährlich 500 aufzunehmende Flüchtlinge vorgesehen. Unter anderem wegen der gegenüber der Erwartung geringeren Zuweisungszahl waren die 2016 entstandenen Kosten je Flüchtling deutlich höher als anfangs geschätzt. In der Haushaltsplanung 2017 wurden daher, in der Erwartung, dass Kosten für die Herrichtung und den Rückbau von Sporthallen als Notunterkünfte nicht noch einmal entstehen würden, 18.000 EUR pro Person angesetzt. Die Landeserstattungen sind zwar im Laufe des Jahres 2016 auf 10.000 EUR der jahresdurchschnittlich aufgenommenen Fälle angehoben worden.

Sie werden aber weiterhin die in einer Großstadt wie Braunschweig entstehenden Kosten nicht decken. Die Unterkünfte mit knapp 800 Plätzen werden zwar im 1. Halbjahr 2017 bezugsfertig werden. Nach einem Nachnutzungskonzept sollen aber zunächst nur an 4 von 8 Standorten tatsächlich Flüchtlinge untergebracht werden.

Energiekosten

Ein steigendes Preisniveau bei der Energiebeschaffung wirkt grundsätzlich aufwandserhöhend und stellt in verschiedenen Bereichen ein Risiko dar:

- Gebäudenutzung und –vermietung (insbesondere Kernverwaltung, Klinikum und NiWo)
- Betrieb von Stadtbahnen und Fahrzeugen (insbesondere Verkehrs GmbH)
- Energiehandel (BVAG & Co. KG als assoziiertes Unternehmen der SBBG)

Starke Preisschwankungen auf dem Diesel- und Energiebeschaffungsmarkt wird durch eine chargenweise Beschaffung beider Energiearten entgegengewirkt.

2. Anlagen zum Konsolidierungsbericht

- 2.1 Kapitalflussrechnung (§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG)
- 2.2 Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen
§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG)
- 2.3 Beteiligungsbericht

2 Anlagen zum Konsolidierungsbericht

2.1 Kapitalflussrechnung (§ 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG)

2.1.1 Einführung

Gemäß § 128 Abs. 6 S. 3 NKomVG ist die Kapitalflussrechnung verpflichtender Bestandteil des Konsolidierungsberichtes. In Anlehnung an die Empfehlungen der AG Gesamtabschluss des Landes wird die Kapitalflussrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) und der dortigen Begriffsfestlegungen (im Folgenden ergänzend kursiv angeführt) aufgestellt.

Die Zusammenführung der Daten aus dem Konzern erfolgt dabei „Top-down“, d.h. die Gesamtkapitalflussrechnung setzt auf den Inhalten der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Anlagenübersicht auf. Hintergrund hierfür ist, dass die städtischen Aufgabenträger ihre Kapitalflussrechnung aus der laufenden Geschäftstätigkeit derivativ („indirekt“) ableiten. Anders als die Kernverwaltung, die in ihrem Einzelabschluss mit ihrer Finanzrechnung unmittelbar („direkt“) bucht.

Die Kapitalflussrechnung dient der Vermittlung verbesserter Informationen über die Finanzgesamtlage des kommunalen Konzerns. Insbesondere sollen Einschätzungen darüber ermöglicht werden, inwiefern Zahlungsüberschüsse erwirtschaftet und Zahlungsverpflichtungen erfüllt werden können.

Hierzu wird dazu der sog. Finanzmittelfonds (*vgl. DRS 2: Bestand an Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten*) aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und der Anlagenübersicht des konsolidierten Gesamtabschlusses abgeleitet. Die Zahlungsströme der Berichtsperiode werden dargestellt und Informationen über die erwirtschafteten bzw. verbrauchten Finanzmittel aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie Investitions- und Finanzierungstätigkeit geliefert:

- Der **Cashflow aus Verwaltungstätigkeit** (*DRS 2: Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen – Netto-Zahlungsstrom – einer Periode*) stellt den Nettozahlungsstrom der auf Erlös ausgerichteten Tätigkeiten des kommunalen Konzerns dar. Als Zahlungsstrom aus laufender Verwaltungstätigkeit bietet er einen Maßstab für die Fähigkeit, selbst Zahlungsmittel zu erwirtschaften.
- Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** enthält die Nettozahlungsströme, die mit langfristigen Ressourcen in Verbindung stehen. Mithilfe dieses Zahlungsstroms wird der Zahlungsmittelsaldo abgeleitet, der sich aus Investitionen und Desinvestitionen ergibt.

Diese beiden Teilrechnungen bilden die Innenfinanzierungskraft des kommunalen Konzerns ab.

- Durch den **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** werden die Nettozahlungsströme, die das Eigenkapital des Konzerns berühren oder die aus der Aufnahme/Tilgung von Finanzschulden resultieren, gezeigt. Man erhält Aufschluss über die Zahlungsmittelzu- und abflüsse, die durch Bewegungen in den Eigen- und in den Fremdmitteln des kommunalen Konzerns entstehen.

Die Gesamtkapitalflussrechnung schließlich bildet die Gesamtsicht auf alle Teil-Cashflow-Rechnungen.

2.1.2 Kapitalflussrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig

In der Kapitalflussrechnung des Konzerns Stadt Braunschweig werden die Daten zur Ermittlung der oben beschriebenen Teil-Cashflows weitgehend aus dem Rechenwerk des konsolidierten Gesamtabschlusses der Berichtsperiode abgeleitet, indem das Periodenergebnis, d.h. der Gesamtjahresfehlbetrag von rd. 17,6 Mio. EUR um nicht zahlungswirksame Vorgänge bereinigt wurde:

Hierzu werden z.B. Bestandteile der konsolidierten Gesamtabschlüsse (konsolidierte Gesamtbilanz, Ergebnisrechnung und Anlagenübersicht) und des Einzelabschlusses (Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung) der Kernverwaltung sowie in Einzelabschlüssen verselbständigter Aufgabenträger im Konzern vorhandene Kapitalflussrechnungen im Zuge der Arbeiten zur Aufstellung der Gesamtkapitalflussrechnung ausgewertet.

Die Daten, die nicht unmittelbar aus den Elementen des konsolidierten Gesamtabschlusses ableitbar waren, wurden bei den Aufgabenträgern erfragt (siehe auch unten).

Der gesamtstädtischen Kapitalflussrechnung in Braunschweig liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Es erfolgte eine Anpassung der Zeilenbeschreibungen des DRS 2 an die Begrifflichkeiten des NKR sowie eine Erweiterung um die Positionen der Sonderposten, da diese kommunalspezifische Besonderheit in der Standardgliederung des DRS 2 nicht vorgesehen ist.
- Der DRS 2 geht vom Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten aus, während nach NKR vom Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag ausgegangen wird, der das außerordentliche Ergebnis enthält.
- Einer Empfehlung aus dem DRS 2 (Anmerkung lfd. Nr. 22) folgend, wurde neben den Daten des jeweiligen Berichtsjahres auch die Daten der Vorperiode aufgenommen, um durch Zeitreihenvergleiche die Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten zu erhöhen. Dies deckt sich mit den Kapitalflussrechnungen der verselbständigten Aufgabenträger.
- Der Finanzmittelfonds wird im Konzern Stadt Braunschweig als Bestand der liquiden Mittel entsprechend dem Bilanzposten in der Gesamtbilanz definiert.

Im Folgenden werden zum besseren Verständnis, Besonderheiten bei den Inhalten einzelner Positionen der Gesamtkapitalflussrechnung näher erläutert:

In der Position - Nr. 6 +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge bzw. Vorgänge - werden Sachverhalte dargestellt, die nicht einer anderen Position des Cashflows aus Verwaltungstätigkeit zugeordnet werden können oder, die aus einem der anderen beiden Cashflows nach sachlichen Erwägungen umgegliedert wurden.

Die Zeile 6 enthält somit die zahlungsunwirksamen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 23.233 TEUR (Vorjahr: 23.603 TEUR). Die Darstellung der Veränderung der Sonderposten wird im Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen (Bruttodarstellung).

Weiterhin werden in dieser Position die aktivierten Eigenleistungen von rd. 5.180 TEUR (Vorjahr: 3.803 TEUR) sowie die nicht zahlungswirksamen konsolidierungsbedingten Vorgänge von rd. 8.781 TEUR (Vorjahr: 10.611 TEUR) dargestellt.

In der Zeile - Nr. 11 +/- Zunahme/Abnahme der Verb. aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind - werden die Veränderungen sämtlicher Verbindlichkeiten und der passiven Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt.

Die Verbindlichkeit aus kreditähnlichem Rechtsgeschäft für das PPP-Projekt Schulen und Kitas wurde bei der Aufstellung der Gesamtkapitalflussrechnung entsprechend dem Vorgehen im Einzelabschluss der Kernverwaltung behandelt:

In 2014 wurden die weitere Maßnahmen des PPP-Projekts Schulen und Kitas in Höhe von rd. 52.841 TEUR (Vorjahr: 31.940 TEUR) durch die Firma HOCHTIEF teils fertig gestellt. Die dadurch entstandene Forderung gegenüber der Stadt, wurde im Rahmen eines Forderungsverkaufs abgetreten. In der Kernverwaltung ist dieser Vorgang zahlungsunwirksam und wird in der Finanzrechnung nicht berücksichtigt. In die Bilanz wurde eine Verbindlichkeit aus kreditähnlichem Rechtsgeschäft in Höhe von rd. 52.841 TEUR (Vorjahr: 31.940 TEUR) eingestellt und die fertiggestellten Maßnahmen im Sachanlagevermögen aktiviert.

Im Laufe des Jahres 2014 waren rd. 1.282 TEUR (Vorjahr: 114 TEUR) TEUR Investitionsabtrag fällig und wurden von der Kernverwaltung an die Bank gezahlt. Dieser Vorgang wurde als Auszahlung für Investitionstätigkeit (Baumaßnahmen) in der Finanzrechnung berücksichtigt.

Entsprechend diesem Vorgehen bei der Kernverwaltung ist auch in der Gesamtkapitalflussrechnung nur die Zahlung des Investitionsabtrags von rd. 1.282 TEUR (Vorjahr: 114 TEUR) als Auszahlung für Investitionen im Cashflow aus Investitionstätigkeit enthalten. Die Gesamtbilanz enthält die fertig gestellten Maßnahmen im Sachanlagevermögen und auf der Passivseite die Verbindlichkeit aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften. Die anteilige Veränderung dieser Posten war nicht mit einem Zahlungsfluss verbunden.

In den Zeilen - Nr. 27 + Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten - und - Nr. 28 – Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und Krediten - werden die Aufnahmen und Tilgungen von Investitionskrediten im Konzern dargestellt. Diese Informationen wurden über Zusatzabfragen bei den Aufgabenträgern ermittelt. Liquiditätskredite hat es in 2014 in Höhe von rd. 1 TEUR gegeben.

Gesamtkapitalflussrechnung		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1		2	3
1	Gesamtjahresüberschuss / -fehlbetrag	-4.672.637,37	-17.612.168,84
2	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen Immaterielles Vermögen	3.634.477,87	4.442.925,24
3	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen Sach-(anlage)vermögen	73.384.353,51	81.248.427,30
4	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen Finanz-(anlage)vermögen	0,00	0,00
5	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	27.560.405,78	29.614.076,47
6	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge bzw. Vorgänge	-38.017.211,44	-37.193.518,01
7	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von immateriellem Vermögen	7.842,00	6,00
8	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Sachvermögen	111.763,94	-1.006.134,73
9	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Finanzvermögen	97,37	0,00
10	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, Ford. aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.010.099,13	-8.492.904,72
11	+/- Zunahme/Abnahme der Verb. aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6.824.473,31	-9.995.209,99
12	+/- Ein-/Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
13	= Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit	70.843.664,10	41.005.498,72
14	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachvermögens (ohne Vorräte)	16.422.212,39	12.935.964,07
15	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachvermögen (ohne Vorräte)	-128.399.841,07	-142.384.487,40
16	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Vermögens	19.037,00	2.378,58
17	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Vermögen	-5.983.934,75	-6.311.207,61
18	+ Einzahlungen aus Abgängen aus dem Finanzvermögen	596.116,13	3.274.012,48
19	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzvermögen	-54.648,07	-388.646,89
20	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten verselbständigten Aufgabenträgern und sonstigen Verwaltungseinheiten	0,00	0,00
21	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten verselbständigten Aufgabenträgern und sonstigen Verwaltungseinheiten	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus Sonderposten	9.259.490,98	26.949.895,43
23	- Auszahlungen aus Sonderposten	0,00	0,00
24	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-108.141.567,39	-105.922.091,34
25	+ Einzahlungen aus Nettopositionszuführungen (ohne Sonderposten)	0,00	0,00
26	- Auszahlungen aus Nettopositionsherabsetzungen (ohne Sonderposten)	0,00	0,00
27	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	47.953.634,13	54.264.269,69
28	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Krediten	-30.859.794,57	-42.263.670,73
29	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	17.093.839,56	12.000.598,96
30	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe Teil-Cashflows)	-20.204.063,73	-52.915.993,66
31	+/- Wechselkurs-, Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestandes	0,00	0,00
32	+ Liquide Mittel am Anfang der Periode	326.303.073,05	306.099.009,32
33	= Liquide Mittel am Ende der Periode	306.099.009,32	253.183.015,66

Der Konzern Stadt Braunschweig erzielte aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 41.006 TEUR (Vorjahr: 70.844 TEUR). Dieser spiegelt die Innenfinanzierung wider. Die Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit (Geschäftstätigkeit) im Konzern konnten durch Einzahlungen gedeckt werden. Darüber hinaus konnten mit diesem Überschuss die Investitionen in 2014 zu einem Teil (38,7 %, Vorjahr: 65,5 %) finanziert werden.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt -105.922 TEUR (Vorjahr: -108.142 TEUR). Der verbleibende Finanzierungsbedarf für Investitionen wurde durch die Aufnahme von langfristigen Krediten (rd. 12.001 TEUR, Vorjahr: rd. 17.094 TEUR) und aus liquiden Mitteln finanziert.

Insgesamt ergibt sich eine Verminderung der liquiden Mittel in Höhe von 52.916 TEUR (Vorjahr: 20.204 TEUR).

2.2 Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen

Gemäß § 128 Abs. 6 S. 2 NKomVG i.V.m. § 58 GemHKVO sind dem Konsolidierungsbericht Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen beizufügen.

Dieser Anforderung wird hier in zweierlei Hinsicht gefolgt: Zunächst wird die Prüfung der Kriterien erläutert, die zu der Entscheidung geführt haben, diese Beteiligungen nicht zu konsolidieren. Anschließend erfolgen Hinweise auf ergänzende Informationen zu diesen Beteiligungen, die dieser Konsolidierungsbericht enthält, als weiterer Schnittmenge zum Beteiligungsbericht.

1.

Über die Festlegung des Konsolidierungskreises wird unter V.1.2.1 (Abgrenzung Konsolidierungskreis) dieses Berichtes informiert. Der daraus resultierende Konsolidierungskreis ist unter I.4 (Konzernstruktur Stadt Braunschweig) abgebildet. Wie dort beschrieben, erfolgt die Festlegung der Zugehörigkeit einer Beteiligung zum Konsolidierungskreis in zwei Schritten: Die Ermittlung nach dem Grad der Einflussnahme (verbundene bzw. assoziierte Aufgabenträger) und die Überprüfung der Wesentlichkeit. Bei der Stadt Braunschweig sind Aufgabenträger unwesentlich, bei denen Positionen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Vorjahreseinzelabschluss des Aufgabenträgers unter 3% der entsprechenden Positionen des Vorjahreseinzelabschlusses aller Aufgabenträger liegen. Für die nicht konsolidierten Aufgabenträger zeigt sich, dass jede einzelne der geprüften Positionen im dortigen Vorjahreseinzelabschluss unter 3% der entsprechenden Positionen des Vorjahreseinzelabschlusses aller Aufgabenträger liegt. Die Summe der Aufgabenträger von untergeordneter Bedeutung übersteigt nicht 7% der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aller Aufgabenträger.

2.

Hinweise auf ergänzende Informationen zu den nicht konsolidierten Beteiligungen, die dieser Konsolidierungsbericht enthält

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Braunschweig ist im XIX. Beteiligungsbericht gem. § 151 NKomVG mit den Daten zum Wirtschafts- bzw. Haushaltsjahr 2014 als Anlage zum Haushaltsplan 2016 der Stadt Braunschweig gem. § 1 Abs. 2, Ziffer 10 GemHKVO und darüber hinaus in dem hier vorgelegten Bericht über den konsolidierten Gesamtabschluss 2014 dokumentiert.

Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen sind der Übersicht auf Seite 5 ff. des im nachfolgenden Kapitel 2.3 beigefügten Beteiligungsberichtes zu entnehmen. Einzelheiten zu diesen Beteiligungen finden sich dort unter den hinter der jeweiligen Gesellschaft in Klammern angeführten Seiten:

- Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (S. 26)
- Braunschweig Stadtmarketing GmbH und Haus der Wissenschaft GmbH (S. 72/73)
- Braunschweig Zukunft GmbH (S. 85)
- Klinikum BS Textilservice GmbH, Bistro Klinikum BS GmbH, Klinikum BS Klinikdienste GmbH und Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH als Tochtergesellschaften des Klinikum-Teilkonzerns (S. 65 ff)
- Kraftverkehr Mundstock GmbH, Mundstock Reisen GmbH, Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH, Peiner Verkehrsgesellschaft mbH, Reisepartner Fuhrmann Mundstock International GmbH innerhalb des KVM-Teilkonzerns (S. 27 ff.)
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (S. 55)
- Haus der Familie GmbH als Gesellschaft im VHS-Teilkonzern (S. 78 ff.)
- Wohnstätten-GmbH als Gesellschaft der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (S. 90 ff.)
- Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG (S. 44)
- Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg GmbH (S. 104)
- Allianz für die Region GmbH (S. 101)

2.3 Beteiligungsbericht

Vorbemerkungen

Die Stadt Braunschweig hat auch für diesen konsolidierten Gesamtabschluss 2014 auf die Möglichkeit nach § 128 Abs. 6 Satz 4 NKomVG verzichtet, den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG durch den konsolidierten Gesamtabschluss zu ersetzen, um nicht auf den hohen Informationsnutzen des Beteiligungsberichtes als langjährig bewährter und geprüfter Datenquelle zu den städtischen Beteiligungen verzichten zu müssen.

Es hat sich gezeigt, dass bei dieser integrativen Nutzung von Informationen aus dem Beteiligungsbericht und dem konsolidierten Gesamtabschluss auf einige Besonderheiten zu achten ist, z.B.

- dass zwischen den beiden Quellen die Darstellungen - begründet durch unterschiedliche Fragestellungen - voneinander abweichen können, z.B. beim Konzerndiagramm (Beteiligungskreis gegenüber Konsolidierungskreis), bei der Schuldenbetrachtung oder bei der Abbildung von Finanzströmen (Summendarstellungen gegenüber konsolidierter Darstellung), usw.,
- dass Abweichungen bzgl. der jeweils einzubeziehenden Aufgabenträger bestehen (vgl. Blum u.a., Kommentar zum Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz, 2. Auflage, 2012, S. 718):
 - „In den konsolidierten Gesamtabschluss gehören auch die Einrichtungen nach § 139 NKomVG, die Eigenbetriebe und die Zweckverbände [...] Diese müssen nicht [...] im Beteiligungsbericht aufgeführt werden.“

In Braunschweig sind dies die folgenden Aufgabenträger:

- die Sonderrechnung FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement
- die Sonderrechnung Stadtentwässerung
- die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
- das Sondervermögen Pensionsfonds
- der Abwasserverband Braunschweig
- der Wasserverband Weddel-Lehre (assoziiertes Aufgabenträger)
- der Zweckverband Großraum Braunschweig (assoziiertes Aufgabenträger)

In sachgerechter Umsetzung des oben beschriebenen integrativen Vorgehens bei Nutzung von Informationen aus konsolidiertem Gesamtabschluss und aus Beteiligungsbericht sind die Mindestangaben zu diesen Aufgabenträgern auf den Seiten 108 ff. des Beteiligungsberichtes aufgeführt.

- dass andererseits im konsolidierten Gesamtabschluss Aufgabenträger von untergeordneter Bedeutung (§ 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG) nicht einbezogen werden müssen. Diese gehören allerdings wiederum in den Beteiligungsbericht (vgl. § 151 NKomVG bzw. § 58 GemHKVO). Hierzu wird auch auf die Ausführungen unter 2.2 dieses Konsolidierungsberichtes verwiesen.

Auch wurde der Beteiligungsbericht in Teilen ergänzt, z.B. um Aussagen zum öffentlichen Zweck: In der Einleitung wird zunächst im Absatz zu der Beteiligungssteuerung darauf eingegangen, wie der Fachbereich Finanzen grundsätzlich im Geschäftsjahr den öffentlichen Zweck überwacht. Ergänzend wird in den Einzelerläuterungen zu den Gesellschaften jeweils der öffentliche Zweck der Gesellschaft genannt und subsumiert (vgl. z.B. S. 21 ff. zur Braunschweiger Verkehrs-GmbH, S. 55 ff. zur Struktur-Förderung BS GmbH und S. 64 ff. zum Klinikum),

Insgesamt wurde das Ziel verfolgt, die ergänzenden Schnittmengen zwischen beiden Berichten zu vergrößern und dadurch den Nutzen für den Empfänger unter Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen zu steigern.

XIX. Beteiligungsbericht

Anlage zum Haushaltsplan 2016

Anmerkung zum Konsolidierungsbericht:

Die abgebildeten Daten innerhalb des Beteiligungsberichtes sind **nicht** konsolidierte Zahlen.



XIX. Beteiligungsbericht über die städtischen Gesellschaften

Gemäß § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG).
Dieser Beteiligungsbericht ist Anlage zum Haushaltsplan 2016 der Stadt Braunschweig
(§ 1 Abs. 2, Ziffer 10 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO)).

Vervielfältigung, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung und Quellenangabe

Copyright Stadt Braunschweig Januar 2016

Redaktion

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Finanzen
Referat Haushalt, Controlling und Beteiligungen
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Telefon 0531 470-25 84
Telefax 0531 470-25 82
fbfinanzen@braunschweig.de

Anmerkung zum Konsolidierungsbericht:

Die abgebildeten Daten innerhalb des Beteiligungsberichtes sind
nicht konsolidierte Zahlen.

Die Stadt Braunschweig nimmt einen Teil ihrer Aufgaben und Leistungen außerhalb der Kernverwaltung durch Unternehmen des privaten Rechts in Form von städtischen Eigengesellschaften und städtischen Beteiligungen wahr.

Mit diesem Beteiligungsbericht informiert die Stadt Braunschweig nunmehr zum 19. Mal in Folge über ihre Eigengesellschaften, Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen und stellt das umfangreiche Leistungsspektrum dieser Unternehmen des privaten Rechts dar.

Hierbei dient der Beteiligungsbericht insbesondere als Informationsinstrument über die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2014 – nicht nur für die Entscheidungsträger der Stadt Braunschweig, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Zum Stichtag 31.12.2014 ist die Stadt Braunschweig Eigentümerin von sieben Eigengesellschaften und an 16 weiteren Unternehmen indirekt oder zu mindestens 25 % beteiligt. Diese Unternehmen stellen einen bedeutenden Wertschöpfungsfaktor für die Region Braunschweig dar.

Dieser Beteiligungsbericht enthält auch Aussagen zu weiteren Aufgabenträgern, die zum bilanziellen Konsolidierungskreis der Stadt Braunschweig gehören, um Ihnen damit einen verbesserten Überblick über den Konzern Stadt Braunschweig zu ermöglichen.

Über Ihr Interesse an diesem Beteiligungsbericht freue ich mich und wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Braunschweig, im Januar 2016



Christian A. Geiger

Erster Stadtrat und Finanz-, Stadtgrün- und Sportdezernent

XIX. Beteiligungsbericht der Stadt Braunschweig

- Inhaltsübersicht -

	Seite
1. Einleitung	4
2. Gesellschaften und Beteiligungen der Stadt Braunschweig im Überblick	5
"Konzern" Stadt Braunschweig - grafische Darstellung -	6
3. Erläuterungen zu den Kennzahlen	8
4. Einzelübersichten zu den Gesellschaften	10
<u>Eigengesellschaften</u>	
• Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Konzern)	
• Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	11
• Braunschweiger Verkehrs-GmbH	20
• Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	26
• Kraftverkehr Mundstock GmbH	27
• Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	31
• Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	39
• BS ENERGY	44
• Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	50
• Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	55
• Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	59
• Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	64
• Braunschweig Stadtmarketing GmbH	72
• Volkshochschule Braunschweig GmbH	77
<u>Mehrheitsbeteiligungen</u>	
• Braunschweig Zukunft GmbH	85
• Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	90
• Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	96
<u>Minderheitsbeteiligungen und sonstige Beteiligungen</u>	
• Allianz für die Region GmbH	101
• Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH	104
• Nordzucker Holding AG	107
• Nordzucker AG	107
<u>Weitere Aufgabenträger</u>	
• Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement	109
• Sonderrechnung Abfallwirtschaft	111
• Sonderrechnung Stadtentwässerung	113
• Abwasserverband Braunschweig	115
• Wasserverband Weddel-Lehre	118
• Zweckverband Großraum Braunschweig	121
• Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig	123

1. Einleitung

Die Stadt Braunschweig erbringt eine Vielzahl an Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Ein Teil dieser Aufgaben wird von städtischen Fachbereichen und Referaten erledigt, also von der sogenannten Kernverwaltung. Gleichzeitig ist die Stadt Braunschweig (wie andere Städte auch) dazu übergegangen, Unternehmen des privaten Rechts zu gründen oder sich daran zu beteiligen. Diese Unternehmen leisten in den verschiedensten Bereichen wie Bildung, Medizin, Kultur, Stadtmarketing, Verkehr, Versorgung, Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Führung von Unternehmen und die Beteiligung der Stadt Braunschweig an Unternehmen des privaten Rechts nimmt am verfassungsrechtlichen Schutz der kommunalen Selbstverwaltung aus Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes teil und wird ferner durch die §§ 136 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) konkretisiert. So ermächtigt § 137 Abs. 1 NKomVG die Stadt Braunschweig Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu führen oder sich daran zu beteiligen. Hierbei muss allerdings insbesondere der öffentliche Zweck das Führen oder die Beteiligung an einem Unternehmen rechtfertigen und die Art und der Umfang des Unternehmens müssen in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Stadt und zum voraussichtlichen Bedarf stehen (§ 136 Abs. 1 S. 2 Nrn. 1 und 2 NKomVG).

Beteiligungsbericht

Das niedersächsische Kommunalrecht schreibt den Kommunen in Niedersachsen seit dem 1. November 1996 vor, zur Verbesserung der Transparenz einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihrer Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Seit dem 1. November 2011 regelt § 151 NKomVG die Anforderungen an den Beteiligungsbericht.

Mit dem Beteiligungsbericht stellt die Stadt Braunschweig nunmehr zum 19. Mal in Folge ein Informationsinstrument über die Unternehmen der Stadt Braunschweig zur Verfügung. Der Beteiligungsbericht ist Anlage zum Haushaltsplan 2016. Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Abgrenzung zum konsolidierten Gesamtabchluss

Die Stadt hat nicht von der Möglichkeit nach § 128 Abs. 6 Satz 4 NKomVG Gebrauch gemacht, den Beteiligungsbericht durch den konsolidierten Gesamtabchluss zu ersetzen, um nicht auf den hohen Nutzen des Beteiligungsberichtes als langjährig bewährte Informationsquelle zu verzichten. Neben dem konsolidierten Gesamtabchluss wird somit weiter der Beteiligungsbericht veröffentlicht, der – begründet u. a. durch die Tatsache, dass unterschiedliche Ausgliederungen in die jeweiligen Berichte aufgenommen werden müssen – in einzelnen Darstellungen abweichen kann. Da der Beteiligungsbericht den Konsolidierungsbericht des konsolidierten Gesamtabchlusses ergänzt, wurden ab Seite 108 weitere Aufgabenträger in den Beteiligungsbericht aufgenommen. Im Ergebnis liefert die Kombination des konsolidierten Gesamtabchlusses und des dort beigefügten Beteiligungsberichtes ein umfassendes Bild des Konzerns Stadt Braunschweig.

Beteiligungssteuerung

In der Stadt Braunschweig wird die Beteiligungssteuerung nach Maßgabe des § 150 NKomVG im Hinblick auf die Einhaltung des zu erfüllenden öffentlichen Zwecks durch den Fachbereich Finanzen wahrgenommen. In diesem Zusammenhang wurde ein Berichtswesen implementiert. Zudem finden regelmäßige Gespräche zu Unternehmenszielen und -aufgaben statt. Das Ziel, zu überprüfen, ob die städtischen Unternehmen die von der Stadt verfolgten öffentlichen Zwecke erfüllen, wird regelmäßig durch Sichtung, Wertung und ggf. Steuerung und Regelung sowie durch Gespräche mit dem Unternehmen im Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussverfahren der jeweiligen Gesellschaft erreicht. Ergänzend werden die Entscheidungsunterlagen der Gremien der Gesellschaften ebenfalls durch die Beteiligungssteuerung ausgewertet und Mitteilungen an die städtischen Mandatsträger verfasst, falls sich ein Steuerungsbedarf ergibt. Ein quartalsweises und zum Teil monatliches Berichtswesen der Gesellschaften an den Fachbereich Finanzen liefert weitere Daten zur Analyse der Unternehmen und ist Grundlage für Gespräche mit der jeweiligen Geschäftsführung. Weiterhin verwaltet die Beteiligungssteuerung die Geldanlagen eines Großteils der Gesellschaften im Rahmen des städtischen Cashpools. Schließlich erstellt die Beteiligungssteuerung den Beteiligungsbericht und bearbeitet die Entsendung von städtischen Vertretern in die Gremien der Gesellschaften.

2. Gesellschaften und Beteiligungen der Stadt Braunschweig im Überblick

Die Kapitalanteile der Stadt Braunschweig an privatrechtlichen Gesellschaften können der folgenden Übersicht entnommen werden. Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass bei den zum SBBG-Konzern gehörenden Gesellschaften eine direkte und 100 %ige Beteiligung der Stadt Braunschweig nur an der Holdinggesellschaft Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) besteht. Die großen mittelbaren Beteiligungen sind 'eingerückt' und Töchter der über ihnen stehenden direkten Beteiligung. Sonstige Unterbeteiligungen werden bei der Darstellung der einzelnen Gesellschaften aufgeführt.

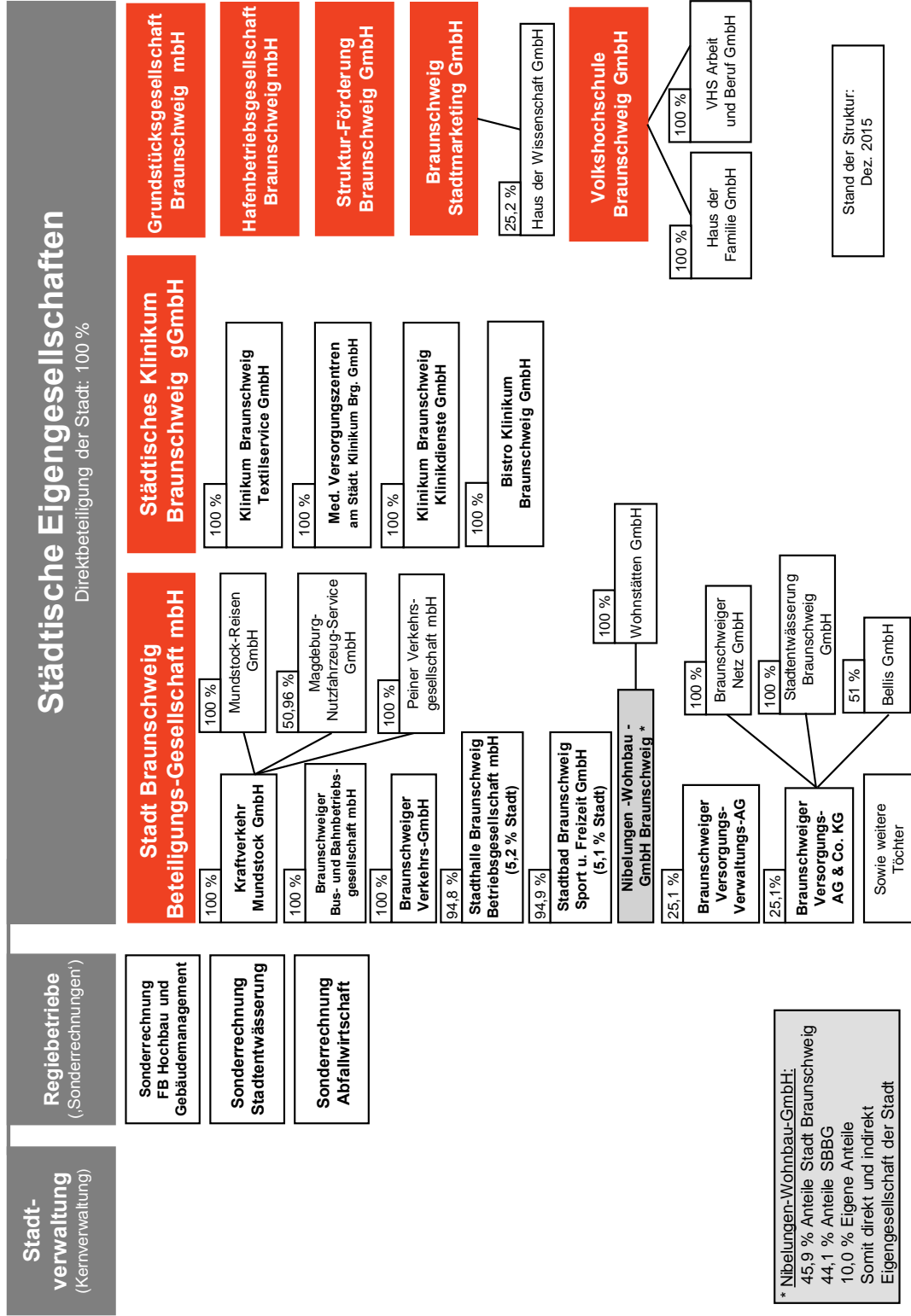
Stand: Dezember 2015, Anteile in Nominalwerten, siehe auch die Fußnoten

Gesellschaft	Stamm-/Grundkapital in €	Anteil in %	Anteil Stamm-/Grundkapital in €
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	32.723.000,00	100,00	32.723.000,00
Kraftverkehr Mundstock GmbH	312.000,00	100,00	312.000,00
Braunschweiger Verkehrs-GmbH ****	17.938.432,00	100,00	17.938.432,00
Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00	26.000,00
Stadtbad Braunschweig S + F GmbH (s. u.) *	1.022.600,00	* 94,90	970.400,00
Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH (s. u.) *	26.000,00	* 94,81	24.650,00
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Brg. (s. u.) **	7.670.000,00	** 44,10	3.382.500,00
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	61.440.000,00	25,10	15.421.440,00
Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	1.600.000,00	25,10	401.600,00
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	1.481.212,58	100,00	1.481.212,58
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig **	7.670.000,00	** 45,90	3.520.500,00
Wohnstätten-GmbH	520.000,00	100,00	520.000,00
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	500.000,00	100,00	500.000,00
Braunschweig Zukunft GmbH	26.000,00	51,15	13.300,00
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	25.000,00	100,00	25.000,00
Volkshochschule Braunschweig GmbH	25.000,00	100,00	25.000,00
VHS Arbeit und Beruf GmbH	25.000,00	100,00	25.000,00
Haus der Familie GmbH	25.000,00	100,00	25.000,00
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	18.450.000,00	100,00	18.450.000,00
Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH	25.650,00	100,00	25.650,00
Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH	26.000,00	100,00	26.000,00
Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH	300.000,00	100,00	300.000,00
Bistro Klinikum Braunschweig GmbH	25.000,00	100,00	25.000,00
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	25.000,00	100,00	25.000,00
Haus der Wissenschaft GmbH	25.000,00	25,20	6.300,00
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH ***	608.400,00	42,64	259.400,00
Allianz für die Region Braunschweig GmbH	27.600,00	13,41	3.700,00
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH *	26.000,00	* 5,19	1.350,00
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH *	1.022.600,00	* 5,10	52.200,00
Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH	25.000,00	5,20	1.300,00
Nordzucker AG	118.630.126,08		378,88
Nordzucker Holding AG (ehemals Zucker AG Uelzen-Braunschweig)	90.803.266,60		28.152,40

- * An der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH halten die Stadt Braunschweig und die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH insgesamt jeweils 100 %.
- ** Die Anteile der Stadt Braunschweig und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig betragen zusammen 90 %. Die restlichen 10 % werden von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig selbst gehalten („eigene Anteile“).
- *** Abzüglich der eigenen Anteile der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hält die Stadt Braunschweig rechnerisch 66,173 %.
- **** Umwandlung der Braunschweiger Verkehrs-AG in eine GmbH mit Wirkung vom 28. Juli 2014

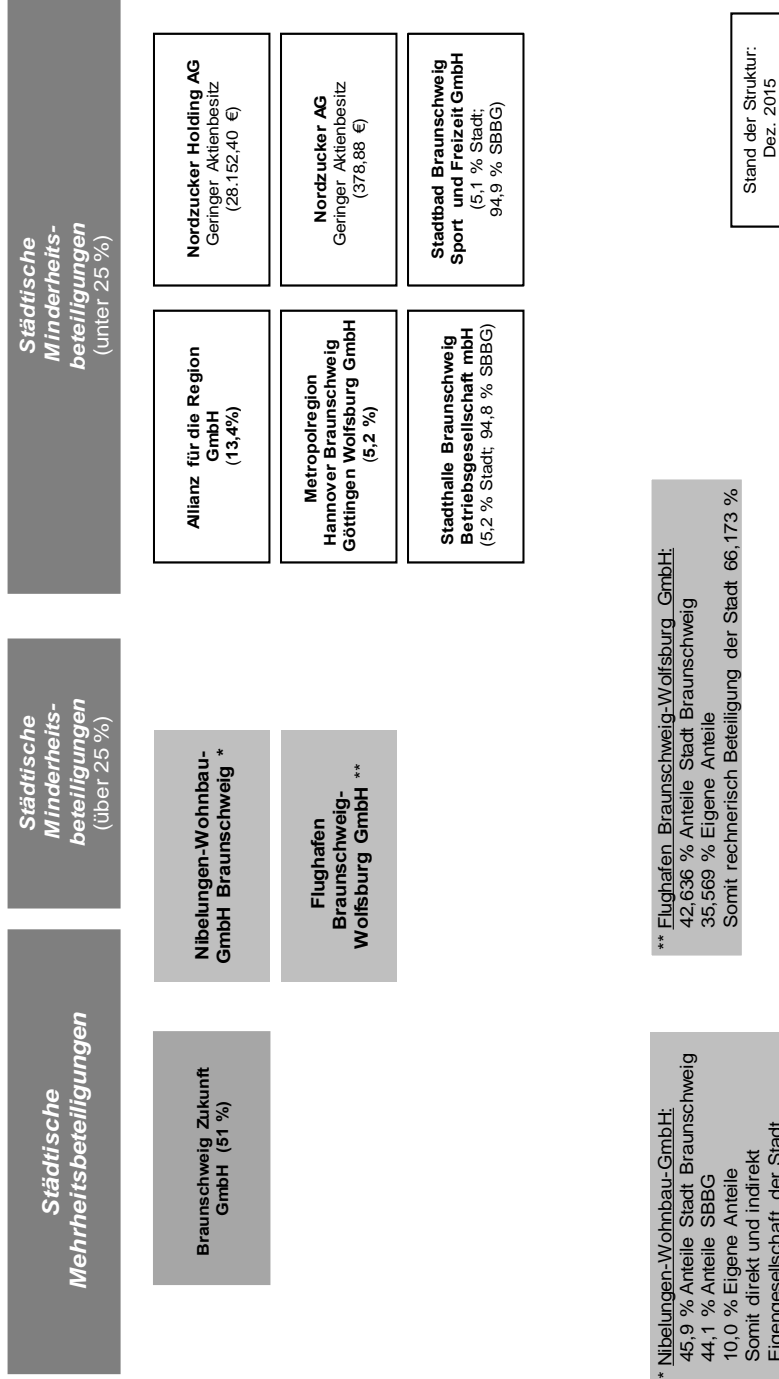
'Konzern' Stadt Braunschweig

Teil 1



„Konzern“ Stadt Braunschweig

Teil 2



3. Erläuterungen zu den Kennzahlen

Im Folgenden werden die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der Beteiligungsgesellschaften erläutert. In diesem Rahmen werden ebenfalls einige Begriffserklärungen zu den Besonderheiten bei den Bilanzdaten sowie den Daten der Gewinn- und Verlustrechnung gegeben, die von der üblichen Aufschlüsselung teilweise abweichen.

Begriffserläuterungen zu den Bilanzdaten der Einzelübersichten

Forderungen

Die Forderungen beinhalten die Rechnungsabgrenzung auf der Aktivseite.

Liquide Mittel

Der Begriff Liquide Mittel umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten.

Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Dieser Posten enthält grundsätzlich die Summe aller Verbindlichkeiten, deren Laufzeit mehr als 1 Jahr beträgt.

Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen alle Schuldbeträge, die innerhalb eines Jahres getilgt werden müssen. Zusätzlich wurden bei den nachfolgenden Übersichten die passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingerechnet.

Begriffserläuterungen zu den Daten der Gewinn- und Verlustrechnung der Einzelübersichten

Sonstige betriebliche Erträge

Grundsätzlich sind die sonstigen betrieblichen Erträge gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) gemeint. Zu beachten ist, dass in den Tabellen der Einzelübersichten dieser Posten schon um die Posten „Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen“ (§ 275 Abs. 2 Nr. 2 HGB) sowie „andere aktivierte Eigenleistungen“ (§ 275 Abs. 2 Nr. 3 HGB) erweitert wurde, soweit diese vorkommen.

Betriebserträge

Dieser Posten beinhaltet die Umsatzerlöse (§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB) und die o. g. „sonstigen betrieblichen Erträge“ (§ 275 Abs. 2 Nrn. 2, 3 und 4 HGB).

Betriebsaufwand

Dieser Posten beinhaltet den Materialaufwand, den Personalaufwand, die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (§ 275 Abs. 2 Nrn. 5, 6, 7 und 8 HGB).

Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis ist der Saldo aus Betriebserträgen und Betriebsaufwand.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ist die Zusammenrechnung der Posten „Erträge aus Beteiligungen“, „Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens“, „sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“, „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ sowie „Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens“ (§ 275 Abs. 2 Nrn. 9, 10, 11, 12 und 13 HGB).

Unternehmensergebnis

Das Finanzergebnis und das Betriebsergebnis ergeben das „Unternehmensergebnis“ oder „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ (§ 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB).

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Unter Hinzuziehung des „außerordentlichen Ergebnisses“ sowie der Steuern ergibt sich das Jahresergebnis.

Bei der **Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH** ergeben sich aus der Anwendung der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) und des Krankenhausgesetzes (KHG) in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung Sonderstrukturen.

4. Einzelübersichten zu den Gesellschaften

Im Folgenden wird ein Überblick über alle Eigengesellschaften und die bedeutendsten Beteiligungsunternehmen (Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen über 25%) gegeben.

Dargestellt werden jeweils die Ergebnisse und Daten der Jahresabschlüsse 2014 (Bilanzstichtag 31. Dezember 2014; das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr 2014), da dies im Moment der letzte festgestellte und offengelegte Jahresabschluss ist. Ferner wird auf die Planungen und Prognosen des Jahres 2015 hingewiesen.

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaften im Wirtschaftsjahr 2014 (und zum Vergleich im Vorjahr 2013). Entsprechend beziehen sich die jeweiligen Bilanzkennzahlen und die Gewinn- und Verlustrechnungen in den Einzelübersichten auf dieses Wirtschaftsjahr.

Zudem enthält der Bericht Informationen über die Beteiligungen, die Aufsichtsratsmandate und die sonstigen Daten und aktuellen Situationen.

Schließlich findet sich eine Kurzdarstellung der sonstigen kleineren städtischen Beteiligungen.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 5. Dezember 2008 wurde die Stadtwerke Braunschweig GmbH in die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) umfirmiert. Die Eintragung der neuen Firma ins Handelsregister (und damit die nach außen rechtswirksame Umsetzung) erfolgte am 15. Januar 2009. Hintergrund der Umfirmierung ist die Anpassung des Gesellschaftsnamens an die von der Gesellschaft tatsächlich wahrgenommenen Aufgaben.

Gegenstand des Unternehmens

Der gesellschaftsvertragliche Gegenstand und zentrale Aufgabenschwerpunkt des Unternehmens ist das Halten, Verwalten und die Steuerung von Beteiligungsunternehmen, die insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, sowie die Wahrnehmung von allen in diesem Zusammenhang relevanten Aufgaben (Beteiligungsmanagement). Unternehmensgegenstand ist außerdem die Steuerung von Bauvorhaben sowohl der Beteiligungsunternehmen als auch der Gesellschafterin Stadt Braunschweig. Weiterhin erbringt die Gesellschaft kaufmännische Dienstleistungen für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) und nimmt immobilienwirtschaftliche Aufgaben durch die Vermietung eigener Gewerbeimmobilien wahr.

Die Gesellschaft kann sich außerdem durch Beschluss der Gesellschafterversammlung weitere, auf ihren bisherigen Aktivitäten aufbauende Geschäftsfelder erschließen.

Daneben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gesellschaftszweck zusammenhängen und ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen oder solche Unternehmen erwerben, errichten oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Die Gesellschaft verwaltet und hält entsprechend dem Gegenstand des Unternehmens Anteile an verschiedenen Beteiligungsunternehmen (vgl. Übersicht Seite 13) im Bereich der Daseinsvorsorge und unterstützt die Gesellschafterin Stadt Braunschweig in ihren Zielen im Bereich der Daseinsvorsorge durch Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Holding. Die Gesellschaft handelt grundsätzlich im Interesse der Förderung des gemeinsamen Wohls der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich erfüllt wird.

Stammkapital

Das Stammkapital beträgt 32.723.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 01.07.2014)
Dr. Gert Hoffmann	Oberbürgermeister a. D. der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 30.06.2014)
Günther Jakob	Arbeitnehmervertreter, stellv. Vorsitzender
Klaus Wendroth	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Carsten Müller	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Frank Graffstedt	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Annegret Ihbe	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Gerald Heere	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Andreas Heims	Arbeitnehmervertreter
Julia Retzlaff	Arbeitnehmervertreterin

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern. Neben den sechs vom Rat der Stadt Braunschweig entsandten Mitgliedern sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes drei Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Geschäftsführung

Christian Alexander Geiger	Vorsitzender der Geschäftsführung (ab 01.02.2014)
Joachim Roth	Vorsitzender der Geschäftsführung (bis 31.01.2014)

Maren Sommer-Frohms

Wichtige Verträge

Es bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit der BSVAG, der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG) und der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM), die die Organgesellschaften verpflichten, ihren Gewinn in voller Höhe an die SBBG abzuführen. Für die SBBG besteht die Verpflichtung, Verluste der BSVAG auszugleichen. Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 hat die SBBG einen bisher von der Kraftverkehrsgesellschaft mbH Braunschweig an der damaligen Braunschweiger Verkehrs-AG gehaltenen Anteil in Höhe von 1,3 % erworben und ist somit ab diesem Zeitpunkt alleinige Gesellschafterin der jetzigen BSVG.

Ferner besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BSVG, nach dem die SBBG kaufmännische Dienstleistungen und Verwaltungsleistungen für die BSVG übernimmt (s. o.).

Seit 2004 bestehen mit der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthalle GmbH) und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) Vereinbarungen über die Ergebnisübernahme und die Liquiditätssicherung.

Ferner partizipiert die Gesellschaft an den Ergebnissen der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo).

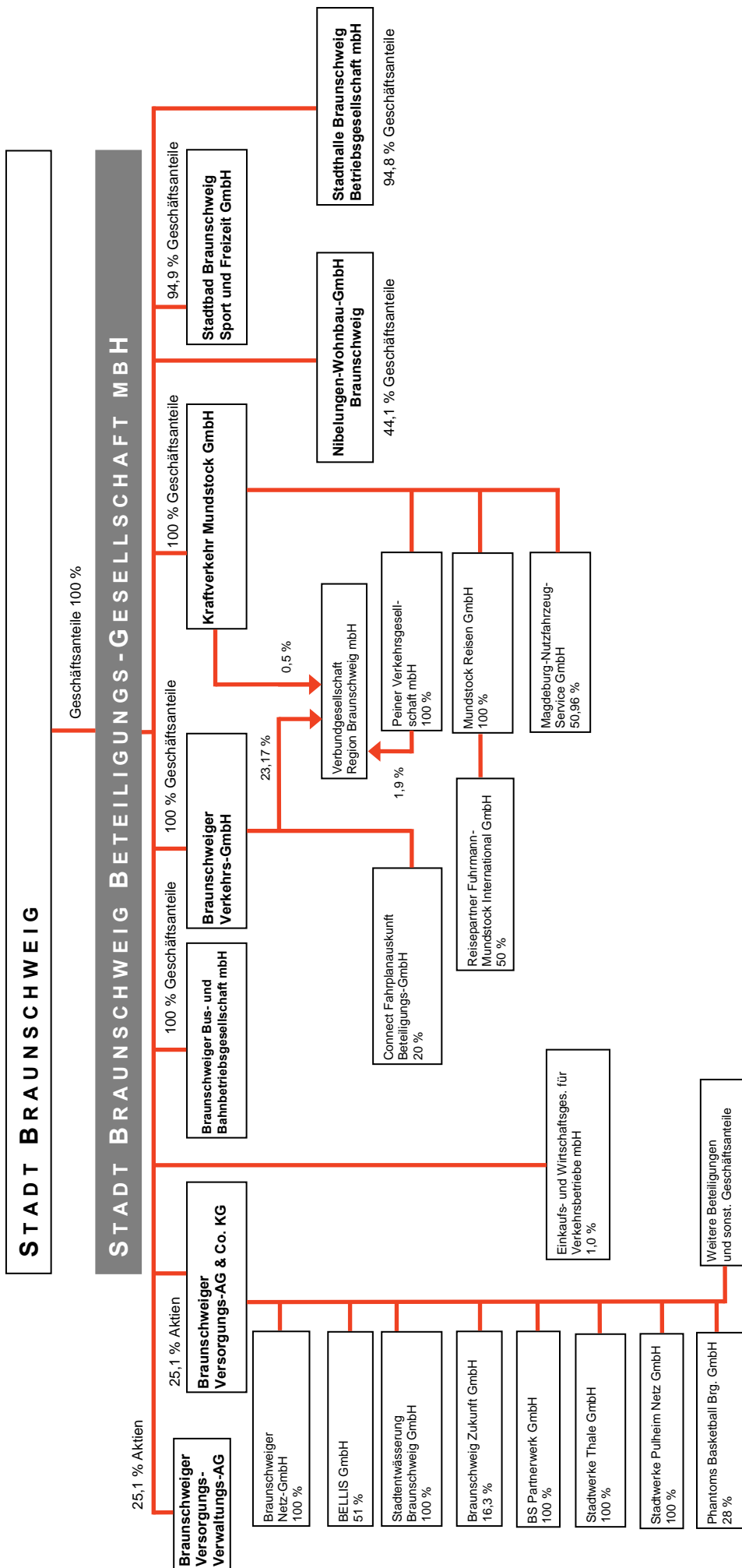
Zwischen der SBBG, der Braunschweiger Versorgungs-AG, der Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH und der Veolia Water Deutschland GmbH wurde ein Konsortialvertrag zur Regelung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Anteilseigner der BVAG geschlossen.

Im Juli 2012 wurden die SBBG sowie ihre Beteiligungsunternehmen mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Braunschweig seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut. Dies erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wurde. Die Betrauung erfolgte ab dem 1. Juli 2012 mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Eine Betrauung ist notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte der **Konzern SBBG** 987 Mitarbeiter (Vorjahr: 951). In der SBBG-GmbH lag die Zahl im Durchschnitt bei 11 Beschäftigten (Vorjahr: 11). Die beiden Mitglieder der Geschäftsführung nehmen die Geschäftsführungstätigkeit bei der SBBG nebenamtlich wahr.

Konzernstruktur der SBBG Übersicht über die Beteiligungen des Unternehmens



In der Grafik wird die Konzernstruktur der SBBG dargestellt. Die Prozentangabe bezieht sich auf die jeweiligen Geschäftsanteile. Stand: Dezember 2015

Geschäftsverlauf

Die SBBG wies im Wirtschaftsjahr 2014 unter Berücksichtigung von Erträgen aus Verlustübernahme der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 21,19 Mio. € einen Jahresfehlbetrag von rd. 6,39 Mio. € aus. Dieser Jahresfehlbetrag wurde mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren in Höhe von 6,39 Mio. € verrechnet. Der Bilanzgewinn betrug somit 0,00 €. Wie in den Vorjahren war das Ergebnis der SBBG stark durch die Entwicklung ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Siehe hierzu die Übersicht auf Seite 15 zum Beteiligungsergebnis.

Das Beteiligungsergebnis 2014 (- 26.125 T€) verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr (- 19.406 T€) um 6.719 T€. Ursächlich hierfür sind insbesondere – wie aus der Tabelle ersichtlich – die höheren Verlustausgleichszahlungen an die Stadtbad GmbH (- 2.006 T€), an die Stadthalle GmbH (- 975 T€) sowie an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (- 1.885 T€) und die gegenüber dem Vorjahr reduzierte Gewinnausschüttung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) (- 1.774 T€).

Die Verluste der Stadtbad GmbH und der Stadthalle GmbH wurden zu 94,9 % bzw. 94,8 % im selben Geschäftsjahr übernommen. Am Ergebnis der BVAG ist die SBBG mit 25,1 % beteiligt.

Zur Ergebnisentwicklung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften wird auf die Ausführungen zur jeweiligen Gesellschaft verwiesen.

Neben dem Jahresabschluss der SBBG ist auch ein **Konzernabschluss** aufzustellen. Hierbei werden in einer Konzernbilanz, einer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und einem Konzern-Anlagespiegel alle entsprechenden Daten der Konzerngesellschaften addiert. Zusätzlich werden die Leistungsbeziehungen zwischen den Konzerngesellschaften eliminiert. Im Geschäftsjahr 2014 wurden neben der SBBG die BSVG, die KVM mit ihren Tochtergesellschaften Mundstock Reisen GmbH und Peiner Verkehrsgesellschaft mbH, die BBBG, die Stadthalle GmbH und die Stadtbad GmbH als **vollkonsolidierte Unternehmen** in den **Konzernabschluss** einbezogen. Als assoziierte Unternehmen wurden die BVAG und die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig im Konzernabschluss 2014 berücksichtigt.

Für 2014 ergibt sich unter Berücksichtigung der von der Stadt Braunschweig erhaltenen Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von 21,19 Mio. € ein **Konzernjahresfehlbetrag** in Höhe von 5,38 Mio. €. Aufgrund des bestehenden Verlustvortrages (-2,10 Mio. €) und des auf andere Gesellschafter – insbesondere der Stadt Braunschweig für die gehaltenen Gesellschaftsanteile an der Stadthalle GmbH und der Stadtbad GmbH – entfallenden Verlustanteils in Höhe von 0,54 Mio. € ergibt sich ein **Konzernbilanzverlust** von 6,95 Mio. €.

Beteiligungsergebnis

Die Zahlen in nachfolgender Übersicht beziehen sich auf die jeweilige Verlustübernahme der SBBG (-), bzw. die Gewinnzuführung an die SBBG (+).

SBBG (GmbH-GuV-Rechnung)	Ergebnis 2014 in T€	Veränderung in T€	Ergebnis 2013 in T€
Betriebsergebnis SBBG	285	1.236	-951
<u>Erträge aus Beteiligungen/</u> <u>Aufwendungen aus Verlustübernahmen:</u>			
Brg. Versorgungs-AG&Co.KG (BS ENERGY)	5.321	-1.774	7.095
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-19.684	-1.885	-17.799
Kraftverkehr Mundstock GmbH	175	-78	253
Kraftverkehrsgesellschaft mbH BS *	0	0	0
Brg. Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	0	-1	1
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig **	0	0	0
Stadtbad BS Sport und Freizeit GmbH	-7.714	-2.006	-5.708
Stadthalle BS Betriebsgesellschaft mbH	-4.223	-975	-3.248
Beteiligungsergebnis	-26.125	-6.719	-19.406
Zins/Finanzergebnis	-1.268	102	-1.370
Außerordentliches Ergebnis	-67	0	-67
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-346	-363	17
Steuern	-60	1	-61
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-27.581	-5.743	-21.838
Erträge aus Verlustübernahme	21.192	21.192	0
Jahresergebnis	-6.389	15.449	-21.838
Gewinnvortrag	6.389	-21.838	28.227
Bilanzgewinn	0	-6.389	6.389

* Ausgleichszahlung

** Ausschüttungen erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Auch in Zukunft wird das Ergebnis der SBBG hauptsächlich durch die Entwicklung ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Mit dem Aufbrauchen des restlichen Gewinnvortrags im Jahr 2014 wird voraussichtlich ein dauerhafter Verlustausgleich des Konzernverlusts durch die Stadt Braunschweig erforderlich.

Der von der Gesellschafterversammlung beschlossene Wirtschaftsplan 2015 der SBBG sieht unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ein Jahresergebnis von -23.273 T€ vor.

Am 28. Juli 2014 wurde ein Formwechsel der Braunschweiger Verkehrs-AG in die Braunschweiger Verkehrs-GmbH vollzogen.

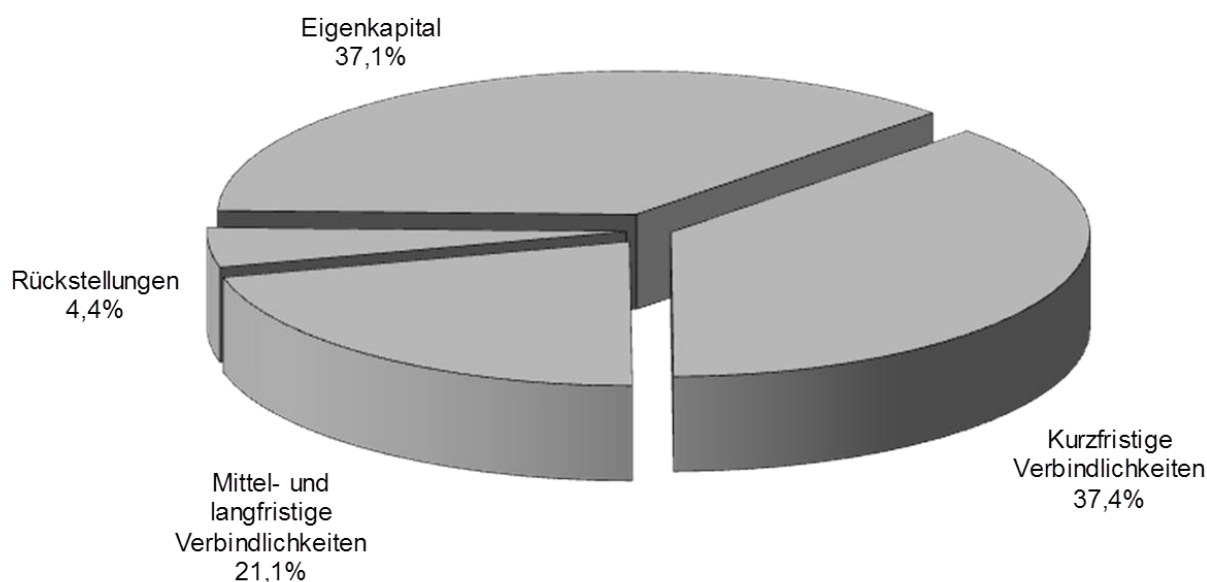
Bilanzdaten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,0	6	0,0	0	0,0
Sachanlagen	2.927	2,9	4.674	4,7	4.920	4,2
Finanzanlagen	85.263	85,6	86.847	86,9	88.778	75,5
Langfristig gebundenes Vermögen	88.197	88,5	91.527	91,6	93.698	79,7
Vorräte	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Forderungen	11.230	11,3	8.148	8,2	23.688	20,1
Liquide Mittel	187	0,2	257	0,3	187	0,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	11.417	11,5	8.405	8,4	23.875	20,3
Bilanzsumme	99.614	100,0	99.932	100,0	117.573	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	36.937	37,1	43.326	43,4	65.164	55,4
Rückstellungen	4.410	4,4	3.995	4,0	4.422	3,8
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	21.015	21,1	26.683	26,7	32.140	27,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten	37.252	37,4	25.928	25,9	15.847	13,5
Bilanzsumme	99.614	100,0	99.932	100,0	117.573	100,0

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Kapitalstruktur 2014

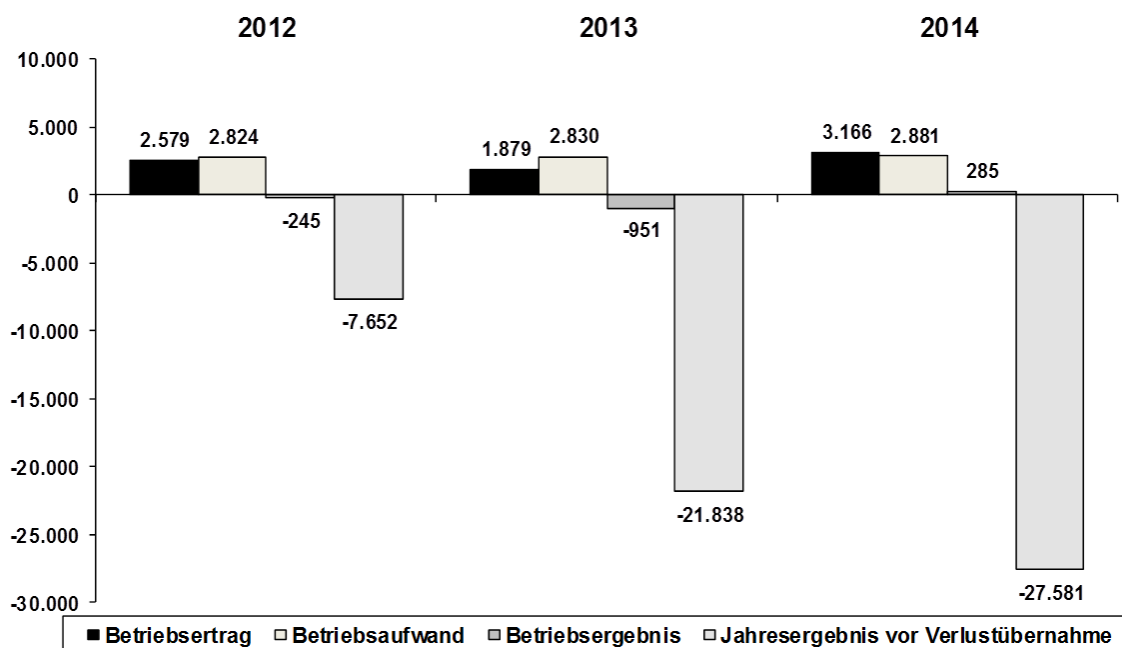


GuV-Daten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	1.816	240	1.576	1.784
Sonstige betriebliche Erträge	1.350	1.047	303	795
Betriebserträge	3.166	1.287	1.879	2.579
Materialaufwand	431	-62	493	833
Personalaufwand	876	-11	887	599
Abschreibungen	572	15	557	592
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.002	109	893	800
Betriebsaufwand	2.881	51	2.830	2.824
Betriebsergebnis	285	1.236	-951	-245
Beteiligungsergebnis (inkl. Finanzergebnis)	-27.393	-6.617	-20.776	-7.061
Unternehmensergebnis	-27.108	-5.381	-21.727	-7.306
Außerordentliches Ergebnis	-67	0	-67	-67
Steuern vom Einkommen und Ertrag	346	363	-17	216
Sonstige Steuern	60	-1	61	63
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-27.581	-5.743	-21.838	-7.652
Erträge aus Verlustübernahme	21.192	21.192	0	0
Jahresüberschuss (+)-fehlbetrag (-)	-6.389	15.449	-21.838	-7.652
Gewinn-(+), Verlustvortrag(-)	6.389	-21.838	28.227	35.879
Bilanzgewinn (+), -verlust (-)	0	-6.389	6.389	28.227

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

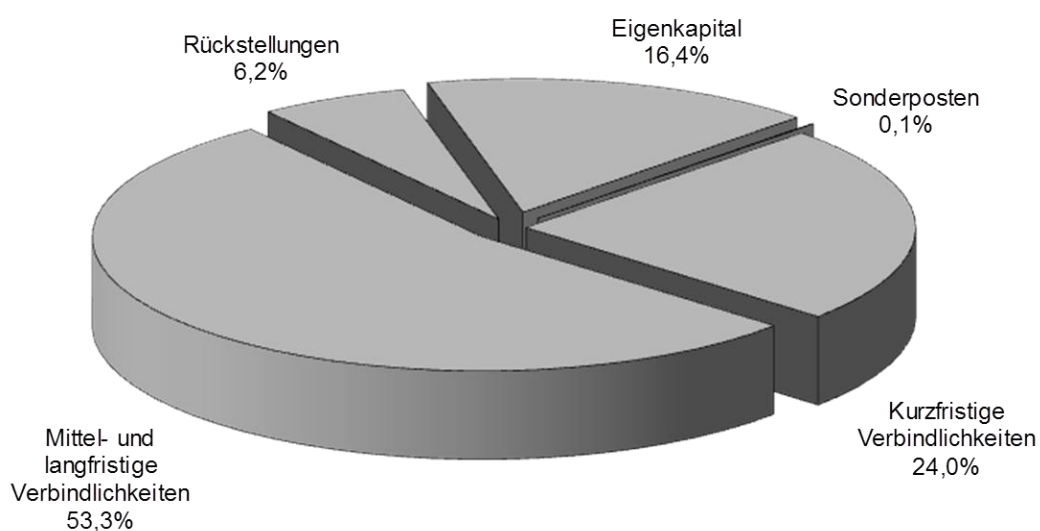
Konzern-Bilanzdaten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH - KONZERN

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	298	0,1	233	0,1	357	0,1
Sachanlagen	188.466	70,2	160.950	67,0	141.289	58,3
Finanzanlagen	58.013	21,6	58.341	24,3	61.121	25,2
Langfristig gebundenes Vermögen	246.777	91,9	219.524	91,4	202.767	83,6
Vorräte	2.331	0,9	2.366	1,0	2.294	0,9
Forderungen	15.983	6,0	15.373	6,4	34.734	14,3
Liquide Mittel	3.323	1,2	2.950	1,1	2.734	1,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	21.637	8,1	20.689	8,6	39.762	16,4
Bilanzsumme	268.414	100	240.213	100	242.529	100

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	43.966	16,4	48.833	20,3	73.378	30,3
Sonderposten für Zuwendungen	172	0,1	340	0,1	537	0,2
Rückstellungen	16.555	6,2	15.960	6,6	17.619	7,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	143.185	53,3	134.237	55,9	120.041	49,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	64.536	24,0	40.843	17,0	30.954	12,8
Bilanzsumme	268.414	100	240.213	100	242.529	100

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Konzern) Kapitalstruktur 2014

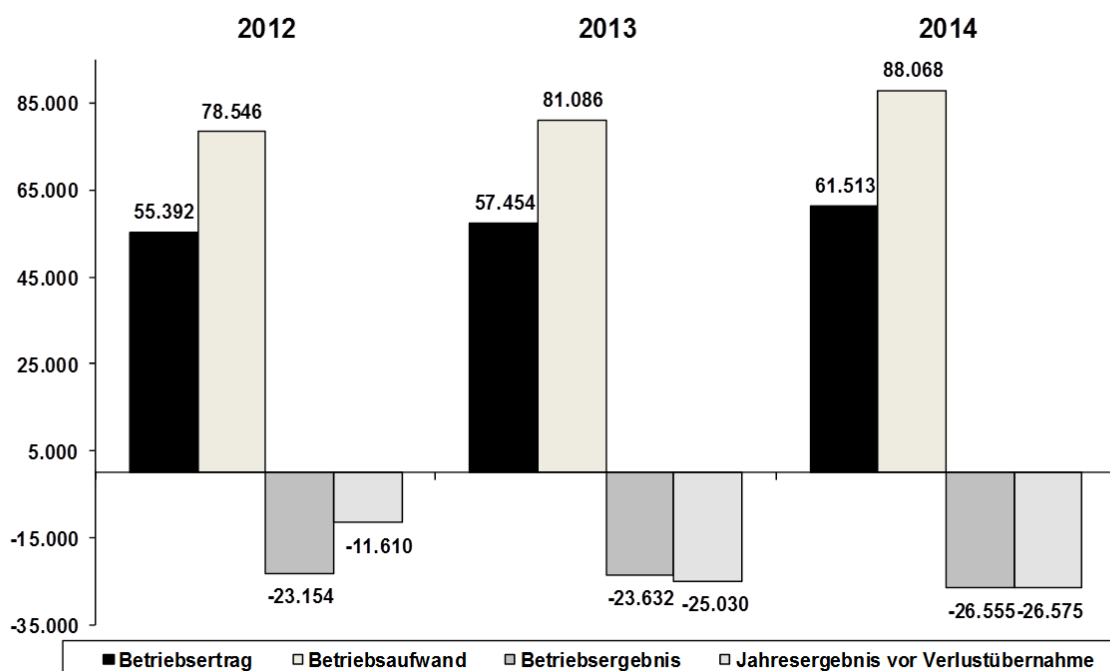


Konzern-GuV-Daten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung - KONZERN

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	56.368	2.567	53.801	51.904
Sonstige betriebliche Erträge	5.145	1.492	3.653	3.488
Betriebserträge	61.513	4.059	57.454	55.392
Materialaufwand	20.252	2.969	17.283	16.755
Personalaufwand	44.549	2.945	41.604	39.767
Abschreibungen	13.410	1.536	11.874	12.095
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.857	-468	10.325	9.929
Betriebsaufwand	88.068	6.982	81.086	78.546
Betriebsergebnis	-26.555	-2.923	-23.632	-23.154
Finanzergebnis	1.337	2.342	-1.005	12.941
Unternehmensergebnis	-25.218	-581	-24.637	-10.213
Außerordentliches Ergebnis	-85	0	-85	-877
Steuern vom Einkommen und Ertrag	361	378	-17	219
Sonstige Steuern	911	586	325	301
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-26.575	-1.545	-25.030	-11.610
Erträge aus Verlustübernahme	21.192	21.192	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag(-)	-5.383	19.647	-25.030	-11.610
Konzerngewinnvortrag aus Vorjahr bzw. Konzernverlustvortrag aus Vorjahr (-)	-2.102	-24.523	22.421	33.572
Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	535	28	507	459
Bilanzgewinn (+), -verlust (-)	-6.950	-4.848	-2.102	22.421

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Konzern) Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Braunschweiger Verkehrs-Aktiengesellschaft Braunschweiger Verkehrs-GmbH (ab 28. Juli 2014)

Gegenstand des Unternehmens

Die bisherige Braunschweiger Verkehrs-AG wurde mit Wirkung vom 28. Juli 2014 durch Formwechsel in die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) umfirmiert.

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr im Stadtgebiet sowie teilweise im Großraum Braunschweig zusammen mit anderen Verkehrsunternehmen innerhalb des Verbundtarifs Region Braunschweig (VRB). Zu diesem Zweck unterhält die BSVG insgesamt 35 Bus- sowie 5 Straßenbahnlinien. Die Beförderungsleistungen werden durch die Gesellschaft im Wesentlichen selbst übernommen. Darüber hinaus beauftragt sie Busunternehmen als Subunternehmer. Zur Wartung und Reparatur unterhält die Gesellschaft zurzeit 2 Betriebshöfe. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen.

Die Linien-Verkehrsgenehmigungen sind befristet. Die für die Stadtbahn bestehenden Linienkonzessionen laufen bis 2028, die Liniengenehmigungen für den Stadtbus wurden von der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH als zuständiger Genehmigungsbehörde insgesamt bis zum sog. „Harmonisierungszeitpunkt“ 30. September 2015 verlängert. Bei der zum 1. Oktober 2015 erforderlich werdenden Neuerteilung und Finanzierung der Verkehrsleistungen waren die Anforderungen der EU-VO 1370/2007 sowie das zum 1. Januar 2013 novellierte Personenbeförderungsgesetz zu beachten.

Ab 1. Oktober 2015 haben der Zweckverband Großraum Braunschweig als hier zuständiger Aufgabenträger für den ÖPNV und die Stadt Braunschweig als mittelbare Gesellschafterin die BSVG zusammen als Gruppe von Behörden nach Art. 5 Abs. 2 der EU-VO 1370/2007 im Wege der Direktvergabe auf Basis eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr (Stadtbahn und Stadtbus in Braunschweig) als interner Betreiber beauftragt. Der öDA ersetzt die bisherige Betrauung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH.

Die Beförderungsentgelte beruhen auf dem VRB. Darüber hinaus hat die Gesellschaft in 2009 ein vom Verbundtarif unabhängigen Braunschweiger Stadttarif eingeführt, der inzwischen für das gesamte Ticketsortiment angeboten wird. Die Feststellung der Beförderungsentgelte und die Änderung der Tarifbestimmungen unterliegen einem behördlichen Zustimmungserfordernis.

Die Gesellschaft erhält zudem Ausgleichszahlungen nach § 45 a PBefG für die rabattierte Beförderung von Schülern sowie Erstattungen nach § 148 SGB IX für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter.

Durch den bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Obergesellschaft Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) ist der Ausgleich des strukturell bedingten jährlichen Fehlbetrages und dadurch die Erhaltung des Eigenkapitals der BSVG zurzeit gesichert.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem o. g. Gegenstand des Unternehmens. Im Rahmen der Daseinsvorsorge obliegt der BSVG die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet sowie die verkehrliche Anbindung von Nachbargemeinden. Auf Basis des VRB ist sie zur Erbringung der Beförderungsleistungen einschließlich der Fahrzeugvorhaltung und des Netzmanagements (Fahrplanung, Marketing und Vertrieb) sowie zur Vorhaltung der ortsfesten Schieneninfrastruktur verpflichtet. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich eingehalten wird.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 17.938.432 €

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Nach dem Formwechsel sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung Organe der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Carsten Müller	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Günther Jakob	Arbeitnehmervertreter, 1. stellv. Vorsitzender
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig (Mitglied ab 30.07.2015, 2. stellv. Vorsitzender ab 16.11.2015)
Manfred Pesditschek	Ratsherr der Stadt Braunschweig, 2. stellv. Vorsitzender (bis 01.06.2015)
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig (ab 01.02.2014)
Joachim Roth	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig (bis 31.01.2014)
Kurt Schrader	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Reinhard Manlik	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Manfred Dobberphul	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Holger Herlitschke	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Jürgen Beyer	Arbeitnehmervertreter
Dirk Riemenschneider	Arbeitnehmervertreter
Volker Tanger	Arbeitnehmervertreter
Stefan Zander	Externes Mitglied

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern. Neben dem Oberbürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen und vom Rat der Stadt Braunschweig benannten Beschäftigten der Stadt und den sieben weiteren vom Rat der Stadt Braunschweig zu benennenden Mitgliedern (davon eine erfahrene Persönlichkeit aus Wirtschaft, Bankwesen oder freien Berufen, die nicht dem Rat der Stadt Braunschweig angehört) sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes auch vier Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Geschäftsführung

Jörg Reincke	Geschäftsführer (ab 01.09.2014)
Dirk Fischer	Interimgeschäftsführer/-vorstand (vom 01.04.2014 bis 31.08.2014)
Georg Hohmann	Vorstand (bis 31.03.2014)

Wichtige Verträge

Es besteht ein gewerbe- und körperschaftsteuerliches Organschaftsverhältnis zur Obergesellschaft SBBG.

Mit der SBBG wurden ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, nach dem die SBBG diverse Verwaltungsleistungen für die BSVG übernimmt. Ferner besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, nach dem letztere die Dienstleistung EDV für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH erbringt.

Die BSVG ist Mitgesellschafterin der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH (VRB). Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört u. a. auch die Weiterentwicklung des Verbundtarifs.

Zwischen der damaligen Verkehrs-AG und verschiedenen Verkehrsunternehmen der Region Braunschweig wurde in 2005 der Kooperationsvertrag zur Fortentwicklung des Verbundtarifes Region Braunschweig geschlossen. Auf der Grundlage dieses Vertrages haben die Vertragspartner einen Einnahmenaufteilungs- und Ausgleichsvertrag abgeschlossen, der die Einzelheiten der Einnahmenaufteilung und des Ausgleichs der verbundbedingten Mindereinnahmen regelt. Zudem besteht zur Durchsetzung von Restrukturierungszielen die Vereinbarung zur Anwendung des Spartentarifvertrages für Nahverkehrsbetriebe.

Zur EuGH-rechtskonformen Finanzierung und gleichzeitig als Nachfolgeregelung der Betrauung wurde die BSVG ab 1. Oktober 2015 vom ZGB und der Stadt Braunschweig im Wege der Direktvergabe gemäß Art. 3 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007 auf Basis eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr in Braunschweig (Stadtbahn und Stadtbus) als interner Betreiber beauftragt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2014 waren bei der BSVG durchschnittlich 587 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 575). Ferner hat die BSVG 2014 14 Auszubildende beschäftigt.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 19,68 Mio. € ausgewiesen, der gemäß dem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Obergesellschaft SBBG ausgeglichen wurde. Dieser Jahresfehlbetrag überschreitet das geplante Jahresergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von 18,90 Mio. € um 0,78 Mio. €. Die wesentlichen Gründe für die Abweichung sind geringer als geplant angestiegene Umsatzerlöse aufgrund der zu warmen und trockenen Witterung im Winter 2013/2014 und lang anhaltender Schienenersatzverkehre. Zudem sind geringere Ausgleichsleistungen aus Abgeltungszahlungen nach § 148 SGB IX und stärker steigende Personalkosten in Folge von Tarifabschlüssen zu konstatieren.

Am 28. November 2014 erfolgte – zunächst probeweise für ein Jahr – die Einführung eines durchgehenden Nachtverkehrs in alle Stadtteile an den Wochenenden. Der Rat der Stadt hat am 17. November 2015 der Weiterführung der Nachtlinien mit einzelnen Angebotsanpassungen zugestimmt. So wurde u. a. der bisherige 60-Minuten-Takt auf einen 70-Minuten-Takt auf allen Linien erhöht. Nach Anpassung entsteht hierfür ein Finanzierungsbedarf von 0,3 Mio. € pro Jahr.

Das Investitionsvolumen der BSVG betrug im Geschäftsjahr 2014 rd. 14,0 Mio. €. Investitionsschwerpunkte bildeten vor allem Gleissanierungen und Gleisumbaumaßnahmen im Bereich der Wendenstraße und Hamburger Straße. In die Beschaffung moderner, klimatisierter Gelenk- und Solo-Omnibusse wurden in 2014 rd. 3,1 Mio. € investiert. Für Anzahlungen zur Beschaffung der neuen Niederflurstadtbahnen „Tramino“ wurden rd. 2,6 Mio. € und in das E-Mobility-Projekt „Emil“ wurden rd. 1,3 Mio. € investiert.

Besondere Kennzahlen

Verluste

Jahr	Verlust in €
2004	23.457.699
2005	20.916.109
2006	19.836.001
2007	19.574.963
2008	17.932.876
2009	18.800.343
2010	16.211.051
2011	17.586.026
2012	18.729.719
2013	17.799.102
2014	19.684.041

Fahrzeuge und Liniennetz

	2014		2013	
	Stadtbahn	Bus	Stadtbahn	Bus
Zahl der Linien	5	35	5	35
Länge des Liniennetzes in km	51,1	434,38	51,1	434,38
Angebote Leistung in Nutz-km	2.485.414	7.485.430	2.519.295	7.480.884
Betriebsmittel Anzahl:				
Triebwagen/Bus	50	148	50	150
Beiwagen	26	0	26	0
Sonderfahrzeuge	11	1	11	1
Gesamtanzahl	87	149	87	151
Erlöse aus Personenbeförderung* (T€)	35.480		35.393	

* Tarifeinnahmen aus Linien- und Gelegenheitsverkehr (Fahrgastbeförderung) nach Verbundausgleich sowie übrige Einnahmen inkl. Ausgleichszahlungen und Erstattungen (z. B. für Schwerbehinderte, Schüler)

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wird ein Ergebnis in Höhe von -19,41 Mio. € erwartet, welches aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der SBBG ausgeglichen wird. Die BSVG ist nach jahrelanger Ergebnisverbesserung durch Rationalisierung, Restrukturierung und nachfragebezogener Angebotsüberprüfung nunmehr an einem Produktionskostenlimit angelangt. Kostensteigerungen sowie zusätzliche Anforderungen Dritter oder gesetzliche Änderungen sind nicht mehr zu kompensieren.

Als Investitionsschwerpunkte 2015 sind vor allem Stadtbahnbeschaffungen (7,65 Mio. €) und Fahrzeugumrüstungen (1,01 Mio. €), Gleisbaumaßnahmen im Bereich Leonhardplatz (2,36 Mio. €), Hagenmarkt (0,86 Mio. €) sowie im Bereich Gifhorner Straße, Willy-Brandt-Platz, Stöckheim und Donaustraße (insgesamt 3,11 Mio. €) zu nennen.

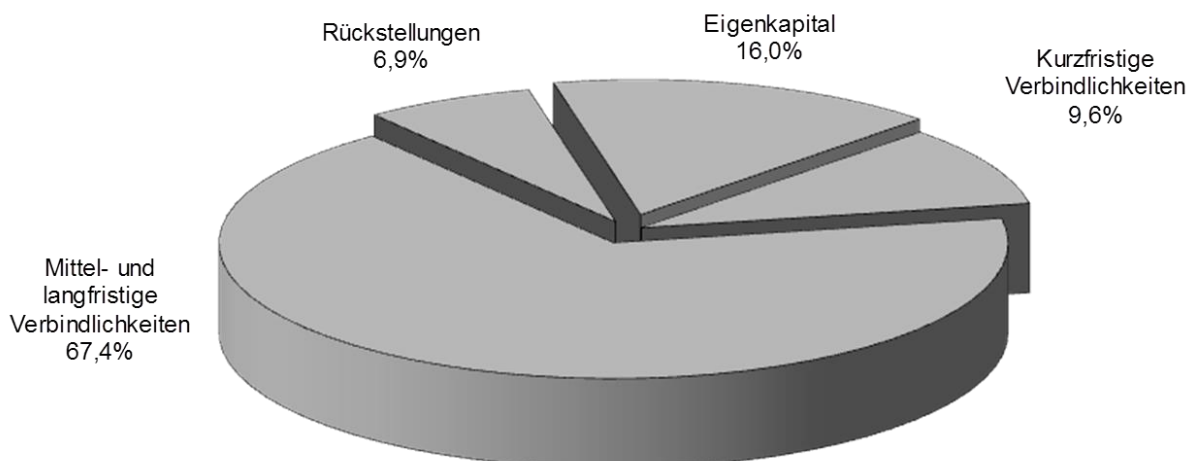
Bilanzdaten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Braunschweiger Verkehrs-GmbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	142	0,1	152	0,1	176	0,2
Sachanlagen	113.006	92,6	107.470	89,5	100.429	87,8
Finanzanlagen	54	0,0	80	0,1	130	0,1
Langfristig gebundenes Vermögen	113.202	92,8	107.702	89,7	100.735	88,0
Vorräte	2.080	1,7	2.126	1,8	2.076	1,8
Forderungen	5.084	4,2	9.507	7,9	10.042	8,8
Liquide Mittel	1.640	1,3	789	0,7	1.557	1,4
Kurzfristig gebundenes Vermögen	8.804	7,2	12.422	10,3	13.675	12,0
Bilanzsumme	122.006	100,0	120.124	100,0	114.410	100,0

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	19.578	16,0	19.578	16,3	19.578	17,1
Rückstellungen	8.478	6,9	9.896	8,2	11.808	10,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	82.223	67,4	81.239	67,6	72.003	62,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten	11.727	9,6	9.411	7,8	11.021	9,6
Bilanzsumme	122.006	100,0	120.124	100,0	114.410	100,0

Braunschweiger Verkehrs-GmbH Kapitalstruktur 2014

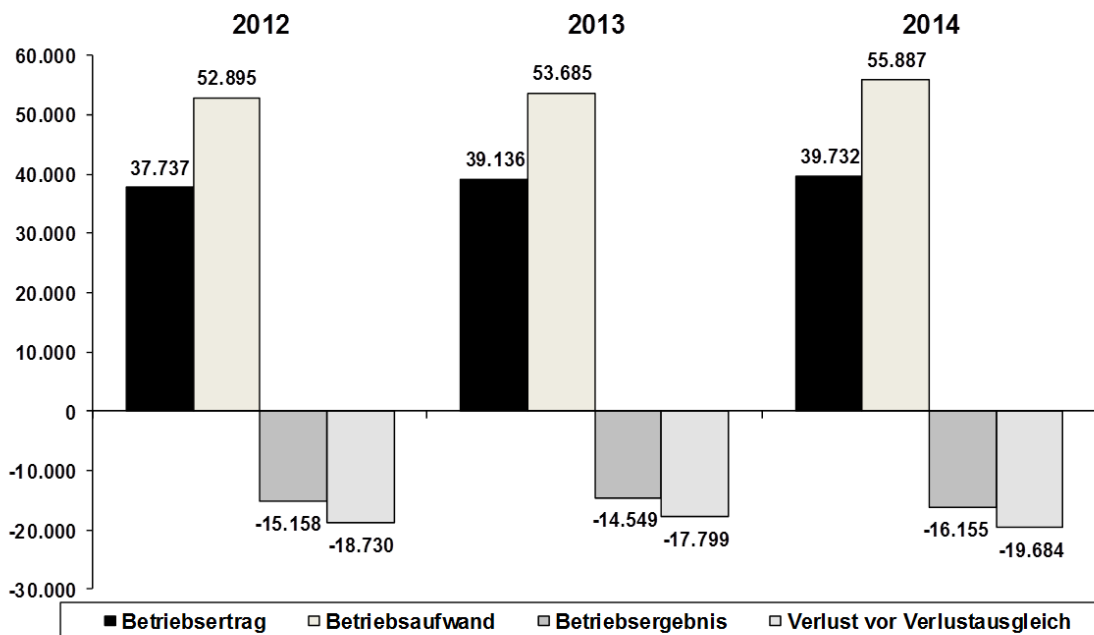


GuV-Daten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	Veränderung	2013	2012
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	37.032	-134	37.166	36.426
Sonstige betriebliche Erträge	2.700	730	1.970	1.311
Betriebserträge	39.732	596	39.136	37.737
Materialaufwand	16.190	-81	16.271	17.109
Personalaufwand	28.083	1.568	26.515	24.411
Abschreibungen	8.476	332	8.144	8.057
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.138	383	2.755	3.318
Betriebsaufwand	55.887	2.202	53.685	52.895
Betriebsergebnis	-16.155	-1.606	-14.549	-15.158
Finanzergebnis	-3.306	-129	-3.177	-2.706
Unternehmensergebnis	-19.461	-1.735	-17.726	-17.864
Außerordentliches Ergebnis	-19	-1	-18	-810
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	204	149	55	56
Erträge aus Verlustübernahme	19.684	1.885	17.799	18.730
<small>(entspricht der Höhe des Jahresverlustes)</small>				
<u>Jahresergebnis nach</u>				
<u>Verlustübernahme</u>	0	0	0	0

Braunschweiger Verkehrs-GmbH
Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Verkehrsleistungen mit Bussen und Bahnen, Planung und Bau von Bahn- und Betriebsanlagen sowie die Erbringung von Werkstatteleistungen.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 26.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist nicht konstituiert.

Geschäftsführung

Andreas Ruhe

Wichtige Verträge

Mit der SBBG als Obergesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Geschäftsverlauf

Die Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG) wies für 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von 161,59 € aus, der entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag in voller Höhe an die SBBG abgeführt wurde.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Auch in Zukunft wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Die Gesellschaft hat zurzeit ihre aktive Geschäftstätigkeit eingestellt und beschäftigt kein eigenes Personal.

Gegenstand des Unternehmens

Die wesentliche Geschäftstätigkeit des Unternehmens besteht in der Durchführung von Auftragsverkehren auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs mit Omnibussen. Dazu stellt die Gesellschaft auf vertraglicher Grundlage insbesondere der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) Fahrer und Fahrzeuge zur Verfügung, die im Linienverkehr eingesetzt werden.

Neben diesen Auftragsverkehren betreibt die Gesellschaft eigene Linien im Braunschweiger Umland und vermietet Fahrzeuge an Tochterunternehmen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der Öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem oben genannten Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Ressourcen für den öffentlichen Personennahverkehr fördern diesen und dienen damit dem gemeinsamen Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 312.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Carsten Müller	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig (Mitglied ab 22.07.2015, stellv. Vorsitzender ab 16.11.2015)
Manfred Pesditschek	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender (bis 01.06.2015)
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig (ab 01.01.2015)
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Brg. (vom 01.02.2014 bis 31.12.2014)
Joachim Roth	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig (bis 31.01.2014)
Kurt Schrader	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Manfred Dobberphul	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Holger Herlitschke	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Daneben hat ein Betriebsratsmitglied das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Jörg Reincke	Geschäftsführer (ab 01.09.2014)
Frank Brandt	Interimsgeschäftsführer (vom 01.04.2014 bis 31.08.2014)
Georg Hohmann	Geschäftsführer (bis 31.03.2014)

Wichtige Verträge

Es besteht ein gewerbe- und körperschaftsteuerliches Organschaftsverhältnis zur Obergesellschaft SBBG. Zwischen der SBBG als Obergesellschaft und der KVM besteht außerdem ein Beherrschungs- und Gewinnab-

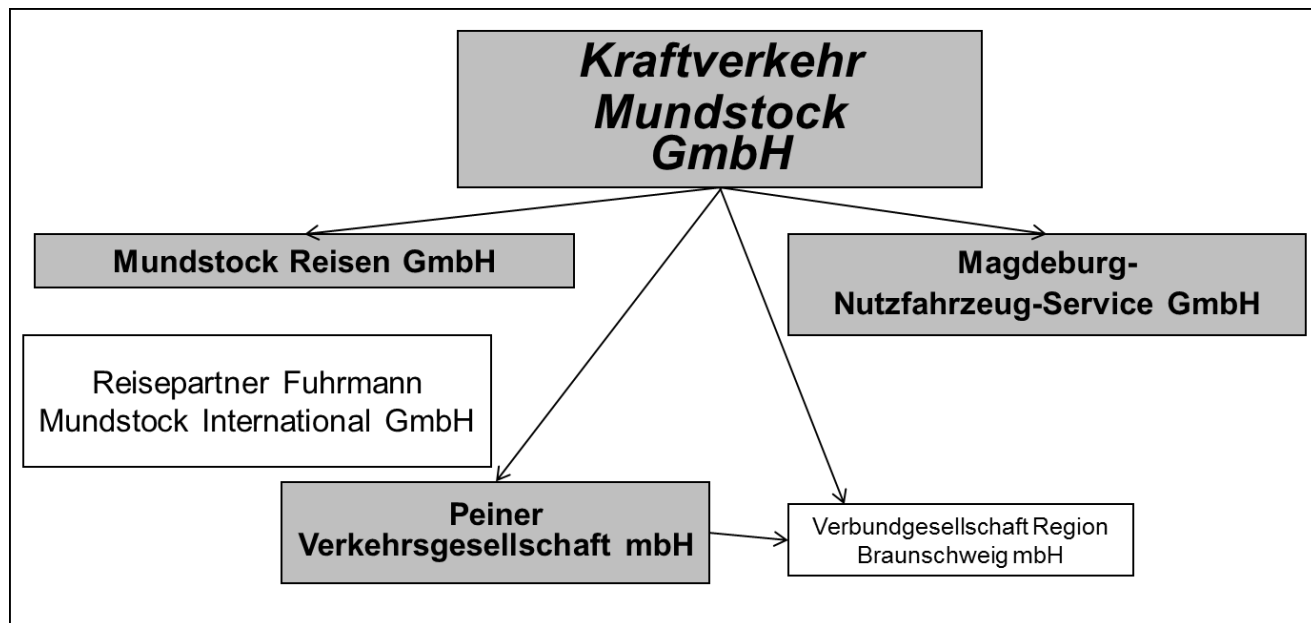
führungsvertrag. Daneben besteht ein Ergebnis- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der KVM als Obergesellschaft und der Mundstock Reisen GmbH. Die Ausschüttung der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH erfolgt erst nach Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses und somit um ein Jahr zeitversetzt.

Des Weiteren besteht eine Beteiligung der KVM an der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH.

Zudem hat die Gesellschaft mit der BSVG einen Vertrag abgeschlossen, auf dessen Grundlage der BSVG Fahrer und Fahrzeuge für den Linienverkehr zur Verfügung gestellt werden (s. o.).

Struktur der Unternehmensgruppe Mundstock (Stand: Dezember 2015)

Die Kraftverkehr Mundstock GmbH hält 100 % der Anteile an der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH und der Mundstock Reisen GmbH und ist mit 50,96 % der Anteile an der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH beteiligt.



Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte in 2014 durchschnittlich 126 Mitarbeiter (Vorjahr: 127). In der Unternehmensgruppe Mundstock (also einschließlich der Tochtergesellschaften, s. o.) hatte die Gesellschaft in 2014 im Durchschnitt 219 Mitarbeiter (Vorjahr: 217).

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die KVM einen Jahresüberschuss in Höhe von 175 T€, der gemäß dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag an die SBBG als Obergesellschaft abgeführt wurde. Im Ergebnis 2014 sind ein Ertrag aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Mundstock Reisen GmbH in Höhe von 147 T€ und eine Gewinnausschüttung aus der Beteiligung an der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH in Höhe von 56 T€ (Basis: Jahresabschluss 2013) enthalten.

Die Finanzierung der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH, mit der kein Ergebnisabführungsvertrag besteht, ist dem Grunde nach über die sog. „Allgemeine Vorschrift“ gemäß der EU-VO 1370/2007 durch Zahlungen des Zweckverbands Großraum Braunschweig (ZGB) sichergestellt. Der zwischen dem ZGB und dem Landkreis Peine bestehende Refinanzierungsvertrag wurde bis zum 31.12.2017 verlängert. Im Jahr 2014 erzielte die PVG einen Jahresüberschuss in Höhe von 17 T€.

Die KVM ist von der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit, da sie selbst und ihre Töchter in den Konzernabschluss der Obergesellschaft SBBG einbezogen sind (§ 291 HGB).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der Gesellschaft wird überwiegend durch den Umfang der Leistungen für die BSVG sowie die bei der Abrechnung der Leistungen vereinbarten Modalitäten bestimmt. Des

Weiteren bestehen Risiken durch rückläufige Schülerzahlen und einem Rückgang der Fahrgastbeförderungen, zudem im Reisebereich aufgrund der Abhängigkeit vom Reise- und Großveranstaltungsmarkt.

Bei weiterhin unveränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Beibehaltung eines straffen Kostenmanagements wird für 2015 ein Jahresüberschuss (ohne Tochtergesellschaften) in Höhe von rd. 77 T€ geplant. Unter Berücksichtigung einer erwarteten Ergebnisabführung der Tochtergesellschaften ergibt sich ein Überschuss von rd. 187 T€.

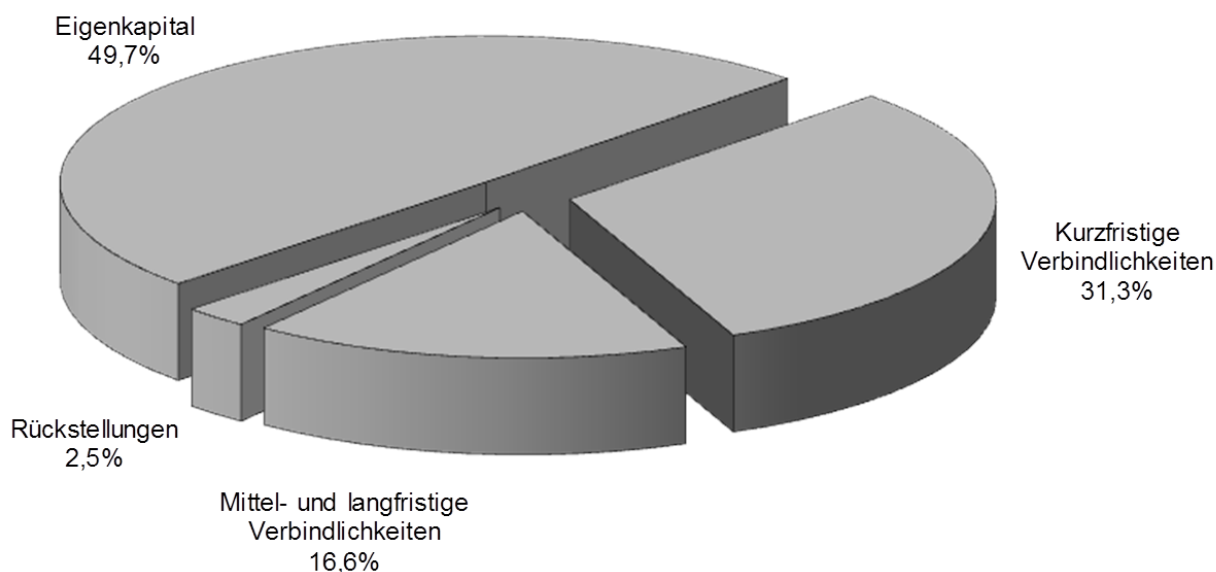
Bilanzdaten der Kraftverkehr Mundstock GmbH

Dargestellt wird nur der Jahresabschluss der Kraftverkehr Mundstock GmbH, ein Konzernabschluss wird nicht aufgestellt (s. o.).

Kraftverkehr Mundstock GmbH						
BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0,1	7	0,1	1	0,0
Sachanlagen	3.101	39,8	3.206	42,1	3.100	40,7
Finanzanlagen	2.894	37,1	2.894	38,0	2.894	37,9
Langfristig gebundenes Vermögen	6.000	77,0	6.107	80,2	5.995	78,6
Vorräte	121	1,6	139	1,8	119	1,6
Forderungen	1.224	15,7	1.158	15,2	1.368	17,9
Liquide Mittel	450	5,8	212	2,8	144	1,9
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.795	23,0	1.509	19,8	1.631	21,4
Bilanzsumme	7.795	100,0	7.616	100,0	7.626	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.873	49,7	3.872	50,8	3.872	50,8
Rückstellungen	192	2,5	198	2,6	301	3,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	1.294	16,6	1.438	18,9	1.250	16,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.436	31,3	2.108	27,7	2.203	28,9
Bilanzsumme	7.795	100,0	7.616	100,0	7.626	100,0

Kraftverkehr Mundstock GmbH Kapitalstruktur 2014



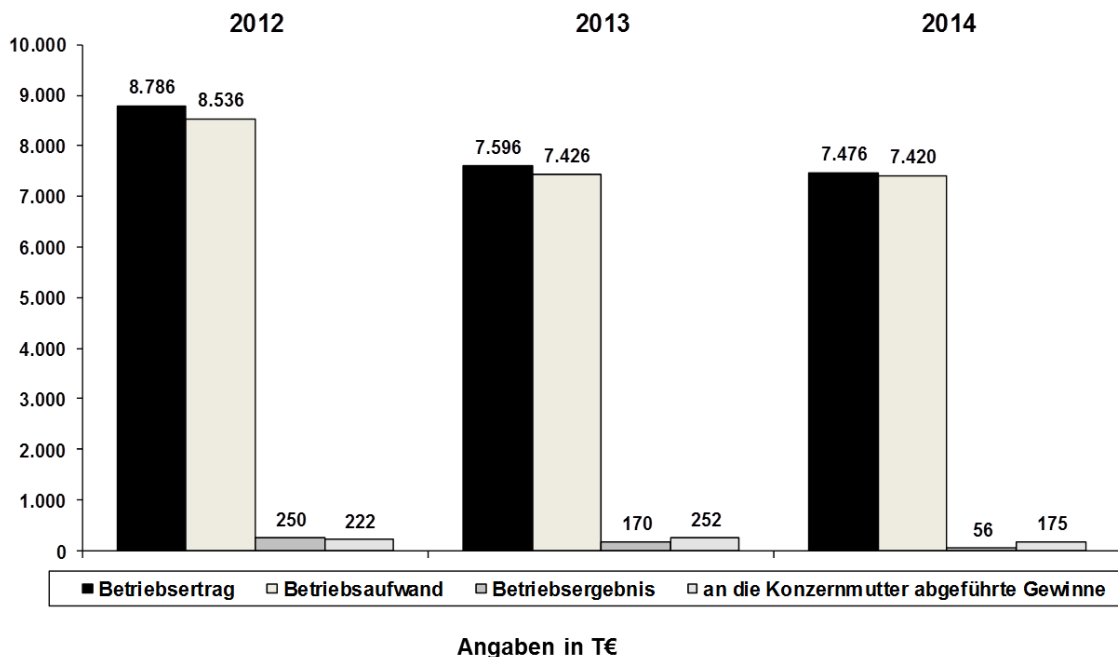
GuV-Daten der Kraftverkehr Mundstock GmbH

Dargestellt wird nur der Jahresabschluss der Kraftverkehr Mundstock GmbH, ein Konzernabschluss wird nicht aufgestellt (s. o.).

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	6.959	-51	7.010	8.189
Sonstige betriebliche Erträge	517	-69	586	597
Betriebserträge	7.476	-120	7.596	8.786
Materialaufwand	1.859	-189	2.048	1.970
Personalaufwand	4.656	134	4.522	5.700
Abschreibungen	374	25	349	401
Sonstige betriebliche Aufwendungen	531	24	507	465
Betriebsaufwand	7.420	-6	7.426	8.536
Betriebsergebnis	56	-114	170	250
Finanzergebnis	136	31	105	-12
Unternehmensergebnis	192	-83	275	238
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	17	-6	23	16
Aufgrund des Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	175	-77	252	222
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0	0

Kraftverkehr Mundstock GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Stadhalle Braunschweig und der im September 2000 eröffneten Volkswagen-Halle sowie seit 2006 auch des Eintracht-Stadions.

Beide Hallen werden von der Gesellschaft an Dritte für Veranstaltungen, Kongresse und Ähnliches vermietet. Der Abschluss von Mietverträgen kommt durch Initiative der Gesellschaft und durch Veranstaltungsagenturen zustande. Zudem erfolgt eine Kooperation mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH.

Auch das Eintracht-Stadion wird seitens der Gesellschaft an Dritte für Veranstaltungen, vor allem Sportveranstaltungen, vermietet.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die Erfüllung des öffentlichen Versorgungsauftrages im Rahmen der Daseinsvorsorge durch Vorhaltung und Betrieb von insbesondere der Kultur, dem Sport und der Fortbildung dienender öffentlicher Veranstaltungsorte innerhalb des Stadtgebietes Braunschweig im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	1.350	5,1923
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	24.650	94,8077
	26.000	100

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Klaus Wendroth	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 22.07.2015)
Manfred Pesditschek	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 01.06.2015)
Christoph Bratmann	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Mitglied ab 21.07.2015, stellv. Vorsitzender ab 22.07.2015
Reinhard Manlik	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender bis 22.07.2015
Hennig Brandes	Ratsherr der Stadt Braunschweig (bis 21.10.2014)
Thorsten Köster	Ratsherr der Stadt Braunschweig (ab 21.10.2014)
Anke Kaphammel	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Tanja Pantazis	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Karl-Heinz Kubitz	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Klaus Krauth	Mandat der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ulrich Stegemann	Stadtrat der Stadt Braunschweig (bis 31.01.2014)
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig (ab 01.02.2014)

Der Aufsichtsrat besteht aus neun vom Rat der Stadt entsandten Mitgliedern sowie dem Oberbürgermeister oder einem vom ihm vorgeschlagenen und vom Rat der Stadt entsandten städtischen Bediensteten. Daneben hat ein Betriebsratsmitglied das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Stephan Lemke

Wichtige Verträge

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Ab dem 1. August 2012 ist die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Braunschweig seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut worden. Die Betrauung ist notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen.

Betriebsteil Stadthalle

Zum 1. Januar 2008 wurde zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft ein neuer Pachtvertrag über Grundstück und Gebäude der Stadthalle abgeschlossen. Hiernach hat die Gesellschaft einen jährlichen Pachtzins zzgl. Umsatzsteuer an die Stadt zu entrichten. Daneben besteht ein Pachtvertrag für die Stadthal-
len-Gastronomie.

Zum 1. Januar 2013 wurde zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft ein Pachtvertrag über die Straße „An der Stadthalle“ und das Parkdeck an der Stadthalle im Hinblick auf die Umsetzung des Parkraum-
bewirtschaftungskonzeptes abgeschlossen.

Betriebsteil VW-Halle

Auf Basis des Ratsbeschlusses vom 17. Dezember 2013 wurde das Erbbaurecht der Volkswagen Halle von der bisherigen Eigentümerin, der Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig, mit Wirkung vom 30. Juni 2014 auf die Gesellschaft übertragen.

Mit einer Gastronomiegesellschaft besteht ein Pachtvertrag bezüglich der Gastronomie in der VW-Halle.

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Zwischen der Gesellschaft und der Stadt Braunschweig als Eigentümerin des Stadions besteht ein Vertrag zur Regelung der Nutzung und Bewirtschaftung des Stadions. Daneben bestehen Nutzungsverträge, vor allem mit dem Hauptnutzer, der Eintracht Braunschweig GmbH & Co. KGaA. Dieser Vertrag wurde in 2011 vor dem Hintergrund des Stadionausbaus mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2022 neu geschlossen.

Zudem haben die Stadt Braunschweig und die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH einen Vertrag zur Übertragung der Namensrechte für das „Stadion an der Hamburger Straße“ auf die Stadthallen GmbH geschlossen. Dieser wurde über den 30. Juni 2015 hinaus für drei weitere Jahre bis zum 30. Juni 2018 verlängert. Mittels eines Sponsorenvertrages zur Vermarktung der Namensrechte wurde das Benennungsrecht an die Volkswagen Financial Services AG veräußert. Parallel hierzu hat die Stadthallen GmbH mit der Eintracht Braunschweig GmbH und Co. KGaA einen Nutzungsvertrag über die Teilnutzung der Rechte am Namen „Eintracht“ geschlossen. Auf Wunsch des Sponsors wird der Name „Eintracht-Stadion“ für die Dauer der Vertragslaufzeit beibehalten.

Das Eintracht-Stadion verfügt über ein Fußballspielfeld mit einer Größe von 105 m x 68 m, eine achtbahnige Laufbahn und Leichtathletikeinrichtungen sowie zwei Video-Matrixtafeln. Nach erfolgtem Ausbau der Nordkurve und der Westtribüne bietet das Eintracht-Stadion Platz für rd. 24.400 Zuschauer und stellt insbesondere dem Profisport von Eintracht Braunschweig und den New Yorker Lions, aber auch für Leichtathletikwettkämpfe auf nationaler und internationaler Ebene optimale Rahmenbedingungen zur Verfügung. Zudem wird das Stadion von Schulen und der Technischen Universität Braunschweig genutzt und dient u. a. auch als Veranstaltungsort.

Geschäftsverlauf

Betriebsteil Stadthalle

Die Zahl der Veranstaltungen in der Stadthalle liegt mit 386 Veranstaltungen (Vorjahr: 411) unter dem Ergebnis des Vorjahres, die Besucherzahlen konnten mit 205.284 (Vorjahr: 213.354) das Vorjahresergebnis ebenfalls nicht ganz erreichen.

Im Veranstaltungssegment Tagungen und Kongresse haben in den Hauptsälen zwar mehr Veranstaltungen stattgefunden, die Teilnehmerzahlen blieben dabei aber unter denen des Vorjahres. Eine weiterhin gute Auslastung zeigt sich in den Bereichen Kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen.

Nach Abschluss der Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten im Rahmen des „Projekts 2009“ kann die langfristige und zukunftsorientierte Wettbewerbsfähigkeit der Stadthalle als Veranstaltungsort gewährleistet werden. Neben einer optischen und architektonischen Aufwertung erfolgten eine Modernisierung der Veranstaltungstechnik und der funktionalen Ausstattung sowie eine Sanierung von haustechnischen Anlagen.

Der Betriebsteil Stadthalle wies für das Geschäftsjahr 2014 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.324 T€ aus, der anteilig von den Gesellschaftern entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis getragen wurde.

Betriebsteil VW-Halle

Insgesamt wurden im Jahr 2014 112 (Vorjahr: 91) Veranstaltungen mit rd. 244.382 (Vorjahr: 210.265) Besuchern durchgeführt. Durch diese hohe Auslastung konnten die Umsatzerlöse die Planzahlen deutlich übertreffen. Diesen Mehrerträgen stehen insbesondere gestiegene Raumaufwendungen gegenüber, die jedoch kompensiert werden können. Gegenüber den Planung ergibt sich für den Betriebsteil VW-Halle eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 206 T€.

Im Betriebsteil Volkswagen Halle ergab sich insgesamt ein Verlust von 1.304 T€, der von den Gesellschaftern ausgeglichen wurde.

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Im Jahr 2014 wurden im Eintracht-Stadion 47 Veranstaltungen (Vorjahr: 39) mit 488.510 Besuchern (Vorjahr: 425.915) durchgeführt. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Heimspiele des BTSV Eintracht Braunschweig sowie der New Yorker Lions (American Football). Zudem wurde am 21. und 22. Juni 2014 die Leichtathletik-Team-Europameisterschaft 2014 (EATCH) durchgeführt.

Für den Betriebsteil Eintracht-Stadion wurde im Wirtschaftsjahr 2014 ein von den Gesellschaftern übernommener Fehlbetrag von 826 T€ ausgewiesen.

Gesamtergebnis

Der Jahresfehlbetrag 2014 der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH für die drei Betriebsteile beträgt 4.833 T€ (Vorjahr: 3.840 T€). Hiervon wurden 379 T€ (Vorjahr: 414 T€) durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage für die erfolgten Sanierungen im Rahmen des „Projekts 2009“ ausgeglichen. Der verbleibende Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.454 T€ (Vorjahr: 3.426 T€) wurde in Höhe von 4.412 T€ von den Gesellschaftern ausgeglichen. Somit verbleibt ein Bilanzverlust in Höhe von 42 T€, der in das Jahr 2015 vorgetragen und von der Stadt Braunschweig in 2015 ausgeglichen sowie mit dem Verlustvortrag verrechnet wurde.

Besondere Kennzahlen

Betriebsteil Stadthalle - Großer Saal und Congress Saal

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2014				2013			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Großer Saal	Congress Saal	Großer Saal	Congress Saal	Großer Saal	Congress Saal	Großer Saal	Congress Saal
Kulturelle Veranstaltungen	88	25	103.700	5.935	86	12	106.169	3.860
Gesellschaftl. Veranstaltungen	31	7	29.731	2.070	27	17	29.619	3.567
Tagungen, Kongresse	42	63	22.959	10.795	38	57	25.307	10.899
Ausstellungen	7	10	18.440	7.124	4	8	20.635	7.126
Sonstiges	32	3	3	7	46	13	0	0
Gesamt	200	108	174.833	25.931	201	107	181.730	25.452
	308		200.764		308		207.182	

Betriebsteil Stadthalle - Vortragssaal und Konferenzräume

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2014				2013			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume
Kulturelle Veranstaltungen	5	0	343	0	7	0	970	0
Gesellschaftl. Veranstaltungen	2	2	191	140	8	4	563	240
Tagungen, Kongresse	58	10	3.357	438	63	21	3.228	1.168
Ausstellungen	1	0	61	0	0	0	0	0
Sonstiges	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	66	12	3.952	578	78	25	4.761	1.408
	78		4.530		103		6.169	

Betriebsteil Stadthalle - Gesamt

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2014		2013	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	118	109.978	105	110.999
Gesellschaftl. Veranstaltungen	42	32.132	56	33.989
Tagungen, Kongresse	173	37.539	179	40.602
Ausstellungen	18	25.625	12	27.761
Sonstiges	35	10	59	0
Gesamt	386	205.284	411	213.351

Betriebsteil Volkswagen-Halle – "Arena"

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2014		2013	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	21	93.025	7	42.465
Gesellschaftliche Veranstaltungen	4	1.705	7	10.040
Tagungen, Kongresse	4	6.440	5	8.197
Sportliche Veranstaltungen	37	121.857	35	121.204
Ausstellungen	9	12.200	7	23.473
Summe	75	235.227	61	205.379
Sonstiges (Training, Proben etc.)	77	0	0	0
Gesamt	152	235.227	61	205.379

Betriebsteil Volkswagen-Halle – Foyer/Restaurant

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2014		2013	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	0	0	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	6	1.373	5	1.310
Tagungen, Kongresse	28	3.650	24	2.575
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0
Ausstellungen	3	4.132	1	1.001
Summe	37	9.155	30	4.886
Sonstiges (Training, Proben etc.)	0	0	0	0
Gesamt	37	9.155	30	4.886

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2014		2013	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	1	70	0	0
Sportliche Veranstaltungen	35	477.977	35	411.289
Sonstige Veranstaltungen	11	10.463	4	14.626
Summe	47	488.510	39	425.915
Sonstiges (Training, Proben etc.)	0	0	0	0
Gesamt	47	488.510	39	425.915

Anzahl der Arbeitnehmer

In 2014 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 44 Mitarbeiter (davon 4 Halbtagsstellen) beschäftigt (Vorjahr: 41 bzw. 6).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Buchungslage insbesondere in den großen Sälen der Stadthalle ist sehr stabil. Die Veranstaltungsbuchungen gehen aktuell bereits bis 2019.

Am 4. September 2015 wurde in der Stadthalle eine „Jubiläumsparty“ anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Stadthalle gefeiert. Dieses Jubiläum dokumentiert den nachhaltigen Erfolg dieser Veranstaltungshalle für Braunschweig und die Region.

Im Rahmen der Kooperation mit der Stadtmarketing GmbH zur Stärkung des Tagungs- und Kongressstandortes Braunschweig soll die Entwicklung eines sogenannten Convention Bureaus Braunschweig (CBBS) fortgesetzt werden.

Darüber hinaus wurde die Geschäftsführung mit der Durchführung der Projektplanung für die Realisierung eines Hotels am Standort Leonhardplatz beauftragt, um in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Stadthalle das bestehende Hotelangebot sinnvoll zu ergänzen. Ziel ist die Ansiedlung eines Kongresshotels der 3-Sterne oder 3-Sterne Superior Kategorie mit 170 Zimmern. Das europaweite Ausschreibungsverfahren hat die Nibelungen-Wohnbau GmbH aufgrund ihrer Kenntnisse der Baubranche für die Stadthalle 2013 erfolgreich durchgeführt. Mit Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 21. Juli 2015 wurde dem Verkauf eines Grundstückes zur Errichtung des Hotels an eine von der Volksbank BraWo Projekt GmbH noch zu gründende Projektgesellschaft zugestimmt. Das bestehende Parkdeck soll dabei abgerissen werden und ein entsprechender Neubau einer Parkpalette erfolgen.

In der Volkswagen-Halle finden neben kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen die Spiele der Braunschweiger Basketball Löwen statt. In 2015 wurde zudem das Sonderevent „Klasse wir singen“ durchgeführt.

Die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH war Ausrichter der Leichtathletik-Team-Europameisterschaft 2014 (European Athletics Team Championships - EATCH). Die Wettkämpfe fanden am 21. und 22. Juni 2014 vor 27.000 Zuschauern im Eintracht-Stadion statt. Die positive Resonanz von Besuchern, Sportlern und Journalisten bestätigt den Erfolg der Veranstaltung und den hohen Marketingwert für die Stadt Braunschweig. Auch in Zukunft sollen weitere Leichtathletik-Veranstaltungen im Stadion stattfinden. Aus Sicht der Gesellschaft wäre eine Bewerbung um die Austragung der Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften 2018 sinnvoll, aber auch andere Optionen stehen offen.

Für 2015 wird ein Jahresergebnis in Höhe von -4.231 T€ erwartet.

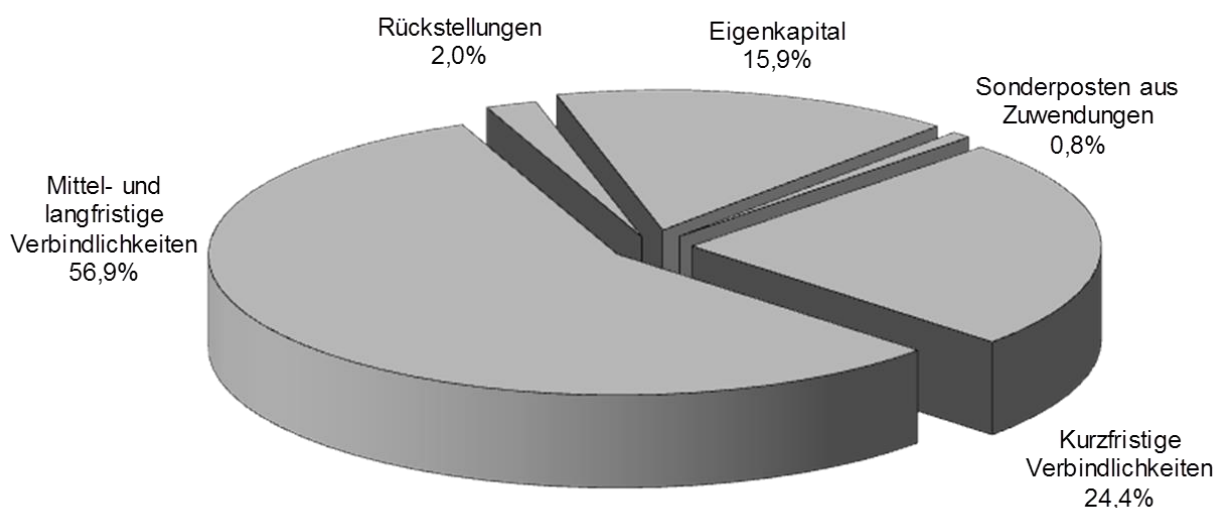
Bilanzdaten der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	51	0,2	32	0,3	153	1,8
Sach- und Finanzanlagen	20.165	92,0	8.320	82,3	7.565	89,7
Langfristig gebundenes Vermögen	20.216	92,2	8.352	82,6	7.718	91,5
Forderungen	1.630	7,4	868	8,6	663	7,9
Liquide Mittel	71	0,3	886	8,8	55	0,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.701	7,8	1.754	17,4	718	8,5
Bilanzsumme	21.917	100,0	10.106	100,0	8.436	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.484	15,9	3.905	38,6	4.319	51,2
Sonderposten aus Zuwendungen	172	0,8	340	3,4	537	6,4
Rückstellungen	443	2,0	385	3,8	237	2,8
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	12.463	56,9	935	9,3	1.022	12,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	5.355	24,4	4.541	44,9	2.321	27,5
Bilanzsumme	21.917	100,0	10.106	100,0	8.436	100,0

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH Kapitalstruktur 2014



GuV-Daten der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

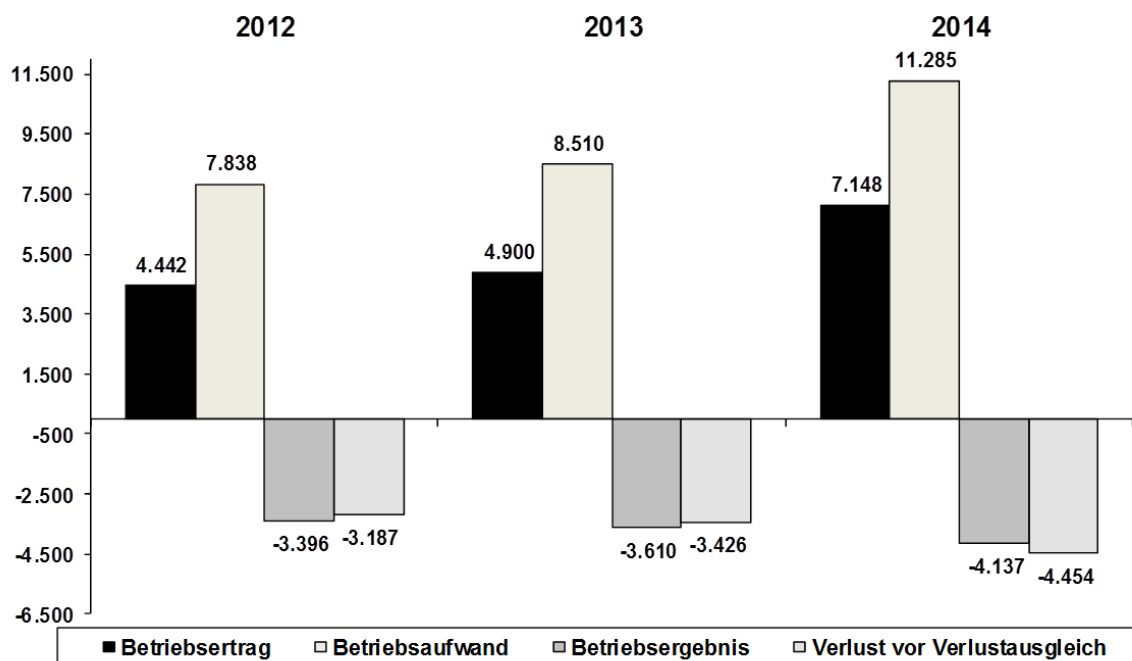
	2014	Veränderung	2013	2012
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse ***	6.724	2.489	4.235	3.769
Sonstige betriebliche Erträge	424	-241	665	673
Betriebserträge	7.148	2.248	4.900	4.442
Materialaufwand **	3.319	3.319	0	0
Personalaufwand	2.259	226	2.033	2.021
Abschreibungen	1.735	261	1.474	1.382
Sonstige betriebliche Aufwendungen **	3.972	-1.031	5.003	4.435
Betriebsaufwand	11.285	2.775	8.510	7.838
Betriebsergebnis	-4.137	-527	-3.610	-3.396
Finanzergebnis	-263	-186	-77	-76
Unternehmensergebnis	-4.400	-713	-3.687	-3.472
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	433	280	153	140
Entnahme aus der Kapitalrücklage	379	-35	414	425
Jahresergebnis*	-4.454	-1.028	-3.426	-3.187

* In den Gewinn- und Verlustrechnungen der Gesellschaft für die Jahre 2012 und 2013 wird die Verlustübernahme der Stadt Braunschweig und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Höhe des Jahresfehlbetrages als „Ertrag aus Verlustübernahme“ gebucht, sodass das formelle Ergebnis „0,00 €“ beträgt. Für das Jahr 2014 verbleibt nach Buchung eines Ertrags aus Verlustübernahme in Höhe von 4.412 T€ ein Bilanzverlust in Höhe von 42 T€, der in das Geschäftsjahr 2015 vorgetragen und von der Stadt Braunschweig in 2015 ausgeglichen sowie mit dem Verlustvortrag verrechnet wurde.

** Ab dem Jahr 2014 werden unter der Position „Materialaufwand“ u. a. Aufwendungen für Eigenveranstaltungen, Werbungs- und Veranstaltungskosten ausgewiesen, die in den vergangenen Jahresabschlüssen unter den „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ ausgewiesen worden sind. Zudem sind hierin die Aufwendungen für die Durchführung der EATCH in Höhe von rd. 1.986 T€ enthalten.

*** In der Position „Umsatzerlöse“ sind Erträge aus der Durchführung der EATCH in Höhe von rd. 1.606 T€ enthalten.

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Erstellung und der Betrieb von öffentlichen Schwimmbädern und medizinischen Bädern und anderer dem Sport, der Erholung oder der Volksgesundheit dienender Anlagen sowie der damit verbundenen Einrichtungen. In dieser Eigenschaft betreibt die Gesellschaft Hallen- und Freibäder in Braunschweig.

Die Gesellschaft dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken i. S. d. Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Hallen- und Freibädern dienen dem öffentlichen Gesundheitswesen und fördern den Sport. Hierdurch wird das gemeinsame Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig gefördert. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital beträgt 1.022.600 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	52.200	5,1046
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	970.400	94,8954
	1.022.600	100

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Frank Graffstedt	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Klaus Wendroth	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Björn Hinrichs	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Jürgen Wendt	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Kate Grigat	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Dr. Burkhard Plinke	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Kai Florysiak	Ratsherr der Stadt Braunschweig (ab 21.07.2015)
Manfred Pesditschek	Ratsherr der Stadt Braunschweig (zusätzlich ab 17.03.2014 bis 01.06.2015)
Dr. Sebastian Kretschmann	Ratsherr der Stadt Braunschweig (zusätzlich ab 17.03.2014)
Dr. Elke Flake	Ratsfrau der Stadt Braunschweig (zusätzlich ab 17.03.2014)
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig (ab 01.02.2014)
Ulrich Stegemann	Stadtrat der Stadt Braunschweig (bis 31.01.2014)
Franz Matthies *	Vertreter des Stadtsportbundes
Bernd Volker *	Arbeitnehmervertreter

* ohne Stimmrecht

Der Aufsichtsrat besteht aus zehn stimmberechtigten Mitgliedern. Daneben sind ein Betriebsratsmitglied sowie ein Mitglied des Stadtsportbundes berechtigt, als Gast bzw. Sachverständiger ohne Stimmrecht an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen.

Geschäftsführung

Jürgen Scharna	Geschäftsführer (bis 31.12.2015)
Christoph Schlupkoth	Geschäftsführer (ab 01.09.2015)

Wichtige Vereinbarungen und Verträge

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter, Jahresverluste der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) bis zur Höhe von 4 Mio. € abzudecken. Die zusätzlich erforderliche Verlustabdeckung erfolgt durch die Gesellschafter im Rahmen ihrer Gesellschaftsanteile.

Für die Schwimmbadgrundstücke, die nicht im Eigentum der Gesellschaft stehen, bestehen verschiedene Überlassungsverträge mit der Stadt Braunschweig als Grundstückseigentümerin.

In 1999 wurde die „Unterstützungskasse der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH e.V.“ gegründet. Die Gesellschaft zahlt hier für alle nach dem 1. Januar 1997 in die Gesellschaft eingetretenen Mitarbeiter in entsprechende Rückdeckungsversicherungsverträge ein, aus denen zukünftig für diese Mitarbeiter im Falle der Erwerbsunfähigkeit, Berufsunfähigkeit, bei Sterbefällen und im Altersruhestand die zugesagte finanzielle Unterstützung geleistet wird. Zudem besteht zur Absicherung betrieblicher Rentenansprüche eine Mitgliedschaft der Gesellschaft beim Pensions-Sicherungs-Verein aG.

Die Tätigkeiten der Stadtbad GmbH sind durch die „Betrachtung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH sowie ihrer Beteiligungsunternehmen mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen“ erfasst. Die Betrachtung erfolgte am 1. Juli 2012 für die Dauer von zehn Jahren.

Die in den einzelnen Bädern vorhandenen Cafés und Gaststätten hat die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH – mit Ausnahme der Gastronomie im Freizeitbad „Wasserwelt“ – verpachtet. Ferner hat sie im Hallenbad Bürgerpark Räumlichkeiten an einen Friseursalon und ein ambulantes Rehabilitationszentrum vermietet. Mit der Fitnesswelt Braunschweig GmbH besteht ein Pachtvertrag über die im Obergeschoss gelegenen Flächen der „Wasserwelt“ zum Betrieb eines Fitness-Studios.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2014 waren bei der Stadtbad Sport und Freizeit GmbH durchschnittlich 138 Mitarbeiter (Vorjahr: 120) beschäftigt. Zusätzlich beschäftigte die Gesellschaft in 2014 durchschnittlich 14 Auszubildende (Vorjahr: 15).

Geschäftsverlauf

Neben dem Betrieb der Bestandsbäder bildeten der Bau und die Fertigstellung des neuen Freizeit- und Erlebnisbades „Wasserwelt“ mit Bade-, Sauna-, Wellness- und Sportbereichen einen Aufgabenschwerpunkt bei der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH im Geschäftsjahr 2014. Die Eröffnung des Bades erfolgte am 14. Juli 2014. Ende August 2015 wurde der Saunaaanlage der „Wasserwelt“ die Auszeichnung „Premium-Sauna“ – das höchste Gütesiegel des Deutschen Sauna-Bundes – verliehen.

Bereits im Vorfeld der Eröffnung hatten die Badstandorte Badezentrum Gliesmarode (10. Juli 2014), Hallenbad Wenden (31. März 2014) und Hallenbad Nord (30. Juni 2014) planmäßig ihren Betrieb eingestellt. Das Sommerbad Waggum wird nach einem entsprechenden Ratsbeschluss weiterbetrieben. Nach Sanierung des Bades konnte der Badbetrieb am 22. Mai 2015 wieder aufgenommen werden. Das vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossene Bäderkonzept wurde somit umgesetzt.

Die Gesellschaft betreibt nunmehr die Hallenbäder BürgerBadePark, Sportbad Heidberg und Wasserwelt sowie die Sommerbäder Bürgerpark, Raffteich und Waggum. Dabei gibt es auch medizinische Abteilungen, Dampf- und Saunabäder sowie Gymnastik- und Krafräume. Weiterhin wird ein umfangreiches Kursprogramm angeboten.

Im gesamten Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft rd. 760.000 Besucher verzeichnen; die Besucherzahl liegt somit auf dem Niveau der Vorjahreswerte.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2014 der Stadtbad-GmbH wies vor Verlustübernahme durch die Gesellschafterinnen einen Jahresfehlbetrag von 8.129 T€ aus. Das im Wirtschaftsplan 2014 vorgesehene Budget von -6.380 T€ wurde damit um rd. 1.749 T€ überschritten. Wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis hatte die wirtschaftliche Entwicklung der Wasserwelt Braunschweig, da die Besucherzahlen erheblich hinter den Plan-

werten zurückblieben. Hiervon wurden von den Gesellschafterinnen 4 Mio. € aufgrund der gesellschaftsvertraglichen Regelung (s. o.) ausgeglichen, der verbleibende Fehlbetrag wurde – bis auf den restlichen städtischen Anteil am höheren Verlust von rd. 89 T€ – im Rahmen des Jahresabschlusses ausgeglichen. Demzufolge weist die Gewinn- und Verlustrechnung 2014 der Stadtbad-GmbH einen Jahresfehlbetrag von rd. 89 T€ aus, der im Jahr 2015 von der Stadt Braunschweig überplanmäßig ausgeglichen wurde.

Besondere Kennzahlen

Umsatzerlöse und Besucherstatistik	2014		2013	
	in T€	Nutzer	in T€	Nutzer
Hallenbäder	1.620	541.214	1.461	538.910
Sommerbäder	209	93.539	336	142.751
Sauna und Wellness*	576	74.972	434	48.710
Sonstige Umsätze **	361	46.942	436	71.158
Gastronomie und Shop	219	-	0	-
Umsatzerlöse, Gesamtfrequenzierung	2.985	756.667	2.667	801.529

* Medizinische Abteilung, Dampf- und Saunabäder

** Gymnastik- und Krafträume, Besucher der Schwimm- und Fitnesskurse

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Stadtbad GmbH wurde im Jahre 1932 im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau des Hallenbades im Bürgerpark gegründet. Während des Bestehens der Gesellschaft wurde das Angebot an Dienstleistungen ständig vergrößert und verbessert; u. a. durch den Bau bzw. Umbau der Bezirkshallenbäder (Nordbad und Heidbergbad), des Badezentrums Gliesmarode, des Sportbades Heidberg, der Sauna im Sportbad Heidberg, des BürgerBadeParks und zuletzt des Freizeit- und Erlebnisbades „Wasserwelt Braunschweig“.

Zu Beginn des Jahres 1996 hat der Rat der Stadt Braunschweig die „Bestandsanalyse und Konzeption für den künftigen Bau und Betrieb der Braunschweiger Bäder“ (Bäderkonzeption) verabschiedet. Bei der Aufstellung der Bäderkonzeption war zu berücksichtigen, dass die Stadtbad GmbH in den Folgejahren Beiträge zur Haushaltskonsolidierung erwirtschaften sollte.

Die Bäderkonzeption wurde im Zusammenhang mit den Vorgaben der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bis 2005 dahingehend modifiziert, dass der Bau eines neuen Freizeit- und Erlebnisbad bei gleichzeitiger Schließung von alten Standorten erfolgen soll. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 29. September 2004 einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst.

Am 27. Februar 2007 hat der Rat der Stadt Braunschweig mit großer Mehrheit beschlossen, an der Hamburger Straße nördlich des Schützenplatzes ein neues Freizeit- und Erlebnisbad zu bauen. Mit dem Bau des Freizeit- und Erlebnisbades wurde Ende August 2011 begonnen, eine Inbetriebnahme ist am 14. Juli 2014 erfolgt. Die „Wasserwelt Braunschweig“ steht seitdem als Bad u. a. mit attraktiver Saunalandschaft den Besuchern zur Verfügung. Das Projektbudget der Wasserwelt betrug rd. 32 Mio. € (ohne mögliche Regressforderungen) zuzüglich rd. 3,7 Mio. € für den Grunderwerb. Die zur Umsetzung des 3-Bäder-Konzepts erforderliche Schließung der Bäderstandorte Wenden, Nordbad und Badezentrum Gliesmarode ist zwischenzeitlich erfolgt.

Im Hinblick auf das Badezentrum Gliesmarode ist eine Fortführung und Wiedereröffnung durch einen privaten Betreiber beabsichtigt. Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 21. Oktober 2014 die Ausgabe eines Erbbaurechtes an die durch den privaten Betreiber gegründete Badezentrum Gliesmarode Betriebs-gesellschaft mbH beschlossen. Mit Beurkundung des Erbbaurechtsvertrages am 11. November 2014 sind Besitz und Nutzung des Erbbaugrundstücks auf die Badezentrum Gliesmarode Betriebsgesellschaft mbH übergegangen. Diese will das geschlossene Badezentrum Gliesmarode sanieren und ohne städtische Zuschüsse wieder als öffentliches Bad betreiben. Eine Eröffnung wird im Jahr 2016 erwartet.

Zudem wurde vom Rat der Stadt Braunschweig am 19. Februar 2012 die Fortführung des Sommerbades Waggum nach erfolgter Sanierung beschlossen. Die Eröffnung erfolgte mit Beginn der Freibadsaison 2015.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 geht die Gesellschaft in ihrem Wirtschaftsplan von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 6.250 T€ aus. Es zeichnet sich jedoch ab, dass insbesondere der Betrieb der Wasserwelt das

geplante Ergebnis der Gesellschaft negativ beeinflussen wird.

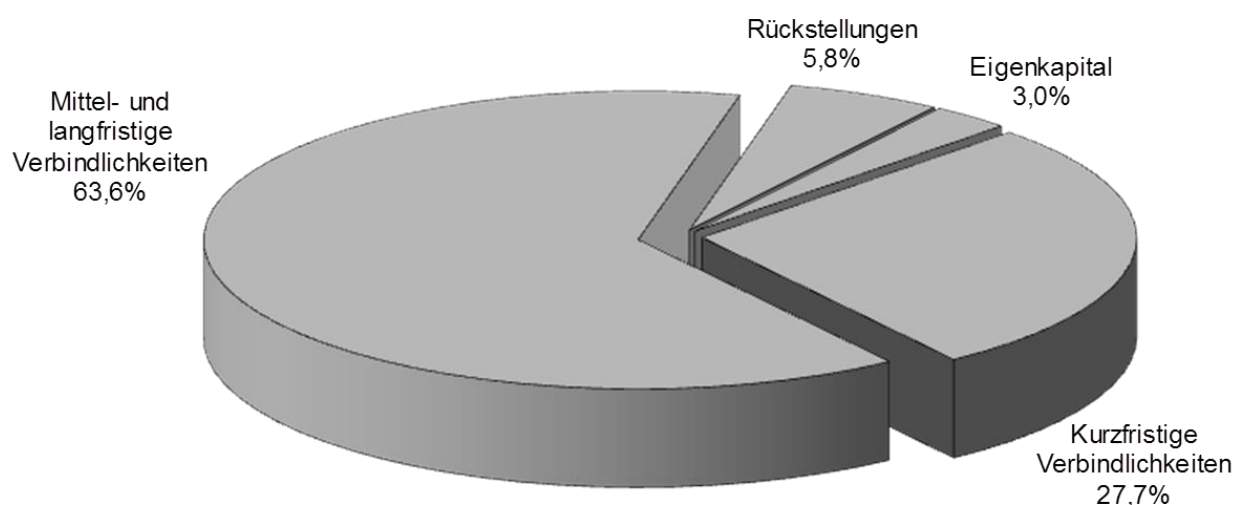
Schwerpunkt des Investitionsumfangs im Jahr 2015 (gesamt: 678 T€) sind – neben verschiedenen kleineren Investitionen – ein zweites Ruhehaus in der Wasserwelt (150 T€), die Planung des Umbaus der Sauna im Sportbad Heidberg (50 T€) sowie der Erwerb eines Traktors für Grünpflegemaßnahmen (50 T€).

Bilanzdaten der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH						
BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	93	0,2	36	0,1	27	0,1
Sachanlagen	45.836	94,3	36.433	96,2	24.100	88,9
Langfristig gebundenes Vermögen	45.929	94,5	36.469	96,2	24.127	89,0
Vorräte	84	0,2	38	0,1	28	0,1
Forderungen	2.043	4,2	998	2,6	2.478	9,1
Liquide Mittel	555	1,1	385	1,0	481	1,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.682	5,5	1.421	3,8	2.987	11,0
Bilanzsumme	48.611	100,0	37.890	100,0	27.114	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.435	3,0	1.524	4,0	1.524	5,6
Rückstellungen	2.810	5,8	1.274	3,4	614	2,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	30.901	63,6	30.264	79,9	21.210	78,2
Kurzfristige Verbindlichkeiten	13.465	27,7	4.828	12,7	3.766	13,9
Bilanzsumme	48.611	100,0	37.890	100,0	27.114	100,0

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH Kapitalstruktur 2014



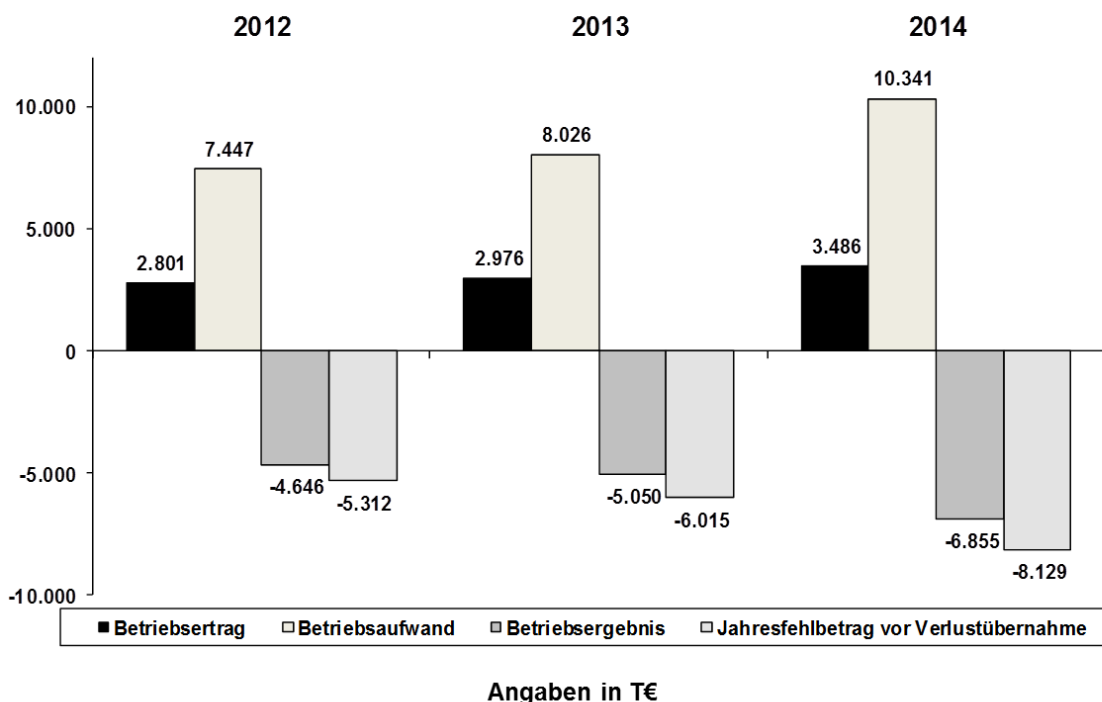
GuV-Daten der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	2.985	318	2.667	2.491
Sonstige betriebliche Erträge	501	192	309	310
Betriebserträge	3.486	510	2.976	2.801
Materialaufwand	1.712	232	1.480	1.303
Personalaufwand	5.617	1.050	4.567	4.268
Abschreibungen	1.569	928	641	699
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.443	105	1.338	1.177
Betriebsaufwand	10.341	2.315	8.026	7.447
Betriebsergebnis	-6.855	-1.805	-5.050	-4.646
Finanzergebnis	-1.097	-136	-961	-663
Unternehmensergebnis	-7.952	-1.941	-6.011	-5.309
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	177	173	4	3
Jahresergebnis*	-8.129	-2.114	-6.015	-5.312

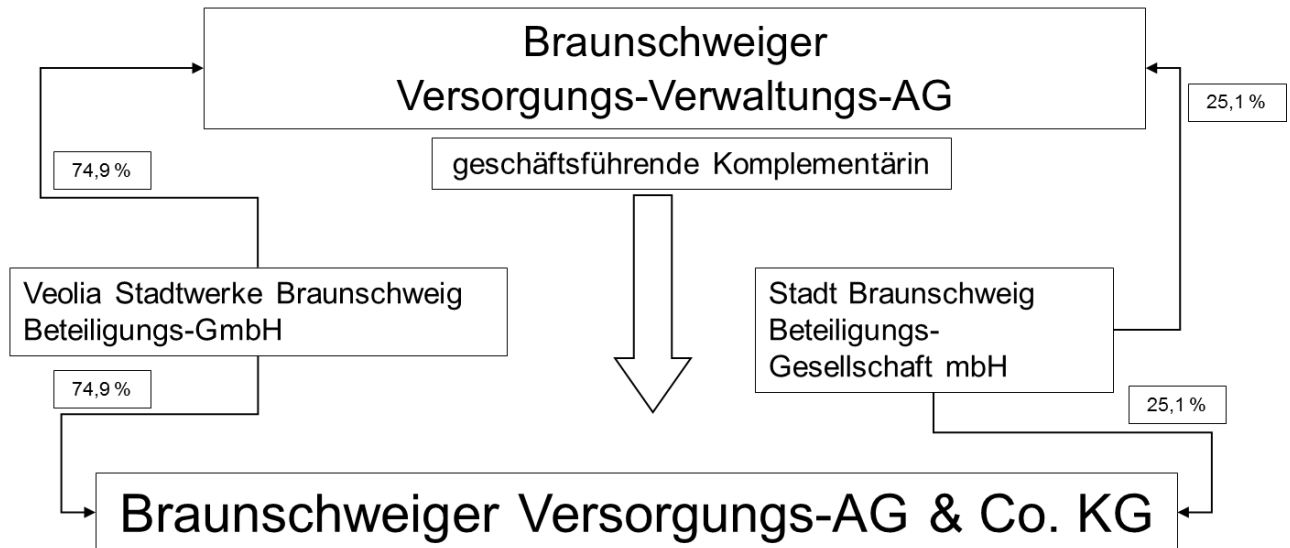
*In den Gewinn- und Verlustrechnungen der Gesellschaft für die Jahre 2012 und 2013 wird die Verlustübernahme der Stadt Braunschweig und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Höhe des Jahresfehlbetrages als „Ertrag aus Verlustübernahme“ gebucht, sodass das formelle Ergebnis „0,00 €“ beträgt. Für das Jahr 2014 verbleibt nach Buchung eines Ertrags aus Verlustübernahme in Höhe von 8.040 T€ ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 89 T€, der von der Stadt Braunschweig in 2015 ausgeglichen wurde.

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



„BS|ENERGY“ fungiert als Markt- und Dachmarke („Corporate Design“) für die „**Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG**“ sowie die „**Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG**“.

Struktur



Die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG ist die geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafterin der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** ist die Erzeugung, der Vertrieb und die Verteilung von sowie der Handel mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie Tätigkeiten im Bereich der Telekommunikation. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftsgegenstand zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und Unternehmensverträge als herrschendes Unternehmen schließen.

Gegenstand des Unternehmens der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich jeweils aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung vornehmlich der Stadt Braunschweig mit Energie und Wasser dient der Daseinsvorsorge und dem gemeinsamen Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung). Darüber hinaus kommt der BS|ENERGY als Arbeit- und Auftraggeber im Bereich der Stadt Braunschweig eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu.

Grundkapital

Das Grundkapital der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** beträgt 61.440.000 €.

Das Grundkapital der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** beträgt 1.600.000 €.

Gesellschafter

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Gesellschafter	Euro	%
Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	Komplementärin; keine nominellen Anteile	
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	15.421.440	25,1
Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH	<u>46.018.560</u>	<u>74,9</u>
	61.440.000	100,0

Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	401.600	25,1
Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH	<u>1.198.400</u>	<u>74,9</u>
	1.600.000	100,0

Organe der Gesellschaft

Organe der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** sind die Gesellschafterversammlung und die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG als Geschäftsführung (s. o.)

Organe der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** sind die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 01.07.2014)
Dr. Gert Hoffmann	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 30.06.2014)
Etienne Petit	Veolia, 1. stellv. Vorsitzender ab 31.07.2014
Jens Runge	Arbeitnehmersvertreter, 2. stellv. Vorsitzender ab 21.05.2014
Uwe Lagosky	Arbeitnehmersvertreter, 2. stellv. Vorsitzender (bis 31.12.2013)
Christoph Bratmann	Ratsherr der Stadt Braunschweig (ab 29.07.2015)
Manfred Pesditschek	Ratsherr der Stadt Braunschweig (bis 01.06.2015)
Klaus Wendroth	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Michel Cunnac	Veolia
Marc Weissgerber	Veolia
Dr. Bernd Huck	Veolia
Laurent Hequet	Veolia (ab 29.07.2015)
Philippe Guitard	Veolia (bis 06.07.2015)
Uwe Schnepel	Arbeitnehmersvertreter
Abdulkadir Ayan	Arbeitnehmersvertreter (ab 01.01.2016)
Klaus-Dieter Künne	Arbeitnehmersvertreter (bis 31.12.2015)
Milko Günther	Arbeitnehmersvertreter (ab 01.01.2014)

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern.

Vorstand der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Stand: Dezember 2015

Kai Uwe Krauel	Vorsitzender
Paul Anfang	stellv. Vorsitzender
Julien Mounier	

Wichtige Verträge

Zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft besteht ein Konzessionsvertrag vom 29. März/ 17. April 2001, der seit Beginn des Jahres 2001 Wirkung hat. Danach ist für Strom, Wasser und Gas eine Konzessionsabgabe zu zahlen, die sich auf Cent-Beträge je Kilowattstunde bzw. beim Wasser auf Prozentbeträge der Roheinnahmen beläuft. Der Konzessionsvertrag räumt als Gegenleistung der Gesellschaft das Recht ein, im Gebiet der Stadt die öffentlichen Grundstücke zur Verlegung und zum Betrieb von Leitungen zu benutzen.

Daneben bestehen diverse Liefer- und Bezugsverträge für Steinkohle, Gas, Strom und Wasser.

Im Herbst 2005 erhielt das Konsortium aus Braunschweiger Versorgungs-AG und Siemens AG den Zuschlag für den Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen in der Stadt Braunschweig. Hierfür gründete das Konsortium eine gemeinsame Gesellschaft, die BELLIS GmbH, an der die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG mit 51 % beteiligt ist. Der Vertrag wurde zunächst für eine Laufzeit von 20 Jahren geschlossen. Die hoheitlichen Befugnisse verbleiben bei der Stadt.

Am 1. Januar 2006 trat der zwischen der Veolia Wasser GmbH und der Stadt Braunschweig geschlossene Vertrag über die Stadtentwässerung Braunschweig in Kraft. Auf Wunsch der Stadt Braunschweig hat die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG von der Veolia Wasser GmbH die Verantwortung für die Abwasserentsorgung übernommen. Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG ist somit 100%-ige Gesellschafterin der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH, die im Bereich der Stadt Braunschweig für die umweltgerechte Entsorgung der Abwässer verantwortlich ist. Der Vertrag wurde über eine Laufzeit von 30 Jahren geschlossen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 ist es der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG per Lizenzvertrag gestattet, die Bezeichnung "Stadtwerke Braunschweig" zu nutzen.

Zum 1. Januar 2010 wurde die Verschmelzung der 100%igen Tochter der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, der BS Energy Netz GmbH, auf die Energienetze Braunschweig GmbH (EN|BS, ebenfalls 100%ige Tochter der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG) vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurde die Abteilung ‚Technisches Management und Anlagenwirtschaft‘ der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG auf die EN|BS übertragen. Mit der Verschmelzung nach dem Umwandlungsgesetz wurden auch die gesamten Verträge der BS Energy Netz GmbH einschließlich des Pachtvertrages im Wege der sogenannten Gesamtrechtsnachfolge auf die EN|BS übergeleitet. Im Anschluss wurde die EN|BS in die Braunschweiger Netz GmbH (BS|Netz) umfirmiert.

Zu den weiteren Tochtergesellschaften siehe Seite 13 dieses Berichtes (Beteiligungsdiagramm der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH).

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2014 wurden bei der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** 635 Arbeitnehmer (Vorjahr: 631) beschäftigt.

Anzahl der Mitarbeiter im Durchschnitt	2014	2013	Veränderungen
Arbeiter	153	151	2
Angestellte	482	480	2
Gesamt	635	631	4

Darüber hinaus beschäftigte die Gesellschaft in 2014 durchschnittlich 78 Auszubildende (Vorjahr: 75).

In der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** wird kein weiteres Personal eingesetzt.

Geschäftsverlauf

Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 21.197 T€. Es wurde ein Umsatz von 786,1 Mio. € erreicht. Dieser liegt um rd. 60,0 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Hierzu trugen insbesondere die, aufgrund der milden Witterung, gesunkenen Umsatzerlöse der Gassparte (-54,7 Mio. €) und der Wärmesparte (-11,5 Mio. €) bei. Bei den Stromerlösen und sonstigen Erlösen konnte hingegen ein Anstieg in Höhe von insgesamt 6,2 Mio. € verzeichnet werden.

Im Geschäftsjahr 2014 investierte die Gesellschaft rd. 22,5 Mio. €. Hiervon entfielen allein rd. 11,6 Mio. € auf die Erneuerung und Erweiterung der Leitungsnetze und des Zählerbestandes. Weiterhin wurden in immaterielle Wirtschaftsgüter sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung insgesamt 4,3 Mio. €, in Erzeugungsanlagen 0,7 Mio. € sowie in Umspannungs- und Speicherungsanlagen 0,7 Mio. € investiert. Für Anlagen in Bau wurden 5,2 Mio. € ausgewiesen.

Die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG, die lediglich als geschäftsführende Komplementärin auftritt (s. o.), wies für das Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 20,3 T€ und einen Bilanzgewinn von 253,3 T€ aus. Investitionen wurden durch die Gesellschaft nicht getätigt.

Konzessionsabgabe an die Stadt Braunschweig

	2014*	Veränderung	2013*
	T€	T€	T€
Konzessionsabgabe, die an die Stadt abgeführt wurde	12.759	-790	13.549

* Die Jahreszahl bezieht sich auf das Geschäftsjahr, die Zahlungsströme selbst laufen mittels Abschlagszahlungen.

Die an die Stadt zu zahlende Konzessionsabgabe der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG richtet sich nach den Umsatzerlösen bzw. nach den abgesetzten Mengen an Strom, Gas und Wasser und ist der Sache nach ein finanzieller Ausgleich für die ‚Erlaubnis‘ der Stadt, Durchleitungen (Wasserrohre, Stromleitungen etc.) auf dem Gebiet der Stadt zu errichten.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für das Wirtschaftsjahr 2015 geht die Gesellschaft in der Wirtschaftsplanung von einem Jahresüberschuss von rd. 27,3 Mio. € aus, wovon 25,1 % an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) aufgrund ihres Beteiligungsanteils abgeführt werden. Die Ergebniserwartung stellt einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2014 dar.

Für das Jahr 2015 wird aufgrund von Kundenverlusten im Stromnetz außerhalb von Braunschweig ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr erwartet. Bedingt durch die warme Witterung des Jahres 2014 und der damit verbundenen Senkung der Absatzmengen, werden die Absatzzahlen in Wärme und Gas 2015 voraussichtlich höher ausfallen.

Allgemein können sich Absatzrisiken für Strom, Gas und Wärme durch ungewöhnlich warme Wetterperioden in den Herbst- und Wintermonaten ergeben, allerdings auch Chancen durch ungewöhnlich kalte Wetterperioden.

In allen Vertriebsbereichen soll die Strategie zur Gewinnung von Neukunden außerhalb des Grundversorgungsgebietes fortgesetzt werden.

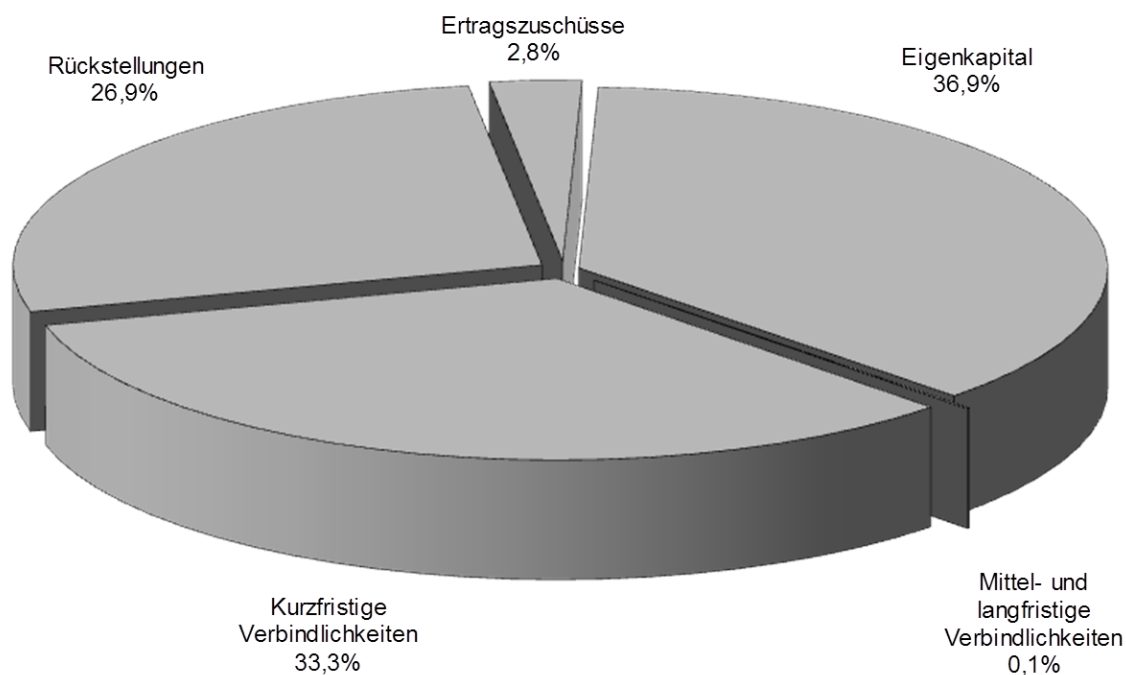
Bilanzdaten der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.047	1,4	5.055	1,1	2.950	0,7
Sachanlagen	258.556	61,2	256.920	57,9	254.705	60,7
Finanzanlagen	49.357	11,7	46.719	10,5	47.563	11,3
Langfristig gebundenes Vermögen	313.960	74,3	308.694	69,6	305.218	72,7
Vorräte	23.638	5,6	21.769	4,9	13.647	3,3
Forderungen	83.220	19,7	110.895	25,0	98.371	23,4
Wertpapiere	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Liquide Mittel	1.647	0,4	2.161	0,5	2.272	0,5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	104	0,0	208	0,0	340	0,1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	108.609	25,7	135.033	30,4	114.630	27,3
Bilanzsumme	422.569	100,0	443.727	100,0	419.848	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	155.832	36,9	155.832	35,1	155.832	37,1
Empfangene Ertragszuschüsse	11.884	2,8	12.605	2,8	13.327	3,2
Rückstellungen	113.851	26,9	126.029	28,4	98.590	23,5
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	348	0,1	406	0,1	76	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	140.654	33,3	148.855	33,5	152.023	36,2
Bilanzsumme	422.569	100,0	443.727	100,0	419.848	100,0

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG Kapitalstruktur 2014



GuV-Daten der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

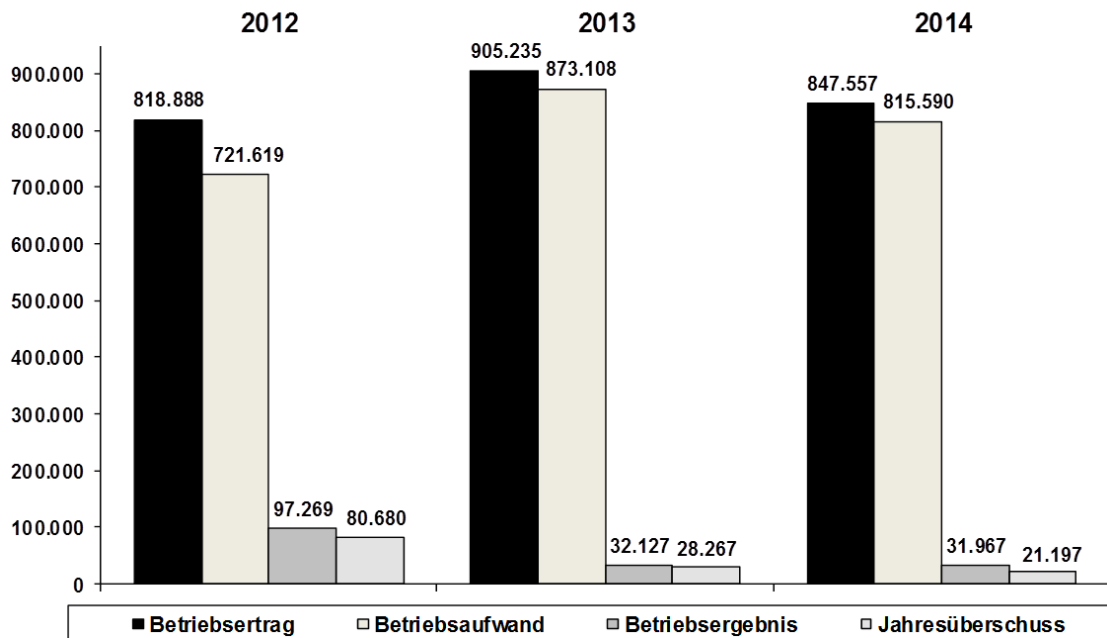
Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse *	786.124	-59.949	846.073	756.795
Sonstige betriebliche Erträge	61.433	2.271	59.162	62.093
Betriebserträge	847.557	-57.678	905.235	818.888
Materialaufwand	712.699	-53.376	766.075	619.292
Personalaufwand	46.542	1.130	45.412	43.966
Abschreibungen	19.795	408	19.387	19.897
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.554	-5.680	42.234	38.464
Betriebsaufwand	815.590	-57.518	873.108	721.619
Betriebsergebnis	31.967	-160	32.127	97.269
Finanzergebnis	-6.632	-9.488	2.856	-3.208
Unternehmensergebnis	25.335	-9.648	34.983	94.061
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	4.138	-2.578	6.716	13.381
Jahresergebnis	21.197	-7.070	28.267	80.680

* abzgl. Strom- und Gassteuer

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb des Hafens und der Hafenbahn der Stadt Braunschweig, der Erwerb und die Verwaltung von Grundstücken, die Errichtung von Lagerhäusern und sonstigen für den Hafenbetrieb erforderlichen Gebäuden und Anlagen sowie alle mit vorstehenden Geschäftszweigen zusammenhängende Geschäfte jeder Art.

Die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH betreibt und verwaltet den öffentlichen Binnenhafen und die Hafen- und Industriebahn der Stadt Braunschweig. Die Hafenanlagen bestehen aus einem Hafenbecken von 550 m x 70 m (3,5 m tief), zwei Parallelhäfen von 500 m x 20 m und 100 m x 20 m mit zusammen 1.700 m senkrechtem Ufer (4 m tief), sieben Krananlagen (bis 35 t), einer Bandanlage (bis 100t/Std.), einer Mineralölumschlagstelle, einer 60 t Straßenfahrzeugwaage und einer trimodalen Containerumschlaganlage. Die Hafen- und Industriebahn mit einer Gleislänge von 15 km hat einen Anschluss an die Deutsche Bahn AG und wird mit zwei Diesellokomotiven betrieben. Ferner steht eine 100 t-Gleiswaage zur Verfügung. Dem LKW-Verkehr stehen 2.000 m hafeneigene öffentliche Straßen und 1.000 m Ladestraßen zur Verfügung. Ferner verfügt die Gesellschaft über ein Gelände von 62,6 ha, welches zum Teil an Umschlaggesellschaften oder an hafengebundene Industriebetriebe verpachtet ist.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Hafenskapazitäten und der dazugehörigen Transportleistungen stellt eine Infrastruktur für Unternehmen insbesondere im Bereich der Stadt Braunschweig zur Verfügung. Hierdurch wird als öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Braunschweig gefördert. Neben der Wirtschaftsförderung, die dem Gemeinwohl dient, ergibt sich ein umweltschützender Aspekt, da der Transport von Gütern auf dem umweltfreundlichen Schiffs- und Bahnweg als Alternative zum LKW-Güterverkehr ermöglicht wird. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.481.212,58 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Gerold Leppa	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 01.02.2014, Vorsitz ab 27.03.2014)
Joachim Roth	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 31.01.2014)
Detlef Kühn	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Fritz Bosse	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Fred Maul	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Jürgen Wendt	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Annegret Ihbe	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Hans-Georg Halupczok	Mandat der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Daneben hat ein Betriebsratsmitglied das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Jens Hohls

Wichtige Verträge

Mit den im Hafengebiet ansässigen Firmen sind Miet- oder Pachtverträge über die Nutzung der Geländeflächen geschlossen. Über den Anschluss des Hafens an den Mittellandkanal und die Nutzung über die am Kanal liegenden Umschlag- und Liegestellen wurden Verträge mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vereinbart. Außerdem ist ein Vertrag über den Anschluss an die Gleisanlage mit der Deutschen Bahn AG abgeschlossen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Berichtsjahr 2014 waren inkl. Geschäftsführer und Auszubildende durchschnittlich 35 Mitarbeiter (Vorjahr: 34) bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH beschäftigt.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2014	2013	Veränderungen
Gewerbliche Mitarbeiter	16	16	0
Angestellte	13	11	2
Teilzeitbeschäftigte	3	4	-1
Auszubildende	2	2	0
Geschäftsführer	1	1	0
Gesamt	35	34	1

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von rd. 259,5 T€. In Höhe von 118,5 T€ erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig und in Höhe von 141,0 T€ wurde der Gewinn auf neue Rechnung vorgetragen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um rd. 3 T€ verbessert.

Die Gesamtumschlagsleistung im Hafen Braunschweig ist im Vergleich zum Vorjahr gering gestiegen. Dabei ist zu beobachten, dass die Verlagerung von Bahn- auf Schiffsverkehr auch in 2014 angehalten hat. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in 2013 ab. Ursache hierfür ist die ganzjährige Schifffahrbarkeit der norddeutschen Kanäle, denn auch im Winter 2013/2014 hat es keine witterungsbedingten Sperrungen gegeben. Zu dem Rückgang der Bahnleistungen trug auch der Ausfall von Schrottverkehren nach Peine bei.

Bezogen auf die Güterarten konnten insbesondere Steigerungen bei Baustoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Futtermitteln verzeichnet werden. Demgegenüber stehen Rückgänge im Umschlag von Kohle, Mineralöl und Schrott.

Logistische Dienstleistungen tragen zu dem guten Ergebnis bei. Value-Add-Services, wie Containerbe- und -entladung, Lagerung sowie damit verbundene Tätigkeiten haben zusätzliche Verkehrsströme über den Hafen Braunschweig gezogen.

Besondere Kennzahlen

Der Gesamtgüterumschlag („**Massegut**“) ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % gestiegen und hat sich in den letzten 9 Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Hafenbahn	Schiff	Gesamtumschlag	Veränderung zum Vorjahr	
	in t	in t	in t	in t	in %
2006	111.059	740.925	851.984	119.165	16,3
2007	158.436	852.607	1.011.043	159.059	15,7
2008	211.014	723.159	934.173	-76.870	-8,2
2009	175.378	660.693	836.071	-98.102	-11,7
2010	140.682	623.029	763.711	-72.360	-9,5
2011	167.267	612.064	779.331	15.620	2,0
2012	164.236	647.938	812.174	32.843	4,0
2013	127.864	695.635	823.499	11.325	1,4
2014	99.925	730.040	829.965	6.466	0,8

Dabei stellen sich der Empfang und der Versand der umgeschlagenen Güter wie folgt dar:

		2014	Veränderung	2013
Schiffsgüter in t	Empfang	428.962	-26.457	455.419
	Versand	301.078	<u>60.862</u>	240.216
	Gesamt	730.040	<u>34.405</u>	695.635
Bahngüter in t	Empfang	40.889	-10.064	50.953
	Versand	59.036	-17.875	76.911
	Gesamt	99.925	<u>-27.939</u>	127.864

Beim **Containerumschlag** ist folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Containerumschlag	TEU (twenty-foot-equivalent unit)	Veränderung zum Vorjahr in TEU	Veränderung zum Vorjahr in %
2006	54.774	119	0,2
2007	59.556	4.782	8,0
2008	64.180	4.624	7,2
2009	57.787	-6.393	-11,1
2010	56.844	-943	-1,7
2011	62.436	5.592	9,0
2012	58.954	-3.482	-5,9
2013	60.543	1.589	2,6
2014	60.278	-265	-0,4

Für den Umschlag der Güter und für die Lagerplatzbedienung finden sich am Hafen Braunschweig neben der Containerbrücke Krananlagen (auch Schwergutkrane), eine Pumpanlage, Verladerohre sowie eine Fließdüngeranlage.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das Umschlagsgeschäft der Gesellschaft unterliegt den üblichen saisonalen Schwankungen und Einflüssen. Durch eine Ausweitung des Dienstleistungsangebots über den reinen Umschlag und Transport von Containern hinaus versucht die Gesellschaft, die Ladungsmengen weiter zu steigern.

Durch witterungsbedingte Sperrungen der Verkehrswege und Behinderungen durch Baumaßnahmen sind Risiken für die Gesellschaft erkennbar.

Der Wirtschaftsplan 2015 sieht einen Jahresüberschuss in Höhe von 216,0 T€ vor.

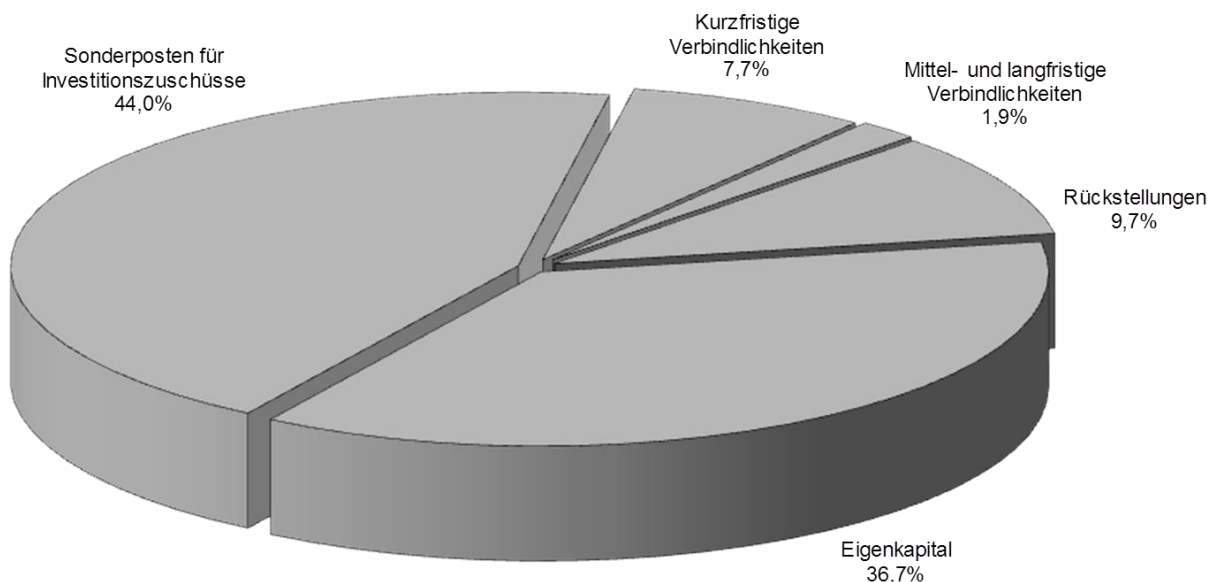
Bilanzdaten der Hafenbetriebsgesellschaft mbH

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	0,1	13	0,1	19	0,2
Sach- und Finanzanlagen	8.305	75,5	8.193	78,2	8.418	82,4
Langfristig gebundenes Vermögen	8.311	75,6	8.206	78,3	8.437	82,6
Vorräte	161	1,5	118	1,1	107	1,0
Forderungen	2.444	22,2	1.857	17,7	1.544	15,1
Liquide Mittel	78	0,7	294	2,8	127	1,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.683	24,4	2.269	21,7	1.778	17,4
Bilanzsumme	10.994	100,0	10.475	100,0	10.215	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.035	36,7	3.775	36,0	3.519	34,4
Sonderposten für Investitionszuschüsse	4.833	44,0	4.933	47,1	5.213	51,0
Rückstellungen	1.069	9,7	583	5,6	204	2,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	213	1,9	258	2,5	314	3,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	844	7,7	926	8,8	965	9,4
Bilanzsumme	10.994	100,0	10.475	100,0	10.215	100,0

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH Kapitalstruktur 2014



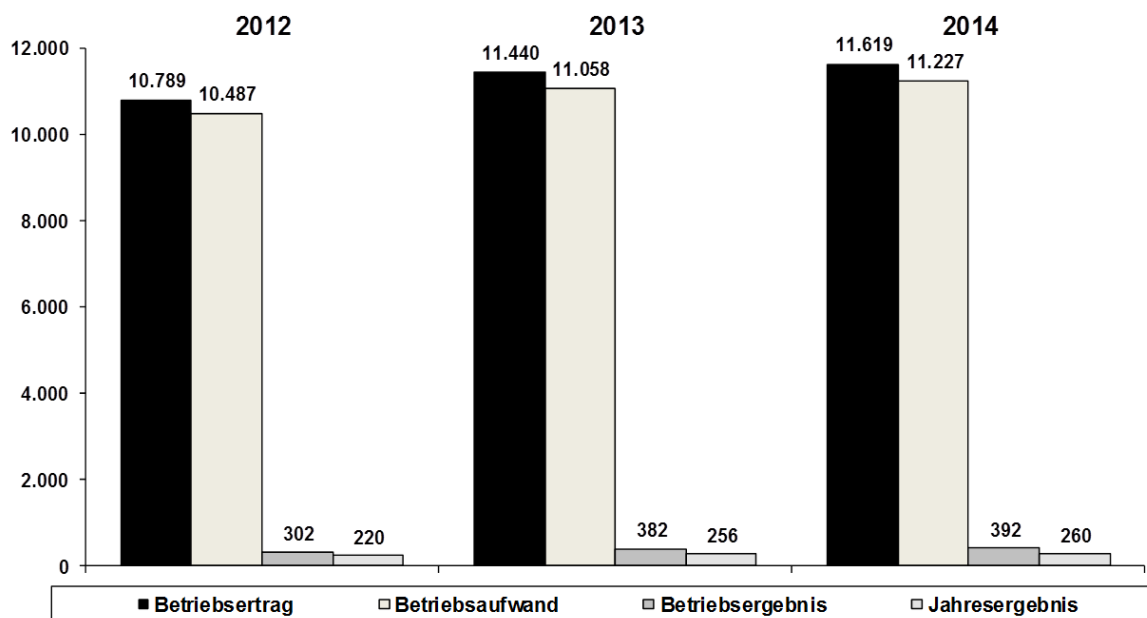
GuV-Daten der Hafenbetriebsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	10.686	4	10.682	10.206
Sonstige betriebliche Erträge	933	175	758	583
Betriebserträge	11.619	179	11.440	10.789
Materialaufwand	7.252	-312	7.564	7.301
Personalaufwand	1.591	128	1.463	1.525
Abschreibungen	539	26	513	568
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.845	327	1.518	1.093
Betriebsaufwand	11.227	169	11.058	10.487
Betriebsergebnis	392	10	382	302
Finanzergebnis	-2	1	-3	-5
Unternehmensergebnis	390	11	379	297
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	130	7	123	77
Jahresergebnis	260	4	256	220
Gewinnvortrag aus Vorjahr	1.248	256	992	772
Bilanzgewinn *	1.508	260	1.248	992

* vor Ausschüttung der Dividende; der verbleibende Bilanzgewinn wurde auf neue Rechnung vorgetragen

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe der Gesellschaft Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) ist die Initiierung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Forschung, Entwicklung und Produktion und die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen hierfür. Gegenstand des Unternehmens sind auch Vorhaben zur Sicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der regionalen Forschungs- und Wirtschaftsinfrastruktur sowie damit im Zusammenhang stehende Geschäfte.

Die Gesellschaft ist bzw. war Maßnahmenträgerin des Förderprojektes „Ausbau des Avionik-Cluster am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg“. Dieses Förderprojekt ist eines der wichtigsten Infrastrukturvorhaben in Niedersachsen und für die Stadt Braunschweig und das Land Niedersachsen von besonderer Bedeutung. Hierbei handelt es sich um die Erschließung dreier Gewerbe- bzw. Sondergebiete in unmittelbarer Nähe des Forschungsflughafens zur Ansiedlung weiterer Betriebe und Forschungseinrichtungen (insbesondere im luftfahrtaffinen und avioniknahen Bereich) nebst baulicher Ertüchtigung der Hermann-Blenk-Straße sowie um den Ausbau des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg (Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2.300 m und Verbreiterung auf 45 m). Die Erschließung der Gewerbegebiete erfolgte in Zusammenarbeit mit der Stadt Braunschweig (Bauverwaltung und Teilprojektsverwaltung). Mit der Durchführung des Teilprojekts „Ausbau des Flughafens“ war die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH betraut (s. u.). Das Land Niedersachsen (Investitions- und Förderbank Niedersachsen - NBank -) hat hierfür mit Bewilligungsbescheid vom 28. November 2012 bei Gesamtkosten lt. Bewilligungsbescheid von ca. 47,5 Mio. € Fördermittel von rd. 18 Mio. € bewilligt (hiervon 14,20 Mio. € für den Flughafenausbau). Das Projekt wurde termingerecht zum Ablauf des Förderzeitraumes am 31.12.2013 abgeschlossen. Von der Gesellschaft sind jedoch noch restliche Abwicklungsarbeiten durchzuführen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Sicherung und Entwicklung der regionalen Forschung und Wirtschaft wird die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig gefördert. Die Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung dient dem Gemeinwohl, da insbesondere auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Der positive Einfluss auf die Stadt Braunschweig wird insbesondere durch die Wissens- und Wertschöpfung des Avionik-Clusters am Forschungsflughafen deutlich. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 500.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 01.02.2014)
Ulrich Stegemann	Stadtrat der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 31.01.2014)
Frank Täubert	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Gabriele Schön	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Kai Florysiak	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Dr. Helmut Blöcker	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Dr. Bernhard Niehoff

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Der Geschäftsführer Herr Dr. Niehoff ist Beschäftigter der Stadt Braunschweig und nimmt die Geschäftsführung nebenamtlich wahr.

Wichtige Verträge

Im Rahmen der Veräußerung des Bio-Tec-Gründerzentrums im Jahre 2004 wurde mit der Käuferin, der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH (GBF), jetzt Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI), ein Betreibervertrag geschlossen, nachdem die Vermarktung und Vermietung von Räumlichkeiten für Gründerunternehmen im Bereich der Biotechnologie der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) obliegen.

Aufgrund einer mit der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft Braunschweig Zukunft GmbH geschlossenen Vereinbarung wurde die Vermarktung der Gründerflächen auf diese Gesellschaft übertragen. Das Bio-Tec-Gründerzentrum ist gedacht als erste Möglichkeit der Betriebsansiedlung für junge Unternehmer im Bereich der Biotechnologie und soll langfristig mithelfen, den Forschungsstandort Braunschweig weiter auszubauen.

Die SFB hat am 6. Januar 2010 mit der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH einen Vertrag über die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg einschließlich Anlagen der technischen Ausrüstung und Neubau der östlichen Umfahrung sowie landschaftspflegerische Kompensationsmaßnahmen geschlossen.

Darüber hinaus existiert ein städtebaulicher Vertrag vom 14. Mai 2010 nebst Änderungs- und Ergänzungsverträgen zwischen der Gesellschaft, der Stadt Braunschweig und der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SEBS), in dem die öffentliche Erschließung diverser Gebiete des „Avionik-Cluster“ am Forschungsflughafen Braunschweig auf die Gesellschaft übertragen wurde.

Mit der Stadt Braunschweig hat die SFB ferner am 10. bzw. 14. Januar 2011 eine Finanzierungs- und Durchführungsvereinbarung abgeschlossen, mittels der die „Kofinanzierung“ (d. h. Restfinanzierung der Maßnahme abzgl. der erhaltenen Fördermittel) der im Rahmen des Ausbaus des Avionik-Cluster zu erschließenden Gewerbegebiete gesichert wird.

Die drei letztgenannten Verträge stehen im Zusammenhang mit o. g. Förderprojekt „Ausbau des Avionik-Cluster am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg“.

Geschäftsverlauf

Im Jahresabschluss 2014 der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) wird ein Fehlbetrag in Höhe von 24.810,34 € ausgewiesen (Vorjahr: -20.901,78 €), der von der Gesellschafterin Stadt Braunschweig ausgeglichen wurde.

Nach dem termingerechten Abschluss des Projektes „Ausbau des Avionik-Cluster am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg“ zum Ablauf des Förderzeitraumes am 31.12.2013, entstanden in 2014 lediglich noch geringe Aufwendungen für restliche Abwicklungsarbeiten in Zusammenhang mit diesem Projekt (z. B. Rechts- und Beratungskosten).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2015 werden durch den Projektabschluss „Avionik-Cluster“ nur noch im eingeschränkten Umfang Aufgaben anfallen. Die geplanten Aufwendungen betreffen neben Beraterleistungen vorwiegend steuer- und handels- bzw. gesellschaftsrechtliche Verpflichtungen und den Aufwand für den Geschäftsbesorgervertrag mit der Braunschweig Zukunft GmbH. Das Ergebnis der Gesellschaft wird in 2015 noch durch administrative Tätigkeiten durch die Verwendungsnachweisprüfung beeinflusst.

Das Geschäftsjahr 2015 wird voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 25,0 T€ abschließen.

Zum Ausbau des Avionik-Clusters und zum Flughafenausbau siehe auch die diesbezüglichen Anmerkungen bei der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH und der Braunschweig Zukunft GmbH.

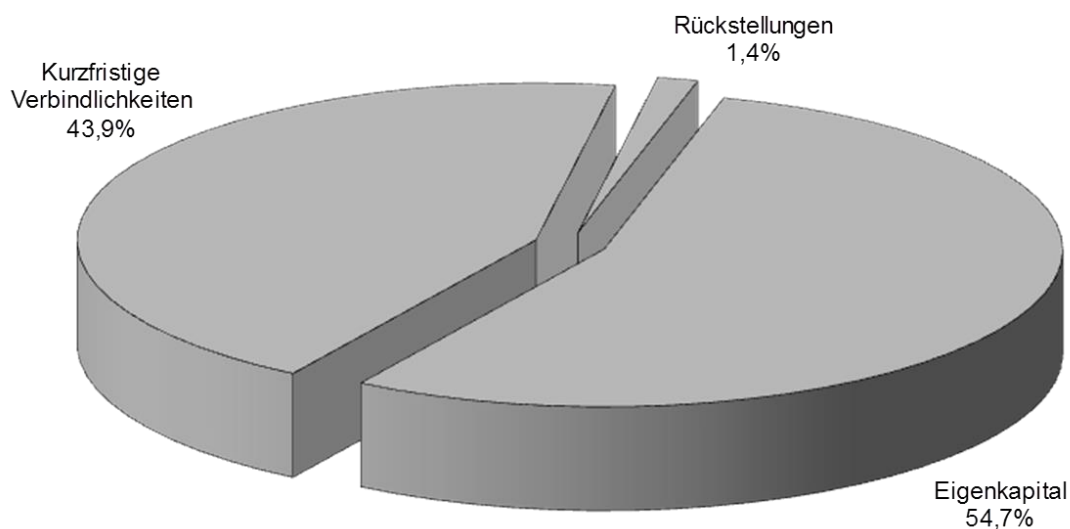
Bilanzdaten der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Struktur-Förderung-Braunschweig GmbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	1	0,1	2	0,0	3	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	1	0,1	2	0,0	3	0,0
Vorräte	0	0,0	0	0,0	4.172	38,5
Forderungen	808	82,7	4.164	96,9	6.472	59,7
Liquide Mittel	168	17,2	130	3,0	195	1,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	976	99,9	4.294	100,0	10.839	100,0
Bilanzsumme	977	100,0	4.296	100,0	10.842	100,0

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	534	54,7	537	12,5	542	5,0
Rückstellungen	14	1,4	7	0,2	6	0,1
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	429	43,9	3.752	87,3	10.294	94,9
Bilanzsumme	977	100,0	4.296	100,0	10.842	100,0

Struktur-Förderung Braunschweig GmbH Kapitalstruktur 2014

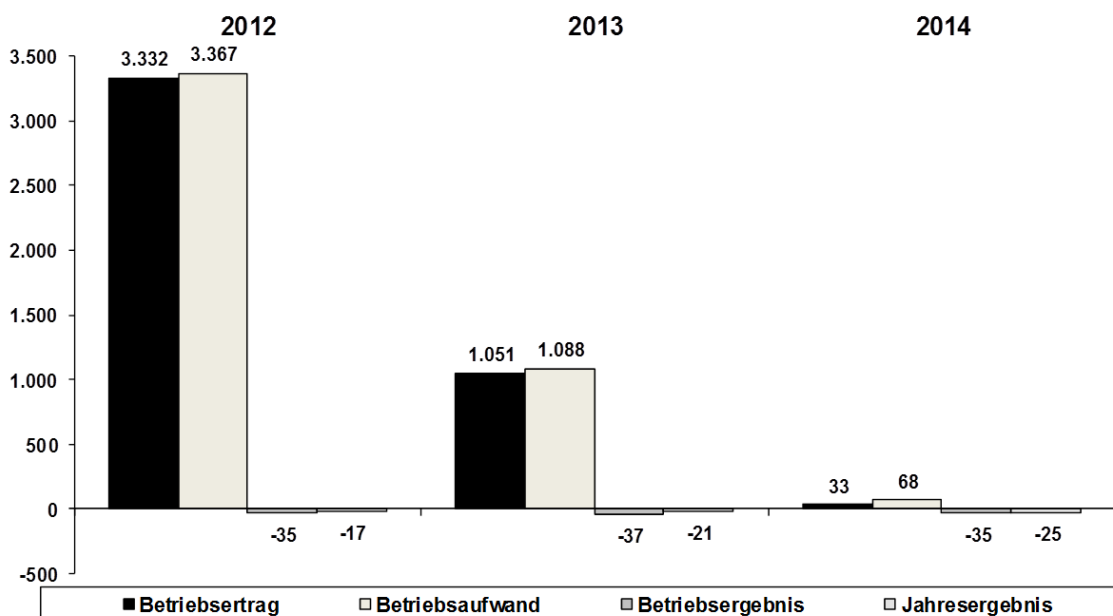


GuV-Daten der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	32	-5.190	5.222	1.593
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	0		-4.172	1.738
Sonstige betriebliche Erträge	1	0	1	0
Betriebserträge	33	-1.018	1.051	3.331
Materialaufwand	24	-999	1.023	3.314
Personalaufwand	0	0	0	0
Abschreibungen	1	0	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	43	-21	64	51
Betriebsaufwand	68	-1.020	1.088	3.366
Betriebsergebnis	-35	2	-37	-35
Finanzergebnis	10	-6	16	18
Unternehmensergebnis	-25	-4	-21	-17
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0
Jahresergebnis	-25	-4	-21	-17

Struktur-Förderung Braunschweig GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Tausch und der Verkauf sowie die Verwaltung und die Bewirtschaftung von unbebauten und bebauten Grundstücken innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes Braunschweig mit dem Ziel der Deckung eines konkreten Flächenbedarfs oder der vorausschauenden Flächenvorsorge für Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen, Kultur, Forschung/Lehre und Gewerbe/Industrie im Stadtgebiet Braunschweig. Außerdem gehört das Anbieten der Baugrundstücke mit geeigneten Werbemaßnahmen auf dem Grundstücksmarkt und deren Verkauf zum Gegenstand des Unternehmens.

Aufgrund aktueller Rechtsprechung (s. u.) wird derzeit die Erschließung der Flächen der Grundstücksgesellschaft nicht mehr durch die Gesellschaft sondern durch die Stadt Braunschweig durchgeführt.

Um den Verkauf von Baugrundstücken und die Verwirklichung der damit verknüpften Zielsetzungen zu fördern, ist das Unternehmen berechtigt, materielle Anreize zu setzen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, die ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Dazu gehört auch die Aufnahme von Darlehen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft stellt Bauland zur Verfügung und dient damit dem Gemeinwohl, zum einen durch die Deckung des Wohnbedarfs der Bevölkerung und zum anderen durch Tätigwerden als Wirtschaftsförderung.

Beim Verkauf von Grundstücken zum Zwecke der Wohnbebauung steht die Bereitstellung von erschwinglichem Bauland zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung und zur Förderung des kinder- und familienfreundlichen Wohnstandortes Braunschweig im Vordergrund. Daneben sollen durch ein vielseitiges Angebot hinsichtlich räumlicher Verteilung, Standortqualität und Eignung für unterschiedliche Bauweisen möglichst viele Nachfragewünsche erfüllt und so Abwanderungsabsichten ins Umland entgegengewirkt werden.

Der Verkauf von Baugrundstücken zum Zwecke der Bebauung für gewerbliche, industrielle, wissenschaftliche oder kulturelle Nutzungen soll der Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Forschungs-, Technologie- und Kulturstandortes Braunschweig dienen. Im Vordergrund stehen dabei grundsätzlich die nachhaltige Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze in Unternehmen, in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und in der Kreativwirtschaft. Hierzu bedarf es nicht nur eines ausreichenden und differenzierten Flächenangebotes für Neuansiedlungen, sondern gerade auch der Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für Expansion und ggf. Verlagerung ansässiger Unternehmen.

Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Reinhard Manlik	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Detlef Kühn	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Kai-Uwe Bratschke	Ratsherr der Stadt Braunschweig (ab 21.10.2014)
Hennig Brandes	Ratsherr der Stadt Braunschweig (bis 21.10.2014)
Holger Herlitschke	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Dr. Bernhard Niehoff

Matthias Heilmann

Wichtige Verträge

In einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Braunschweig sind die entgeltliche Bereitstellung des Personals, der Büroräume und deren Ausstattung sowie verschiedener Dienstleistungen (z. B. Postversand, Telefon oder EDV) geregelt.

Daneben hat die Stadt Braunschweig mit der Gesellschaft einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Erschließung von Baugebieten abgeschlossen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 1. Dezember 2010 entschieden, dass der Abschluss von Erschließungsverträgen gemäß § 124 Baugesetzbuch (BauGB) zwischen einer Kommune und ihrer Eigengesellschaft nicht zulässig ist. Aus diesem Grund erschließt die Stadt Braunschweig Baugebiete der Gesellschaft bis auf weiteres selbst und erhebt hierfür Erschließungsbeiträge sowie Kostenerstattungsbeiträge von der Gesellschaft.

Im Dezember 2011 wurde die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) mit der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Bereitstellung von Bauland ab 1. Januar 2012 mit einer Laufzeit von 10 Jahren seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Die Betrauung erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wurde.

Anzahl der Beschäftigten

Die Gesellschaft hat wie im Vorjahr 2 Mitarbeiter. Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit nebenamtlich aus.

Geschäftsverlauf

Die GGB wies in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.075,8 T€ aus und lag somit um rd. 660,8 T€ über dem Planergebnis 2014.

Die Verbesserung des Jahresergebnisses um rd. 660,8 T€ gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus dem Überschuss aus der Vermarktung von Baugrundstücken und aus der Auflösung der Rückstellungen für Erschließungskosten (Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen zur Erschließung bereits verkaufter Baugrundstücke), die wegen verminderter Kostenerwartungen möglich war. Die Wertberichtigungen/Abschreibungen für Gewerbebauflächen sowie die Bildung einer Drohverlustrückstellung für einen Teil dieser Flächen haben den Jahresüberschuss gemindert.

Der Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 1.075,8 T€ ist bei der Gesellschaft verblieben und wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für das Geschäftsjahr 2015 hat die Grundstücksgesellschaft einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan mit einem Jahresergebnis in Höhe von 0 € vorgelegt.

Für die Gesellschaft gilt die Zielsetzung, kontinuierlich preisgünstige Wohnbauplätze und/oder Wohnbauplätze mit lagebedingten Vorteilen auf dem Grundstücksmarkt anzubieten. Grundsätzlich sollten die neuen Wohnbaugebiete oder Erschließungsabschnitte zwar vergleichsweise klein gehalten werden, um die Attraktivität der Wohnbauplätze zu steigern, das Vermarktungsrisiko zu reduzieren und zusätzliche Infrastrukturlasten (Schule, Kindertagesstätte usw.) möglichst zu vermeiden. Allerdings ließen sich derzeit aufgrund der andauernden überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Wohnbauplätzen für Ein- und Zweifamilienhäuser in allen Preislagen auch Wohnbaugebiete mit mehr als 100 Bauplätzen ohne nennenswerte Risiken vermarkten.

Im Geschäftsjahr 2015 wird die GGB die Vermarktung der Wohnbaugebiete „Am Pfarrgarten/Bevenrode“ und „Meerberg/Leiferde“ abschließen. Außerdem wird der Endausbau der Verkehrsflächen in den Wohnbaugebieten „Lammer Busch-Ost/2. Bauabschnitt“ sowie „Roselies-Süd/Lindenberg“ und die Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für das neue Wohnbaugebiet „Stöckheim-Süd“ fachlich begleitet.

Im Geschäftsjahr 2016 soll mit der Vermarktung des neuen Wohnbaugebietes „Stöckheim-Süd“ begonnen und die Ersterschließung dieses Wohnbaugebietes fachlich begleitet werden.

Weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit in den Wirtschaftsjahren 2015 und 2016 werden die Flächenvorsorge für neue potenzielle Wohngebietsstandorte und die fachliche Begleitung der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für neue Wohngebietsstandorte sein.

Wegen der beständigen Nachfrage nach Gewerbebauflächen im Stadtgebiet Braunschweig und weil die Grundstücksgesellschaft in der Lage sein muss, die Nachfrage von Unternehmen nach Flächen für eine Neuan siedlung, Expansion oder Verlagerung unabhängig von der nachgefragten Größe der Baufläche kurzfristig zu decken, muss die Grundstücksgesellschaft kontinuierlich Gewerbebauflächen in größerem Umfang zur Vermarktung bereithalten.

In den Wirtschaftsjahren 2015 und 2016 wird die Grundstücksgesellschaft die Vermarktung der verfügbaren Gewerbebauflächen fortsetzen und die Umlegungsverfahren „Waller See-Braunschweig/2. Bauabschnitt“, „Forschungsflughafen-West“ und „Forschungsflughafen-Nordwest“ sowie etwaige Erschließungsmaßnahmen der Stadt Braunschweig in diesen Baugebieten fachlich begleiten. Weiterer Schwerpunkt wird die Flächenvorsorge für neue potenzielle Gewerbegebietsstandorte sein.

Bilanzdaten der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

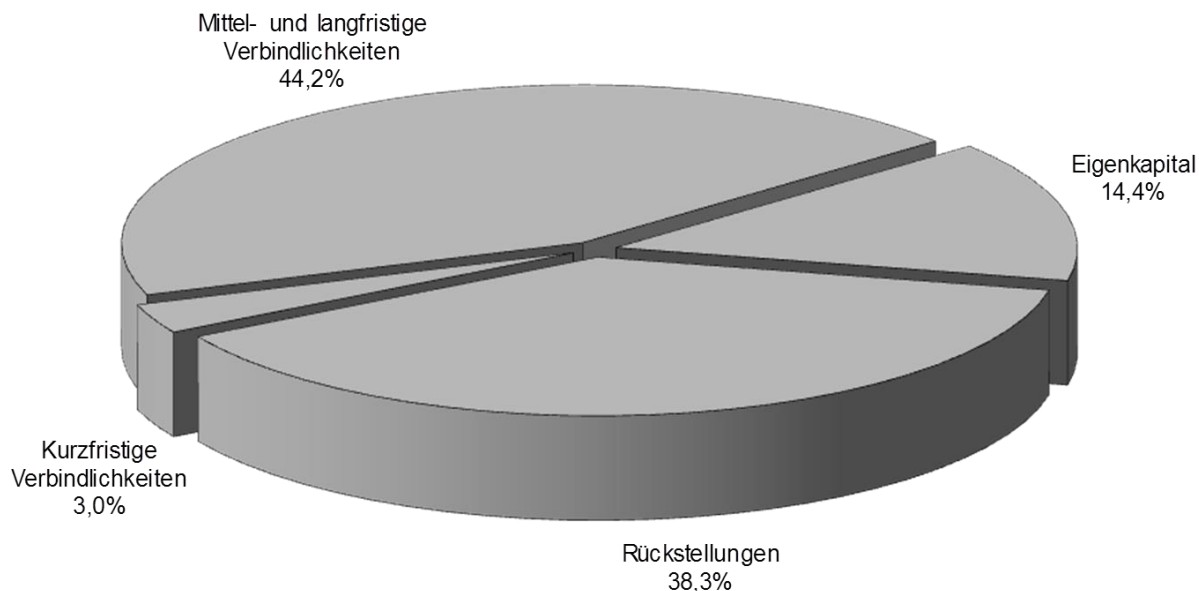
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	3	0,0	3	0,0	4	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	3	0,0	3	0,0	4	0,0
Vorräte	15.968	57,0	14.703	58,4	18.692	79,5
Forderungen	11.634	41,5	10.269	40,8	4.313	18,3
Liquide Mittel	399	1,4	200	0,8	515	2,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	28.001	100,0	25.172	100,0	23.520	100,0
Bilanzsumme	28.004	100,0	25.175	100,0	23.524	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.046	14,4	2.970	11,8	1.465	6,2
Rückstellungen	10.729	38,3	8.830	35,1	7.040	29,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	12.386	44,2	12.522	49,7	12.656	53,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	843	3,0	853	3,4	2.363	10,0
Bilanzsumme	28.004	100,0	25.175	100,0	23.524	100,0

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Kapitalstruktur 2014



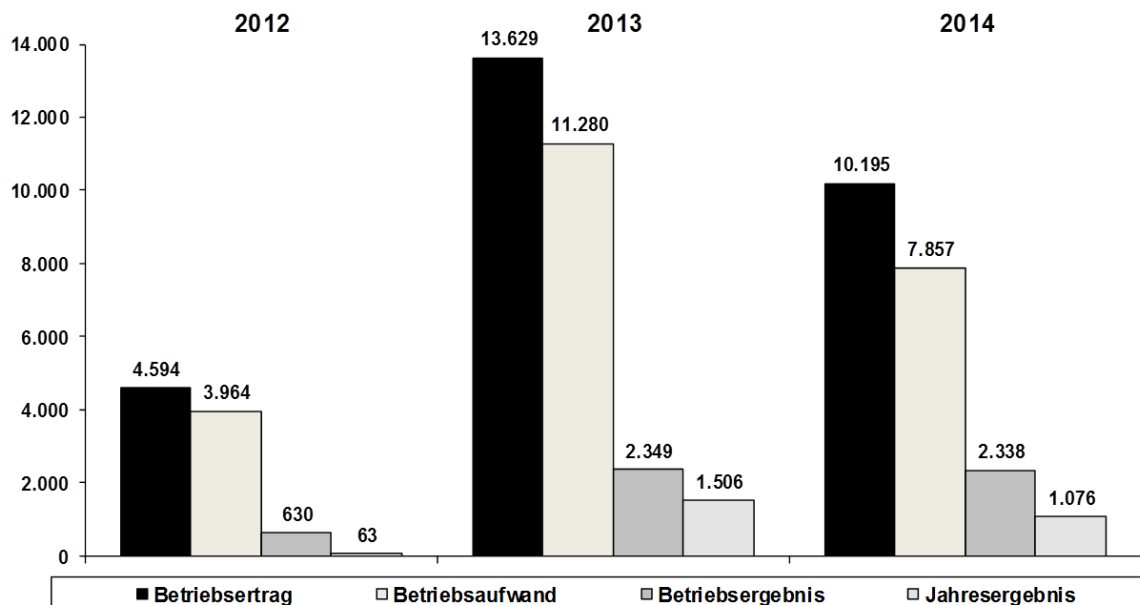
GuV-Daten der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	9.422	-3.079	12.501	3.295
Sonstige betriebliche Erträge	773	-355	1.128	1.299
Betriebserträge	10.195	-3.434	13.629	4.594
Materialaufwand	6.612	-4.224	10.836	3.286
Personalaufwand	148	2	146	140
Abschreibungen	501	501	0	250
Sonstige betriebliche Aufwendungen*	596	298	298	288
Betriebsaufwand	7.857	-3.423	11.280	3.964
Betriebsergebnis	2.338	-11	2.349	630
Finanzergebnis	-723	-16	-707	-529
Unternehmensergebnis	1.615	-27	1.642	101
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	539	403	136	38
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	0
Jahresergebnis	1.076	-430	1.506	63

* In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auch die sonstigen Grundstücksaufwendungen enthalten.

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der gemeinnützige Betrieb des Städtischen Klinikums Braunschweig als Krankenhaus der Maximalversorgung sowie aller damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Zweck der Gesellschaft ist der ärztliche, pflegerische, technische und kaufmännische Betrieb dieser Einrichtungen mit dem Ziel einer bestmöglichen und zugleich wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung sowie die Ausbildung in eigenen Ausbildungsstätten sowie im Rahmen eines Akademischen Lehrkrankenhauses der Medizinischen Hochschule Hannover.

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft stellt mit ihren Kliniken medizinische Infrastruktur der Maximalversorgung zur Verfügung. Damit wird dem Gemeinwohl im Rahmen der Daseinsvorsorge durch eine ausgeprägte Gesundheitsversorgung gedient. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung). Darüber hinaus kommt dem Klinikum Braunschweig mit seinen rd. 4.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Arbeitgeber im Bereich der Stadt Braunschweig eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung und ist ein Tendenzbetrieb im Sinne von § 1 Abs. 4 Ziff. 1 Mitbestimmungsgesetz. Erzielte Gewinne verbleiben zur Optimierung der Patientenversorgung in der Gesellschaft und werden nicht ausgeschüttet.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 18.450.000 €

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Anke Kaphammel	Ratsfrau der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzende
Friederike Harlfinger	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Annette Schütze	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Dr. Christa Karras	Mandat der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Uwe R. Hoffmann *	Betriebswirt
Prof. Dr. Dirk Heinz *	Wissenschaftlicher Geschäftsführer HZI
Martina Lüer **	Arbeitnehmervertreterin
Norbert Kohlmeyer **	Arbeitnehmervertreter

* Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages müssen zwei im Krankenhausbereich erfahrene Persönlichkeiten, die nicht dem Rat der Stadt angehören und auf Vorschlag des Oberbürgermeisters vom Rat der Stadt entsandt werden, dem Aufsichtsrat angehören.

** Zwei Aufsichtsratsmitglieder werden von der Belegschaft entsandt.

Aufgabe der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ist die Reinigung von Kliniken und Gebäuden jeder Art, der Gebäudeservice sowie Transportleistungen und Dienstleistungen ähnlicher Art.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH betreibt medizinische Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung ambulanter ärztlicher Leistungen.

Besondere Kennzahlen

Die Gesamtbettenzahl des Klinikums beläuft sich auf 1.404 vollstationäre und 24 teilstationäre Planbetten. Das Klinikum ist seit dem 1. August 2014 mit dieser Gesamtbettenzahl lt. Bescheid des Landes Niedersachsen in den niedersächsischen Krankenhausplan aufgenommen.

Bettenkapazität	2014	2013
Vollstationär	1.404	1.401
Teilstationär	24	24
Gesamt	1.428	1.425

Leistungszahlen Stationär	2014	2013
vollstationäre Fallzahl (ohne interne Verlegungen)	57.662	55.444
voll- und teilstationäre Pflegetage	456.427	447.339
Stationäre Verweildauer (vollstationär in Tagen)	7,53	7,66
Nutzungsgrad in % (vollstationär aufgestellte Betten)	84,4	82,4

Das Klinikum verteilt sich derzeit auf 3 Standorte in Braunschweig (Holwedestraße, Salzdahlumer Straße, Celler Straße) und setzt sich zusammen aus 16 hauptamtlichen Abteilungen (Augen, Allgemeine Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, HNO, Herzchirurgie, Innere Medizin, Kinderchirurgie, Kinderheilkunde, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Neurochirurgie, Neurologie, Nuklearmedizin, Plastische Chirurgie, Strahlentherapie, Urologie, Allgemeine Psychiatrie) und zwei teilstationären Abteilungen (Kinderheilkunde sowie Tages- und Nachtambulanz Psychiatrie).

Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsplan 2014 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH war ein Ergebnis von 506 T€ prognostiziert worden. Tatsächlich schließt die Gewinn- und Verlustrechnung 2014 mit einem Überschuss in Höhe von 1.180 T€ ab. Das Vorjahresergebnis konnte um 226 T€ verbessert werden.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 15,5 Mio. € (5,9 %) gestiegen. Dies resultiert neben Leistungssteigerungen im Wesentlichen aus den positiven Ergebnissen der Budgetverhandlungen und aus dem Anstieg des Landesbasisfallwertes. Ferner konnten Mehrleistungen vereinbart werden, die zu einer Budgeterhöhung von rd. 2,33 Mio. € geführt haben.

Die Bilanzsumme des Klinikums ist in 2014 um rd. 2,9 Mio. € auf 285.545.859,71 € gestiegen.

In den Konzernabschluss des Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurden im Geschäftsjahr 2014 vier Tochtergesellschaften einbezogen.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH (Klinikdienste GmbH) erwirtschaftete in 2014 einen Jahresüberschuss von 2,5 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH (Textilservice GmbH) schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 6,3 T€ ab, der ebenfalls auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH (MVZ GmbH) verzeichnete einen Jahresüberschuss von rd. 370 T€, der der Gewinnrücklage zugeführt wurde.

Die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH wurde zum 1. Januar 2014 neu gegründet und ist daher erstmalig in den Konzernabschluss aufgenommen worden. Die Gesellschaft erwirtschaftete in 2014 einen Überschuss in Höhe von rd. 95 T€.

Der Konzernabschluss ist aufgrund der Größenverhältnisse der Tochtergesellschaften entscheidend von der Muttergesellschaft geprägt. Die Gesellschaft hat einen Konzernabschluss vorgelegt, der die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH mit ihren Tochtergesellschaften konsolidiert. Hier wird ein Konzerngewinn von 1.640,7 T€ (Vorjahr: 721,4 T€) ausgewiesen. Die Konzernbilanzsumme des Klinikums ist in 2014 um rd. 4,8 Mio. € auf 276.427.563,97 € gestiegen.

Da die Gesellschaft gemeinnützig ist, sind Ausschüttungen an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig nicht möglich.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Gesellschaft konnte bislang seit Gründung der GmbH 2003 durchweg Jahresabschlüsse mit positiven Ergebnissen vorlegen. Der Wirtschaftsplan 2015 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH sieht einen Überschuss von 1,0 Mio. € vor.

Investitionen sind im Wesentlichen für das Zwei-Standorte-Konzept geplant. Damit wird das Ziel verfolgt, die Standorte des Klinikums von ehemals vier auf die zwei in der Celler Straße und der Salzdahlumer Straße zu reduzieren. Der Standort Gliesmaroder Straße ist bereits geschlossen. Die Standorte Holwedestraße sowie Freistraße als reiner Verwaltungsstandort sollen mit Fortsetzung des Projektes entfallen.

Für den 1. Bauabschnitt wurden Mittel in Höhe von 76,2 Mio. € eingeplant. Für den 2. Bauabschnitt wurde ein Volumen in Höhe von 110,0 Mio. € in den Wirtschaftsplan 2015 aufgenommen. Die Planungen berücksichtigen Fördermittel des Landes sowie den Bedarf an Eigenmitteln. Die Fertigstellung des 1. Bauabschnittes soll in 2015 erfolgen. Mit den Baumaßnahmen für den 2. Bauabschnitt wurde im Dezember 2014 begonnen.

Der konsolidierte Wirtschaftsplan 2015 sieht einen Überschuss in Höhe von rd. 1,2 Mio. € vor.

Bilanzdaten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

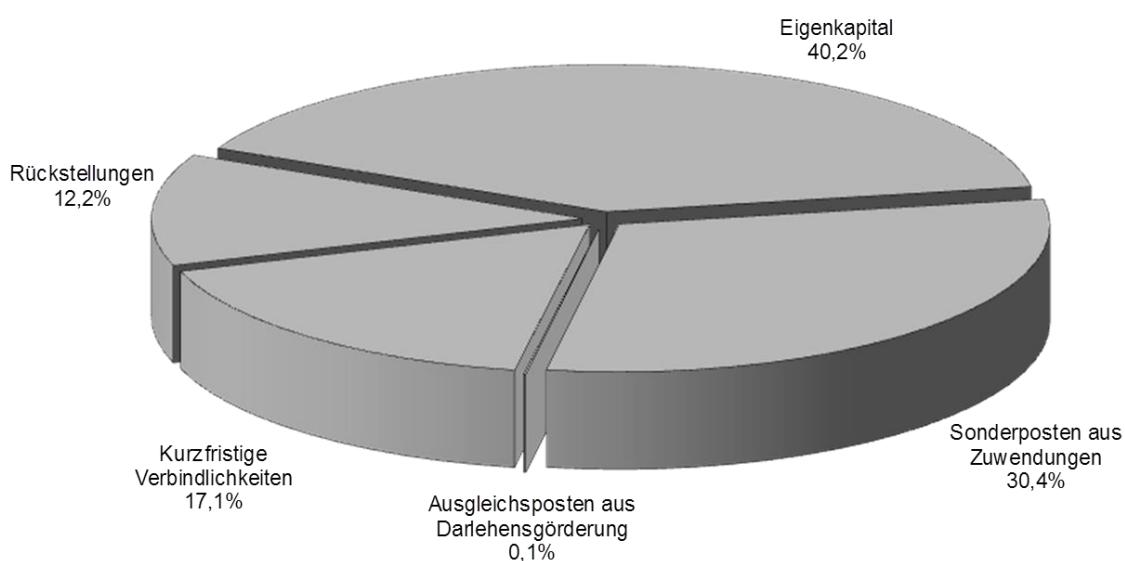
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	862	0,3	1.020	0,4	1.089	0,4
Sachanlagen	146.409	51,3	147.946	52,4	148.963	56,3
Finanzanlagen	623	0,2	599	0,2	548	0,2
Langfristig gebundenes Vermögen	147.894	51,8	149.565	52,9	150.600	56,9
Vorräte	7.853	2,8	7.331	2,6	7.171	2,7
Forderungen	111.923	39,2	109.982	38,9	92.011	34,8
Liquide Mittel	6.068	2,1	3.925	1,4	3.092	1,2
Ausgleichsposten nach KHG *	11.808	4,1	11.799	4,2	11.762	4,4
Kurzfristig gebundenes Vermögen	137.652	48,2	133.037	47,1	114.036	43,1
Bilanzsumme	285.546	100,0	282.602	100,0	264.636	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	114.704	40,2	113.524	40,2	112.570	42,6
Sonderposten aus Zuwendungen	86.878	30,4	88.465	31,3	92.473	34,9
Rückstellungen	34.964	12,2	33.962	12,0	33.064	12,5
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	48.761	17,1	46.376	16,4	26.219	9,9
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	239	0,1	275	0,1	310	0,1
Bilanzsumme	285.546	100,0	282.602	100,0	264.636	100,0

* Krankenhausgesetz

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Kapitalstruktur 2014



GuV-Daten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

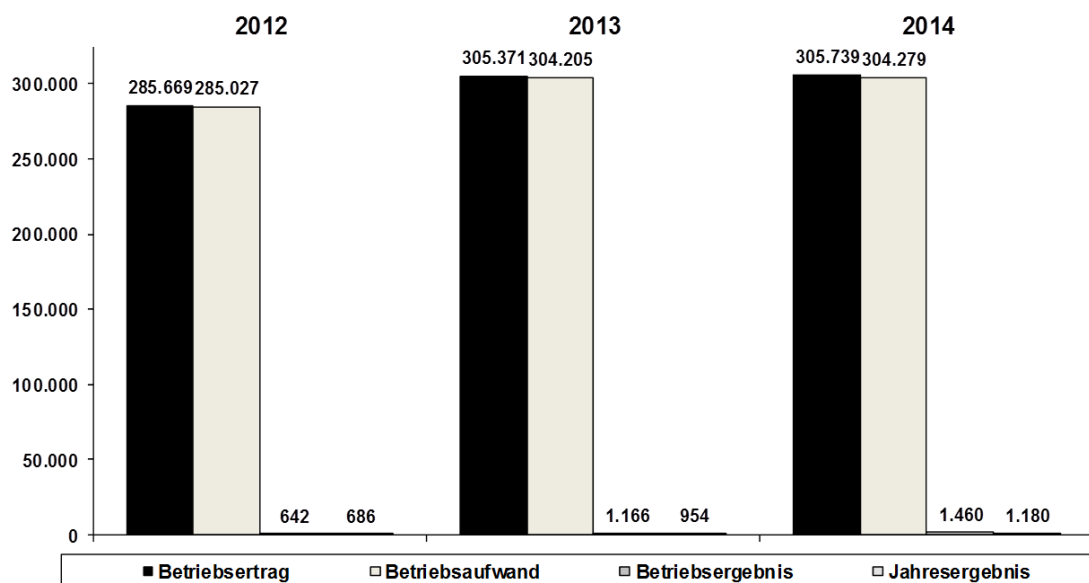
Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse *	277.815	15.537	262.278	254.527
Sonstige betriebliche Erträge **	27.924	-15.169	43.093	31.142
Betriebserträge	305.739	368	305.371	285.669
Materialaufwand	76.653	4.621	72.032	69.627
Personalaufwand	180.282	9.876	170.406	163.990
Abschreibungen	11.052	-813	11.865	11.573
Sonstige betriebliche Aufwendungen ***	36.292	-13.610	49.902	39.837
Betriebsaufwand	304.279	74	304.205	285.027
Betriebsergebnis	1.460	294	1.166	642
Finanzergebnis	-589	-110	-479	-1
Unternehmensergebnis	871	184	687	641
außerordentliches Ergebnis	0	-468	468	0
Steuern	-309	-510	201	-45
Jahresergebnis	1.180	226	954	686

Gesonderte Struktur der GuV nach Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV):

- * Krankenhauserlöse (Krankenhausleistungen, Wahlleistungen, ambulante Leistungen), Nutzungsentgelte der Ärzte, Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen, öffentliche Zuweisungen und Zuschüsse
- ** Sonstige betriebliche Erträge, Erträge aus Zuwendungen für Investitionen, Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, Erträge aus der Auflösung des Ausgleichsposten für Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung
- *** Sonstiger betrieblicher Aufwand, Aufwand aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG und aufgrund sonstiger Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, Aufwand für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

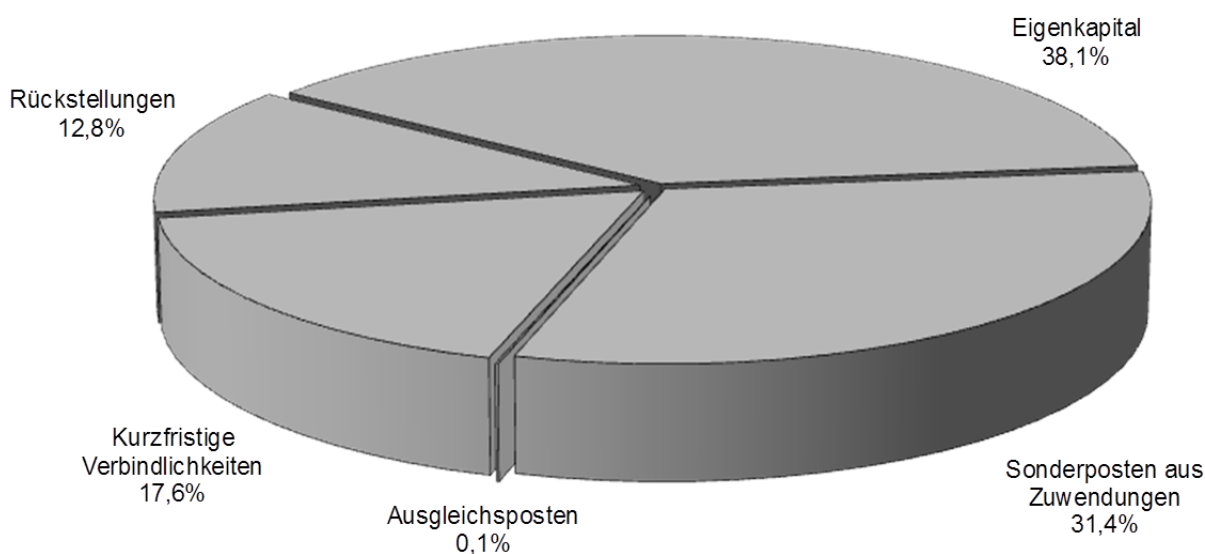
Bilanzdaten des KONZERN Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Konzern Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.358	0,5	1.477	0,5	1.546	0,6
Sachanlagen	148.726	53,8	148.278	54,6	149.275	58,8
Finanzanlagen	78	0,0	81	0,0	30	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	150.162	54,3	149.836	55,2	150.851	59,4
Vorräte	7.916	2,9	7.392	2,7	7.263	2,9
Forderungen	112.029	40,5	110.344	40,6	92.541	36,4
Liquide Mittel	6.320	2,3	4.103	1,5	3.282	1,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	126.265	45,7	121.839	44,8	103.086	40,6
Bilanzsumme	276.427	100,0	271.675	100,0	253.937	100,0

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	105.222	38,1	103.582	38,1	102.860	40,5
Sonderposten aus Zuwendungen	86.878	31,4	88.465	32,6	92.473	36,4
Rückstellungen	35.419	12,8	34.386	12,7	33.461	13,2
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	48.669	17,6	44.967	16,6	24.833	9,8
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	239	0,1	275	0,1	310	0,1
Bilanzsumme	276.427	100,0	271.675	100,0	253.937	100,0

KONZERN Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Kapitalstruktur 2014



GuV-Daten des KONZERNS Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

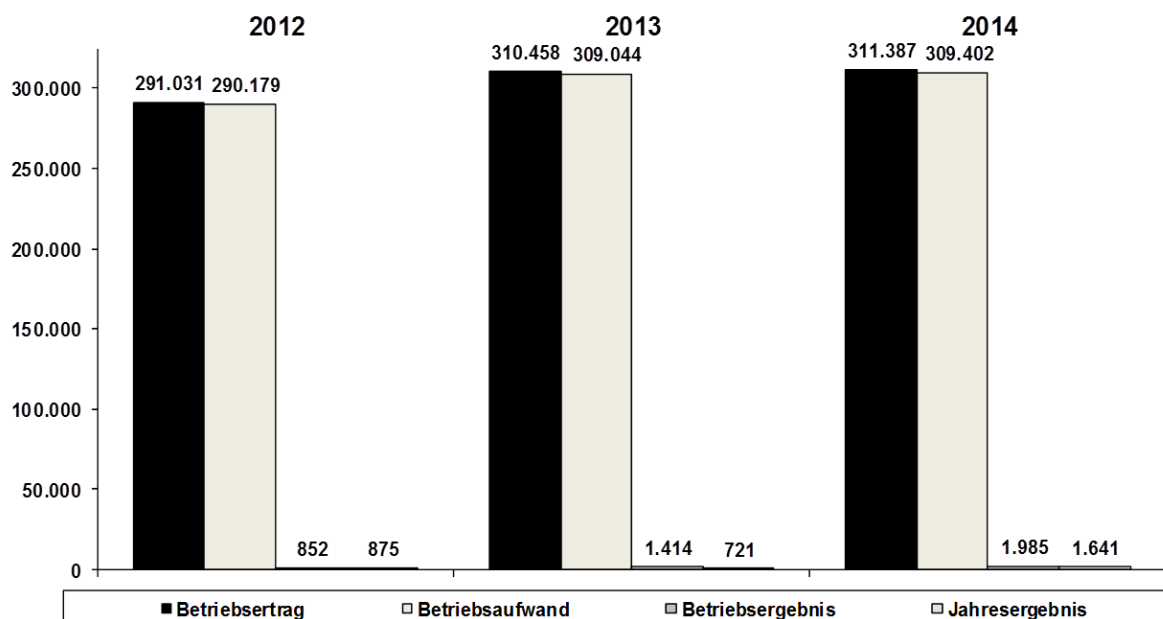
Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse*	282.745	15.979	266.766	259.495
Sonstige betriebliche Erträge **	28.642	-15.050	43.692	31.536
Betriebserträge	311.387	929	310.458	291.031
Materialaufwand	66.755	4.245	62.510	60.511
Personalaufwand	194.552	10.466	184.086	177.563
Abschreibungen	11.285	-666	11.951	11.671
Sonstige betriebliche Aufwendungen ***	36.810	-13.687	50.497	40.434
Betriebsaufwand	309.402	358	309.044	290.179
Betriebsergebnis	1.985	571	1.414	852
Finanzergebnis	-591	-119	-472	1
Unternehmensergebnis	1.394	452	942	853
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-5
Steuern	-247	-468	221	-27
Konzern-Jahresergebnis	1.641	920	721	875

Gesonderte Struktur der GuV nach Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV):

- * Krankenhauserlöse (Krankenhausleistungen, Wahlleistungen, ambulante Leistungen), Nutzungsentgelte der Ärzte, Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen, öffentliche Zuweisungen und Zuschüsse
- ** Sonstige betriebliche Erträge, Erträge aus Zuwendungen für Investitionen, Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens
- *** Sonstiger betrieblicher Aufwand, Aufwand aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG, Aufwand für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen

KONZERN Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung und Durchführung von Konzepten und Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität und des Images der Stadt Braunschweig, u. a. als Teilraum der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg. Die Aktivitäten umfassen sowohl alle städtisch relevanten Funktionen, insbesondere wirtschaftlicher, kultureller und stadtmarketingbezogener Art, als auch die inhaltliche und personelle Unterstützung der Ziele der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH.

Daneben ist die Gesellschaft berechtigt, die ihr zur Förderung des Unternehmenszweckes zufließenden Mittel bzw. Zuschüsse zu verwalten und diese auf der Grundlage gesellschaftseigener und nicht gesellschaftseigener Mittel- und Zuschussvergaberichtlinien an Drittempfänger weiterzuleiten.

Die Gesellschaft kann außerdem sonstige von der Gesellschafterin bzw. von Dritten erteilte Aufträge im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes ausführen. Dieses Geschäftsfeld umfasst insbesondere die Durchführung von eigenen Veranstaltungen und die Mitwirkung bei Veranstaltungen Dritter.

Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Förderung, die Betreuung und das Betreiben von Einrichtungen und Veranstaltungen im Bereich des Fremdenverkehrs und der damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Dazu gehören insbesondere die Verbesserung des touristischen Angebots, die Besucher- und Gästebetreuung, Zimmervermittlungen sowie die Durchführung von Stadtführungen, der Betrieb eines Informationsbüros sowie der Vertrieb von touristischen Produkten und Dienstleistungen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, die ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich unter dieser Einschränkung auch an anderen Unternehmen mit dem gleichen oder einem ähnlichen Gegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft zwecks Konzentration der Aufgaben die Aufgaben und das Personal sowie Aktiva und Passiva des Braunschweiger ‚Städtischen Verkehrsvereins eV‘ (SVV) übernommen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Sämtliche Aufgaben der Gesellschaft im Rahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere Marketingmaßnahmen, touristische Produkte und Conventions liegen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Darüber hinaus nimmt die Gesellschaft Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie z. B. die Durchführung des Weihnachtsmarktes und die Beteiligung am Haus der Wissenschaft wahr. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 01.02.2014)
Joachim Roth	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 31.01.2014)
Friederike Harlfinger	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzende
Anke Kaphammel	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Cornelia Seiffert	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Thorsten Herla	Mandat der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Geschäftsführung

Gerold Leppa

Wichtige Verträge

Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses der Stadt Braunschweig vom 16. Oktober 2007 hat sich die Braunschweig Stadtmarketing GmbH mit 25,2 % nominalem Stammkapitalanteil an der „Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH“ beteiligt. Die Gesellschaft wurde am 24. Oktober 2007 gegründet. Weitere Gesellschafter sind:

- Innovationsgesellschaft Technische Universität mbH (25,2 %)
- Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V. (25,2 %)
- ForschungRegion Braunschweig e. V. (19,6 %)
- UNION Kaufmännischer Verein von 1818 e. V. (4,8 %)

Das gesamte Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

<http://www.hausderwissenschaft.org>



Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung einer Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, welche die Idee „Stadt der Wissenschaft 2007“ weiterträgt. Neben der Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte soll vor allem die Vernetzung der Wissenschaft mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert werden. Zu den wichtigsten Zielen gehören weiterhin die Nachwuchsförderung und -werbung, die Imagebildung für Stadt und Region sowie der Wissens- und Technologietransfer.

Im Haus der Wissenschaft finden vielfältige Veranstaltungen wissenschaftlicher, künstlerischer und sonstiger kultureller Art statt, die sich sowohl einem breiten Publikum zuwenden, als auch den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialog fördern.

Gemäß dem Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 25. September 2007 ist die Braunschweig Stadtmarketing GmbH ermächtigt, zur Unterstützung der „Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH“ jährlich 150.000 € zur Verfügung zu stellen.

Geschäftsführerin der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH ist Frau Dr. Karen Minna Oltersdorf.

Am 29./30. Januar 2012 wurde mit der Stadt Braunschweig ein Vertrag bezüglich der Nutzung von Werberechten auf öffentlichem Grund (Außenwerbung auf städtischen Grundstücken) abgeschlossen. Am 19. Juli 2012 hat die Gesellschaft mit der DSM – Ströer Deutsche Städte Medien GmbH – einen Vertrag über die Überlassung der Nutzung dieser Werbeflächen geschlossen. Der Vertrag begann am 1. Juli 2012 und wurde für die Dauer von 12 Jahren geschlossen.

Zum 1. Januar 2013 wurde die Braunschweig Stadtmarketing GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in Form der Wirtschaftsförderung sowie in Form der Erledigung bestimmter Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Stadt Braunschweig seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut. Dies erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wurde. Die Betrauung erfolgte mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Eine Betrauung ist notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen.

Anzahl der Beschäftigten

Im Geschäftsjahr 2014 waren in der Braunschweig Stadtmarketing GmbH durchschnittlich 36 Mitarbeiter (Vorjahr: 34) beschäftigt.

Zum 1. Februar 2014 hat der Geschäftsführer der Gesellschaft, Herr Gerold Leppa, das Amt des Wirtschaftsdezernenten in Personalunion mit der Geschäftsführung der Braunschweig Zukunft GmbH übernommen. Die Geschäftsführung der BSM wird auch weiterhin durch Herrn Leppa wahrgenommen.

Die Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH beschäftigte 2014 durchschnittlich 4 Mitarbeiter (Vorjahr: 4).

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH wurde mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 1.006,4 T€ abgeschlossen.

Das Projekt mit den weitreichendsten Konsequenzen in 2014 war der Umbau der neu angemieteten Räumlichkeiten für die Touristinfo und der daran anschließende Umzug vom Standort „Vor der Burg 1“ zum neuen Standort „Kleine Burg 14“. Die Eröffnung am neuen Standort erfolgte am 25. März 2014.

Bei der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH wurde für das Geschäftsjahr 2014 ein Jahresfehlbetrag von 179,7 T€ ausgewiesen. Dieser wurde durch die Kapitalrücklage, in die die Braunschweig Stadtmarketing GmbH und andere Gesellschafter jährlich einzahlen, ausgeglichen.

Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH versteht Stadtmarketing als Gemeinschaftsaufgabe, die nur unter Einbeziehung möglichst vieler Akteure in Braunschweig ausreichende Wirkung entfalten kann. Die Gesellschaft dient in diesem Prozess als Initiatorin und Konzeptlieferantin, als gemeinsame Plattform zum Austausch der Akteure sowie schließlich als Dienstleister und Träger der Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen. Aufgrund dieser Aufgabenstellung sind die Indikatoren für die Wirtschaftlichkeit und den Unternehmenserfolg nicht allein in einer positiven Entwicklung von Absatzzahlen, Umsätzen und Jahresergebnis zu finden. Vielmehr sind die Schaffung, Stabilisierung und der Ausbau ausgeprägter Kooperationsnetzwerke und die darauf aufbauende Umsetzung schlagkräftiger Stadtmarketingmaßnahmen maßgebliche Tragsäulen mittel- und langfristigen Erfolgs der Gesellschaft.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Aufgabenstellung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erfordert die laufende Zuführung von Finanzmitteln für den laufenden Geschäftsbetrieb durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß Regelung des Gesellschaftsvertrages Einlagen der Stadt Braunschweig in monatlichen Teilbeträgen sowie eine variable Einlage bei Bedarf auf Anforderung zur Verfügung. Die Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens schränken die Erzielung von Erlösen zur vollständigen Deckung der anstehenden Aufwendungen ein.

Die Gesellschaft finanziert ihre Aktivitäten im Wesentlichen über Einlagen der Stadt Braunschweig, Sponsorenleistungen und Erträge aus sonstigen Dienstleistungen im Bereich des Marketings sowie aus der Vermarktung von touristischen Produkten, Sondernutzungsflächen und Überlassung der Werbeflächen.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2015 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.338,3 T€ aus.

Die Gesellschaft wird Braunschweiger Marketingthemen insbesondere im Standortmarketing durch die Entwicklung und Umsetzung einer neuen Kampagne zur Unterstützung der Wirtschaftsunternehmen zur Anwerbung von Fach- und Führungskräften vorantreiben.

Ziel ist weiterhin die Stärkung der zukünftigen Position Braunschweigs als Kongress- und Tagungsort und die weitere Professionalisierung des Convention Bureau Braunschweig. Die Bündelung der Kräfte Braunschweigs in diesem Bereich wurde durch die Einbindung der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH, der Braunschweig Zukunft GmbH und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH erreicht.

Die Zusammenarbeit mit dem Handel in der Innenstadt, der Hotellerie, der Gastronomie und anderen touristischen Leistungsträgern hat sich in 2014 durch die Einbindung im Beirat und den Ausschüssen Tourismus und Innenstadt weiter bewährt. Die Vertiefung der Partnerschaften mit Unternehmen und Institutionen als Pro-

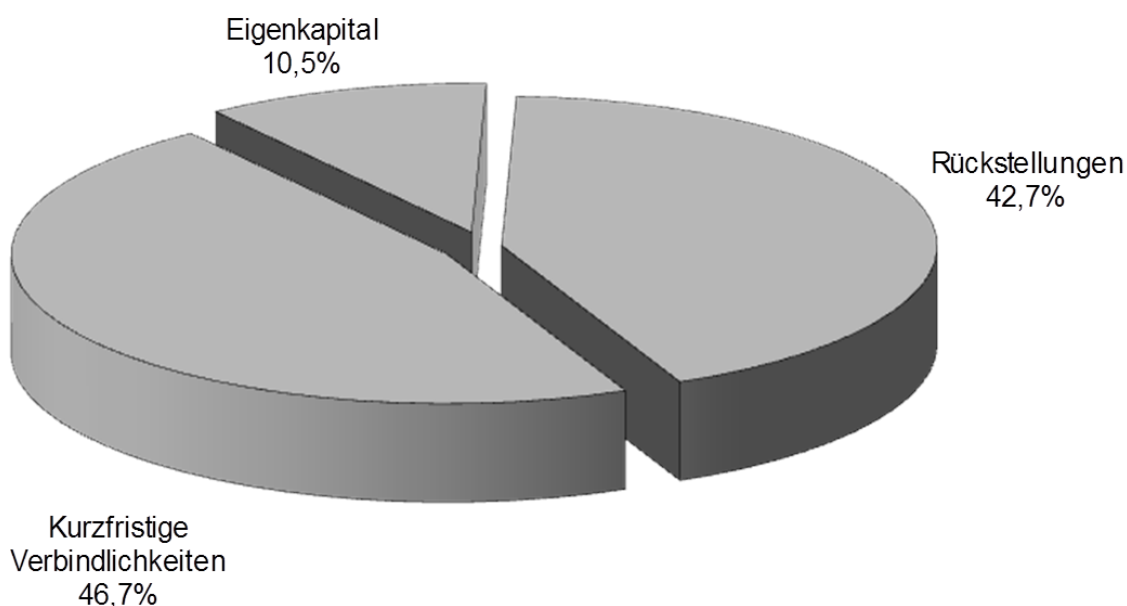
jektssponsoren, die damit verbundene Ausweitung und Stärkung der Stadtmarketingmaßnahmen sowie die weitere Steigerung der Umsätze und Deckungsbeiträge sind weiterhin zentrale Ziele der Gesellschaft.

Bilanzdaten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Braunschweig Stadtmarketing GmbH						
BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,2	3	0,3	2	0,3
Sachanlagen	229	26,0	160	18,0	164	24,4
Finanzanlagen	6	0,7	6	0,7	6	0,9
Langfristig gebundenes Vermögen	237	26,9	169	19,1	172	25,6
Vorräte	99	11,2	73	8,2	65	9,7
Forderungen	450	51,0	438	49,4	415	61,7
Liquide Mittel	96	10,9	207	23,3	21	3,1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	645	73,1	718	80,9	501	74,4
Bilanzsumme	882	100,0	887	100,0	673	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	93	10,5	78	8,8	82	12,2
Rückstellungen	377	42,7	517	58,3	376	55,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	412	46,7	292	32,9	215	31,9
Bilanzsumme	882	100,0	887	100,0	673	100,0

Braunschweig Stadtmarketing GmbH Kapitalstruktur 2014

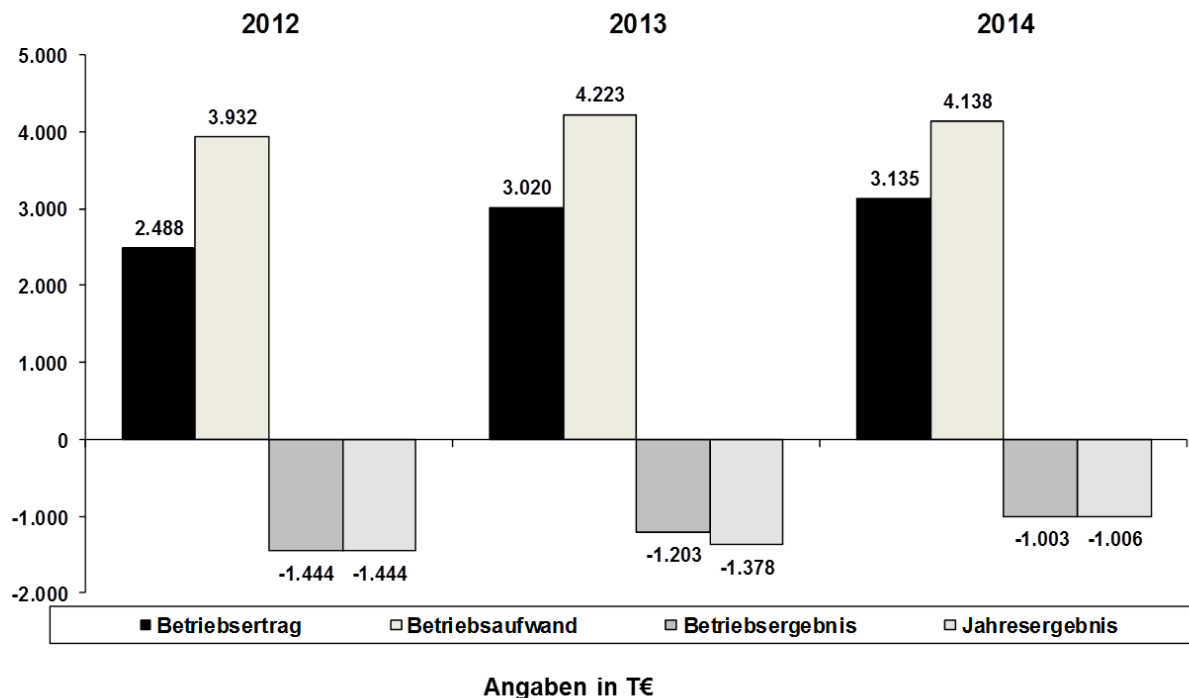


GuV-Daten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	2.988	47	2.941	2.430
Sonstige betriebliche Erträge	147	68	79	58
Betriebserträge	3.135	115	3.020	2.488
Materialaufwand	2.009	-218	2.227	1.951
Personalaufwand	1.520	59	1.461	1.431
Abschreibungen	43	11	32	34
Sonstige betriebliche Aufwendungen	566	63	503	516
Betriebsaufwand	4.138	-85	4.223	3.932
Betriebsergebnis	-1.003	200	-1.203	-1.444
Finanzergebnis	2	19	-17	1
Unternehmensergebnis	-1.001	219	-1.220	-1.443
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	5	-153	158	1
Jahresergebnis	-1.006	372	-1.378	-1.444

Braunschweig Stadtmarketing GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Braunschweiger Volkshochschule. Sie dient der Allgemeinbildung, Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung und Berufsvorbereitung von Erwachsenen und Jugendlichen und bietet zusätzlich Bildungsberatung und andere bildungsnahe Dienstleistungen an. Sie ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Die Gesellschaft ist zur Durchführung aller den Gesellschaftszwecken dienenden Tätigkeiten befugt, insbesondere zur Durchführung von Arbeitsgemeinschaften, Kursen, Vorlesungen, Einzelvorträgen und Studienfahrten, Auftragsmaßnahmen und Projekten mit dem Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Selbstbildung und zur Mitarbeit am demokratischen Staatsleben anzuregen und ihnen Kenntnisse für Leben und Beruf zu vermitteln.

Der Zugang zu den Veranstaltungen der Gesellschaft ist jedermann ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, gesellschaftliche oder berufliche Stellung sowie politische und weltanschauliche Zugehörigkeit offen.

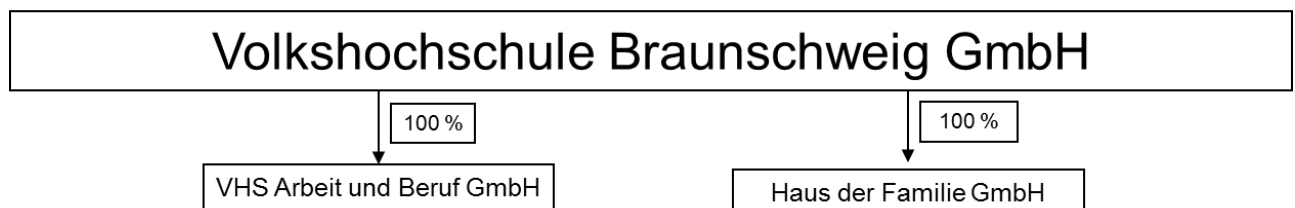
Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Bereitstellung von unabhängiger Bildung aus den Bereichen Allgemeinbildung, Politik, Kultur, Gesundheit und Beruf gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, erforderliche Kenntnisse zu erwerben und zu erweitern. Hierdurch wird eine freie Persönlichkeitsentwicklung gefördert und dem Allgemeinwohl gedient. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Struktur der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH hat zwei 100 %ige Tochtergesellschaften. Dabei handelt es sich um die VHS Arbeit und Beruf GmbH sowie die Haus der Familie GmbH (s. u.).



Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung und der Bildungsbeirat.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Dr. Andrea Hanke	Stadträtin der Stadt Braunschweig, Vorsitzende (ab 24.03.2015)
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 24.03.2015)
Thorsten Köster	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Uwe Jordan	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Daneben nehmen der Vorsitzende des Bildungsbeirates und ein vom Betriebsrat der Gesellschaft zu benennender Belegschaftsvertreter an den Sitzungen des Aufsichtsrates ohne Stimmrecht teil.

Geschäftsführung

Hans-Peter Lorenzen

Bildungsbeirat

Der Bildungsbeirat der Gesellschaft besteht aus 9 stimmberechtigten Personen:

- 1 Vertreter/in der Kursleiter/innen
- 1 Vertreter/in der Teilnehmer/innen
- 2 Vertreter/innen aus dem für die Erwachsenenbildung zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Braunschweig
- 1 Vertreter/in des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- 1 Vertreter/in des Arbeitgeberverbandes Region Braunschweig
- 1 Vertreter/in der Industrie- und Handelskammer Braunschweig
- 1 Vertreter/in der Kreishandwerkerschaft Braunschweig
- 1 Vertreter/in der Technischen Universität Braunschweig

Weitere Personen können vom Bildungsbeirat beratend hinzugezogen werden.

Dem Bildungsbeirat obliegt die Beschlussfassung über das Semesterprogramm, er schlägt dem Aufsichtsrat Gebühren und Honorare vor. Ferner soll der Bildungsbeirat als Mittlerorgan zwischen Gesellschafterin, Teilnehmerschaft und Kursleiterschaft fungieren.

Wichtige Verträge

Mit der Stadt Braunschweig bestehen Mietverträge für die städtischen Objekte Heydenstr. 2 und Alte Waage 15.

Mit notariellem Vertrag vom 11. Juni 2004 und Eintragung ins Handelsregister am 22. September 2004 wurde die VHS Arbeit und Beruf GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die ideelle und finanzielle Förderung der Erwachsenenbildung und beruflichen Weiterbildung. Ergänzt wurde der Gegenstand der Gesellschaft um die Schulessensversorgung und die „Kommunale Beschäftigungsförderung“. Mit Wirkung vom 1. Januar 2013 wurde die Aufgabe „Kommunale Beschäftigungsförderung“ vom städtischen Beschäftigungsbetrieb auf die VHS Arbeit und Beruf GmbH übertragen. In diesem Zusammenhang war eine Anpassung des Gesellschaftsvertrages erforderlich. Die entsprechende Eintragung ins Handelsregister ist am 12. Dezember 2012 erfolgt.

Auf Basis des geänderten Gesellschaftsvertrages wurde die VHS Arbeit und Beruf GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse - in Form kommunaler Beschäftigungsförderung gem. den derzeit in § 16 SGB II genannten Bereichen sowie in Form der Förderung der Bildung und Erziehung von Schülerinnen/Schülern und Jugendlichen einschließlich der Schulessensversorgung - in der Stadt Braunschweig ab dem 12. Dezember 2012 (Eintragung der Neufassung des Gesellschaftsvertrages) mit einer Laufzeit von 10 Jahren seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut. Die Betrauung war notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Sie erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wird.

Mit notariellem Vertrag vom 8. März 2005 und Eintragung ins Handelsregister am 27. April 2005 wurde die Haus der Familie GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist vor allem der Betrieb der Familienbildungsstätte „Haus der Familie“ in Braunschweig.

Tochtergesellschaften	Stammkapital gesamt in Euro	Anteil der Volkshochschule Brg. GmbH in Euro	in Prozent
VHS Arbeit und Beruf GmbH	25.000	25.000	100%
Haus der Familie GmbH	25.000	25.000	100%

Anzahl der Beschäftigten

Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 173 (Vorjahr: 188) Mitarbeiter im Unterricht, in der pädagogischen Organisation und im Kundenservice (inkl. Hausorganisation und Reinigung) beschäftigt.

Darüber hinaus waren 652 (Vorjahr: 682) freie Kursleiterinnen und Kursleiter auf Honorarbasis bei der VHS tätig.

Diese Zahlen beinhalten sowohl die Beschäftigten der Volkshochschule Braunschweig GmbH als auch die Beschäftigten der beiden Tochtergesellschaften.

Geschäftsverlauf

In 2014 führte die VHS (inkl. der Tochtergesellschaften) 1.904 Veranstaltungen mit insgesamt 66.470 Unterrichtsstunden, die 20.846 Teilnehmer besuchten, durch. Daneben fanden 76 Sonderveranstaltungen statt.

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH schloss das Wirtschaftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 737,0 T€ ab (Vorjahr: rd. -707,1 T€). Dieser Fehlbetrag wurde von der Stadt Braunschweig ausgeglichen.

Das Land Niedersachsen überwies in 2014 Zuschüsse in Höhe von 652,0 T€. Diese Leistungen sind im Abschluss schon als Ertrag gebucht.

Mit der VHS ist zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung ein Anreizsystem verabredet worden. Sie soll in voller Höhe an erzielten Verbesserungen des Jahresergebnisses im Vergleich zum jeweiligen Wirtschaftsplan partizipieren. In 2014 wurde ein um 47,0 T€ besseres Ergebnis im Vergleich zum Wirtschaftsplan erzielt. Entsprechend soll dieser Betrag der Kapitalrücklage zugeführt werden. Die Zuführung erfolgt aus haushaltstechnischen Gründen erst im Jahr 2016.

Die VHS Arbeit und Beruf GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 einen Überschuss von rd. 31,3 T€ (Vorjahr: 7,2 T€), der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Die Haus der Familie GmbH schloss 2014 mit einem positiven Ergebnis von 6,7 T€ ab (Vorjahr: 2,5 T€). Der Gewinn soll ebenfalls auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Stadt Braunschweig leistete in 2014 reguläre Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von rd. 153,0 T€. Das Land Niedersachsen zahlte rd. 52,0 T€ Zuschüsse. Diese Leistungen sind im Abschluss ebenfalls schon als Ertrag gebucht.

Besondere Kennzahlen (Volkshochschule Braunschweig GmbH inkl. Tochtergesellschaften)

Jahr	Anzahl Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen Teilnehmer	Sonderveranst./ Ausstellungen
2006	2.143	71.046	24.369	57
2007	2.154	78.254	22.176	42
2008	2.520	80.192	25.683	63
2009	2.338	81.756	27.255	56
2010	2.566	79.308	27.197	63
2011	2.158	75.414	24.601	33
2012	1.956	67.663	21.859	37
2013	1.966	76.391	21.979	49
2014	1.904	66.470	20.846	76

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

In den vergangenen zehn Jahren konnte die VHS ihre Stellung in der kommunalen und regionalen Bildungslandschaft ausbauen. Das strukturelle Defizit der klassischen Volkshochschule wurde kontinuierlich abgebaut und die Geschäftsentwicklung der Unternehmensgruppe ist stabil. Bei den klassischen VHS-Angeboten wie Kursen zur „Persönlichkeitsentwicklung“, „Kommunikation“, „Pädagogik“, aber auch dem Kreativbereich „Malen“, „Zeichnen“, „Kunsthandwerk“ ist eine relativ konstante Nachfrage zu beobachten, während die Nachfrage bei den Sprachen, insbesondere „Deutsch als Fremdsprache“, zunimmt. Ein Großteil der Einnahmen wird nach wie vor durch den Sprachenbereich erwirtschaftet.

Ziel der VHS ist es, die Anmeldequoten weiter zu stabilisieren und dort, wo es möglich ist, noch zu steigern. Hierzu soll insbesondere vor dem Hintergrund der Neukundengewinnung das Werbekonzept angepasst werden (z. B. neuer Internetauftritt). Eine schrittweise Verlagerung des Werbeschwerpunktes „Printmedien“ hin zur „Online-Werbung“ erscheint zeitgemäß und erfolgsversprechend. Weiterhin hat sich die VHS-Gruppe das Ziel gesetzt, die Qualität der Lehre durch Maßnahmen der Kundenbindung (Rabattsysteme, verbesserte Ausstattung und Service) zu verbessern.

Besonders hervorzuheben ist die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erneut erteilte Zuständigkeit als Koordinationspunkt und Träger für Maßnahmen zur berufsbezogenen Sprachförderung in Braunschweig und der Region für die Jahre 2015 ff. Für die weitere Geschäftsentwicklung besteht eine große Chance darin, diesen zukunftsweisenden Programmbereich zu nutzen und im Verbund mit den Partnereinrichtungen auf regionaler Ebene weiter auszubauen, indem Drittmittel eingeworben werden. Der Fachkräftebedarf ist in vielen Branchen spürbar und das Interesse der Unternehmen an internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wächst.

In 2015 wurde ein einheitlicher Haustarif eingeführt. Diese neue Tarifstruktur bietet viele Chancen für die Personalentwicklung - insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Gleichzeitig bedeutet sie jedoch auch eine wirtschaftliche Herausforderung für die Gesellschaft, da mit Einführung der neuen Entgelttabelle die Personalkosten in den kommenden Jahren steigen werden.

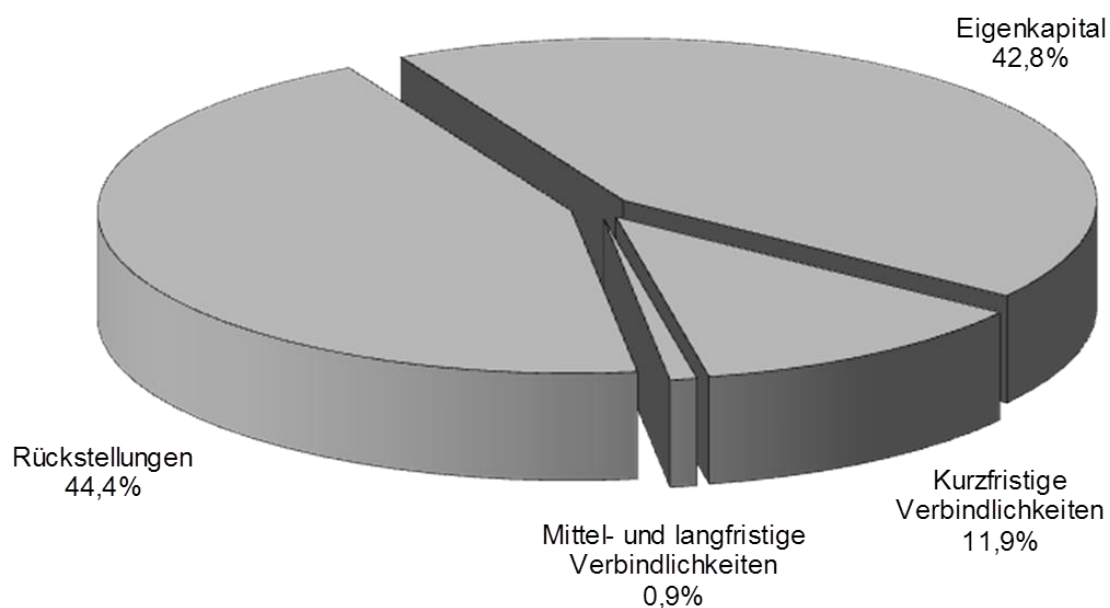
Bilanzdaten der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Volkshochschule Braunschweig GmbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,4	7	0,3	1	0,1
Sachanlagen	165	9,5	145	6,6	125	7,4
Finanzanlagen	50	2,9	50	2,3	50	3,0
Langfristig gebundenes Vermögen	222	12,7	202	9,2	176	10,4
Vorräte	1	0,1	1	0,0	2	0,1
Forderungen	1.285	73,6	1.486	67,6	1.382	82,0
Liquide Mittel	238	13,6	509	23,2	126	7,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.524	87,3	1.996	90,8	1.510	89,6
Bilanzsumme	1.746	100,0	2.198	100,0	1.686	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	747	42,8	747	34,0	617	36,6
Rückstellungen	776	44,4	961	43,7	810	48,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	16	0,9	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	207	11,9	490	22,3	259	15,4
Bilanzsumme	1.746	100,0	2.198	100,0	1.686	100,0

Volkshochschule Braunschweig GmbH Kapitalstruktur 2014

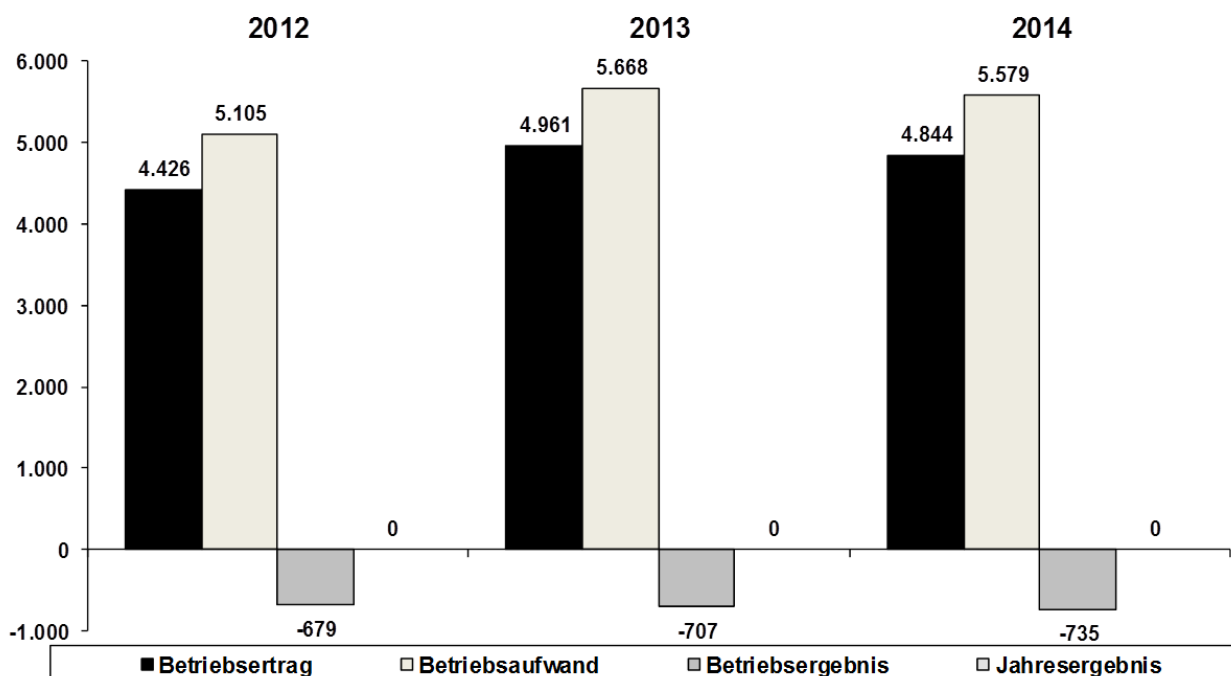


GuV-Daten der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	2.933	-552	3.485	3.273
Sonstige betriebliche Erträge	1.911	435	1.476	1.153
Betriebserträge	4.844	-117	4.961	4.426
Materialaufwand	1.890	-357	2.247	2.020
Personalaufwand	2.440	100	2.340	2.092
Abschreibungen	107	-15	122	104
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.142	183	959	889
Betriebsaufwand	5.579	-89	5.668	5.105
Betriebsergebnis	-735	-28	-707	-679
Finanzergebnis	-2	-2	0	1
Unternehmensergebnis	-737	-30	-707	-678
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahme	737	30	707	678
Jahresergebnis	0	0	0	0

Volkshochschule Braunschweig GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

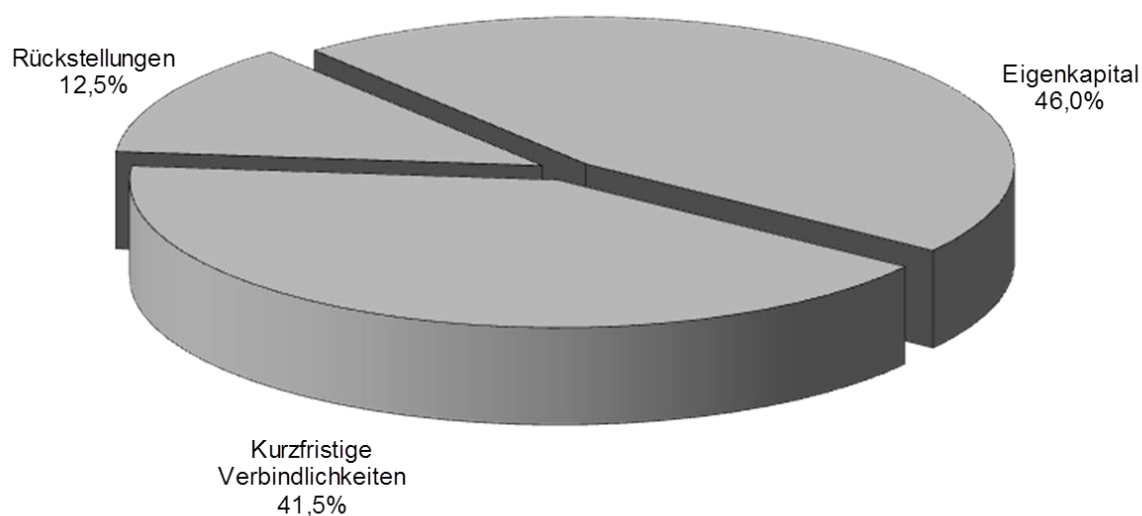
Ab dem Wirtschaftsjahr 2013 erfolgt die Aufnahme der Bilanz- und GuV-Daten der VHS Arbeit und Beruf GmbH in den Beteiligungsbericht, da seit dem 1. Januar 2013 durch die Gesellschaft die Aufgabe „Kommunale Beschäftigungsförderung“ wahrgenommen wird und dadurch erstmalig ab 2013 Verlustausgleichszahlungen durch die Stadt erfolgen.

Bilanzdaten der VHS Arbeit und Beruf GmbH

VHS Arbeit und Beruf GmbH				
BILANZ AKTIVA	2014		2013	
	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	86	9,8	30	3,3
Finanzanlagen	0	0,0	0	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	86	9,8	30	3,3
Vorräte	21	2,4	27	3,0
Forderungen	265	30,1	477	52,1
Liquide Mittel	507	57,7	381	41,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	793	90,2	885	96,7
Bilanzsumme	879	100,0	915	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	404	46,0	373	40,8
Rückstellungen	110	12,5	152	16,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	365	41,5	390	42,6
Bilanzsumme	879	100,0	915	100,0

VHS Arbeit und Beruf GmbH Kapitalstruktur 2014

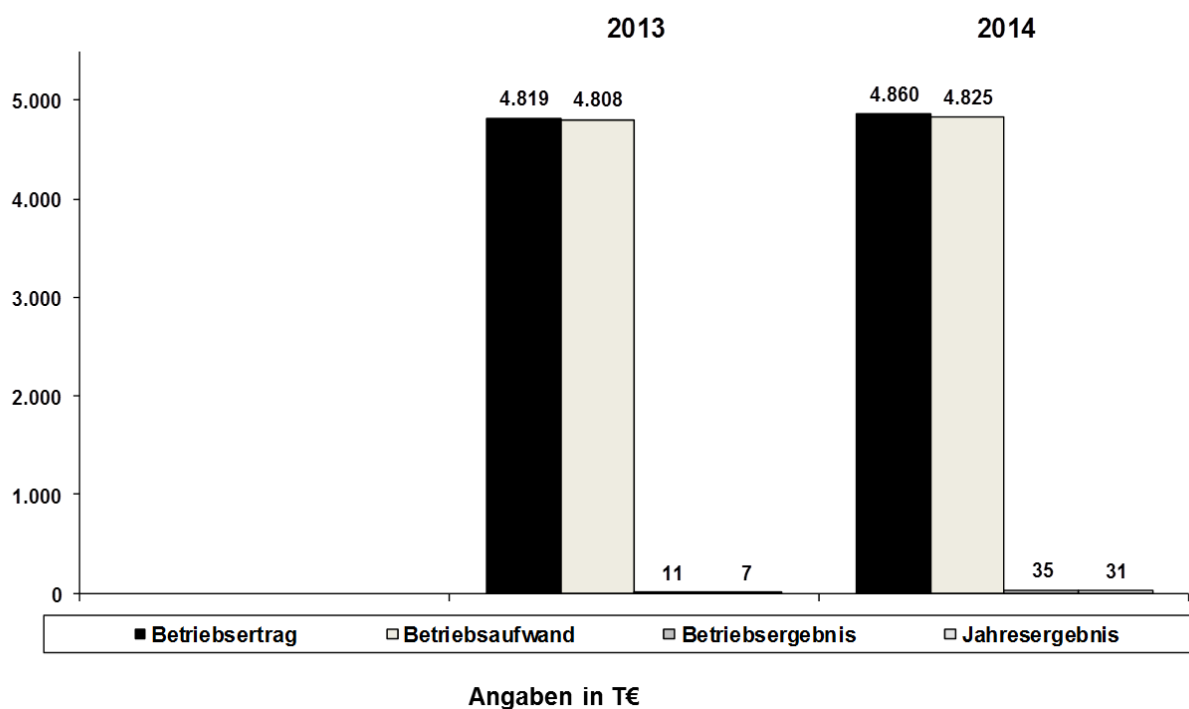


GuV-Daten der VHS Arbeit und Beruf GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€
Umsatzerlöse	2.973	-69	3.042
Zuschuss der Stadt Braunschweig "Kommunale Beschäftigungsförderung"	1.759	126	1.633
Sonstige betriebliche Erträge	128	-16	144
Betriebserträge	4.860	41	4.819
Materialaufwand	1.686	197	1.489
Personalaufwand	2.076	-246	2.322
Abschreibungen	42	12	30
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.021	54	967
Betriebsaufwand	4.825	17	4.808
Betriebsergebnis	35	24	11
Finanzergebnis	0	0	0
Unternehmensergebnis	35	24	11
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	4	0	4
Jahresergebnis	31	0	7

VHS Arbeit und Beruf GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Weiterentwicklung und die Sicherung des Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig, insbesondere durch die Betriebsführung entsprechender Einrichtungen wie beispielsweise des Technologieparks sowie durch Erwerb und Veräußerung von Grundstücken.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Sicherung und Weiterentwicklung des regionalen Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig wird die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig gefördert. Die Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung dient dem Gemeinwohl, da insbesondere auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und gehalten werden. Der positive Einfluss auf die Stadt Braunschweig wird durch die Werbung für den Wirtschaftsstandort Braunschweig und der damit verbundenen Haltung und Anwerbung von Unternehmen im Stadtgebiet deutlich. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	13.300	51,154
Braunschweig GmbH (Nord/LB)	4.233	16,281
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	4.234	16,285
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	4.233	16,281
	<hr/> 26.000	<hr/> 100

Mit Eintragung der erforderlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Zukunft GmbH am 21. Oktober 2015 ins Handelsregister wurde die Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg als zusätzliche Gesellschafterin aufgenommen. Zuvor waren die Stadt Braunschweig (13.300 €), die Braunschweig GmbH (6.350 €) und die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (6.350 €) Gesellschafter.

Wirtschaftsförderung Braunschweig

Die Braunschweig Zukunft GmbH versteht sich als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Stadt. Sie agiert als "Clearing-Stelle" für unternehmerische Anfragen und Probleme. Dazu bietet sie allgemeine einzelbetriebliche Beratungen und Beratungen bei Finanzierungsfragen an. Wichtige Instrumente der Wirtschaftsförderung sind der Gründerfonds und die kommunale Richtlinie zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Mit ihrer Arbeit trägt sie dazu bei, in Braunschweig ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen, und initiiert diesem Ziel dienende Projekte und Veranstaltungen. Dabei kommt dem Standortmarketing durch Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen große Bedeutung zu.

Wichtigste Zielgruppe der Wirtschaftsförderung sind die Braunschweiger Unternehmen. Die Pflege des Bestands an Unternehmen hat vorrangige Bedeutung. Anwerbung neuer Unternehmen und Existenzgründungsförderung sind darüber hinaus weitere Aufgabenschwerpunkte. Der umfassende Service der Gesellschaft als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaft reicht vom Genehmigungsmanagement bis zur Projektleitung bei großen Einzelvorhaben.

In einem ganzheitlichen Ansatz werden Anliegen und Probleme der Wirtschaft gemeinsam mit den Fachbereichen der Stadt Braunschweig und bei Bedarf mit anderen Behörden, Verbänden und Institutionen thematisiert und nach Lösungen für Verbesserungen gesucht, die sich häufig auf stadtplanerische Aspekte beziehen, aber

auch globale Themen wie den Fachkräftemangel betreffen können.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Positionierung Braunschweigs als eine der führenden europäischen Forschungsregionen. Durch seine in Europa herausragende Position und eine Vielzahl renommierter, international ausgerichteter Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen hat Braunschweig viele Kompetenzfelder, etwa auf den Gebieten der Mobilitäts-, der Gesundheits- oder der Finanzwirtschaft. In einem sich verschärfenden europäischen Wettbewerb misst die Braunschweig Zukunft GmbH daher der Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in der gesamten Region große Bedeutung bei. Sie nutzt daher ihre Förderinstrumente, um bestehende und sich bildende Netzwerke gezielt zu unterstützen und vermittelt geeignete Netzwerkpartner. Dabei spielt der Forschungsflughafen Braunschweig eine wichtige Rolle. Der Forschungsflughafen entwickelt sich zum herausragenden Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen in den Bereichen ‚Aviation‘, Automotive und Schiene. Die Stadt hat durch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Umfang von 29 ha die Standortentwicklung weiter unterstützt. Wie Wirtschaftsunternehmen insgesamt steht sie den Anrainern des Forschungsflughafens als Schnittstelle zur Stadtverwaltung zur Seite und berät in Standortfragen bis zur Vermittlung von Gewerbeflächen.

Durch den Betrieb eines *Technologieparks* werden technisch innovativen Gründern optimale Startbedingungen geboten. Andere Gründer finden ähnlich gute Voraussetzungen im *Rollei Gründerzentrum* vor.

Ferner vermarktet die Braunschweig Zukunft GmbH das *BioTec Gründerzentrum*. Es verfolgt das Ziel, die Start- und Entwicklungschancen von jungen Unternehmen zu verbessern, die auf dem Gebiet der Biotechnologie forschend und entwickelnd tätig sind und aufgrund der langen Vorlaufzeit bis zur Fertigungsreife solcher Technologien ein hohes Risiko auf sich nehmen. Das Gründerzentrum ist eingebunden in die benachbarte Biotechnologie-, Forschungs- und Wirtschaftslandschaft. Es befindet sich in direkter Nähe zum Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung. Ein flexibles Raumkonzept ermöglicht jederzeit Anpassungen an den individuellen Raumbedarf.

Anzahl der Beschäftigten

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2014 neben dem Geschäftsführer 12 Mitarbeiter (Vorjahr: 11), darunter ein sogenannter Minijob und 7 von der Stadt Braunschweig der Gesellschaft zugewiesene Mitarbeiter.

Die Geschäftsführung wird durch Herrn Leppa wahrgenommen, welcher gleichzeitig in Personalunion das Amt des Wirtschaftsdezernenten der Stadt Braunschweig innehat.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender, ab 15.07.2014
Dr. Gert Hoffmann	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender, bis 30.06.2014
Paul Anfang*	Vorstandsmitglied der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, stellv. Vorsitzender
Dirk Ziegler**	Nord/LB / Brg. Landessparkasse, bis 31.10.2014
Manfred Borchardt**	Nord/LB / Brg. Landessparkasse, ab 01.11.2014
Mark Uhde***	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg, ab 21.10.2015
Aykut Günderen	Rats Herr der Stadt Braunschweig, bis 06.10.2015
Michael Ehbrecht	Rats Herr der Stadt Braunschweig, ab 06.10.2015
Claas Merfort	Rats Herr der Stadt Braunschweig
Matthias Disterheft	Rats Herr der Stadt Braunschweig
Karl-Heinz Kubitz	Rats Herr der Stadt Braunschweig
Annette Schütze	Rats Frau der Stadt Braunschweig, ab 21.10.2015
Helmut Streiff	Streiff & Helmold GmbH
Freddy Pedersen	Stellv. Bezirksgeschäftsführer ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen

* Vom Mitgeschafter Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG entsandt.

** Vom Mitgeschafter Braunschweig GmbH (Nord/LB) entsandt.

*** Vom Mitgeschafter Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg entsandt.

Geschäftsführung

Gerold Leppa
Joachim Roth

ab 1. Februar 2014
bis 31. Januar 2014

Wichtige Vereinbarungen und Verträge

Nach dem Betriebsführungsvertrag, den die Gesellschaft (damals noch als Technologiepark Braunschweig GmbH) mit der Stadt Braunschweig abgeschlossen hat, überlässt die Stadt als Eigentümerin des Technologieparks Rebenring 33 diesen mit Gebäuden und Nebenanlagen sowie dem vorhandenen Inventar der Gesellschaft zur Betriebsführung.

Daneben übernimmt die Braunschweig Zukunft GmbH gemäß der am 9. März 2005 mit der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH geschlossenen Vereinbarung die Vermarktung der Gründerflächen des Bio-Tec Gründerzentrums.

Mit der Forschungsflughafen Braunschweig GmbH, der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH und dem Forschungsflughafen Braunschweig e. V. hat die Braunschweig Zukunft GmbH mit Datum vom 7. Juni 2010 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Kooperationsgegenstand ist das regionale Wachstumsprojekt „Forschungsflughafen Braunschweig“, das der Entwicklung eines Clusters dienen soll. Der Vertrag, beginnend rückwirkend zum 1. Januar 2010 hatte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2013. Ferner wurde ein weiterer Vertrag mit der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH abgeschlossen, der dem Ausbau des Clustermanagements am Forschungsflughafen dienen soll.

Geschäftsverlauf

Die Braunschweig Zukunft GmbH schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 1.290,4 T€ ab (Planergebnis 2014: -1.389,9 T€), der von der Stadt Braunschweig ausgeglichen wurde.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Erfolg der Braunschweig Zukunft GmbH lässt sich nicht mit üblichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern belegen, sondern zeigt sich in erfolgreichen Bemühungen, bestehende Unternehmen am Standort Braunschweig zu halten und neue anzusiedeln sowie Gründungsunternehmen am Standort zu einem erfolgreichen und auf Nachhaltigkeit ausgelegten Start zu verhelfen.

Aufgrund ihrer geschäftlichen Rahmenbedingungen stehen der Gesellschaft nur eingeschränkt Erlöse zur Deckung der Aufwendungen zur Verfügung. Wesentliche Ertragskomponenten sind Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gründerflächen sowie Erträge aus öffentlichen Zuschussmitteln für beantragte Fördermaßnahmen zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Sponsoringmittel.

Braunschweig zählt erneut zu den deutschen Großstädten mit der größten Dynamik. Dies bestätigt der im November 2014 veröffentlichte Standortvergleich von Wirtschaftswoche, IW Consult und Immobilienscout24. Unter 69 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern belegte Braunschweig beim Dynamik-Ranking Platz 6 und glänzte vor allem bei der Kinderbetreuung und mit guten Arbeitsmarktdaten. In der Rubrik Wirtschaftsfreundlichkeit belegte Braunschweig im bundesweiten Vergleich sogar mit Abstand Rang 1. Dieses erfreuliche Bekenntnis zum Standort Braunschweig bestätigt auch die dynamische Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Dabei spielt die Wissenschaft eine besondere Rolle, denn auch sie ist auf Expansionskurs. Zusammen mit Partnern investiert die Technische Universität Braunschweig rd. 250 Mio. € in fünf Forschungszentren. Derzeit wird mit Hochdruck an dem in Kooperation zwischen der TU und dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung entstehenden Neubau des Braunschweiger Zentrums für Systembiologie gearbeitet. Von großer Bedeutung ist auch der Forschungsflughafen Braunschweig, wo Wissenschaft und Forschung interdisziplinär arbeiten und mit der Wirtschaft eng kooperieren. Durch die Wissensvernetzung von der TU Braunschweig, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Volkswagen und vielen anderen Unternehmen am Forschungsflughafen hat sich Braunschweig als europäisches Zentrum der Mobilitätsforschung hervorragend entwickelt. Zudem hat sich Braunschweig als Modellregion der Gesundheitswirtschaft etabliert.

Im Zeitraum von 2007 bis 2014 wurde aus dem Existenzgründerfonds die Neugründung von 101 Unternehmen unterstützt. Dabei sind Mittel in Höhe von 636 T€ bewilligt und 259 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert worden.

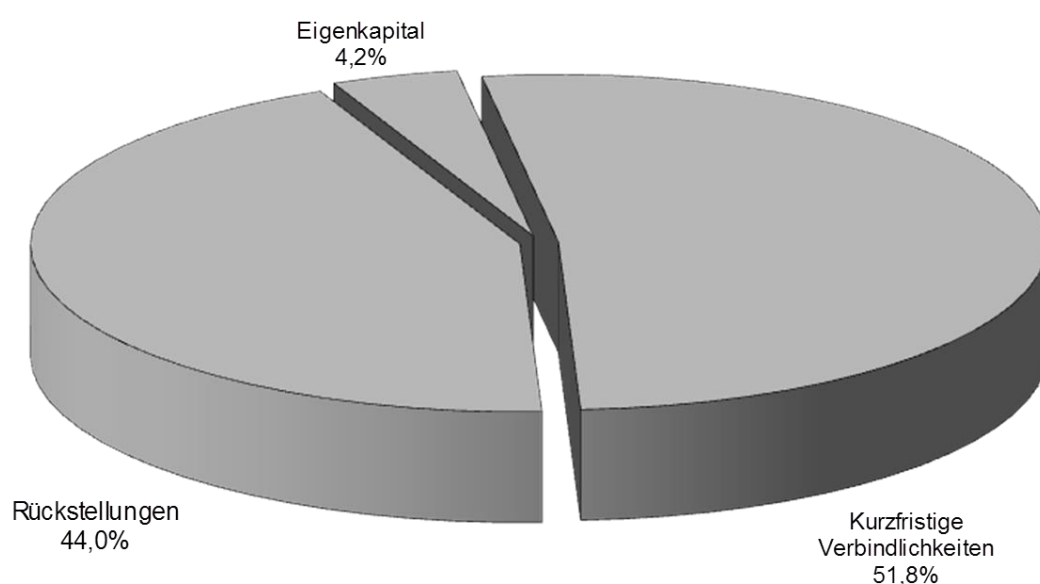
Der Wirtschaftsplan 2015 der Gesellschaft geht von einem Zuschussbedarf durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 1.429,4 T€ aus. Die Gesellschaft beteiligt sich u. a. wie auch in Vorjahren am Projekt „Berufsorientierung Braunschweig“ (BOBS) mit rd. 321 T€. Im Rahmen dieses Projektes wird Jugendlichen an Schulen in Braunschweig in einem schulübergreifenden Ansatz eine vertiefte Berufsorientierung entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten angeboten (siehe hierzu auch die Erläuterungen bei der Allianz für die Region GmbH).

Bilanzdaten der Braunschweig Zukunft GmbH

Braunschweig Zukunft GmbH						
BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	57	9,2	45	15,0	52	12,6
Langfristig gebundenes Vermögen	57	9,2	45	15,0	52	12,6
Forderungen	412	66,5	239	79,4	269	65,0
Liquide Mittel	151	24,4	17	5,6	93	22,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	563	90,8	256	85,0	362	87,4
Bilanzsumme	620	100,0	301	100,0	414	100,0

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	26	4,2	26	8,6	26	6,3
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Rückstellungen	273	44,0	152	50,5	199	48,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	321	51,8	123	40,9	189	45,7
Bilanzsumme	620	100,0	301	100,0	414	100,0

Braunschweig Zukunft GmbH Kapitalstruktur 2014

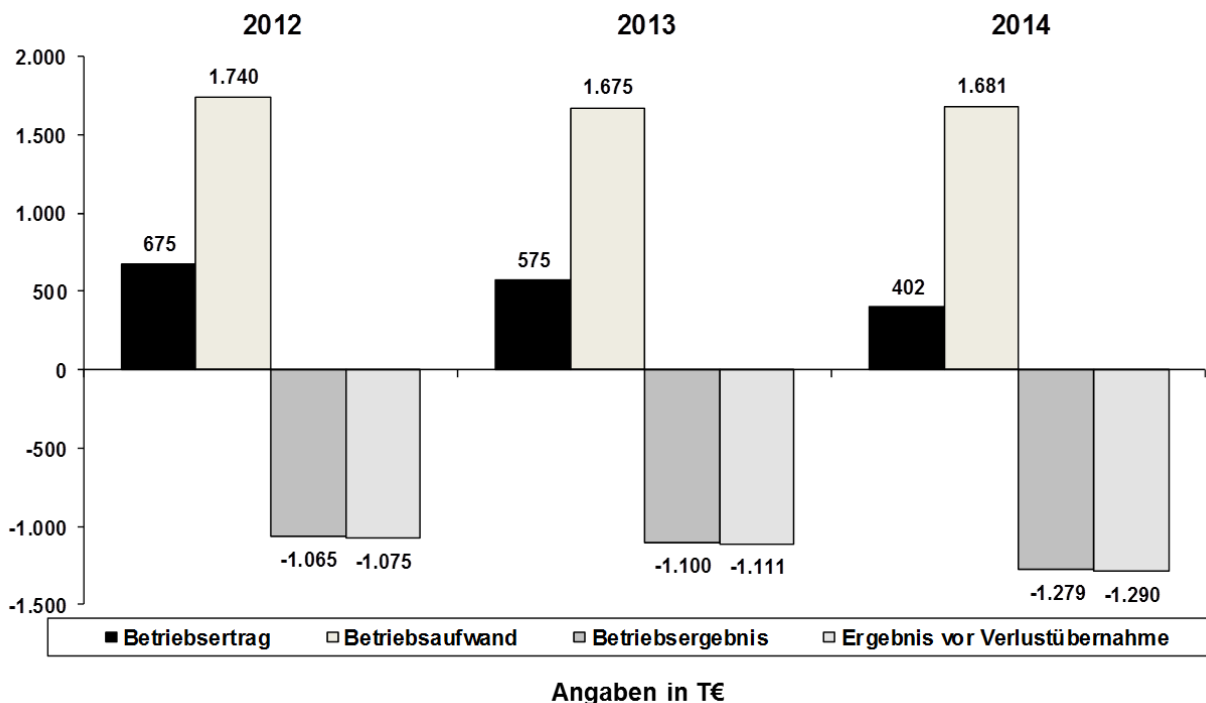


GuV-Daten der Braunschweig Zukunft GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	140	-7	147	144
Sonstige betriebliche Erträge	262	-166	428	531
Betriebserträge	402	-173	575	675
Materialaufwand	40	-3	43	39
Personalaufwand	509	-7	516	548
Abschreibungen	12	-5	17	24
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.120	21	1.099	1.129
Betriebsaufwand	1.681	6	1.675	1.740
Betriebsergebnis	-1.279	-179	-1.100	-1.065
Finanzergebnis	0	0	0	0
Unternehmensergebnis	-1.279	-179	-1.100	-1.065
Steuern	11	0	11	10
Erträge aus Verlustübernahme	1.290	179	1.111	1.075
Jahresergebnis	0	0	0	0

Braunschweig Zukunft GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (§ 3 Abs. 1 S. 1 des Gesellschaftsvertrages). In diesem Sinne errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter auch Eigenheime und Eigentumswohnungen. Ferner betreibt die Gesellschaft sonstige Geschäfte, die diesem o. g. Gesellschaftszweck dienlich sind.

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören weiterhin auch „Bau, Sanierung, Bereitstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung öffentlicher Gebäude, insbesondere Schulgebäude, nebst den erforderlichen Grundstücksgeschäften“. Die Gesellschaft kann „insbesondere Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben und erwerben“ (vgl. § 3 Abs. 1 S. 3 und 4 des Gesellschaftsvertrages).

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig stellt dem Braunschweiger Wohnungsmarkt entsprechende Wohnraumressourcen zur Verfügung. Hierdurch wird eine sozial verantwortbare Versorgung der Bevölkerung der Stadt Braunschweig mit Wohnraum gesichert. Die Gesellschaft stellt somit ein wesentliches Element der kommunalen Wohnungspolitik dar. Weiterhin errichtet, verpachtet und/oder vermietet die Gesellschaft Gebäude, die einem öffentlichen Zweck dienen (z. B. Schulen und Feuerwehrgebäude). Hierdurch wird ebenfalls ein öffentlicher Zweck selbst verfolgt und dem Gemeinwohl gedient. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital beläuft sich auf 7.670.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Stammkapital- anteil in Euro	Stammkapital- anteil in %
Stadt Braunschweig	3.520.500	45,9
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	3.382.500	44,1
Eigene Anteile	767.000	10,0
	<hr/>	
	7.670.000	100

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) hält selbst 10 % der Anteile („Eigene Anteile“). Die Rechte und Pflichten aus den eigenen Anteilen, insbesondere das Stimmrecht, das Bezugsrecht und der Gewinnanteil ruhen. Unter Herausrechnung dieser Anteile besitzt die Stadt Braunschweig einen Anteil von 51 % und die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH einen Anteil von 49 %.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Anzahl der Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres 2014 beschäftigte die Niwo durchschnittlich 88 Mitarbeiter (Vorjahr: 89).

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2014	2013	Veränderungen
Kaufmännische Mitarbeiter	52	53	-1
Technische Mitarbeiter	26	24	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	10	12	-2
Gesamt	88	89	-1

Daneben waren im Geschäftsjahr 2014 durchschnittlich 6 Auszubildende und 2 Mitarbeiter in geringfügigem Umfang beschäftigt.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete die Niwo einen Jahresüberschuss von 4.112 T€. Abzüglich der Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage in Höhe von 2.612 T€ ergab sich ein Bilanzgewinn von 1.500 T€, der ursprünglich zur Ausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH vorgesehen war. Aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung auf Anweisungsbeschluss des Finanz- und Personalausschusses der Stadt Braunschweig vom 21. Mai 2015 wurde auf eine Dividendenzahlung für 2014 verzichtet, um stattdessen wie im Vorjahr eine Rücklage zur Errichtung von preisgünstigen Mietwohnungen zu dotieren.

Im Geschäftsjahr 2014 beliefen sich die Gesamtinvestitionen für Instandhaltung und Modernisierung in den Bestand auf 12,4 Mio. €. Ergänzend sind der Bilanz zum 31. Dezember 2014 für das Projekt Wilhelm-Bracke-Gesamtschule Sachanlagen in Höhe von 30.867 T€ aktiviert, davon 30.461 T€ Anlagen im Bau (Vorjahr: 13.467 T€ bzw. 13.387 T€).

Die marktbedingte Leerstandsquote der Gesellschaft lag im Geschäftsjahr 2014 bei 1,2 % (Vorjahr: 1,0 %).

Die Tochtergesellschaft Wohnstätten-Gesellschaft mbH Braunschweig erwirtschaftete in 2014 einen Überschuss von rd. 234,4 T€ (Vorjahr: 277,2 T€). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus den Vorjahren (1.313,8 T€) ergibt sich ein Bilanzgewinn von rd. 1.548,2 T€.

Besondere Kennzahlen

Überblick über die bewirtschafteten Einheiten

Bewirtschaftete Einheiten	2014	2013	Veränderungen
<u>Eigene Objekte:</u>			
Wohnungen	7.177	7.176	1
Garagen und Einstellplätze	990	981	9
Sonst. Mieteinheiten/ Gewerbliche Objekte	112	113	-1
Summe	8.279	8.270	9
Wohn- und Nutzfläche der Grundstücke im eigenen Bestand	467.067 m ²	466.874 m ²	-193
<u>Betreute Objekte :</u>			
Verwaltete Wohnungen und Garagen f. Dritte	358	358	0
Objekte der Wohnstätten-GmbH	238	238	0
Summe	596	596	0

Die Abteilung Gartenwesen der Gesellschaft betreute rd. 618.000 m² eigene Freiflächen sowie rd. 21.000 m² Freifläche der Wohnstätten-GmbH. Zudem wurden rd. 25.000 m² Freifläche im Rahmen von Dienstleistungsverträgen für die Eigentümer von in Vorjahren veräußerten Objekten bewirtschaftet.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirtschaftsplan 2015 geht von einem Jahresüberschuss von 3.339 T€ aus. Es sind keine Immobilienverkäufe vorgesehen. Erneut erfolgen umfangreiche Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, um die Bestandsqualität kontinuierlich und nachhaltig zu verbessern und weiterhin den Geschäftserfolg zu sichern. In der Planung 2015 sind Gesamtinvestitionen von rd. 12,5 Mio. € in den vorhandenen Wohnungsbestand geplant, die voraussichtlich in Höhe von rd. 3,8 Mio. € Aktivierungen in das Sachanlagevermögen und in Höhe von 8,7 Mio. € Instandhaltungsaufwand darstellen werden. Einen Schwerpunkt bildet die Weststadt neben den Stadtteilen Siegfriedviertel, Heidberg, Lindenbergssiedlung, Lehdorf und Bebelhof.

Die durch die Nibelungen-Wohnbau-GmbH für die Stadt Braunschweig zur Entlastung der stadt eigenen Bauverwaltung seit dem Jahr 2012 betreuten Baumaßnahmen werden im Geschäftsjahr 2015 fertiggestellt und abgerechnet sein. Derzeit gibt es keine Vereinbarungen über weitere Projekte im Rahmen der Baubetreuung.

Mit der Übernahme des Projektes „Wilhelm-Bracke-Gesamtschule“ hat sich das Geschäftsfeld der Gesellschaft erweitert. Der Neubau der Schule ist inzwischen fertiggestellt und es erfolgt der Rückbau des bereits leer stehenden alten Schulgebäudes. Am alten Schulstandort ist die Realisierung des Baugebietes „Alsterplatz“ durch die Niwo vorgesehen. Die Erschließungsmaßnahmen sind für Herbst 2015 geplant, damit im Frühjahr 2016 der Hochbau starten kann. Erste Fertigstellungen sind für das Jahr 2017, die Gesamtfertigstellung ist für das Jahr 2019 geplant. Insgesamt sollen hier ca. 212 Wohneinheiten entstehen. Geplant ist ein Mix aus Wohnungen für Ein- bis Zwei-Personenhaushalte bis hin zu Drei- bis Vier-Zimmerwohnungen. Zudem sollen Gewerbemietflächen entstehen.

Auch an der Umsetzung des Baugebietes „Nördliches Ringgebiet“ ist die Niwo beteiligt. Die Gesellschaft verfügt neben weiteren Teilbereichen über die Grundstücke des 1. Bauabschnittes. Hier sollen 200 Wohneinheiten errichtet und der restliche Teil der Grundstücke soll als erschlossenes Bauland verkauft werden. Ab Herbst 2015 sind die Erschließungsarbeiten geplant, um im Frühjahr 2016 mit dem Hochbau beginnen zu können. Mit ersten Vermietungen wird in 2017 gerechnet, die Fertigstellung ist bis ca. 2020 geplant.

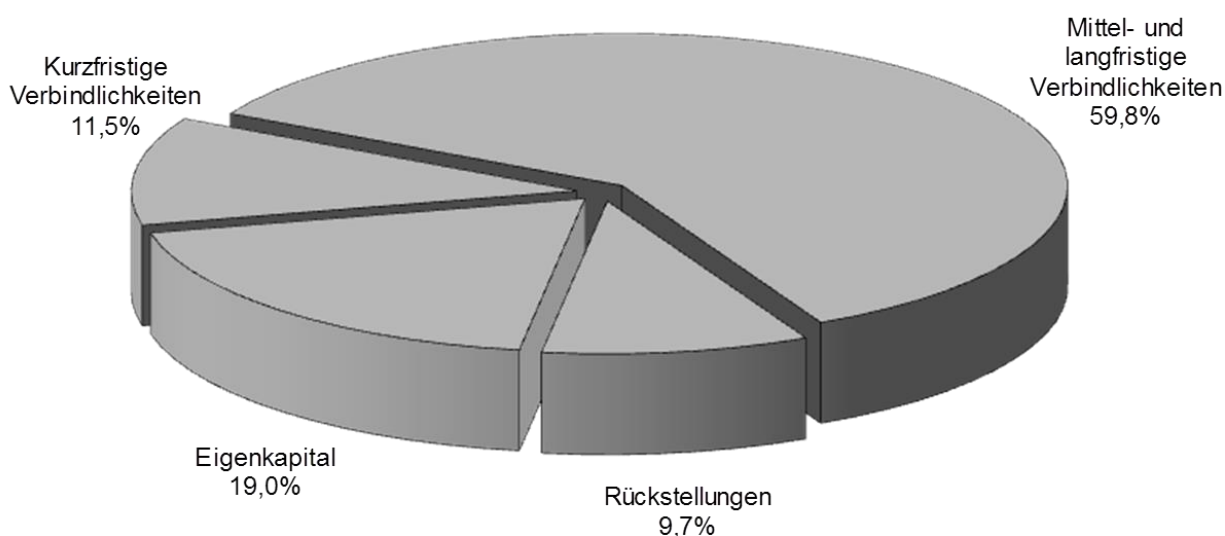
Bilanzdaten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	108	0,1	141	0,1	164	0,1
Sachanlagen	168.980	88,2	149.178	89,0	138.357	89,9
Finanzanlagen	566	0,3	566	0,3	566	0,4
Langfristig gebundenes Vermögen	169.654	88,5	149.885	89,5	139.087	90,4
Zum Verkauf best. Grundstücke, Vorräte	11.236	5,9	10.486	6,3	9.705	6,3
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	2.337	1,2	1.355	0,8	1.135	0,7
Wertpapiere	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Liquide Mittel	8.380	4,4	5.798	3,5	3.905	2,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	21.953	11,5	17.639	10,5	14.745	9,6
Bilanzsumme	191.607	100,0	167.524	100,0	153.832	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	36.480	19,0	32.369	19,3	28.938	18,8
davon Gewinnrücklagen	24.158	12,6	20.046	12,0	16.615	10,8
Rückstellungen	18.568	9,7	16.654	9,9	15.906	10,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	114.586	59,8	99.903	59,6	91.491	59,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	21.973	11,5	18.598	11,1	17.497	11,4
Bilanzsumme	191.607	100,0	167.524	100,0	153.832	100,0

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig Kapitalstruktur 2014



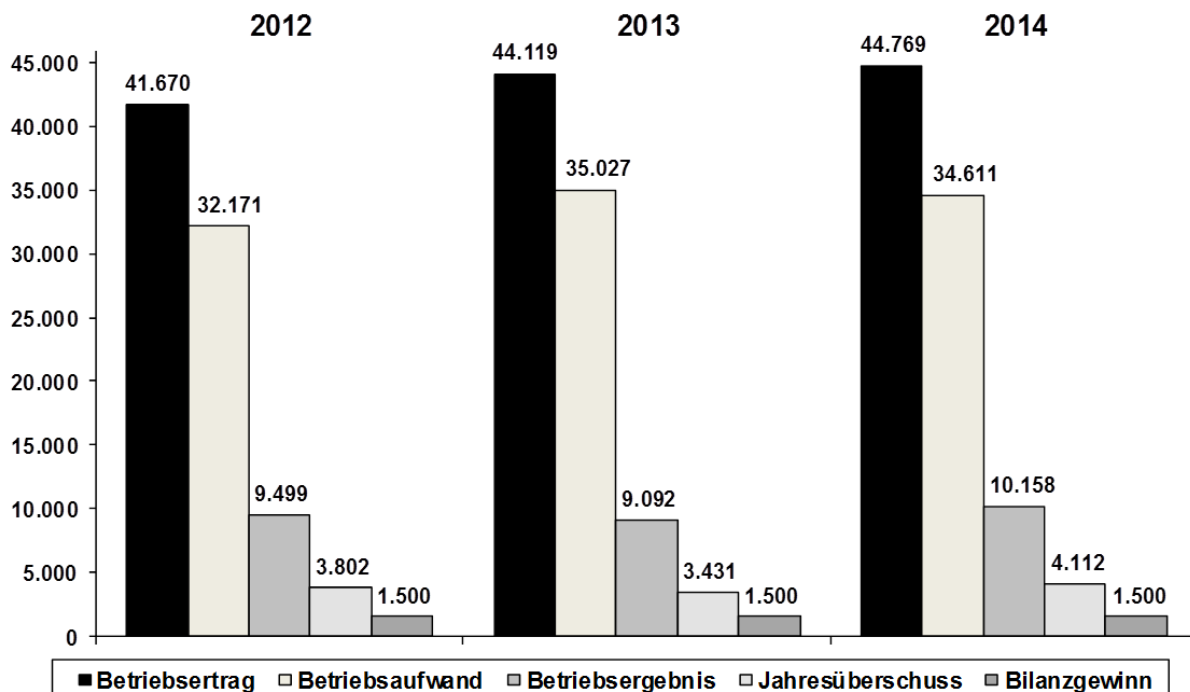
GuV-Daten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	41.389	-31	41.420	39.685
Sonstige betriebliche Erträge	3.380	681	2.699	1.985
Betriebserträge	44.769	650	44.119	41.670
Materialaufwand	21.414	-580	21.994	20.336
Personalaufwand	6.159	40	6.119	5.204
Abschreibungen	5.353	314	5.039	4.842
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.685	-190	1.875	1.789
Betriebsaufwand	34.611	-416	35.027	32.171
Betriebsergebnis	10.158	1.066	9.092	9.499
Finanzergebnis	-4.727	-235	-4.492	-4.528
Unternehmensergebnis	5.431	831	4.600	4.971
außerordentliches Ergebnis *	0	0	0	0
Steuern	1.319	150	1.169	1.169
Jahresergebnis	4.112	681	3.431	3.802
Gewinnvortrag aus Vorjahren	0	0	0	0
Zuführung zu den Rücklagen	2.612	681	1.931	2.302
Bilanzgewinn	1.500	0	1.500	1.500

* BilMoG bedingt

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Angaben in T€

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens mit Sitz in Braunschweig ist der Betrieb des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.). Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus der entsprechenden Aufgabenerledigung der Gesellschaft. Der Betrieb und die Bereitstellung von Flughafenkapazitäten stellt eine Infrastruktur für Unternehmen und Forschungseinrichtungen zur Verfügung. Hierdurch wird als öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Braunschweig gefördert und ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor für die Stadt Braunschweig geschaffen. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überwacht, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 608.400 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	259.400	42,638
Stadt Wolfsburg	108.200	17,784
Landkreis Gifhorn	12.200	2,005
Landkreis Helmstedt	12.200	2,005
Eigene Anteile	216.400	35,568
	608.400	100

Unter Herausrechnung der „Eigenen Anteile“, die nicht stimmberechtigt sind, besitzt die Stadt Braunschweig einen Anteil von rd. 66,175 % am stimmberechtigten Kapital.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Reinhard Manlik	Ratscherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Matthias Disterheft	Ratscherr der Stadt Braunschweig
Frank Gundel	Mandat der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen der Stadt Braunschweig
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig (ab 01.02.2014)
Ulrich Stegemann	Stadtrat der Stadt Braunschweig (bis 31.01.2014)
Sabah Enversen	Ratscherr der Stadt Wolfsburg, stellv. Vorsitzender
Thomas Muth	Stadtrat der Stadt Wolfsburg
Fredegar Henze	Kreistagsabgeordneter des Landkreises Gifhorn (ab 26.02.2014)
Matthias Wunderling-Weilbier	Landrat des Landkreises Helmstedt (bis 25.02.2014)

Der Aufsichtsrat besteht aus *bis zu* 11 Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder ist abhängig davon, inwiefern die Gesellschafter jeweils ihre folgenden Entsenderechte ausüben: vier Mitglieder werden von der Stadt Braunschweig, zwei Mitglieder von der Stadt Wolfsburg entsandt; ein weiteres Mitglied wird von den Gesellschaftern Landkreis Gifhorn und Landkreis Helmstedt einvernehmlich entsandt. Daneben *können* dem Aufsichtsrat bis zu vier Persönlichkeiten aus der regionalen Wirtschaft angehören. Dies ist im Moment nicht der Fall.

Geschäftsführung

Boris Gelfert

Wichtige Verträge

Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hat in 2007 mit der ‚Austro Control GmbH‘ (ACG) einen Vertrag zur Erbringung von Flugsicherungsdienstleistungen sowie mit der ‚BAN 2000 GmbH‘ einen Vertrag über die Erbringung von CNS-Dienstleistungen („Communication-Navigation-Surveillance“; Flugsicherungstechnik) geschlossen.

Mit dem Land Niedersachsen (Staatliches Baumanagement Braunschweig) wurde ein Vertrag zur Übernahme der baulichen Betreuung am Flughafen (Instandhaltung und Unterhaltung der vorhandenen Baulichkeiten und Außenanlagen einschließlich aller künftigen Um- und Neubauten nebst baufachlicher Beratung) abgeschlossen.

Mit der Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) und dem Deutschen Wetterdienst (DWD) bestehen Verträge über die Nutzung von Radardaten und die Bereitstellung meteorologischer Daten.

Mit der Stadt Braunschweig wurde 1999 vereinbart, dass zusätzlich dauerhaft Personal der Berufsfeuerwehr der Stadt Braunschweig den Brandschutz des Flughafens ergänzt, um den gestiegenen Anforderungen an den Brandschutz gerecht zu werden.

Mit der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH hat die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH am 6. Januar 2010 einen Vertrag über die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg einschließlich Anlagen der technischen Ausrüstung und Neubau der östlichen Umfahrung sowie landschaftspflegerische Kompensationsmaßnahmen geschlossen.

Daneben wurden Kooperationsvereinbarungen mit der Braunschweig Zukunft GmbH und der Forschungsflughafen Braunschweig GmbH zum Wachstumsprojekt „Forschungsflughafen Braunschweig“ abgeschlossen. Ferner wurde ein weiterer Vertrag mit der Braunschweig Zukunft GmbH geschlossen, der dem Ausbau des Clustermanagements am Forschungsflughafen dienen soll.

Darüber hinaus existieren diverse Erbbaurechts- und Grundstücksverträge.

Anzahl der Arbeitnehmer

Der durchschnittliche Personalbestand lag im Geschäftsjahr 2014 bei 47 Beschäftigten (Vorjahr: 49). Daneben wurden 10 Aushilfen beschäftigt (Vorjahr: 9).

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2014	2013	Veränderungen
Vollzeitmitarbeiter	47	49	-2
davon Teilzeitbeschäftigte	3	3	0
Gesamt	47	49	-2

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete die Gesellschaft unter Einbeziehung der Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH in Höhe von 2.476 T€ einen Jahresüberschuss in Höhe von 459 T€. Im Rahmen der Beschlussfassung der Gesellschafter über die Feststellung des Jahresabschlusses wurde entschieden, diesen Überschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Umsatzerlöse liegen auf Plan- bzw. Vorjahresniveau. Den moderaten Erhöhungen bei den Lande-, Abstell- und Passagiergebühren stehen rückläufige Kraftstoffprovisionen und Abfertigungsentgelte gegenüber. In letzterer Position sind u. a. auch die Erträge aus der Flugzeugenteisung enthalten. Aufgrund der milden Witterung waren diese Erlöse rückläufig.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in Höhe von 2.650,7 T€ vorgenommen. Größte Maßnahmen waren u. a. der Neubau der Winterdiensthalle i. H. v. 801,0 T€, die Entwässerungsanlagen im Osten und Süden des Flughafens i. H. v. 598,6 T€, sowie die Anschaffung eines Kehrblasgerätes nebst Schneepflug i. H. v. 420,9 T€. Die Finanzierung erfolgte über die eigene Liquidität der Gesellschaft; eine Kreditaufnahme war nicht erforderlich.

Besondere Kennzahlen

Aufkommen/Flugbewegungen	2014	2013
Ein- und mehrmotorige Flächenflugzeuge	34.790	31.858
Hubschrauber	472	654
UL-Luftfahrzeuge	1.958	1.826
Segelflugzeuge	3.120	5.132
Fallschirmsportsprünge	168	4
Fluggäste (kommerziell und nichtkommerziell)	192.485	183.130

Im Geschäftsjahr 2014 hat das DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. 384 Flüge (Vorjahr: 561) durchgeführt; das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) mit dem eigenen Flugzeug 136 Starts und Landungen (Vorjahr: 220).

Am Braunschweiger Flughafen sind 220 Luftfahrzeuge (Vorjahr: 208) beheimatet.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Beim Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg handelt es sich um einen Verkehrsflughafen mit einer besonderen Ausrichtung für Forschungszwecke und der Ansiedlung flughafenbezogener Betriebe und Forschungseinrichtungen (daher der Begriff „Forschungsflughafen“). Die kommunalen Gesellschafter profitieren insofern vom Steueraufkommen der am Flughafen ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Inzwischen ist dort ein einzigartiges Netzwerk von namhaften Forschungsinstitutionen angesiedelt, die als Campus zusammenarbeiten. Gemeinsam mit hoch spezialisierten kleineren Unternehmen bilden sie ein außergewöhnliches Avionik-Cluster.

Der Forschungsflughafen sichert aktuell unmittelbar rund 2.500 hochqualifizierte Arbeitsplätze direkt vor Ort und mehr als 4.000 in der Umgebung. In den Jahren 2004 bis 2014 ist die Zahl der Beschäftigten am Forschungsflughafen von rund 1.600 auf rund 2.700 gestiegen. Die gute Entwicklung setzt sich fort.

Mit Inbetriebnahme der Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2.300 m und der Verbreiterung der Bahn auf der ganzen Länge von 30 m auf 45 m am 18. Oktober 2012 kann die Flughafengesellschaft auch zukünftig eine angemessene Flughafeninfrastruktur zur Verfügung stellen und so die Weiterentwicklung des Forschungsflughafens sichern.

Das Bekenntnis zum Forschungsflughafen und seinem Ausbau ist eine Zukunftsinvestition für Braunschweig. Dieser ist eines der innovativsten Wirtschafts- und Wissenschaftscluster Europas. Mit seinem verkehrsträgerübergreifenden Portfolio entwickelt sich hier Europas führendes Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen; sowohl bei der Forschung und Entwicklung rund um die Luft- und Raumfahrt, die Mobilität mit Auto oder Bahn sowie künftig auch der Elektromobilität.

Um den Flughafen herum wurden und werden außerdem drei Gewerbegebiete durch die Stadt Braunschweig mit Hilfe von Fördermitteln des Landes Niedersachsen erschlossen, um luftfahrtaffinen Firmen und Instituten die Möglichkeit zu eröffnen, sich in das Netzwerk Forschungsflughafen Braunschweig einzuklinken. Zum Ausbau des Avionik-Clusters und zum Flughafenausbau siehe auch die diesbezüglichen Anmerkungen bei der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH und der Braunschweig Zukunft GmbH.

Zudem ist zurzeit die Realisierung des Lilienthalhauses durch einen Investor mit Unterstützung der Forschungsflughafen Braunschweig GmbH vorgesehen. Dieses zentrale „Besucher- und Dienstleistungszentrum für Luft-, Raumfahrt und Mobilität“ bietet Dienstleistern, Ingenieurbüros und wissenschaftlichen Einrichtungen aus diesem Bereich die Möglichkeit, im Zentralbereich des Forschungs- und Technologiestandortes tätig zu werden. Dieses Projekt bestätigt ebenfalls die positive Zukunftsprognose des Forschungsflughafens.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 hat die Gesellschaft einen Betriebsmittelzuschussbedarf in Höhe von 2.780 T€ (2.476 T€ im Vorjahr) veranschlagt. Unter Einbeziehung dieser Betriebsmittelzuschüsse erwartet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 730,2 T€. Dieser verbleibende Verlust soll mit dem vorhandenen Gewinnvortrag verrechnet werden.

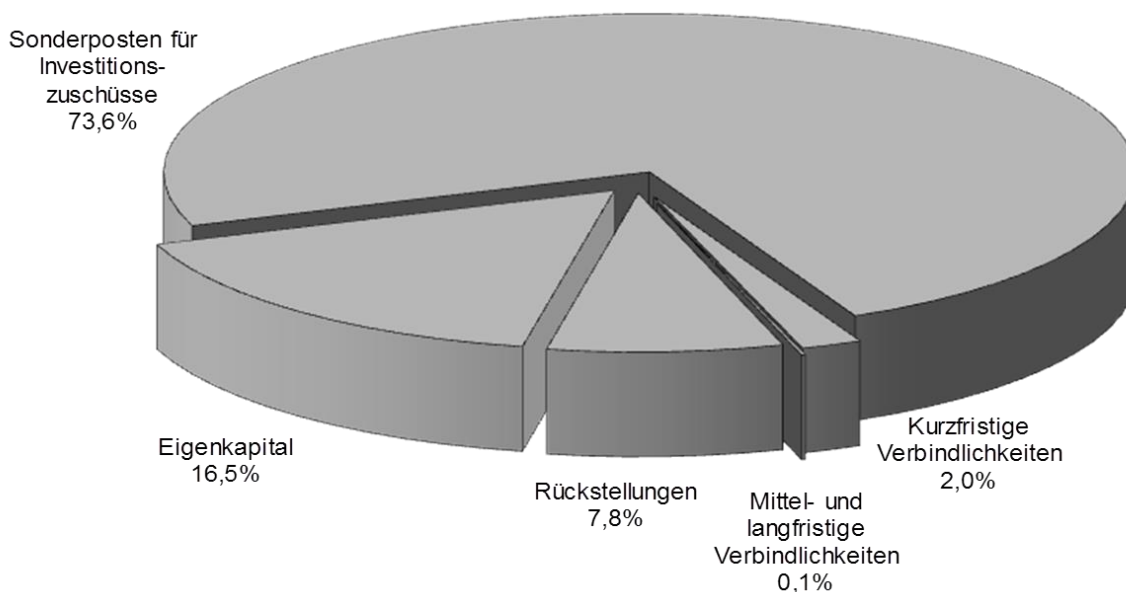
Bilanzdaten der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

BILANZ AKTIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	21	0,0	34	0,1	39	0,1
Sachanlagen	42.059	95,0	42.536	91,1	35.534	84,5
Langfristig gebundenes Vermögen	42.080	95,0	42.570	91,1	35.573	84,6
Vorräte	105	0,2	94	0,2	80	0,2
Forderungen	793	1,8	879	1,9	2.762	6,6
Liquide Mittel	1.308	3,0	3.163	6,8	3.648	8,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.206	5,0	4.136	8,9	6.490	15,4
Bilanzsumme	44.286	100,0	46.706	100,0	42.063	100,0

BILANZ PASSIVA	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	7.293	16,5	6.834	14,6	7.030	16,7
Sonderposten für Investitionszuschüsse	32.579	73,6	34.879	74,7	30.033	71,4
Rückstellungen	3.465	7,8	3.089	6,6	3.112	7,4
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	57	0,1	66	0,1	76	0,2
Kurzfristige Verbindlichkeiten	892	2,0	1.838	3,9	1.812	4,3
Bilanzsumme	44.286	100,0	46.706	100,0	42.063	100,0

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Kapitalstruktur 2014



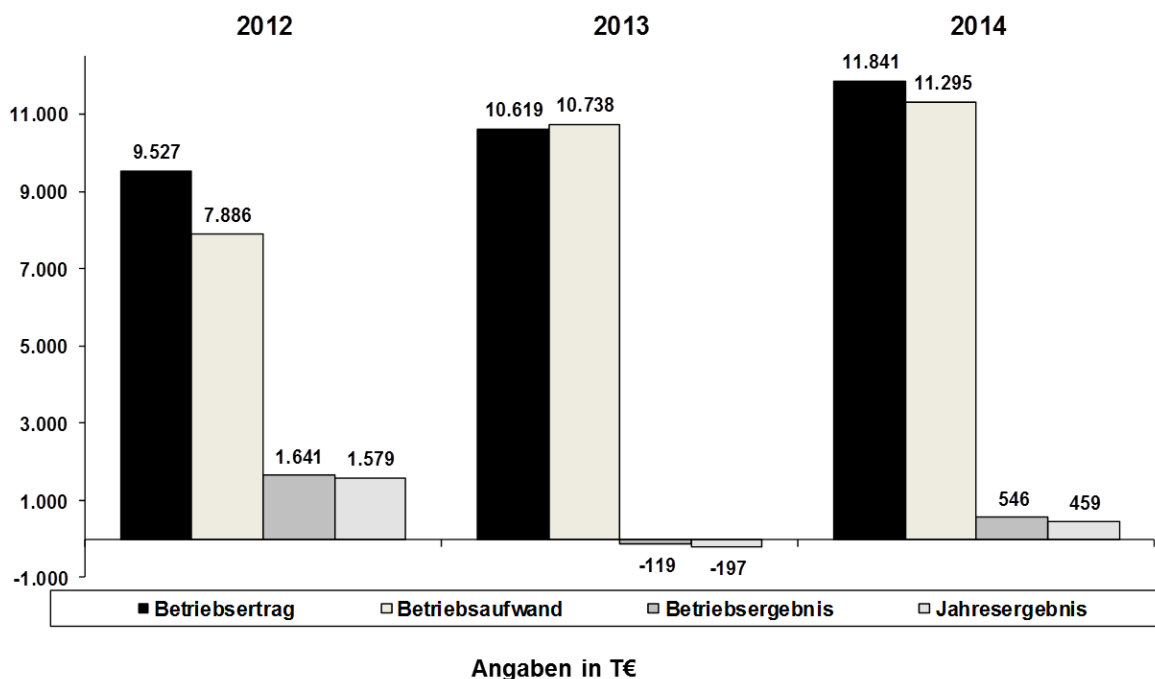
GuV-Daten der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	Veränderung T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	4.950	24	4.926	4.623
Betriebsmittelzuschüsse *	2.476	84	2.392	3.280
Sonstige betriebliche Erträge	4.415	1.114	3.301	1.624
Betriebserträge	11.841	1.222	10.619	9.527
Materialaufwand	4.073	613	3.460	2.822
Personalaufwand	3.295	-203	3.498	3.015
Abschreibungen	3.130	132	2.998	1.218
Sonstige betriebliche Aufwendungen	797	15	782	831
Betriebsaufwand	11.295	557	10.738	7.886
Betriebsergebnis	546	665	-119	1.641
Finanzergebnis	-64	-14	-50	-44
Unternehmensergebnis	482	651	-169	1.597
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	23	-5	28	18
Jahresergebnis	459	656	-197	1.579

* Die notwendigen Betriebsmittelzuschüsse werden vorab als „Ertrag“ gebucht.

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Entwicklung Ertrag und Aufwand 2012-2014



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region Braunschweig, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird.

Die Gesellschaft soll über Aktivitäten auf den regionalen Handlungsfeldern Energie, Bildung, Gesundheit, Verkehr und Freizeit auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, um hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen und sich an anderen Unternehmen, die den Gesellschaftszweck fördern, beteiligen.

Die Gesellschaft wurde am 9. Februar 2005 gegründet. Zum Jahreswechsel 2012/2013 erfolgte eine Neupositionierung und -ausrichtung der Gesellschaft. So erfolgte u. a. eine Umfirmierung von der „projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH“ zur „**Allianz für die Region GmbH**“ und die Aufnahme einer neuen Gesellschafterin (Wolfsburg AG) durch Erhöhung des Stammkapitals um 2.600 €. Seit dem 1. Januar 2013 ist die Gesellschaft mit dem Namen Allianz für die Region GmbH tätig.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft sichert bestehende Arbeitsplätze, baut neue Beschäftigung auf und verbessert die Lebensqualität der Region nachhaltig. Damit wird dem Allgemeinwohl gedient.

Stammkapital

Bei Gründung der Gesellschaft betrug das Stammkapital 25.000 €. Seit Anfang 2013 beträgt das Stammkapital 27.600 €. Die Eintragung der Kapitalerhöhung von 2.600 € im Handelsregister erfolgte am 20. Februar 2013.

Gesellschafter

Die Gesellschafter waren bei Gründung der Gesellschaft zunächst zur Hälfte Städte und Landkreise der Region sowie der Zweckverband Großraum Braunschweig; die andere Hälfte der Anteile wurde von Unternehmen der Region sowie der IG Metall und dem Arbeitgeberverband der Region Braunschweig gehalten. Mit Beginn des Jahres 2013 wurde die Wolfsburg AG zusätzliche Gesellschafterin mit einem Stammkapitalanteil von 2.600 €. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 13. Mai 2015 wurden auch die Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg und die Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg in den Gesellschafterkreis aufgenommen. Mit Aufnahme der zwei neuen Gesellschafter haben sich teilweise die Stammeinlagen der anderen Gesellschafter verändert. Da die Anteile der Wolfsburg AG zu 50 % in der Hand der Stadt Wolfsburg und zu 50 % in der Hand der Volkswagen AG sind, bleibt es indirekt bei dem oben erwähnten Verhältnis von 50 : 50 zwischen Gebietskörperschaften und Unternehmen.

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	3.700	13,41
Stadt Salzgitter	1.100	3,99
Stadt Wolfsburg	1.100	3,99
Landkreis Gifhorn	1.100	3,99
Landkreis Goslar	1.100	3,99
Landkreis Helmstedt	1.100	3,99
Landkreis Peine	1.100	3,99
Landkreis Wolfenbüttel	1.100	3,99
Zweckverband Großraum Braunschweig	1.100	3,99
VW Financial Services AG	2.150	7,79
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	2.150	7,79
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	1.200	4,35
Salzgitter AG	1.200	4,35
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	1.200	4,35
Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V.	1.200	4,35
IG Metall Deutschland	1.200	4,35
Avacon AG	2.150	7,79
Wolfsburg AG	2.650	9,60
Summe	27.600	100,00

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und der Regionalbeirat.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Christiane Hesse	VW Financial Services AG, stellv. Vorsitzende
Jürgen Brinkmann	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg
Thomas Brych	Landkreis Goslar
Gerhard Döpfens	Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg
Michael Doering	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
Dr. Andreas Ebel	Landkreis Gifhorn
Franz Einhaus	Landkreis Peine
Michael Kieckbusch	Salzgitter AG
Gunnar Kilian	Volkswagen AG
Frank Klingebiel	Stadt Salzgitter
Klaus Mohrs	Stadt Wolfsburg
Wolfgang Niemsch	Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V.
Bernd Osterloh	IG Metall
Hans Werner Schlichting	Landkreis Helmstedt
Wolfgang Schneider	Zweckverband Großraum Braunschweig
Christiana Steinbrügge	Landkreis Wolfenbüttel
Dr. Stephan Tenge	Avacon AG

Geschäftsführung

Oliver Syring

Julius von Ingelheim

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2014 wurden neben der Geschäftsführung 54 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 38).

Wichtige Verträge

Die Finanzierung durch Gesellschafter- und Sponsorenbeiträge ist durch Verträge fixiert.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein unbefristeter Dienstleistungsrahmenvertrag mit der Wolfsburg AG abgeschlossen. Der Vertrag regelt, dass die Wolfsburg AG Dienstleistungen im administrativen Bereich erbringt, die in Untervereinbarungen näher geregelt und durch monatliche Pauschalen abgegolten werden. Zurzeit bestehen Untervereinbarungen für die Bereiche Personal, Bildung, Informationstechnik und Koordination regionaler Handlungsfelder.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 war durch die Weiterentwicklung der zusammen mit der Wolfsburg AG festgelegten regionalen sechs Handlungsfelder und der damit verbundenen Umsetzung von Projekten geprägt. Die Gesellschaft realisierte – unter der Maßgabe der Gesellschafter 40% weniger Finanzmittel zur Verfügung zu stellen – einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 159 T€ (Vorjahr 683 T€). Damit wurde das Ziel des Liquiditätsabbaus erreicht. Durch die weiterhin erfolgreiche Einwerbung von Förder- und Drittmitteln in den Handlungsfeldern, den Start neuer Projekte und die Ausweitung der Berufsorientierungsprojekte in der Region konnte 2014 wieder eine Steigerung der Einnahmen gebucht werden.

Die sechs Handlungsfelder der Gesellschaft sind:

- Bildung
- Energie, Umwelt und Ressourcen
- Gesundheit
- Freizeit
- Wirtschaftsförderung und Ansiedlung
- Automobilwirtschaft & -forschung | Verkehr

Für ein Projekt beispielhaft ist das Projekt „BOBS“ (Berufsorientierung in Braunschweig) zu nennen, welches in 2011 begonnen wurde. Zur Durchführung von Betriebspraxistagen stellten mehr als 800 Betriebe Praktika zur Verfügung, sodass insgesamt rund 28.000 Betriebspraxistage absolviert werden konnten. Rund 4.700 Schüler/innen nahezu aller Braunschweiger Schulen haben bereits an diesem Projekt teilgenommen. Die Praxistage wurden vom BOBS-Team und sogenannten Arbeitsweltlotsen an den Schulen vor- und nachbereitet. Die BOBS-Programme werden in Zusammenarbeit mit Braunschweiger Weiterbildungsträgern durchgeführt. Dem BOBS-Projektconsortium gehören neben der Allianz für die Region GmbH, die Agentur für Arbeit Braunschweig-Goslar, die Braunschweigische Landessparkasse und die Stadt Braunschweig an.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Mit der Umfirmierung von der „projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH“ zur „Allianz für die Region GmbH“ und der Aufnahme der Wolfsburg AG als neue Gesellschafterin wurde die im Jahr 2009 beschlossene Zusammenführung der ‚Regionalen Aufgaben‘ beider Gesellschaften unter dem Dach der „Allianz für die Region GmbH“ abgeschlossen. Durch die gesellschaftsrechtliche Einbindung des bisherigen Kooperationspartners Wolfsburg AG wurden der „Allianz für die Region GmbH“ zusätzlich finanzielle Mittel und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Die Vereinigung dient insbesondere der Stärkung der Region in den sechs oben genannten Handlungsfeldern. So bietet sie erhebliche Chancen, die Region im Wettbewerb der Standorte um Kapital, Nachwuchs, Unternehmen etc. wesentlich besser zu positionieren.

Durch die Gewinnung von zwei weiteren Gesellschaftern kann die finanzielle Grundsicherung der Aufgaben der Gesellschaft weiter und nachhaltig verbessert werden.

www.allianz-fuer-die-region.de

Für das Geschäftsjahr 2015 ist ein ausgeglichenes Ergebnis geplant. Aufgrund der Finanzierungszusagen werden die Gesellschafter- und Sponsorenbeiträge im Wirtschaftsjahr 2015 stabil bleiben.

Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Entwicklung der Teilräume Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung. Die Etablierung dieser Metropolregion soll einen Beitrag leisten, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Kontext langfristig zu sichern.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Hannover.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft zielt mit ihrer Tätigkeit auf eine Aufwertung der Metropolregion und ihrer Teilbereiche sowie der Herausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität. Hierdurch soll die Einbindung in europäische Entwicklungsstrategien erleichtert werden und die Kooperation von Kommunen, Hochschulen, Unternehmen in der Metropolregion sowie dem Land ausgebaut werden. Damit wird insgesamt dem Gemeinwohl an einer wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Metropolregion gedient.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Hiervon hält die Stadt Braunschweig einen Anteil von 1.300 € (5,2 %).

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	1.300	5,2
Verein Kommunen *	6.400	25,6
Verein Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen **	5.750	23,0
Verein Wirtschaft ***	5.750	23,0
Land Niedersachsen	1.900	7,6
Landeshauptstadt Hannover	1.300	5,2
Stadt Göttingen	1.300	5,2
Stadt Wolfsburg	1.300	5,2
Summe	25.000	100

* Dem Verein „Kommunen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.“ gehören insgesamt zurzeit 33 Städte, 15 Landkreise, 4 Gemeinden, die Region Hannover, der Zweckverband Großraum Braunschweig und zwei weitere kommunale Verbände dieser Region an.

** Mitglieder des Vereins „Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.“ sind diverse Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen der Region.

*** Der Verein „Wirtschaft in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.“ wurde von Unternehmen und wirtschaftsnahen Verbänden der Region gegründet, um als Gesellschafter der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH dessen Arbeit zu unterstützen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie der Parlamentarische Beirat (beratende Funktion).

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus bis zu 18 Mitgliedern. Im Vorsitz wechseln sich die Oberbürgermeister der Städte Hannover und Braunschweig alle zwei Jahre ab. Der Oberbürgermeister, der nicht den Vorsitz innehat, ist stellvertretender Vorsitzender. Der letzte Wechsel hat am 13. November 2015 stattgefunden. Derzeit ist turnusgemäß der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Herr Ulrich Markurth, Aufsichtsratsvorsitzender.

Stand: Dezember 2015

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Aufsichtsratsvorsitzender
Stefan Schostok	Oberbürgermeister der Stadt Hannover, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Birgit Honé	Staatssekretärin Niedersächsische Staatskanzlei
Rolf-Georg Köhler	Oberbürgermeister der Stadt Göttingen
Klaus Mohrs	Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg
Dirk-Ulrich Mende	Oberbürgermeister der Stadt Celle
Hauke Jagau	Regionspräsident der Region Hannover
Dr. Ingo Meyer	Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim
Klaus Becker	Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz
Prof. Dr. Christopher Baum	Präsident der Medizinischen Hochschule Hannover
Prof. Dr. Ulrike Beisiegel	Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen
Prof. Dr. Thomas Hanschke	Präsident der Technischen Universität Clausthal
Dr. Christian Welzbacher	Institutsleiter des Heinz-Piest-Instituts für Handwerkstechnik
Julius von Ingelheim	Sprecher des Vorstandes der Wolfsburg AG
Dr. Volker Müller	Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
Hartmut Meine	Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Christoph Schulz	Vorstandsvorsitzender Braunschweigische Landessparkasse
Dr. Horst Schrage	Hauptgeschäftsführer IHK Hannover

Geschäftsführung

Raimund Nowak
Kai Florysiak

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte in 2014 durchschnittlich 21 Mitarbeiter (Vorjahr: 14), davon im Durchschnitt 9 Aushilfen (Vorjahr: 4).

Parlamentarischer Beirat

Der Parlamentarische Beirat besteht aus bis zu 20 Parlamentariern aus dem Niedersächsischen Landtag, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament. Der Parlamentarische Beirat berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat bei der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft. Die Mitglieder werden durch den Aufsichtsrat im Benehmen mit den Vorsitzenden der im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen benannt. Im Parlamentarischen Beirat sollen sich die Stärkeverhältnisse des Niedersächsischen Landtages widerspiegeln.

Der Aufsichtsrat beruft den Parlamentarischen Beirat mindestens jährlich zur Beratung ein.

Wichtige Verträge

Der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH wird von den Gesellschaftern auf Grundlage eines Kooperationsvertrages zur Erfüllung ihrer Aufgaben Kapital bzw. Personal zur Verfügung gestellt.

Geschäftsverlauf

Die Metropolregion GmbH hat sich auch im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich als Entwickler, Träger und Partner von Projekten unterschiedlicher Größenordnung etabliert. Die Arbeit der Gesellschaft war auch in 2014 stark von den Projekten im Rahmen des Schaufensters Elektromobilität geprägt. Das Wirtschaftsjahr 2014 hat die Gesellschaft mit einem ausgeglichenen Ergebnis in Höhe von 804,15 € abgeschlossen.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirkungskreis der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg umfasst eine Fläche von 19.000 km² mit rund vier Millionen Einwohnern, große, mittlere und kleine Städte, urbane und ländliche Räume, auch Gebirge. Das Gebiet reicht von Nienburg (Weser) im Norden bis zur hessischen Landesgrenze und den Harz. Es sind in erster Linie die wirtschaftliche Stärke, die exzellente Wissenschaftslandschaft und die Lage an bedeutenden europäischen Verkehrsachsen, die die Region um die Städte Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zur Metropolregion von europäischer Bedeutung machen.

Als eines von vier *Schaufenstern für Elektromobilität* in Deutschland demonstriert die Gesellschaft seit Herbst 2012 in Demonstrations- und Pilotvorhaben die innovativsten Elemente der Elektromobilität an der Schnittstelle von Energiesystem, Fahrzeug und Verkehrssystem. Rund 120 Unternehmen, 30 wissenschaftliche Einrichtungen, das Land Niedersachsen und über 50 Kommunen beteiligen sich in dem Gebiet der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg an dem Schaufenster Elektromobilität "Unsere Pferdestärken werden elektrisch. E-Mobilität in Niedersachsen". In rund 30 Einzelprojekten wird in den Jahren 2012 bis 2016 ein Finanzvolumen von rund 120 Mio. € eingesetzt. Rund ein Drittel stammt aus einem mit 180 Mio. € ausgestatteten Fördertopf, der von der Bundesregierung für vier nationale Schaufenster bereitgestellt wurde und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Elektromobilität in Deutschland leisten soll. Als ‚Schaufenster‘ sind groß angelegte Demonstrations- und Pilotvorhaben ausgewählt worden, in denen die innovativsten Elemente der Elektromobilität an der Schnittstelle von Energiesystem, Fahrzeug und Verkehrssystem gebündelt und sichtbar gemacht werden. Als Projektbeispiel in Braunschweig kann die Freigabe der ersten Station im öffentlichen Raum für induktive Ladung von Elektro-Linienbussen am 10. September 2013 genannt werden. Ein erster rein elektrisch betriebener Linienbus im ÖPNV verkehrt in Braunschweig seit dem 27. März 2014. Die Forschungs- und Entwicklungsinitiative der Bundesregierung endet am 30. Juni 2016. Verschiedene Vorhaben werden bereits zum Jahresende 2015 auslaufen.

Dazu passt das Modellvorhaben der Stadt-Land-Kooperation zum Umstieg auf 100%-erneuerbare Energie. Als erste Metropolregion in Deutschland wird das Ziel verfolgt, die Energieversorgung für Strom, Wärme und Mobilität vollständig aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.

Ab dem Jahr 2015 wird die Metropolregion GmbH auf der Basis eines neuen Arbeitsprogrammes arbeiten. Der Aufsichtsrat hat hierzu folgende Handlungsfelder mit korrespondierenden Querschnittsthemen beschlossen:

I. Handlungsfelder:

- Verkehr und Elektromobilität
- Energie und Ressourceneffizienz
- Gesundheitswirtschaft
- Kultur- und Kreativwirtschaft

II. Querschnittsthemen:

- Internationalisierung und Standortmarketing
- Wissensvernetzung
- Stadt-Land-Kooperation
- Fachkräfte

Im Haushalt der Stadt Braunschweig sind für 2015 und für die Folgejahre allgemeine Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von 50 T€ p. a. eingeplant.

Nordzucker Holding AG

Die Beteiligung an der Nordzucker Holding AG, respektive der früheren Zucker AG Uelzen-Braunschweig, entspringt gewachsenen und historischen Strukturen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an anderen Unternehmen, die

- Zucker, zuckerhaltige Erzeugnisse, Lebens- und Genussmittel, Erzeugnisse für die Lebensmittelindustrie und Futtermittel herstellen,
- landwirtschaftliche Erzeugnisse verwerten,
- mit allen vorgenannten Erzeugnissen handeln.

Die Nordzucker Holding AG fungiert somit als reine Holdinggesellschaft, namentlich der unten genannten Nordzucker AG.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft liegt bei 90.803.266,60 €. Die Stadt Braunschweig hält einen nominalen Anteil in Höhe von 28.152,40 € (ca. 0,031 %).

Die Stadt Braunschweig erhält auf die von ihr gehaltenen Aktienanteile geringe Dividendenausschüttungen, die dem Haushalt der Stadt Braunschweig zugutekommen.

Nordzucker AG

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Herstellung von Zucker und zuckerhaltigen Erzeugnissen,
- die Herstellung von Lebens- und Genussmitteln und Erzeugnissen für die Lebensmittelindustrie,
- die Herstellung von Futtermitteln,
- die sonstige Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- der Handel mit allen vorgenannten Erzeugnissen sowie
- die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen des vorbezeichneten Unternehmensgegenstandes.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 123.651.328,00 €. Die Stadt Braunschweig hat hieran einen geringen Anteil in Höhe von 378,88 €.

Die Stadt Braunschweig erhält auf die von ihr gehaltenen Aktienanteile geringe Dividendenausschüttungen, die dem Haushalt der Stadt Braunschweig zugutekommen.

Weitere Aufgabenträger

Ergänzend zu den Aufgabenträgern des Beteiligungskreises gemäß § 151 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, die auf den vorausgehenden Seiten unter Einzelübersichten zu den Gesellschaften dargestellt werden, wird im Folgenden über Aufgabenträger berichtet, die gemäß § 58 Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung in den Konsolidierungsbericht aufgenommen werden müssen. Da der Beteiligungsbericht den Konsolidierungsbericht ergänzt, werden auch die weiteren Aufgabenträger in den Beteiligungsbericht aufgenommen (s. Einleitung).

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Gegenstand der Sonderrechnung

Der Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz – NKomVG).

Gegenstand des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement ist seit dem 1. Januar 2005 die gesamte Gebäudebewirtschaftung der städtischen Immobilien. Ausgenommen sind die Immobilien, die aufgrund des PPP-Vertrages vom 27.11.2011 von Hochtief PPP Schulpartner Braunschweig GmbH bewirtschaftet werden. Die Gebäudebewirtschaftung umfasst neben der Verpachtung/Vermietung alle gebäudewirtschaftlichen Leistungen, die für die Einrichtung des Betriebszwecks der Gebäude notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere Bauinstandhaltungsmaßnahmen sowie Hausmeister- und Reinigungsleistungen.

Neben der Bewirtschaftung gehören die Sanierung sowie der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig zu den Aufgaben des Hochbau und Gebäudemanagements.

Öffentlicher Zweck der Sonderrechnung

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Sonderrechnung (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Sonderrechnung im Haushaltsjahr erfüllt. Die Gebäudebewirtschaftung der Stadt Braunschweig stellt die für die Verwaltung der Stadt Braunschweig notwendigen Gebäuderessourcen zur Verfügung und unterstützt diese damit in ihrer Aufgabenerledigung. Hierdurch wird dem Allgemeinwohl gedient.

Beteiligungsverhältnisse

Der Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement ist ein Fachbereich der Stadt Braunschweig. Weitere Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungs- und Kontrollfunktion

Die Aufgaben der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement werden seit dem 1. Januar 2005 von dem Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement wahrgenommen.

Die Leitung des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement obliegt Frau Michaela Springhorn.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie das Hochbau und Gebäudemanagement betreffen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Am Bilanzstichtag 31.12.2014 waren für die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement 24 Beamte und 266 Angestellte/Arbeiter tätig. Darüber hinaus wurden 13 Auszubildende beschäftigt.

Geschäftsverlauf*

Für das Haushaltsjahr 2014 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 175.074,02 € (Vorjahr 297.715,02 €).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung*

Der Ergebnishaushalt der Sonderrechnung weist in 2015 bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 70,38 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 71,38 Mio. € einen Jahresfehlbetrag von rd. 1,0 Mio. € aus. Insgesamt sollen lt. Investitionsprogramm der Stadt Braunschweig in 2015 Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen in Höhe von rd. 39,3 Mio. € durch den FB 65 abgewickelt werden.

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 21. Juli 2015 die Auflösung der Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement und die Rückführung in den städtischen Haushalt beschlossen. Zurzeit laufen die umfangreichen Arbeiten zur tatsächlichen Rückführung in einem Projekt. Ziel ist eine Umsetzung zum 1. Januar 2017.

*) eine detailliertere Aufschlüsselung ist in Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig unter Punkt „XII. Anlagen“ abgebildet.

Gegenstand der Sonderrechnung

Die Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs.1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz – NKomVG).

Die operativen Aufgaben der Abfallwirtschaft sind zum 1. Januar 2001 weitestgehend der damaligen Stadtreinigung Braunschweig GmbH (SRB) übertragen worden, die sich zum 1. Januar 2005 in ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) umbenannt hat. Die Beziehungen zwischen der Stadt Braunschweig und ALBA-BS sind in den Leistungsverträgen, Klarstellungsvereinbarungen „Straßenreinigung“ und „Abfall“ und in den Ergänzungsvereinbarungen zu den Leistungsverträgen geregelt. Die Leistungen von ALBA-BS werden mit verschiedenen Leistungsentgelten abgegolten.

Die Entsorgung und Verwertung der Abfälle erfolgt ebenfalls durch beauftragte Dritte. Bei den Restabfällen erfolgt die thermische Behandlung seit dem 1. Februar 2007 bei REMONDIS. Der Bio- und Grünabfall wird bei der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ehem. Braunschweiger Kompost GmbH) verwertet.

Des Weiteren werden Aufgaben der Deponiebewirtschaftung ab dem 1. Januar 2006 durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) ausgeführt (s. Sonderrechnung Stadtentwässerung). Zudem führt die SE|BS seit 2009 auch den Einlagerungsbetrieb auf Schüttfeld III durch. Die Sickerwasserkläranlage gehört dem Abwasserverband Braunschweig (AVB) und wird im Rahmen des Betriebsführungsvertrages und des Abwasserentsorgungsvertrages ebenfalls von der SE|BS betrieben.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abfallbeseitigung (Gebührenkalkulation und Satzungsvollzug) verblieben. Daneben ist dem Regiebetrieb der Deponiebetrieb und das Vertragscontrolling übertragen worden. Hinzu kommt die Durchführung des Projektes „Unser sauberes Braunschweig“.

Öffentlicher Zweck der Sonderrechnung

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Sonderrechnung (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Sonderrechnung im Haushaltsjahr erfüllt. Die Gebührenkalkulation und der Satzungsvollzug dienen als hoheitliche Aufgaben unmittelbar einem öffentlichen Zweck. Durch den Deponiebetrieb und das Vertragscontrolling behält die Stadt Braunschweig Einfluss auf den Bereich der Abfallwirtschaft und stellt damit sicher, dass die Abfallwirtschaft am Maßstab des Allgemeinwohls orientiert ist.

Beteiligungsverhältnisse

Die Sonderrechnung Abfallwirtschaft ist eine rechtlich unselbstständige Sonderrechnung der Stadt Braunschweig. Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungs- und Kontrollfunktion

Die Aufgaben des Regiebetriebes "Abfallwirtschaft" werden seit dem 1. Januar 2006 von den Fachbereichen 20 Finanzen und 66 Tiefbau und Verkehr wahrgenommen.

Die Leitung des Fachbereichs 20 Finanzen obliegt Herrn Markus Schlimme.
Die Leitung des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr obliegt Herrn Klaus Benschmidt.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Abfallwirtschaft betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abfallentsorgungssatzung, die Abfallentsorgungsgebührensatzung, die Straßenreinigungsverordnung, die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsgebührensatzung).

Anzahl der Arbeitnehmer

2014 waren für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft 3 Beamte in Vollzeit, 3 Beamte in Teilzeit und 2 Beschäftigte in Vollzeit tätig.

Geschäftsverlauf*

Im Haushaltsjahr 2014 wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 504.550,37 € (Vorjahr - 640.544,19 €) erwirtschaftet.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung*

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gebührenbereiche der Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird im Bereich Abfall sowohl hinsichtlich der Umsatzerlöse als auch hinsichtlich der Aufwendungen im Wesentlichen beeinflusst durch das für die Abfallsammlung zur Verfügung gestellte Abfallbehältervolumen und durch die eingesammelte bzw. am Abfallentsorgungszentrum (AEZ) angenommene Abfallmenge. Weiterhin beeinflussen insbesondere die Aufwendungen für die Deponie das wirtschaftliche Ergebnis. Im Bereich der Straßenreinigung ergeben sich nur geringe Mengenschwankungen.

Im Jahr 2015 wurde die turnusmäßig alle fünf Jahre stattfindende Angemessenheitsprüfung der an ALBA zu zahlenden Entgelte durchgeführt. Diese hat zu einer neuen Entgeltvereinbarung für die Zeit ab 2016 geführt.

Für 2015 ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 317.100 € im Haushalt veranschlagt.

*) eine detailliertere Aufschlüsselung ist in Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig unter Punkt „XII. Anlagen“ abgebildet.

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Gegenstand der Sonderrechnung

Die Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz - NKomVG).

Hauptaufgabe im Bereich der Stadtentwässerung ist die schadlose Ableitung und Behandlung von Abwässern bis hin zur landwirtschaftlichen Verwertung durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) einschließlich der Klärschlammbehandlung und -beseitigung. Daneben obliegen der Stadtentwässerung weitere Entsorgungsaufgaben:

Inhalte aus abflusslosen Sammelgruben, Kleinkläranlagen und Leichtflüssigkeitsabscheidern sind aufzunehmen und schadlos zu beseitigen. Für die Stadt werden zusätzlich die Aufgabenbereiche Sinkkastenreinigung, Tierkadaverannahmestelle, Gewässerdienst und wasserrechtliche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach Wasserhaushaltsgesetz und Nds. Wassergesetz gegen Kostenerstattung wahrgenommen.

Die Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden weitestgehend durch Dritte wahrgenommen:

1. Die Stadt ist Mitglied im Abwasserverband Braunschweig (AVB). Dieser ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung und das Labor. Die Aufgaben des AVB sowie Regelungen zur Erhebung der Mitgliedsbeiträge sind in dessen Satzung enthalten.
2. Die Betriebsführung für das Klärwerk Steinhof, das dem AVB gehört, obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Die für die Betriebsführung des Klärwerks entstehenden Aufwendungen werden vom AVB erstattet, der sich wiederum über die Mitgliedsbeiträge refinanziert.
3. Die operativen Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages von der SE|BS wahrgenommen. Die Leistungen der SE|BS werden mit den vertraglich festgelegten Betriebsentgelten und Kapitalkostenentgelten abgegolten.
4. Für einige Ortsteile wird das Schmutzwasserkanalnetz durch den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) betrieben. Hierfür entrichtet die Stadt einen Verbandsbeitrag.
5. Der Gebühreneinzug wird durch BS|ENERGY, den WWL und die SE|BS durchgeführt. Hierfür wird ein Entgelt entrichtet bzw. beim WWL eine Kostenerstattung vorgenommen.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abwasserbeseitigung (Gebührenkalkulation, Sitzungsvollzug sowie Teilaufgaben der Grundstücksentwässerung), die strategische Ausrichtung der Stadtentwässerung und das Vertragscontrolling verblieben.

Öffentlicher Zweck der Sonderrechnung

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Sonderrechnung (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Sonderrechnung im Haushaltsjahr erfüllt. Die Gebührenkalkulation, die Grundstücksentwässerung und der Sitzungsvollzug der Abwasserbeseitigung dienen als hoheitliche Aufgaben unmittelbar einem öffentlichen Zweck. Durch ein Strategie- und Vertragscontrolling behält die Stadt Braunschweig Einfluss auf den Bereich der Abwasserbeseitigung und stellt damit sicher, dass die Abwasserbeseitigung am Maßstab des Allgemeinwohls orientiert ist.

Beteiligungsverhältnisse

Die Sonderrechnung Stadtentwässerung ist eine rechtlich unselbstständige Sonderrechnung der Stadt Braunschweig. Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungs- und Kontrollfunktion

Die Aufgaben der Stadtentwässerung sind zum 1. Januar 2006 mit den bei der Stadt verbliebenen Aufgaben auf die Fachbereiche 20 Finanzen und 66 Tiefbau und Verkehr aufgeteilt worden.

Die Leitung des Fachbereichs 20 Finanzen obliegt Herrn Markus Schlimme.
Die Leitung des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr obliegt Herrn Klaus Benscheidt.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Stadtentwässerung betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abwassersatzung, Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung).

Anzahl der Arbeitnehmer

2014 waren für die Sonderrechnung Stadtentwässerung 1 Beamter in Vollzeit, 1 Beamtin in Teilzeit und 5 Beschäftigte in Vollzeit tätig.

Geschäftsverlauf*

Für das Haushaltsjahr 2014 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 2.032.473,53 € (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 207.477,47 €).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung*

Das operative Geschäft hinsichtlich der Abwasserableitung wird im Wesentlichen von der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) durchgeführt. Hierfür werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages Betriebs- und Kapitalkostenentgelte gezahlt. Zu den Tätigkeiten der SE|BS gehört insbesondere die Erneuerung und Erweiterung des Kanalnetzes. Dazu gibt es detaillierte Vorgaben aus dem Abwasserentsorgungsvertrag (Einzelheiten hierzu siehe Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig).

Die Aufgaben der Abwasserreinigung werden durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) wahrgenommen. Die Stadt ist Mitglied im AVB und verfügt seit dem 9. April 2008 grundsätzlich über die Mehrheit der Stimmen im Vorstand und Verbandsausschuss des AVB. Für die Leistungen des AVB werden Mitgliedsbeiträge gezahlt, die auf Basis der Wirtschaftsplanung des AVB festgesetzt werden.

Die zu reinigende Abwassermenge für Braunschweig lag 2014 bei rd. 18,7 Mio. m³ (2013: 20,6 Mio. m³). Der Rückgang ist in erster Linie auf witterungsbedingte Einflüsse zurückzuführen.

Die Betriebsführung des Klärwerkes obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat wiederum die SE|BS mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Aktuell erfolgt eine Überarbeitung des aus dem Jahr 1979 stammenden Vertrages.

Für 2015 ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.696.900 € im Haushalt veranschlagt.

*) eine detailliertere Aufschlüsselung ist in Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig unter Punkt „XII. Anlagen“ abgebildet.

Gegenstand des Verbands

Der Abwasserverband Braunschweig (AVB) ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung, Gasverwertung und Deponiesickerwasserreinigung, Gewässerausbau und -pflege und die dazugehörige Unterhaltung der Wirtschaftswege. Zur Durchführung seiner Aufgaben kann der Verband Anlagen für die Abwassersammlung, -fortleitung, -behandlung, -verwertung bzw. -beseitigung übernehmen, halten, herstellen, betreiben und unterhalten. Er kann sich zur Durchführung dieser Aufgaben, insbesondere auch zur Betriebsführung, Dritter bedienen. Der Verband ist Eigentümer oder Inhaber eines Nutzungsrechts an den vorbezeichneten Anlagen.

Öffentlicher Zweck des Verbands

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Verbands (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung des Verbands im Geschäftsjahr erfüllt. Der Verband dient gemäß § 1 Abs. 3 seiner Satzung dem öffentlichen Wohl sowie dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst und strebt nicht an, Gewinne zu erzielen.

Verbandsmitglieder

Stand: Dezember 2015

Mitglieder

Stadt Braunschweig

Wasserverband Gifhorn mit der Samtgemeinde Papenteich, der Gemeinde Wendeburg und der Samtgemeinde Meinersen (Gemeinde Hillerse)

Landwirtschaftliche Mitglieder als die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke und Anlagen

Organe des Verbands

Der Verband hat einen Verbandsausschuss, einen Vorstand und eine Geschäftsführung.

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss besteht aus landwirtschaftlichen Mitgliedern, Mitgliedern der Stadt Braunschweig und des Wasserverbandes Gifhorn. Jedes Ausschussmitglied hat grundsätzlich eine Stimme. Die zwei von der Stadt Braunschweig benannten Ausschussmitglieder haben zusammen jedoch eine Stimme mehr als alle übrigen Mitglieder.

Für jedes Mitglied im Verbandsausschuss ist zusätzlich ein Stellvertreter gewählt oder benannt. Die Stadt Braunschweig hat folgende Vertretungsregelungen vorgesehen:

Stellvertreterin für Frau Städt. Ltd. Direktorin Hilde Volk ist Frau Städt. Direktorin Kerstin Gebhardt. Herr Ratsherr Klaus Wendroth wird durch Herrn Ratsherrn Uwe Jordan vertreten.

Stand: Dezember 2015

Verbandsausschuss

Olaf Genter	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Schwülper
Hans-Dieter Dralle	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Schwülper
Heinrich Rautmann	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Wendeburg
Andreas Feldmann	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Wendeburg
Rolf Heine	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Wendeburg
Eckbert Bösche	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Diddlese
Heiko Bosse	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Diddlese
Jochen Blickwede	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Götz Büttner	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Axel Busse	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Richard Hering	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Heinz-Robert Köhler jun.	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Heiko Sonnenberg	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Henning Gödecke	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Herbert Munzel sen.	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Hermann Lüer jun.	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Ernst-August Bunkenburg	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Meinersen
Friedhelm Brand	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Meinersen
Ludwig Thiemann	Wasserverband Gifhorn
Stefan Skupin	Wasserverband Gifhorn
Hilde Volk	Stadt Braunschweig
Klaus Wendroth	Stadt Braunschweig

Vorstand

Die Stadt Braunschweig stellt drei ordentliche und drei stellvertretende Vorstandsmitglieder.

Stand: Dezember 2015

Vorstand

Wolfgang Sehr	Verbandsvorsteher, Stadt Braunschweig
Dr. Günter Olfe	stellv. Verbandsvorsteher, Gemeinde Hillerse OT Volkse
Dirk Asche-Baumgarten	Gemeinde Hillerse
Christian Müller	Gemeinde Diddlese
Theodor Eggers	Samtgemeinde Papenteich Gemeinde Meine
Helmut Holzapfel	Samtgemeindebürgermeister Papenteich
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig

Als Stimmvertreter für Herrn Wolfgang Sehr hat die Stadt Braunschweig Herrn Ratsherrn Kurt Schrader vorgeschlagen. Die Vertretung für Herrn Ratsherrn Frank Flake wird durch Herrn Ratsherr Detlef Kühn wahrgenommen. Vertreter für Herrn Stadtbaurat Leuer ist Herr Ltd. Baudirektor Klaus Benschmidt.

Geschäftsführung

Bernhard Teiser

Anzahl der Arbeitnehmer

Der Verband beschäftigte in 2014 durchschnittlich 82 Mitarbeiter (Vorjahr: 76).

Geschäftsverlauf

Der AVB hat für das Wirtschaftsjahr 2014 einen Beitrag in Höhe von 29,28 Mio. € von der Stadt Braunschweig erhalten. Dieser setzt sich zusammen aus einem Mitgliedsbeitrag für Abwasserreinigung in Höhe von 15,49 Mio. €, einem Mitgliedsbeitrag für das Kanalnutzungsrecht in Höhe von 12,90 Mio. € – beide aus der Sonderrechnung Stadtentwässerung – und 0,89 Mio. € von der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für Leistungen im Bereich der Sickerwasserreinigung.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung

Für das Wirtschaftsjahr 2015 sind im Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung Mitgliedsbeiträge der Stadt Braunschweig an den AVB in Höhe von 17,77 Mio. € für die Abwasserreinigung und 12,70 Mio. € für die Nutzungsrechte des Kanalnetzes veranschlagt. Die Sonderrechnung Abfallwirtschaft hat für 2015 Beiträge in Höhe von 1,05 Mio. € für Leistungen im Bereich der Sickerwasserreinigung veranschlagt. Somit ergibt sich eine Beitragszahlung der Stadt Braunschweig in Höhe von voraussichtlich 31,52 Mio. € für das Wirtschaftsjahr 2015.

Gegenstand des Verbands

Der Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) hat zur Aufgabe Trink- und Brauchwasser zu beschaffen, zu verteilen und Schmutz- und Niederschlagswasser zu sammeln, abzuführen, zu verwerten oder zu reinigen. Der Verband hat die Geschäfts- und Betriebsführung für Verbandsmitglieder durchzuführen. Zur Durchführung seiner Aufgaben baut, betreibt und unterhält der Verband die notwendigen Anlagen und Einrichtungen. Der Verband bezieht Wasser von Wasserlieferanten, soweit eigene Wassergewinnungs- und Wasseraufbereitungsanlagen nicht ausreichen.

Öffentlicher Zweck des Verbands

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Verbands (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung des Verbands im Geschäftsjahr erfüllt. Der Verband dient gemäß § 1 Abs. 5 seiner Satzung dem öffentlichen Interesse. Er ist gemeinnützig. Gewinne werden nicht erzielt. Der Verband ist gehalten, nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu arbeiten.

Verbandsmitglieder

Stand: Dezember 2015

Mitglieder

Stadt Braunschweig

Gemeinde Cremlingen

Stadt Königslutter am Elm

Gemeinde Lehre

Samtgemeinde Nord-Elm

Stadt Wolfsburg

Samtgemeinde Sickinge

Wasserverband Gifhorn

Wasserverband Elm

Organe des Verbands

Der Verband hat eine Verbandsversammlung, einen Vorstand und eine Geschäftsführung.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung repräsentiert die Einwohner des Verbandsgebietes. Insgesamt betreut der WWL zurzeit rund 80.000 Einwohner, die durch 86 Stimmen in der Verbandsversammlung repräsentiert werden.

Bei der Stadt Braunschweig werden die Ortsteile Bevenrode, Dibbesdorf, Hondelage, Mascherode, Rautheim, Schapen, Stöckheim, Volkmarode und Waggum durch den WWL betreut. Die 30.288 Einwohner dieser Ortsteile werden durch fünf Delegierte, welche zusammen 31 Stimmen haben, vertreten. In den Ortsteilen Dibbesdorf, Hondelage, Schapen und Stöckheim übernimmt die WWL die Schmutzwasserentsorgung und Gebührenerhebung Schmutzwasser. In den übrigen oben genannten Ortsteilen wird nur die Gebührenerhebung für Schmutzwasser durch den WWL übernommen.

Stand: Dezember 2015

Verbandsversammlung		Stimmen
Manfred Bähre	Stadt Braunschweig	31
Thorsten Köster	Stadt Braunschweig	
Horst Dieter Steinert	Stadt Braunschweig	
Gerhard Stülten	Stadt Braunschweig	
Frank Täubert	Stadt Braunschweig	
Hans-Peter Albrecht	Gemeinde Cremlingen	14
Joachim Eichenlaub	Gemeinde Cremlingen	
Gudrun Hock	Gemeinde Cremlingen	
Hilmar Mittendorf	Gemeinde Cremlingen	
Burkhard Wittberg	Gemeinde Cremlingen	
Uwe Lagosky	Gemeinde Cremlingen	12
Helmut Bauwe	Gemeinde Lehre	
Michael Fitzke	Gemeinde Lehre	
C. David Markgraf	Gemeinde Lehre	
Andreas Busch	Gemeinde Lehre	
Bernd Krüger	Gemeinde Lehre	6
Heinrich Köther	Gemeinde Lehre	
Detlef Gottschalt	Samtgemeinde Nord-Elm	
Klaus-Dieter Groß	Samtgemeinde Nord-Elm	
Harald Schulze	Samtgemeinde Nord-Elm	
Sabine Siegmund	Samtgemeinde Nord-Elm	11
Silvia Liebermann	Samtgemeinde Nord-Elm	
Erich Gröll	Samtgemeinde Nord-Elm	
Karlheinz Pfeiff	Samtgemeinde Sickte	
Dieter Lorenz	Samtgemeinde Sickte	
Konrad Gramatte	Samtgemeinde Sickte	5
Claus Harmsen	Samtgemeinde Sickte	
Reinhard Deitmar	Samtgemeinde Sickte	
Christian Müller	Samtgemeinde Sickte	
Michael Ratzkowsky	Samtgemeinde Sickte	
Marco Kelb	Samtgemeinde Sickte	5
Thorsten Thiedt	Samtgemeinde Sickte	
Friedrich Segger	Samtgemeinde Sickte	
Dr. Heike Rupp-Brunswig	Samtgemeinde Sickte	
Dr. Gerhard Meier	Stadt Wolfsburg	
Regina Zimmermann	Stadt Wolfsburg	
Christian Seidenkranz	Stadt Königslutter am Elm	1
Andreas Schmidt	Wasserverband Gifhorn	1
Alexander Hoppe	Wasserverband Elm	1

Vorstand

Die Stadt Braunschweig hat das Vorschlagsrecht für drei Vorstandsmitglieder. Für jedes Vorstandsmitglied wird ein Stellvertreter gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher.

Stand: Dezember 2015

Vorstand	
Uwe Jordan	Stadt Braunschweig, stellv. Verbandsvorsteher
Dr. Bernd Hoppe-Dominik	Stadt Braunschweig
Claas Merfort	Stadt Braunschweig
Günter Eichenlaub	Gemeinde Cremlingen, Verbandsvorsteher
Wolfgang Röper	Gemeinde Cremlingen
Detlef Kaatz	Gemeinde Cremlingen
Klaus Westphal	Gemeinde Lehre
Burkhard Beese	Gemeinde Lehre
Hans-Joachim Gottschlich	Gemeinde Lehre
Matthias Lorenz	Samtgemeinde Nord-Elm
Klaus Röhr	Samtgemeinde Nord-Elm
Hubert Friehe	Samtgemeinde Nord-Elm
Petra Eickmann-Riedel	Samtgemeinde Sickte
Uwe Schäfer	Samtgemeinde Sickte
Dunja Kreiser	Samtgemeinde Sickte
Dr. Gerhard Meier	Stadt Wolfsburg
Alexander Hoppe	Stadt Königslutter am Elm

Als Vertreter für Herrn Ratsherrn Uwe Jordan ist Herr Bezirksbürgermeister Jürgen Meeske gewählt. Die Vertretung für Herrn stellv. Bezirksbürgermeister Dr. Hoppe-Dominik wird durch das Stadtbezirksratsmitglied Herrn Dr. Richard Goedeke wahrgenommen. Vertreter für Herrn Ratsherr Claas Merfort ist Herr Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer.

Geschäftsführung

Viktoria Wagner	ab 01.05.2015
Lutz Tietz	bis 30.04.2015

Anzahl der Arbeitnehmer

Der Verband beschäftigte in 2014 durchschnittlich 68 Mitarbeiter (Vorjahr: 68).

Geschäftsverlauf und voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2014 hat der WWL für die Leistungen im Bereich der Schmutzwasserentsorgung von der Sonderrechnung Stadtentwässerung einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1,19 Mio. € erhalten.

Für 2015 sieht der Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1,31 Mio. € vor.

Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) ist Träger der Regionalplanung für den Verbandsbereich. Der ZGB soll in Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Landkreises Osterode am Harz eine einheitliche Nahverkehrskonzeption für den Harz entwickeln und einen Tarifverbund "Harz" schaffen. Zudem ist der ZGB für den Verbandsbereich Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne des § 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes.

Öffentlicher Zweck des Verbands

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Bildung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ vom 27. November 1991.

Verbandsglieder

Stand: Dezember 2015

Verbandsglieder

Stadt Braunschweig

Stadt Salzgitter

Stadt Wolfsburg

Landkreis Gifhorn

Landkreis Goslar

Landkreis Helmstedt

Landkreis Peine

Landkreis Wolfenbüttel

Organe des Verbands

Der Verband hat eine Verbandsversammlung, einen Verbandsausschuss und einen Verbandsdirektor.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat 59 ehrenamtlich tätige Mitglieder aus allen Teilen des Verbandsgebietes. Vorsitzender der Verbandsversammlung ist Detlef Tanke (Landkreis Gifhorn), sein erster Vertreter Volker Meier (Landkreis Helmstedt) und seine zweite Vertreterin Sabine Sewella (Stadt Braunschweig).

Stand: Dezember 2015

Vertreter der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung

Wolfgang Sehrt

Reinhard Manlik

Karl Grziwa

Frank-Peter Schild

Kurt Schrader

Manfred Dobberphul

Christoph Bratmann

Annette Schütze

Klaus-Peter Bachmann

Hermann Hane

Frank Flake

Dennis Egbers-Schoger

Sabine Sewella

Ingo Schramm

Hans-J. Volkmann

Oliver Schönemann

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss gibt Empfehlungen zu anstehenden Beschlüssen der Verbandsversammlung und kann auch eigenständig Beschlüsse fassen. Neben dem oder der Vorsitzenden und weiteren zwölf Mitgliedern der Verbandsversammlung gehören ihm die Hauptverwaltungsbeamten der acht Verbandsglieder mit beratender Stimme an.

Zur fachlichen Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung sind zwei Fachausschüsse eingerichtet worden, und zwar für Regionalplanung und für Regionalverkehr.

Verbandsdirektor

Hennig Brandes

Anzahl der Arbeitnehmer

Der ZGB beschäftigte in 2014 durchschnittlich 37 Mitarbeiter (Vorjahr: 34).

Geschäftsverlauf und voraussichtliche Entwicklung

Der Haushaltsplan 2014 der Stadt Braunschweig weist Transferaufwendungen an den ZGB in Höhe von 1.372.000 € aus. Der vorläufige Jahresabschluss geht von Transferaufwendungen in Höhe von 1.605.992,41 € aus.

Im Haushaltsplan 2015 der Stadt Braunschweig sind Transferaufwendungen in Höhe von 1.786.000 € veranschlagt.

Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gegenstand des Sondervermögens und Öffentlicher Zweck

Beim Pensionsfonds der Stadt Braunschweig handelt sich um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG), für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt wird. Der Zweck der Einrichtung des Pensionsfonds ist die Sicherstellung der Finanzierung künftiger Versorgungsleistungen. Neben der Bildung einer Versorgungsrücklage ist es aufgrund des zu erwartenden starken Anstiegs der Versorgungsverpflichtungen zur Entlastung der städtischen Haushaltswirtschaft erforderlich, einen Fonds zur dauerhaften Finanzierung künftiger Versorgungslasten für ab dem 1. Januar 2000 neu eingestellte Beamtinnen und Beamte zu bilden.

Beteiligungsverhältnisse

Der Pensionsfonds der Stadt Braunschweig ist ein Sondervermögen, welches durch den Fachbereich Zentrale Dienste verwaltet wird. Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungsfunktion

Leiter des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig ist der Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernent der Stadt Braunschweig, Herr Stadtrat Claus Ruppert.

Geschäftsverlauf*

Aufgrund versicherungsmathematischer Berechnungen wurden Prozentsätze der jeweiligen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge ermittelt, deren jeweilige Höhe abhängig ist vom aktuellen Zinsniveau sowie von der Entwicklung der Besoldung. Für die Planung des Haushaltsjahres 2014 ergaben sich folgende Prozentsätze der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge:

- Beamte des mittleren Dienstes 22 %
- Beamte des gehobenen Dienstes 24 %
- Beamte des höheren Dienstes 31 %
- Feuerwehrbeamte 33 %

Der sich hieraus insgesamt ergebende Betrag in Höhe von 3.380.000 € sollte zur zukünftigen Finanzierung der Beamtenversorgung dem Pensionsfonds aus dem städtischen Haushalt zugeführt werden. Die Mittel des Pensionsfonds werden eigenständig mündelsicher angelegt.

Darüber hinaus sind die Auswirkungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag für Beamte zu berücksichtigen. Danach sind für erworbene Versorgungsanwartschaften beim Dienstherrwechsel von abgehenden Dienstherrn pauschale Abfindungen zu zahlen, die dem Pensionsfonds zugeführt bzw. entnommen werden. Diese Beträge sind nur schätzbar und werden jeweils bei Zuführung und Entnahme mit 300.000 € veranschlagt.

Für das Jahr 2014 weist der Haushaltsplan des Pensionsfonds einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.600.600 € aus. Nach dem vorläufigen Jahresabschluss 2014 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.213.015,86 €. Der vorläufige Bestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende 2014 nach der Finanzrechnung beträgt 30.486.150,10 €.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung*

Bei anhaltender Kapitalmarktsituation werden die Zinserträge aufgrund des aktuellen besonders niedrigen Zinsniveaus geringer als ursprünglich geplant ausfallen. Der Haushaltsplan 2015 des Pensionsfonds weist im Ergebnis- und Finanzhaushalt einen Überschuss in Höhe von 4.729.900 € aus. Da zu Beginn des Jahres 2015 ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 30.486.150 € vorhanden sein wird, beträgt der voraussichtliche Bestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende 2015 35.216.050 €.

*) eine detailliertere Darstellung ist in Band 2 unter Punkt „XIII. Haushaltsplan 2016 und Jahresabschluss 2014 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig““ des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig abgebildet.

Stadt



Braunschweig

Rechnungsprüfungsamt

Schlussbericht

über die Prüfung des
konsolidierten Gesamtabchlusses
der Stadt Braunschweig zum

31. Dezember 2014

Inhaltsverzeichnis

Textziffer		Seite
1	Auftrag zur Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses	2
2	Gegenstand, Maßstab, Art und Umfang der Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses	2
2.1	Gegenstand der Prüfung	2
2.2	Maßstab der Prüfung	3
2.3	Art der Prüfung	3
2.4	Umfang der Prüfung	3
3	Erläuterungen und Feststellungen zum konsolidierten Gesamtabchluss	6
3.1	Rechtsgrundlagen	6
3.2	Abschlussstichtag	6
3.3	Internes Kontrollsystem	6
3.4	Konsolidierungskreis	7
3.5	Konsolidierungsgrundsätze	8
3.5.1	Einheitsgrundsatz, Grundsatz der Einheitlichkeit, Konsolidierungsmethoden	8
3.5.2	Kapitalkonsolidierung	9
3.5.3	Schuldenkonsolidierung	10
3.5.4	Zwischenergebniseliminierung	11
3.5.5	Aufwands- und Ertragskonsolidierung	12
3.6	Konsolidierungssoftware	12
3.7	Konsolidierungsbuchführung	13
3.8	Konsolidierungsbericht	14
3.9	Dem Konsolidierungsbericht beizufügende Bestandteile und Angaben	15
3.10	Wahlrecht nach § 128 Abs. 6 Satz 4 NKomVG	16
4	Prüfungsvermerk	17
<u>Anlagen</u>		
Anlage 1	Konsolidierte Ergebnisrechnung	
Anlage 2	Gesamtbilanz (kurz)	
Anlage 3	Gesamtbilanz (lang)	
Anlage 4	Konsolidierte Anlagenübersicht	
Anlage 5	Konsolidierte Schuldenübersicht	
Anlage 6	Konsolidierte Forderungsübersicht	
Anlage 7	Übersicht der konsolidierten Aufgabenträger	
Anlage 8	Übersicht der nicht konsolidierten Aufgabenträger	
Anlage 9	Kapitalflussrechnung	

1 Auftrag zur Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses

Der Auftrag zur Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses ergibt sich aus § 155 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG). Danach ist der konsolidierte Gesamtabchluss vom Rechnungsprüfungsamt (RPA) dahingehend zu prüfen, ob er nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung einschließlich der geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften und den sie ergänzenden Bestimmungen aufgestellt ist.

2 Gegenstand, Maßstab, Art und Umfang der Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses

2.1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist der seitens der Stadt entsprechend § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 i. V. m. Abs. 1 NKomVG unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) aufzustellende konsolidierte Gesamtabchluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 sowie Satz 2 und 3 NKomVG, bestehend aus konsolidierter Ergebnisrechnung, Gesamtbilanz, konsolidierter Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht, sowie dem entsprechend § 58 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) aufzustellenden Konsolidierungsbericht einschließlich der dem Konsolidierungsbericht beizufügenden Kapitalflussrechnung und den beizufügenden Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen.

Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit des konsolidierten Gesamtabchlusses trägt der Oberbürgermeister (OBM) der Stadt Braunschweig (Stadt).

Aufgabe des RPA ist es, den konsolidierten Gesamtabchluss unter Einbeziehung der Konsolidierungsbuchführung auf die Einhaltung der GoB einschließlich der geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen zu prüfen und auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit des konsolidierten Gesamtabchlusses abzugeben. Dazu hat das RPA auf den Konsolidierungszeitpunkt 31. Dezember 2014 den konsolidierten Gesamtabchluss unter Einbeziehung der Konsolidierungsbuchführung geprüft. Die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlichen Tatbeständen, z. B. Unterschlagungen oder sonstigen Untreuehandlungen, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit des konsolidierten Gesamtabchlusses betreffen, waren nicht Gegenstand der Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses. Die Beurteilung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns sowie der Verwaltungs- bzw. Geschäftsführung der Aufgabenträger der Stadt waren ebenfalls nicht Gegenstand der Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bezüglich der Stadt beim OBM und bezüglich der Aufgabenträger der Stadt bei deren örtlichen Leitungen.

2.2 Maßstab der Prüfung

Maßstab der Prüfung sind entsprechend § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 i. V. m. Abs. 1 NKomVG die GoB einschließlich der geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und GemHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen.

Regelungslücken im NKomVG bzw. in der GemHKVO bezüglich des konsolidierten Gesamtabschlusses sind durch sinngemäße Anwendung von bestehenden handelsrechtlichen Regelungen (HGB) zu schließen. Danach verbleibende Regelungslücken sind durch die sogenannten Arbeitsergebnisse und Hinweise der AG Gesamtabschluss (Stand: 15. Dezember 2010) und - soweit zutreffend - durch das sogenannte Muster einer örtlichen Dienstanweisung (Stand: 15. Dezember 2010) sowie durch sonstige Hinweise des Landes oder Kommentierungen bzw. entsprechende Deutsche Rechnungslegungsstandards (DRS) zu schließen.

Zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses dient intern die für das Haushaltsjahr geltende Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt mit Stand vom 28. Dezember 2016 (Gesamtabschlussrichtlinie; vgl. Tz. 3.1 dieses Berichts).

2.3 Art der Prüfung

Das RPA hat die Prüfung nach § 155 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 NKomVG in Anlehnung an den sogenannten risikoorientierten Prüfungsansatz im Sinne des § 317 Abs. 1 Satz 3 HGB und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

In diesem Rahmen hat das RPA für die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses - als Maßstab zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit des konsolidierten Gesamtabschlusses mittels ihrer Prüfungsanweisungen auf Basis bestimmter Daten des Vorjahresabschlusses der Stadt - Höchstgrenzen für die Wesentlichkeit für den konsolidierten Gesamtabschluss als Ganzes festgelegt. Diese Höchstgrenzen gelten gleichfalls für die von den Wirtschaftsprüfern (Teilbereichsprüfer) örtlich festzulegenden Wesentlichkeitsgrenzen für die Prüfung des jeweiligen von den örtlichen Leitungen der verselbstständigten Aufgabenträger der Stadt aufzustellenden Erfassungsformularsatzes.

2.4 Umfang der Prüfung

Nach Art der Prüfung hat das RPA seine Prüfungshandlungen so geplant und durchgeführt, dass es Unrichtigkeiten und Verstöße in Vorgängen in der Konsolidierungsbuchführung (Summenabschluss und Konsolidierungsbuchungen) und im konsolidierten Gesamtabschluss gegen die GoB einschließlich der geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der zu prüfenden Einheit wesentlich auswirken, auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise mit hinreichender Sicherheit erkennen konnte und dass es ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgeben kann, ob die Konsolidierungsbuchführung und der konsolidierte Gesamtabschluss frei von wesentlichen Unrichtigkeiten und Verstößen sind. Die Vorgänge in der Rechnungslegung beziehen sich auf den gesamten Erstellungsprozess und sämtliche Bestandteile des konsolidierten Gesamtabschlusses im Sinne des § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 sowie Satz 2 und 3 NKomVG.

Dementsprechend hat das RPA seine Prüfungshandlungen am Risiko des Erstellungsprozesses und an den Risiken in den Bestandteilen des konsolidierten Gesamtabschlusses unter Einbeziehung der Konsolidierungsbuchführung ausgerichtet, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Basis dafür waren Auskünfte der Verwaltung, analytische Prüfungshandlungen sowie eine grundsätzliche Beurteilung des auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses ausgerichteten internen Kontrollsystems. Hierzu zählen vor allem die organisatorischen Maßnahmen, die eine vollständige, richtige und zeitnahe Übermittlung der für die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses notwendigen Informationen gewährleisten sollen.

Bei der Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit des konsolidierten Gesamtabschlusses ist zu beachten, dass mit Ausnahme der Jahresabschlüsse der Stadt, der Sonderrechnung Abfallwirtschaft und des Pensionsfonds, die vom RPA selbst geprüft wurden, alle übrigen Jahresabschlüsse der in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen vollkonsolidierten Aufgabenträger und die Jahresabschlüsse der berücksichtigten assoziierten Aufgabenträger von den für die Prüfung der Erfassungsformularsätze verantwortlichen Teilbereichsprüfern bzw. von den für die Jahresabschlussprüfung verantwortlichen Wirtschaftsprüfern geprüft wurden. Seitens der Teilbereichsprüfer wurden hierzu ausschließlich uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt. Bei den von den Teilbereichsprüfern und damit nicht vom RPA geprüften Jahresabschlüssen hat sich das RPA durch eigene Prüfungshandlungen von der Ordnungsmäßigkeit dieser Abschlüsse überzeugt und dies entsprechend vermerkt.

Darüber hinaus ist bei der Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit des konsolidierten Gesamtabschlusses zu beachten, dass von den Teilbereichsprüfern, die auftragsgemäß einen Erfassungsformularsatz zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses der Stadt geprüft haben, ein Teilbereichsprüfer seine uneingeschränkte Bescheinigung zum Erfassungsformularsatz zu den vom RPA erteilten Vorgaben ergänzt hat. Alle übrigen Teilbereichsprüfer haben entsprechend den Vorgaben des RPA zum Erfassungsformularsatz eine uneingeschränkte Bescheinigung erteilt. Nach entsprechender Sachverhaltsaufklärung beurteilt das RPA die Ergänzung zu der uneingeschränkten Bescheinigung des Erfassungsformularsatzes als nicht relevant für eine Ausweitung der Prüfung.

Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im konsolidierten Gesamtabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis- und Gliederungsgrundsätze sowie wesentliche Einschätzungen der Verwaltung und die Beurteilung der Gesamtaussage des konsolidierten Gesamtabschlusses.

Im Rahmen der Prüfung der Wertansätze im Summenabschluss hat sich das RPA - soweit zutreffend - auch auf die Ergebnisse der von den Teilbereichsprüfern der in den konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt einbezogenen verselbstständigten Aufgabenträger geprüften und bescheinigten Erfassungsformularsätze gestützt. Die Verwertbarkeit dieser Ergebnisse wurde durch eine kritische Durchsicht der entsprechenden Erfassungsformularsätze eingeschätzt.

Die vom OBM der Stadt mit Datum vom 16. Mai 2017 unterschriebene Gesamtbilanz in Kurz- und Langform sowie die konsolidierte Ergebnisrechnung und die Anlagen gemäß § 128 Abs.6 Satz 1 Halbsatz 2 i. V. m. Abs. 3 Nrn. 2 bis 4 NKomVG wurden dem RPA am 24. Mai 2017 vorgelegt. Der mit dem

Vermerk über die Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des konsolidierten Gesamtabschlusses der Stadt im Sinne des § 129 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 NKomVG vollständige konsolidierte Gesamtabschluss wurde dem RPA am 6. Juli 2017 zur Prüfung vorgelegt. Die Frist zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses beträgt gemäß § 129 Abs. 1 Halbsatz 2 NKomVG sechs Monate nach Ende des Haushaltsjahres. Künftig sollte eine fristgerechte Aufstellung angestrebt werden.

Das RPA hat den konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt unter Einbeziehung der Konsolidierungsbuchführung gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 NKomVG mit allen Unterlagen dahin geprüft, ob er seitens der Stadt unter Beachtung der GoB einschließlich der geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen aufgestellt worden ist und er die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage unter Beachtung der GoB darstellt. Dabei hat das RPA gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG die Prüfung entsprechend seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet.

Das RPA ist der Auffassung, dass der beschriebene Prüfungsumfang eine geeignete Grundlage für das Urteil bildet, ob der konsolidierte Gesamtabschluss im Sinne des § 128 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 NKomVG den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht.

Ausgangspunkt war der geprüfte konsolidierte Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2013 der Stadt einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen.

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung erteilt. Der OBM hat in einer Vollständigkeitserklärung mit Datum vom 28. Juli 2017 in schriftlicher Form versichert, dass in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte und Schulden, die erkennbaren Risiken berücksichtigt worden sowie alle erforderlichen Angaben enthalten sind. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag haben sich nach dieser Erklärung nicht ereignet.

3 Erläuterungen und Feststellungen zum konsolidierten Gesamtabchluss

3.1 Rechtsgrundlagen

Ab dem Haushaltsjahr 2012 sind gemäß Art. 6 Abs. 7 Satz 1 Neuordnungsgesetz i. V. m. § 179 Abs. 1 NKomVG (grundsätzlich) die Jahresabschlüsse der in § 128 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 10 NKomVG genannten Aufgabenträger mit dem Jahresabschluss der Kommune zusammenzufassen (Konsolidierung).

§ 59 Nr. 29 GemHKVO definiert „Konsolidierung“ als Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der Kommune und der in § 128 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 10 NKomVG genannten (zu konsolidierenden bzw. bilanzierenden) Aufgabenträger zu einem konsolidierten Gesamtabchluss.

Im Übrigen regeln § 128 Abs. 4 NKomVG die Abgrenzung des Konsolidierungskreises (Einbeziehungspflicht, Einbeziehungsverbot, Einbeziehungswahlrecht), § 128 Abs. 5 NKomVG womit und wonach konsolidiert wird (Satz 1 bis 4) sowie das Wahlrecht auf Bewertungsvereinfachungen (Satz 5 und 6), § 128 Abs. 6 NKomVG den Inhalt und Umfang des konsolidierten Gesamtabchlusses und § 58 GemHKVO die Berichtsvorschriften zum konsolidierten Gesamtabchluss (Konsolidierungsbericht).

Zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses dient für den Verbund Stadt Braunschweig die für das Haushaltsjahr geltende Gesamtabchlussrichtlinie der Stadt (vgl. Tz. 2.2 dieses Berichts).

3.2 Abschlussstichtag

Der Abschlussstichtag des konsolidierten Gesamtabchlusses (31. Dezember) entspricht dem Stichtag des Jahresabschlusses der Stadt und der Jahresabschlüsse sämtlicher vollkonsolidierter Aufgabenträger.

3.3 Internes Kontrollsystem

Um den Prüfungsumfang zu begrenzen, aber dennoch Aussagen über das Prüfergebnis mit hinreichender Sicherheit treffen zu können, erfolgte die Planung und Durchführung der Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses der Stadt seitens des RPA risikoorientiert. In einem ersten Schritt erfolgte daher seitens des RPA die Prüfung des auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses ausgerichteten internen Kontrollsystems (IKS; vgl. Ziffer 12.1.2 der Gesamtabchlussrichtlinie).

Zur Prüfung des auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses ausgerichteten IKS ergeben sich seitens des RPA diverse Fragestellungen, die von der Konsolidierungsstelle durch entsprechende Nachweise oder Dokumente bzw. Erläuterungen zu beantworten und mit einer entsprechenden Referenz zu versehen waren, damit für diesen Bereich aus Prüfungssicht sichergestellt ist, dass ein konsolidierter Gesamtabchluss in formeller und materieller Hinsicht ordnungsmäßig aufgestellt werden konnte.

Um die Prüfung des auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses ausgerichteten internen Kontrollsystems für das RPA und die Konsolidierungsstelle systematisch und wirtschaftlich zu gestalten, hat das RPA ein entsprechendes Prüfprogramm und ein entsprechendes Dokumentationsprogramm erstellt und dieses in einem gemeinsamen Termin mit der Verwaltung am 1. Juni 2017 bearbeitet.

Nach Auswertung des Prüfprogramms kommt das RPA zu dem Ergebnis, dass das auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses ausgerichtete interne Kontrollsystem insgesamt als standardisiert, d. h. durchschnittlich gut ausgestaltet, anzusehen ist. Die technikerunterstützten Kontrollaktivitäten sind dabei in ausgeprägterem Maß implementiert und wirksam.

Im Vergleich zu den Vorjahren sind bei den nicht technikerunterstützten Kontrollaktivitäten Fortschritte zu verzeichnen. Die Konsolidierungsstelle dokumentiert seit dem Berichtsjahr Prozesse und Kontrollen mit Hilfe von Zeitplänen, Prüfmatrizen und Checklisten. Das RPA weist darauf hin, dass insbesondere im Bereich der manuellen Buchungen und bei wesentlichen Änderungen in der Konfiguration der Konsolidierungssoftware das Vier-Augen-Prinzip einzuhalten und zu dokumentieren ist.

Übergreifende Informationen, die für die Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses relevant sind, erhält die Konsolidierungsstelle derzeit informell. Das RPA erachtet es für notwendig, die grundsätzlichen Verantwortlichkeiten in Form von Arbeits- oder Dienstanweisungen schriftlich festzulegen.

3.4

Konsolidierungskreis

Die Struktur des Verbunds Stadt Braunschweig zum Abschlussstichtag ergibt sich aus der unter Ziffer I.4 des konsolidierten Gesamtabchlusses beigefügten Grafik. Abgebildet werden die Aufgabenträger, an denen die Stadt am Abschlussstichtag des konsolidierten Gesamtabchlusses unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Auf Basis dieser Verbundstruktur hat die Verwaltung den Konsolidierungskreis zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses mittels der Kriterien „Grad des Einflusses“ im Sinne des § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG und „untergeordnete Bedeutung“ im Sinne des § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG abgegrenzt. Dementsprechend hat die Verwaltung für die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses zwölf vollzukonsolidierende unmittelbare bzw. mittelbare Aufgabenträger, drei vollzukonsolidierende Sonderrechnungen und einen vollzukonsolidierenden Pensionsfonds in den Konsolidierungskreis einbezogen (verbundene Aufgabenträger). Außerdem wurden drei Aufgabenträger, auf deren Geschäfts- oder Finanzpolitik aufgrund von Stimmrechtsanteilen zwischen 20 % und 50 % bzw. aufgrund von entsprechend zu zahlenden Verbandsumlageanteilen seitens der Stadt unmittelbar oder mittelbar ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (assoziierte Aufgabenträger), auf Basis der sogenannten Eigenkapitalmethode im Sinne des § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 2 NKomVG i. V. m. § 312 Abs. 1 HGB im konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt berücksichtigt (vgl. Ziffer V.1.2.1 des konsolidierten Gesamtabchlusses).

Vierzehn an verselbstständigten Aufgabenträgern bestehende Mehrheitsbeteiligungen, bei denen es sich um drei unmittelbar von der Stadt und elf mittelbar über vollkonsolidierte verselbstständigte Aufgabenträger gehaltene Beteiligungen handelt, wurden wegen - seitens der Verwaltung - beurteilter untergeordneter Bedeutung im Sinne des § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen. Aus gleichen Gründen wurden drei assoziierte Aufgabenträger nicht auf Basis der sogenannten Eigenkapitalmethode im Sinne des § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 2 NKomVG i. V. m. § 312 Abs. 2 Satz 1 HGB im konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt berücksichtigt. Ebenso wurden zwei weitere Aufgabenträger, an denen von der Stadt nur Anteile von unter 20 % gehalten werden, nicht in den Konsolidierungskreis einbe-

zogen (vgl. Ziffer V.1.2.1 und Ziffer V.2.2 des konsolidierten Gesamtabschlusses).

Die Veränderungen des Verbunds Stadt Braunschweig im Berichtsjahr betreffen nicht den Kreis der verbundenen bzw. assoziierten Aufgabenträger, die für die Folgekonsolidierung auf den 31. Dezember 2014 maßgeblich waren.

Im Rahmen der Abgrenzung des Konsolidierungskreises hat die Verwaltung den Begriff „untergeordnete Bedeutung“ bzw. „Wesentlichkeit“ im Sinne des § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG und damit die Einbeziehung bzw. den Ausweis von Aufgabenträgern in den bzw. im konsolidierten Gesamtabschluss unter Ziffer 6.3 der Gesamtabschlussrichtlinie und unter Ziffer V.1.2.1 b) des konsolidierten Gesamtabschlusses auf Basis quantitativer und qualitativer Kriterien operationalisiert.

Auf dieser Basis hat die Verwaltung sechs Aufgabenträger mit quantitativer untergeordneter Bedeutung - mit entsprechender Begründung hinsichtlich einer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Aufgabenträger für die Stadt - qualitativ als nicht von untergeordneter Bedeutung beurteilt. Im Ergebnis hat die Verwaltung für diese Aufgabenträger von der Vereinfachungsregel des § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG keinen Gebrauch gemacht.

Die Prüfung des auf dieser Basis abgegrenzten Konsolidierungskreises zum 31. Dezember 2014 hat seitens des RPA - bezüglich der Beurteilung einer untergeordneten Bedeutung im Sinne des § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG - ausgenommen für die Aufgabenträger Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Braunschweig Zukunft GmbH und Struktur-Förderung Braunschweig GmbH wie im Vorjahr keinen Anlass für Einwendungen ergeben.

Aus Prüfungssicht ergibt sich für die vorgenannten drei Aufgabenträger entsprechend der qualitativen Kriterien eine soziale und wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt. Dies lässt sich einerseits aus dem Gesellschaftszweck der Gesellschaften ableiten und andererseits aus den seit der Gründung dieser Gesellschaften jeweils durchgeführten Veranstaltungen und umgesetzten Projekten (vgl. Niederschriften der entsprechenden Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen). Als weiteres Kriterium für eine entsprechende Beurteilung ist zudem die finanzielle Belastung der Stadt mit strukturellen Verlusten durch Aufgabenträger heranzuziehen (zu weiteren Ausführungen siehe Tz. 3.4 des Schlussberichts über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2012).

Der Grundsatz der Stetigkeit ist bei der Abgrenzung des Konsolidierungskreises beachtet worden. Im Berichtsjahr hat sich der Kreis der - nach den seitens der Verwaltung zugrunde gelegten Maßstäben - einzubeziehenden Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.

3.5 Konsolidierungsgrundsätze

3.5.1 Einheitsgrundsatz, Grundsatz der Einheitlichkeit, Konsolidierungsmethoden

Im Rahmen des konsolidierten Gesamtabschlusses ist die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt so darzustellen, als ob die Stadt und die in den konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt einzubeziehenden Aufgabenträger konkretisiert durch die Konsolidierungsmaßnahmen und zusammen mit den zu bilanzierenden assoziierten Aufgabenträgern eine wirtschaftlich und rechtlich eigenständige Einheit bilden (Einheitsgrundsatz).

In diesem Rahmen ist der konsolidierte Gesamtabchluss der Stadt auf Basis des Jahresabschlusses der Stadt und der nach den Rechnungslegungsvorschriften der Stadt - unter anderem hinsichtlich Ansatz und Bewertung - grundsätzlich vereinheitlichten Jahresabschlüsse (Kommunalabschlüsse II bzw. III) der in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einzubeziehenden Aufgabenträger aufzustellen (Grundsatz der Einheitlichkeit).

Die dazu in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden der einbezogenen Aufgabenträger wurden grundsätzlich einheitlich nach den für die Stadt anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften angesetzt und bewertet. Für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage (vgl. § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 i. V. m. Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 NKomVG) sind die Überleitungen der Jahresabschlüsse der in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einbezogenen Aufgabenträger grundsätzlich an die für die Stadt geltenden Rechnungslegungsvorschriften des niedersächsischen Haushaltsrechts erfolgt. Abweichungen von den für die Stadt geltenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften in Teilbereichen bewegen sich im Rahmen der in der Gesamtabchlussrichtlinie festgelegten Regelungen, die überwiegend aufgrund der Hinweise der Arbeitsgruppe Gesamtabchluss des Landes Niedersachsen getroffen wurden. Insgesamt ist die praktizierte Vorgehensweise prüfungsseitig unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten nicht zu beanstanden. Die nachfolgend dargestellten seitens der Verwaltung angewandten Konsolidierungsmethoden entsprechen nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsgesichtspunkten den gesetzlichen Vorschriften.

3.5.2 Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung sind die Kapitalverflechtungen der in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einbezogenen Aufgabenträger entsprechend § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 1 NKomVG i.V. m. § 301 Abs. 1 HGB auf Basis der Kommunalabschlüsse II bzw. III aufzurechnen. Der jeweilige Beteiligungsbuchwert der Stadt bzw. des jeweils herrschenden Aufgabenträgers wird mit der auf diese Anteile entfallenden Nettoposition (ohne Sonderposten) eines jeweils beherrschten in den konsolidierten Gesamtabchluss einzubeziehenden Aufgabenträgers verrechnet. Im konsolidierten Gesamtabchluss sind also weder der jeweilige Beteiligungswert der Stadt bzw. des jeweils herrschenden Aufgabenträgers noch die zugehörige (anteilige) Nettoposition des jeweils beherrschten in einen konsolidierten Gesamtabchluss einbezogenen Aufgabenträgers enthalten.

Die Verwaltung hat für die Kapitalkonsolidierung von dem durch § 128 Abs. 5 Satz 5 NKomVG geschaffenen Wahlrecht zum Verzicht auf die Ermittlung und den Ansatz von Zeitwerten im Zeitpunkt der Erstkonsolidierung keinen Gebrauch gemacht (vgl. Ziffern 5.4.1 und 7.1.2 der Gesamtabchlussrichtlinie). Dementsprechend wurden zur Bestimmung der sogenannten Unterschiedsbeträge seitens der Aufgabenträger im Rahmen aufzustellender Kommunalabschlüsse III bei den Aufgabenträgern vorhandene stille Reserven/Lasten aufgedeckt. Die in der Erstkonsolidierung vorgenommene Neubewertung hat in den Folgejahren die Fortschreibung der jeweiligen Kommunalbilanzen III zur Folge.

Entsprechend dieser Vorgaben hat die Verwaltung wie im Vorjahr für die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses an die drei vollzukonsolidierenden Sonderrechnungen und an den vollzukonsolidierenden Pensionsfonds einen Erfassungsformularsatz auf Basis NKR-Bilanzierung, an neun vollzukonsolidierende Aufgabenträger einen Erfassungsformularsatz auf Basis HGB-Bilanzierung ohne Neubewertung und an drei vollzukonsolidierende Aufgabenträger einen Erfassungsformularsatz auf Basis HGB-Bilanzierung mit Neubewertung zur Aufstellung und Prüfung versandt.

Die seitens des RPA vorgenommene Auswertung der von den Teilbereichsprüfern erstellten Jahresabschlussmemoranden hinsichtlich der Erstellung einer Kommunalbilanz III und einer Kommunalergebnisrechnung III hat zu dem Ergebnis geführt, dass sämtliche Erfassungsformularsätze für die Überführung in den Summenabschluss und die Konsolidierung geeignet sind. Einwendungen werden nicht erhoben.

Wegen des Verzichts der Ausübung des Wahlrechts nach § 128 Abs. 5 Satz 5 NKomVG erfolgte die Kapitalkonsolidierung seitens der Verwaltung entsprechend § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG i. V. m. § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB nach der sogenannten Neubewertungsmethode. Dabei wurden - bezogen auf den Konsolidierungskreis - entsprechend § 128 Abs. 5 Satz 1 NKomVG (grundsätzlich) die Beteiligungsbuchwerte der seitens der Stadt gehaltenen Anteile an den einbezogenen verselbstständigten Aufgabenträgern mit dem jeweils anteiligen Reinvermögen - basierend auf den beizulegenden Zeitwerten der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden dieser Aufgabenträger zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1. Januar 2012) - verrechnet (zu den besonderen Regelungen in Bezug auf Zweck- bzw. Wasserverbände vgl. § 128 Abs. 5 Satz 2 und 3 NKomVG). Aktive Unterschiedsbeträge haben sich im Rahmen dieser Verrechnungen nicht ergeben, sodass entsprechende Geschäfts- oder Firmenwerte im konsolidierten Gesamtabchluss nicht auszuweisen waren.

Die sich demzufolge im Rahmen der Erstkonsolidierung ergebenden anteiligen passiven Unterschiedsbeträge, die aus thesaurierten Gewinnen der Vorjahre resultierten, in denen die Aufgabenträger noch nicht konsolidiert wurden, sind entsprechend der herrschenden Literaturmeinung und dem Vorschlag der Arbeitsgruppe Gesamtabchluss des Landes Niedersachsen in die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt worden. Die anteiligen passiven Unterschiedsbeträge, die infolge der Neubewertung entstanden sind, werden ebenfalls unter den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgewiesen. Die Auflösung der anteiligen Unterschiedsbeträge aus der Neubewertung für das Berichtsjahr wurde ordnungsgemäß erfolgswirksam gebucht.

3.5.3 Schuldenkonsolidierung

Bei der Schuldenkonsolidierung sind Forderungen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten zwischen den in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einbezogenen Aufgabenträgern entsprechend § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 1 NKomVG i. V. m. § 303 Abs. 1 HGB zu eliminieren.

Bei der Schuldenkonsolidierung ist zwischen sogenannten unechten und echten Aufrechnungsdifferenzen zu unterscheiden. Als unechte Aufrechnungsdifferenzen werden Unterschiedsbeträge bezeichnet, die auf fehlerhaften Buchungen oder zeitlichen Buchungsunterschieden beruhen. Solche Aufrechnungsdifferenzen sollten im Rahmen einer ordnungsmäßigen Vorbereitung

und Durchführung des Konsolidierungsprozesses vermieden werden. Echte Aufrechnungsdifferenzen können dadurch entstehen, dass Ansprüche und Verpflichtungen unterschiedlichen Bilanzierungs- und/oder Bewertungsgrundsätzen unterliegen. Bei der Behandlung der im Rahmen der Schuldenkonsolidierung auftretenden Aufrechnungsdifferenzen ist zu unterscheiden, ob diese erfolgswirksam oder erfolgsneutral entstanden sind.

Die Verwaltung hat unter Ziffer 7.1.3 der Gesamtabchlussrichtlinie für die Klärung von Differenzen im Rahmen der Schuldenkonsolidierung eine Wertgrenze von 500 TEUR festgelegt.

Unter Berücksichtigung dieser Wertgrenze wurden die im Rahmen der Schuldenkonsolidierung aufgegriffenen Aufrechnungsdifferenzen entsprechend ihrem Charakter und ihrer Entstehung nach erfolgsneutral bzw. erfolgswirksam eliminiert. Nicht aufgegriffene Differenzen unterhalb der Wertgrenze in Höhe von per Saldo 1.100 TEUR werden innerhalb des konsolidierten Gesamtabchlusses als Differenzen aus der Schuldenkonsolidierung unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass unechte Differenzen bereits im Vorfeld der eigentlichen Schuldenkonsolidierung im Rahmen der Aufstellung der jeweiligen Kommunalabschlüsse II bzw. III durch entsprechende Korrekturbuchungen bereinigt werden können, sodass im Rahmen der Schuldenkonsolidierung nur echte Aufrechnungsdifferenzen eliminiert werden müssen. Es wird der Verwaltung empfohlen, bei zukünftigen Aufstellungen des konsolidierten Gesamtabchlusses von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

3.5.4 Zwischenergebniseliminierung

Bei der Zwischenergebniseliminierung sind Gewinne bzw. Verluste bei Vermögensgegenständen, die auf internen Leistungsbeziehungen im Verbund Stadt Braunschweig zwischen den in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einbezogenen vollkonsolidierten Aufgabenträgern beruhen, entsprechend § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 1 NKomVG i. V. m. § 304 Abs. 1 HGB bzw. für assoziierte Aufgabenträger entsprechend § 128 Abs. 5 S. 4, 2.HS NKomVG i. V. m. § 312 Abs. 5 S. 3 HGB zu eliminieren.

Gemäß § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 1 NKomVG i. V. m. § 304 Abs. 2 HGB kann auf eine Zwischenergebniseliminierung verzichtet werden, sofern die Zwischenergebnisse für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Verbunds von untergeordneter Bedeutung sind. Aufgrund fehlender Vorgaben seitens des Landes hat die Verwaltung unter Ziffer 7.1.4 der Gesamtabchlussrichtlinie als Wertgrenze für die Wesentlichkeit im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung - bezogen auf die jeweilige Bilanzposition - 5 % der Bestände bei Vermögensgegenständen, die aus verbundinternen Transaktionen stammen, festgelegt. Bezogen auf die jeweilige Bilanzposition lagen grundsätzlich alle Zu- und Abgänge dieser Bestände unter 2 %. Eine Ausnahme ergab sich unter den Vorräten. Hier wurde ein deutlich höherer Anteil der Zugänge an Beständen am Bilanzposten des Summenabschlusses ermittelt. Die Auswertung des Sachverhaltes seitens der Verwaltung ergab jedoch, dass bei der zugrundeliegenden Transaktion keine Zwischengewinne erzielt wurden. Insofern unterblieb aufgrund der untergeordneten Bedeutung eine Zwischenergebniseliminierung.

Für assoziierte Aufgabenträger sind die Vorschriften zur Zwischenergebniseliminierung gemäß § 304 HGB entsprechend anzuwenden, soweit die für die Beurteilung maßgeblichen Sachverhalte bekannt oder zugänglich sind.

Die Verwaltung hat dargelegt, dass bei den drei assoziierten Aufgabenträgern keine Zwischenergebnisse im Sinne von § 304 HGB im Verbund der Stadt Braunschweig vorhanden sind.

Die letztlich praktizierte Vorgehensweise zur Beurteilung der untergeordneten Bedeutung der Zwischenergebniseliminierung der Verwaltung ist grundsätzlich nicht zu beanstanden.

3.5.5 Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Bei der Aufwands- und Ertragskonsolidierung sind die Aufwendungen sowie die entsprechenden Erträge zwischen den in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einbezogenen Aufgabenträgern entsprechend § 128 Abs. 5 Satz 4 Halbsatz 1 NKomVG i. V. m. § 305 Abs. 1 HGB zu eliminieren, sodass im konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt nur solche Aufwendungen und Erträge ausgewiesen werden, die mit gesamtabchlussfremden Dritten im Haushaltsjahr entstanden sind.

Die Verwaltung hat unter Ziffer 7.1.5 der Gesamtabchlussrichtlinie für die Klärung von Differenzen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eine Wertgrenze von 500 TEUR festgelegt.

Unter Berücksichtigung dieser Wertgrenze wurden die im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung aufgegriffenen Aufrechnungsdifferenzen entsprechend ihrer Entstehung eliminiert. Nicht aufgegriffene Differenzen unterhalb dieser Wertgrenze werden innerhalb des konsolidierten Gesamtabchlusses als Differenzen aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung unter den Sonstigen ordentlichen Erträgen i. H. v. 1.827 TEUR und unter den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 3.084 TEUR ausgewiesen. Die Verwaltung wird gebeten dafür zu sorgen, dass die Aufgabenträger auch im Bereich der Aufwendungen und Erträge Abstimmungen durchführen. In diesem Zusammenhang ist ein Prozess zu entwickeln, der die Vorgehensweise bei Aufwands- und Ertragsabstimmungen der Aufgabenträger einheitlich und transparent regelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass unechte Differenzen bereits im Vorfeld der eigentlichen Aufwands- und Ertragskonsolidierung im Rahmen der Aufstellung der jeweiligen Kommunalabschlüsse II bzw. III durch entsprechende Korrekturbuchungen bereinigt werden können, sodass im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung nur echte Aufrechnungsdifferenzen eliminiert werden müssen. Es wird der Verwaltung empfohlen, bei zukünftigen Aufstellungen des konsolidierten Gesamtabchlusses von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

3.6 Konsolidierungssoftware

Zur Aufstellung der Rechenwerke des konsolidierten Gesamtabchlusses setzt die Verwaltung die auf sie ausgerichtete Konsolidierungssoftware IDLKONSIS der Firma IDL Beratung für integrierte DV-Lösungen GmbH (IDL), Hamburg, nach dem Release-Stand 2016 (IDLKONSIS) ein.

Die eingesetzte Konsolidierungssoftware IDLKONSIS ist - beauftragt durch IDL - seitens der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (BDO), Düsseldorf, unter Beachtung des Prüfungsstandards IDW PS 880 vom Institut der Wirtschaftsprüfer auf Ordnungsmäßigkeit geprüft worden. Als Prüfungsergebnis bescheinigt BDO, dass - entsprechend den im Prüfbericht mit Stand vom 22. November 2011 genannten Anforderungen - die eingesetzte Konsolidierungssoftware IDLKONSIS bei sachgerechter Anwendung eine ordnungsmäßige Rechnungslegung ermöglicht. Auf dieser Basis hat das Referat 0200 - unter Berücksichtigung relevanter Aspekte für eine Freigabe - mit Erklärung vom 3. Juli 2013 gemäß § 35 Abs. 5 Nr. 1 GemHKVO mit den entsprechenden Festlegungen nach § 41 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a) und b) GemHKVO die eingesetzte Konsolidierungssoftware IDLKONSIS zur Anwendung freigegeben (Freigabeerklärung). Die Version 2014.0 ist geprüft und das Prüfungsergebnis durch BDO am 18. Dezember 2014 bestätigt worden. Der vorgelegte konsolidierte Gesamtabschluss 2014 wurde mit der Version 2016 erstellt. Für diesen Release-Stand liegt bislang keine Bescheinigung einer Prüfung nach dem Prüfungsstandard IDW PS 880 vor. Sich hieraus ergebende Risiken für die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses 2014 werden indes nicht gesehen.

Entsprechend dieser seitens des Referats 0200 getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen sprechen aus Prüfungssicht keine Anzeichen dafür, dass die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten für die Rechenwerke des konsolidierten Gesamtabschlusses der Stadt nicht gewährleistet ist.

3.7 Konsolidierungsbuchführung

Die Konsolidierungsbuchführung (Summenabschluss und Konsolidierungsbuchungen) erfolgt programmgestützt zentral beim Referat 0200 mit Hilfe der Konsolidierungssoftware IDLKONSIS (vgl. Tz. 3.6 dieses Berichts) auf Basis der Daten der Kommunalabschlüsse II bzw. III (vgl. Tz. 3.5.1 dieses Berichts) der in den konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt einbezogenen Aufgabenträger.

Die entsprechenden Kommunalabschlüsse II bzw. III werden seitens der örtlichen Leitungen dieser Aufgabenträger - unter Beachtung der Vorgaben der Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt - mit Hilfe der von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit IDL entwickelten Erfassungsformularsätze (vgl. Tz. 3.5.2 dieses Berichts) auf Excel-Basis aufgestellt und seitens der Teilbereichsprüfer bescheinigt. Die jeweiligen Erfassungsformularsätze, in denen sämtliche konsolidierungsrelevanten Daten dokumentiert sind, dienen dann der notwendigen Datenzuführung zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses. Sämtliche konsolidierungsrelevanten Daten werden mittels der von den Teilbereichsprüfern bescheinigten Excel-basierten mit hinreichenden Prüfungsroutinen versehenen Erfassungsformularsätze automatisiert in die Konsolidierungssoftware IDLKONSIS überführt. Auf dieser Basis erfolgt mittels der automatisierten Arbeitsschritte „Bildung des Summenabschlusses“, „Vortrag der Konzerndaten komplett“ und „Durchführung der Konsolidierungsbuchungen“ die Aufstellung der Rechenwerke des konsolidierten Gesamtabschlusses.

Die Prüfung der im Rahmen des Arbeitsschritts „Bildung des Summenabschlusses“ vorgenommenen Addition des Kommunalabschlusses II der Stadt mit den Kommunalabschlüssen II bzw. III der in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt einbezogenen Aufgabenträger zum Summenabschluss, der Basis für den Arbeitsschritt „Durchführung der Konsolidierungsbuchungen“ ist, hat keine Anzeichen für materielle Fehler ergeben.

Der „Vortrag der Konzerndaten komplett“ einschließlich der konsolidierungsrelevanten Buchungen aus den Vorjahren erfolgt systemunterstützt und wird mittels eines Protokolls dokumentiert.

Die bei den im Rahmen des Arbeitsschritts „Durchführung der Konsolidierungsbuchungen“ aufgetretenen betragsmäßigen Abweichungen wurden ebenfalls automatisiert mittels eines Protokolls dokumentiert und bei entsprechend für den konsolidierten Gesamtabchluss betraglicher Relevanz manuell korrigiert.

Im Ergebnis sind bei der Prüfung der Konsolidierungsbuchführung keine Feststellungen getroffen worden, die dagegen sprechen, dass die Konsolidierungsbuchführung keine materiellen Fehler enthält und damit nicht ordnungsmäßig ist.

3.8

Konsolidierungsbericht

Der konsolidierte Gesamtabchluss ist gemäß § 128 Abs. 6 Satz 2 NKomVG durch einen Konsolidierungsbericht zu erläutern. Maßgeblich hierfür sind grundsätzlich die Vorgaben des § 58 GemHKVO. Ergänzende Anforderungen bzw. Hinweise zum Konsolidierungsbericht ergeben sich aus § 128 Abs. 6 Satz 3 (vgl. Tz. 3.9 dieses Berichts) bzw. Satz 4 (vgl. Tz. 3.10 dieses Berichts) NKomVG.

Der Konsolidierungsbericht hat - vor dem Hintergrund der Begrenzung der Rechnungslegung auf quantitative Größen und der Stichtagsbezogenheit bzw. Vergangenheitsorientierung des konsolidierten Gesamtabchlusses - die besondere Aufgabe und Funktion, dem Gesamtabchlussadressaten ergänzende und zusätzliche Informationen zu liefern, die es ihm ermöglichen sollen, sich ein umfassendes Bild über die zum Abschlussstichtag bestehende und die zukünftige Gesamtsituation der Kommune zu verschaffen. Der Konsolidierungsbericht soll hierbei nicht als Zusammenfassung der von der Kommune bzw. den verselbstständigten Aufgabenträgern aufgestellten Rechenschafts- bzw. Lageberichte aufgefasst werden. Es sollen im Konsolidierungsbericht vielmehr Darstellungen und Erläuterungen unter Berücksichtigung des Einheitsgrundsatzes (vgl. Tz. 3.5.1 Abs. 1 dieses Berichts) aus der Sicht einer wirtschaftlich und rechtlich eigenständigen Einheit, d. h. des Verbunds Stadt Braunschweig als Ganzes, erfolgen (vgl. hierzu Kommentierung zu § 128 NKomVG, „Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Niedersachsen“, Lasar/ Grommas/Goldbach/Zähle/Dieckhaus, Seite 191 ff.).

Im Vergleich zum Vorjahr sind im Konsolidierungsbericht des Berichtsjahres die Erläuterungen aus der Sicht einer wirtschaftlich und rechtlich eigenständigen Einheit ausgebaut worden. Diese Berichterstattung soll auskunftsgemäß in den Folgejahren weiterentwickelt werden. Hierzu sollen nicht nur quantitative Größen des Jahresabschlusses einbezogen werden, sondern darüber hinaus soll die Berichterstattung mit weitergehenden Informationen ergänzt werden.

Die im Konsolidierungsbericht entsprechend § 58 Abs. 1 Nr. 1 b) GemHKVO zu umfassenden Mindestangaben im Sinne des § 151 NKomVG beziehen sich i. V. m. § 58 Abs. 2 GemHKVO auf sämtliche Aufgabenträger im Sinne des § 128 Abs. 4 Satz 1 NKomVG einer Kommune. Die Verwaltung hat für die Mindestangaben entsprechend § 58 Abs. 1 Nr. 1 b) GemHKVO unter Ziffer V.2.3 des konsolidierten Gesamtabchlusses dem Konsolidierungsbericht ergänzend den XIX. Beteiligungsbericht der Stadt mit Daten zum Haushalts- bzw. Geschäftsjahr 2014, der entsprechend § 1 Abs. 2 Nr. 10 GemHKVO auch Anlage zum Haushaltplan 2016 ist, beigefügt. Das Ergebnis über die Prüfung der Einhaltung der Berichtspflichten der Stadt gemäß § 151 NKomVG, die u. a. die Vollständigkeit der im XIX. Beteiligungsbericht der Stadt dargelegten Angaben beinhaltet, hat das RPA mit Datum vom 2. Februar 2017 gesondert vermerkt.

Maßgeblich für die im Konsolidierungsbericht entsprechend § 58 Abs. 1 Nr. 2 a) GemHKVO zu umfassenden Erläuterungen ist § 128 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 128 Abs. 6 Satz 3 Halbsatz 2 NKomVG (Abgrenzung des Konsolidierungskreises mit Einbeziehungspflicht, Einbeziehungsverbot und Einbeziehungswahlrecht sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen). Dementsprechend sind gemäß § 128 Abs. 6 Satz 3 Halbsatz 2 NKomVG i. V. m. § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG in den Konsolidierungsbericht auch Angaben über die Aufgabenträger aufzunehmen, die wegen beurteilter untergeordneter Bedeutung nicht in den konsolidierten Gesamtabchluss einbezogen wurden. Anzugeben sind die Gründe (quantitativ und qualitativ) der Nichtaufnahme in den Konsolidierungskreis (vgl. hierzu Kommentierung zu § 128 NKomVG, „Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Niedersachsen“, Lasar/Grommas/Goldbach/Zähle/ Dieckhaus, Seite 199). Die Aufnahme der entsprechenden Angaben in den Konsolidierungsbericht ist unterblieben. Die Verwaltung hat zwar unter Ziffer V.1.2.1 und Ziffer V.2.2 des konsolidierten Gesamtabchlusses diejenigen verselbstständigten Aufgabenträger aufgeführt, die wegen beurteilter untergeordneter Bedeutung im Sinne des § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen bzw. nicht auf Basis der sogenannten Eigenkapitalmethode im konsolidierten Gesamtabchluss berücksichtigt worden sind. Außerdem hat sie zwei weitere Aufgabenträger aufgeführt, an denen die Stadt nur Anteile von unter 20 % hält. Die Angaben über die Gründe der Nichtaufnahme der grundsätzlich in die Konsolidierung einzubeziehenden Aufgabenträger beziehen sich jedoch ausschließlich auf die von der Verwaltung gesetzten quantitativen Aspekte (siehe hierzu auch Tz. 3.4 dieses Berichts).

Als Ergebnis der Prüfung wird festgestellt, dass der den konsolidierten Gesamtabchluss gemäß § 128 Abs. 6 Satz 2 NKomVG erläuternde Konsolidierungsbericht - mit Ausnahme der Gründe zur Nichtaufnahme der nicht konsolidierten Aufgabenträgern - Informationen zu allen gemäß § 58 Abs. 1 GemHKVO geforderten Angaben beinhaltet. Er erfüllt damit im Wesentlichen die Aufgabe und Funktion eines Konsolidierungsberichts. Auf die übrigen zuvor aufgeführten Bemerkungen zum Konsolidierungsbericht wird verwiesen.

3.9 Dem Konsolidierungsbericht beizufügende Bestandteile und Angaben

Dem Konsolidierungsbericht sind gemäß § 128 Abs. 6 Satz 3 NKomVG eine Kapitalflussrechnung sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen beizufügen.

Eine Kapitalflussrechnung (vgl. § 128 Abs. 6 Satz 3 Halbsatz 1 NKomVG) entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) (vgl. Ziffer 8 der Gesamtabschlussrichtlinie) wurde dem Konsolidierungsbericht gemäß § 179 Abs. 3 NKomVG beigelegt (vgl. Tz. 2.1 dieses Berichts).

In den Konsolidierungsbericht sind gemäß § 128 Abs. 6 Satz 3 Halbsatz 2 i. V. m. § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG auch Angaben über die nicht konsolidierten Beteiligungen, auf deren Konsolidierung aufgrund einer beurteilten untergeordneten Bedeutung verzichtet wurde, aufzunehmen. Diese Angabepflichten beinhalten auch die Darlegung der Gründe der Nichtaufnahme (quantitativ und qualitativ) in den Konsolidierungskreis. Diese sind unterblieben (vgl. hierzu auch Tzn. 3.4 und 3.8 des Berichts).

3.10 Wahlrecht nach § 128 Abs. 6 Satz 4 NKomVG

Die Verwaltung hat für diesen konsolidierten Gesamtabschluss nicht von der Möglichkeit des § 128 Abs. 6 Satz 4 NKomVG Gebrauch gemacht, den entsprechend § 151 NKomVG zu erstellenden und fortzuschreibenden Beteiligungsbericht durch den konsolidierten Gesamtabschluss zu ersetzen. Stattdessen hat sie unter Ziffer V.2.3 des konsolidierten Gesamtabschlusses dem Konsolidierungsbericht als Anlage ergänzend den XIX. Beteiligungsbericht der Stadt mit Daten zum Haushalts- bzw. Geschäftsjahr 2014, der entsprechend § 1 Abs. 2 Nr. 10 GemHKVO auch Anlage zum Haushaltplan 2016 ist, beigelegt. Das Ergebnis über die Prüfung der Einhaltung der Berichtspflichten der Stadt gemäß § 151 NKomVG, die u. a. die Vollständigkeit der im XIX. Beteiligungsbericht der Stadt dargelegten Angaben beinhaltet, hat das RPA mit Datum vom 2. Februar 2017 gesondert vermerkt. Die Verwaltung verzichtet damit nicht auf das bisher praktizierte und aus Prüfungssicht bewährte Erstellungs- und Fortschreibungsverfahren sowie auf den hohen Informationsnutzen des Beteiligungsberichts als langjähriger Datenquelle zu den städtischen Eigengesellschaften und Beteiligungen.

4 Prüfungsvermerk

Entsprechend § 156 Abs. 3 NKomVG fasst das RPA das Ergebnis der Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses 2014 der Stadt Braunschweig wie folgt zusammen:

Prüfungsvermerk zum konsolidierten Gesamtabchluss 2014:

„Der seitens der Verwaltung im Sinne des § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 i. V. m. Abs. 1 NKomVG unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellte konsolidierte Gesamtabchluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 sowie Satz 2 und 3 NKomVG, bestehend aus konsolidierter Ergebnisrechnung, Gesamtbilanz, konsolidierter Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht, sowie dem entsprechend § 58 GemHKVO aufzustellenden Konsolidierungsbericht einschließlich der dem Konsolidierungsbericht beigelegten Kapitalflussrechnung sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen, entspricht nach pflichtgemäßer Prüfung den geltenden kommunalrechtlichen rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und GemHKVO) und den sie ergänzenden Bestimmungen.“

Es bestehen keine Bedenken, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 beschließt.“

Braunschweig, 28. Juli 2017

Stadt Braunschweig
- Rechnungsprüfungsamt -



Ehlert

Konsolidierte Ergebnisrechnung

Erträge und Aufwendungen		Gesamtergebnis 2013 - Euro -	Gesamtergebnis 2014 - Euro -
1		2	3
Ordentliche Gesamterträge			
1	Steuern und ähnliche Abgaben	339.397.871,82	335.980.800,41
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	143.748.456,72	122.917.963,70
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	23.602.702,25	23.232.571,30
4	Sonstige Transfererträge	9.420.976,47	10.970.006,64
5	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	104.391.797,71	107.984.449,02
6	Privatrechtliche Entgelte	385.120.025,99	397.507.054,75
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.970.444,42	100.069.437,44
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	5.300.362,02	5.030.774,57
9	Aktivierete Eigenleistungen	3.803.632,36	5.179.621,91
10	Bestandsveränderungen	2.604.271,10	290.844,58
11	Sonstige ordentliche Erträge	42.794.654,16	49.951.416,06
12	Erträge aus assoziierten Aufgabenträgern	7.098.431,14	5.323.696,10
13	Summe ordentliche Erträge	1.168.253.626,16	1.164.438.636,48
Ordentliche Gesamtaufwendungen			
14	Aufwendungen für aktives Personal	399.813.924,92	416.886.458,03
15	Aufwendungen für Versorgung	21.791.104,99	22.980.045,28
16	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	232.874.742,30	230.859.706,56
17	Abschreibungen	82.089.688,91	88.443.499,36
18	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	25.139.925,06	27.371.026,16
19	Transferaufwendungen	217.591.625,20	221.404.443,61
20	Sonstige ordentliche Aufwendungen	191.244.230,13	179.700.249,79
21	Aufwendungen aus assoziierten Aufgabenträgern	684.414,83	284.694,60
22	Summe ordentliche Aufwendungen	1.171.229.656,34	1.187.930.123,39
23	Ordentliches Gesamtergebnis (Zeilen 13 - 22)	-2.976.030,18	-23.491.486,91
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
24	Außerordentliche Erträge	12.206.055,60	20.847.037,50
25	Außerordentliche Aufwendungen	13.902.662,79	14.967.719,43
26	Außerordentliches Gesamtergebnis	-1.696.607,19	5.879.318,07
Gesamtjahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-) (Zeilen 23 + 26)		-4.672.637,37	-17.612.168,84

Konzern Stadt Braunschweig

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31. Dezember 2013		31. Dezember 2014		Passiva	31. Dezember 2013		31. Dezember 2014	
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	30.063.899,40	32.719.661,13	1.1	Nettoposition	490.892.354,02	494.471.446,02			
2. Sachvermögen	2.323.963.591,17	2.435.310.696,80	1.1	Basis-Reinvermögen	572.041.278,71	584.198.812,75			
			1.2	Rücklagen	0,00	0,00			
			1.3	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz	3.466.981,70	3.622.247,92			
			1.4	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00			
			1.5	Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	-16.130.798,28	-55.119.054,87			
3. Finanzvermögen	181.435.078,25	166.703.685,57	1.6	Jahresergebnis (Bilanzgewinn/-verlust)	469.921.859,40	473.639.183,53			
			1.7	Sonderposten	1.520.191.655,55	1.500.812.635,35			
4. Liquide Mittel	306.099.009,92	253.183.015,66	2.	Schulden	434.699.808,92	446.700.407,88			
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	21.518.976,06	18.982.726,91	2.1	Geldschulden	32.333.552,49	85.566.471,76			
			2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	23.184.475,80	24.141.521,72			
			2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.615.736,01	2.573.095,79			
			2.4	Transferverbindlichkeiten	76.905.179,00	70.418.950,28			
			2.5	Sonstige Verbindlichkeiten	569.738.752,22	629.402.447,43			
			3.	Rückstellungen	597.923.568,02	627.537.644,49			
			4.	Passive Rechnungsabgrenzung	175.226.578,41	169.127.062,80			
Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07		Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07			

M. Markwardt
Oberbürgermeister

Braunschweig, 16.05.2017

Konzern Stadt Braunschweig

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände			1.	Nettosition		
1.1	Geschäfts- oder Firmenwerte der verb. Aufgabenträger	0,00	0,00	1.1	Basis-Reinvermögen	490.892.354,02	494.471.446,02
1.2	Konzessionen	0,00	0,00	1.1.1	Reinvermögen	0,00	0,00
1.3	Lizenzen	2.412.712,28	1.923.951,90	1.1.2	Sollteilbetrag aus kameralem Abschluss	490.892.354,02	494.471.446,02
1.4	Ähnliche Rechte	715.442,11	693.662,01				
1.5	Geldwerte Investitionszuweisungen und -zuschüsse	26.845.313,00	29.794.743,00	1.2	Rücklagen		
1.6	Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00	1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	497.356.855,75	506.816.041,10
1.7	Sonstiges immaterielles Vermögen	30.063.889,40	32.719.661,13	1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	73.590.850,27	74.735.002,69
				1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
				1.2.4	Sonstige Rücklagen	1.093.572,69	2.647.768,96
2.	Sachvermögen					572.041.278,71	584.198.812,75
2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	241.816.368,69	239.642.219,46				
2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	959.307.140,15	1.065.779.592,45	1.3	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern im Fremdbesitz	0,00	0,00
2.3	Infrastrukturvermögen	769.584.794,55	760.161.797,78			3.466.961,70	3.622.247,92
2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.181.336,90	5.824.052,00	1.4	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00
2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	691.722,26	768.598,23	1.5	Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung		
2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	59.787.788,05	65.891.014,95				
2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	61.375.977,28	62.122.174,25	1.6	Jahresergebnis		
2.8	Vorräte	38.115.619,76	41.010.798,72	1.6.1	Gewinn-/Verlustvortrag	-11.524.633,81	-37.351.598,81
2.9	Geldwerte Anzahlungen, Anlagen im Bau	188.102.843,53	194.110.450,96	1.6.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.672.637,37	-17.612.168,84
		2.323.963.591,17	2.435.310.698,80	1.6.3	Andere Gesellschaften zuzurechnendes Ergebnis	66.472,90	-155.286,22
					Bilanzgewinn/-verlust	-16.130.796,28	-55.119.054,87
3.	Finanzvermögen						
3.1	Anteile an verbundenen Aufgabenträgern	7.924.585,16	7.951.985,16	1.7	Sonderposten		
3.2	Anteile an assoziierten Aufgabenträgern	44.166.785,66	43.888.414,13	1.7.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	344.084.489,21	339.300.085,93
3.3	Anteile an sonstigen Aufgabenträgern	6.091.220,48	5.684.079,72	1.7.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	83.057.262,53	88.861.206,13
3.4	Sondervermögen	0,00	49.092,18	1.7.3	Gebührenaussgleich	9.054.739,82	12.835.666,36
3.5	Ausleihungen	15.698.954,21	12.462.161,11	1.7.4	Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.6	Wertpapiere	92.983,08	56.430,70	1.7.5	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.7	Öffentlich-rechtliche Forderungen	11.133.476,04	22.415.142,25	1.7.6	Sonstige Sonderposten	33.725.367,84	32.642.225,11
3.8	Forderungen aus Transferleistungen	24.282.714,79	23.483.792,05			469.921.859,40	473.639.183,53
3.9	Privatrechtliche Forderungen	64.254.050,59	61.962.650,08				
3.10	Sonstige Vermögensgegenstände	7.787.308,24	7.709.938,19				
		181.435.078,25	186.703.685,57			1.520.191.655,55	1.500.812.655,35

Konzern Stadt Braunschweig

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2014

	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
Aktiva					
4. Liquide Mittel	306.099.009,32	253.183.015,66	2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	21.518.976,06	18.962.728,91	2.1 Geldschulden	434.689.808,92	446.700.407,88
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	32.333.552,49	85.568.471,76
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.184.475,80	24.141.521,72
			2.4 Transientverbindlichkeiten	2.615.736,01	2.573.095,79
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	76.905.179,00	70.418.950,28
				569.738.752,22	629.402.447,43
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen	449.708.694,18	491.146.669,58
			3.2 Andere Rückstellungen	148.214.873,84	136.390.974,91
				597.923.568,02	627.537.644,49
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	175.226.578,41	169.127.062,80
Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07	Bilanzsumme	2.863.080.554,20	2.926.879.790,07

Braunschweig, 16.05.2017

M. Mankuth
Oberbürgermeister

Anlagenübersicht

zum 31. Dezember 2014

	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte						Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez. 2013	Zu-gänge im Haus-halts-jahr	Ab-gänge im Haus-halts-jahr	Um-Buchun-gen im Haus-halts-jahr	Stand am 31. Dez. 2014	Stand am 31. Dez. 2013	Ab-schrei-bungen im Haus-halts-jahr	Auf-lösun-gen	Zu-schrei-bungen im Haus-halts-jahr	Stand am 31. Dez. 2014	Stand am 31. Dez. 2013		
	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro- +/-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-		
Anlagevermögen													
1													
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	58.627.284,15	6.311.207,61	1.462.375,80	789.863,94	64.265.979,90	28.563.384,75	4.442.925,24	1.459.891,22	0,00	31.546.318,77	32.719.661,13	30.063.889,40	
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	3.559.797.347,91	194.850.915,78	76.149.615,08	-789.863,94	3.677.708.784,67	1.273.949.376,50	80.358.743,42	68.811.640,56	-2.087.594,77	1.283.408.884,59	2.394.299.900,08	2.285.847.971,41	
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	94.536.859,85	388.646,89	3.274.012,48	0,00	91.851.494,06	20.559.331,06	0,00	0,00	0,00	20.559.331,06	71.092.163,00	73.977.528,99	
Insgesamt	3.712.961.491,71	201.550.770,28	80.886.003,36	0,00	3.833.626.258,63	1.323.072.092,31	84.801.688,66	70.271.631,78	-2.087.594,77	1.335.514.534,42	2.498.111.724,21	2.389.889.389,40	

Schuldenübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
1	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1. Geldschulden	446.700.407,88	32.640.698,94	104.015.064,74	310.044.644,20	434.699.808,92	12.000.598,96
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	85.568.471,76	2.731.864,02	12.076.030,25	70.760.577,49	32.333.552,49	53.234.919,27
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.141.521,72	23.754.118,88	387.402,84	0,00	23.184.475,80	957.045,92
4. Transferverbindlichkeiten	2.573.095,79	2.573.095,79	0,00	0,00	2.615.736,01	-42.640,22
5. Sonstige Verbindlichkeiten	70.418.950,28	70.255.145,49	95.397,17	68.407,62	76.905.179,00	-6.486.228,72
Schulden insgesamt	629.402.447,43	131.954.923,12	116.573.895,00	380.873.629,31	569.738.752,22	59.663.695,21

Forderungsübersicht

zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Januar 2014	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Januar 2013	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
1	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	22.415.142,25	22.409.991,75	4.624,50	526,00	11.133.476,04	11.281.666,21
2. Forderungen aus Transferleistungen	23.493.792,05	23.493.248,02	544,03	0,00	24.282.714,79	-788.922,74
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	61.992.650,08	61.992.650,08	0,00	0,00	64.254.050,59	-2.261.400,51
Summe aller Forderungen	107.901.584,38	107.895.889,85	5.168,53	526,00	99.670.241,42	8.231.342,96

Konsolidierungskreis im Konzern Stadt Braunschweig

Voll zu konsolidierende Aufgabenträger

- Stadt Braunschweig Kernverwaltung
- Abwasserverband Braunschweig
- Braunschweiger Verkehrs-GmbH
- Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
- Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
- Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
- Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
- Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
- Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH
- Volkshochschule Braunschweig GmbH
- VHS Arbeit und Beruf GmbH
- Sonderrechnung Abfallwirtschaft
- Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
- Sonderrechnung Stadtentwässerung
- Pensionsfonds

Assoziierte Aufgabenträger (Eigenkapitalmethode)

- Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG
- Wasserverband Weddel-Lehre
- Zweckverband Großraum Braunschweig

Folgende Aufgabenträger wurden nicht in die Konsolidierung einbezogen:

- Allianz für die Region GmbH
- Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH
- Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG
- Braunschweig Stadtmarketing GmbH
- Braunschweig Zukunft GmbH
- Haus der Familie GmbH
- Haus der Wissenschaft GmbH
- Klinikum Braunschweig Bistro GmbH
- Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH
- Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH
- Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH
- Kraftverkehr Mundstock GmbH
- Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH
- Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg GmbH
- Mundstock Reisen GmbH
- Peiner Verkehrsgesellschaft mbH
- Reisepartner Fuhrmann Mundstock International GmbH
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
- Wohnstätten GmbH

Gesamtkapitalflussrechnung		31. Dezember 2013 - Euro -	31. Dezember 2014 - Euro -
1		2	3
1	Gesamtjahresüberschuss / -fehlbetrag	-4.672.637,37	-17.612.168,84
2	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen Immaterielles Vermögen	3.634.477,87	4.442.925,24
3	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen Sach-(anlage)vermögen	73.384.353,51	81.248.427,30
4	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen Finanz-(anlage)vermögen	0,00	0,00
5	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	27.560.405,78	29.614.076,47
6	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge bzw. Vorgänge	-38.017.211,44	-37.193.518,01
7	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von immateriellem Vermögen	7.842,00	6,00
8	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Sachvermögen	111.763,94	-1.006.134,73
9	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Finanzvermögen	97,37	0,00
10	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, Ford. aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.010.099,13	-8.492.904,72
11	+/- Zunahme/Abnahme der Verb. aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6.824.473,31	-9.995.209,99
12	+/- Ein-/Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
13	= Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit	70.843.664,10	41.005.498,72
14	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachvermögens (ohne Vorräte)	16.422.212,39	12.935.964,07
15	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachvermögen (ohne Vorräte)	-128.399.841,07	-142.384.487,40
16	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Vermögens	19.037,00	2.378,58
17	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Vermögen	-5.983.934,75	-6.311.207,61
18	+ Einzahlungen aus Abgängen aus dem Finanzvermögen	596.116,13	3.274.012,48
19	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzvermögen	-54.648,07	-388.646,89
20	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten verselbständigten Aufgabenträgern und sonstigen Verwaltungseinheiten	0,00	0,00
21	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten verselbständigten Aufgabenträgern und sonstigen Verwaltungseinheiten	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus Sonderposten	9.259.490,98	26.949.895,43
23	- Auszahlungen aus Sonderposten	0,00	0,00
24	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-108.141.567,39	-105.922.091,34
25	+ Einzahlungen aus Nettopositionszuführungen (ohne Sonderposten)	0,00	0,00
26	- Auszahlungen aus Nettopositionsherabsetzungen (ohne Sonderposten)	0,00	0,00
27	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	47.953.634,13	54.264.269,69
28	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Krediten	-30.859.794,57	-42.263.670,73
29	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	17.093.839,56	12.000.598,96
30	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe Teil-Cashflows)	-20.204.063,73	-52.915.993,66
31	+/- Wechselkurs-, Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestandes	0,00	0,00
32	+ Liquide Mittel am Anfang der Periode	326.303.073,05	306.099.009,32
33	= Liquide Mittel am Ende der Periode	306.099.009,32	253.183.015,66